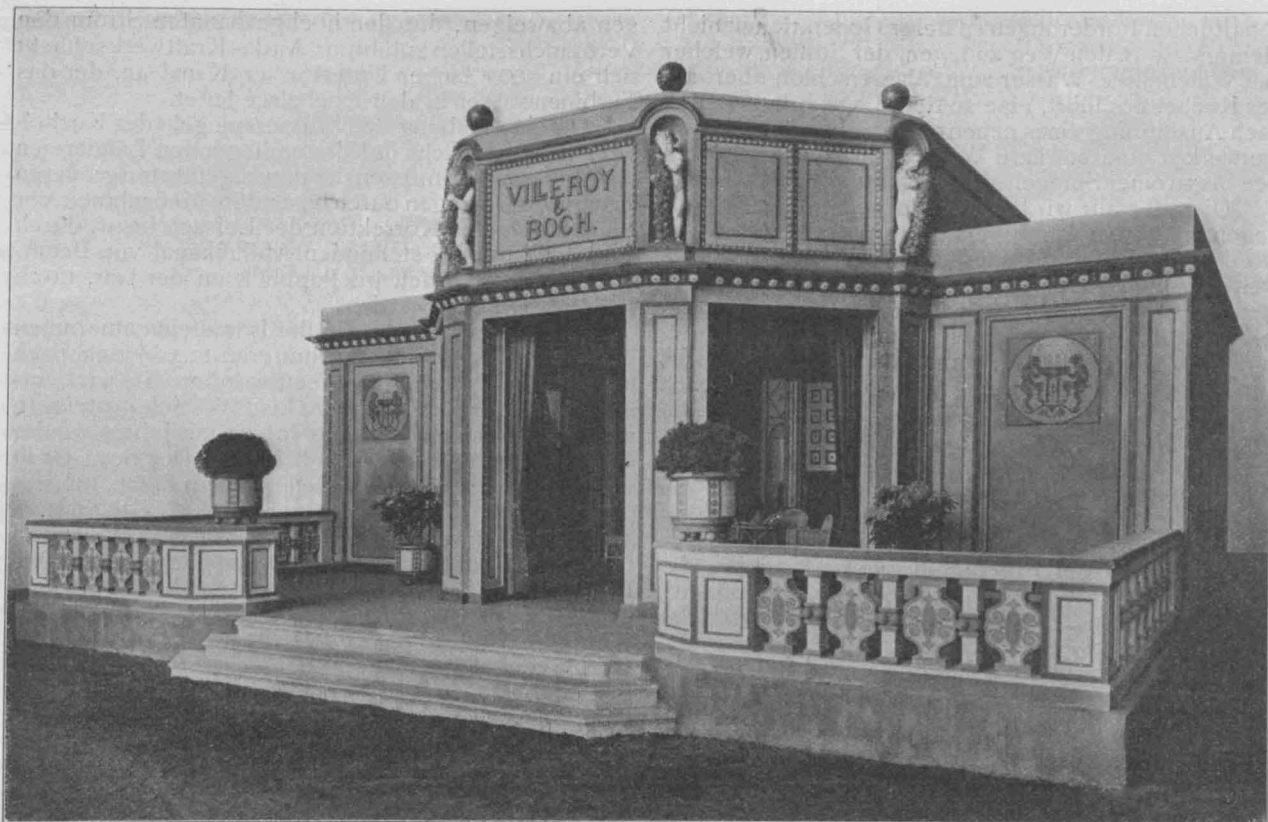




ON DER II. TON-, ZEMENT- UND KALK-
 INDUSTRIE - AUSSTELLUNG IN BER-
 LIN. * AUSSTELLUNGS - PAVILLON DER
 FIRMA PUHL & WAGNER IN RIXDORF.
 * ARCHITEKT: PROFESSOR BRUNO
 MÖHRING IN BERLIN. * * * * *

===== DEUTSCHE BAUZEITUNG =====

* XLIV. JAHRGANG 1910 * NO. 62 *



Von der II. Ton-, Zement- und Kalk-Industrie-Ausstellung in Berlin. Ausstellung von Villeroy & Boch in Berlin.
Architekten: Lossow & Kühne in Dresden.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLIV. JAHRGANG. NO. 62. BERLIN, DEN 3. AUGUST 1910.

Die Verwirklichung des Walchensee-Kraftwerkes.



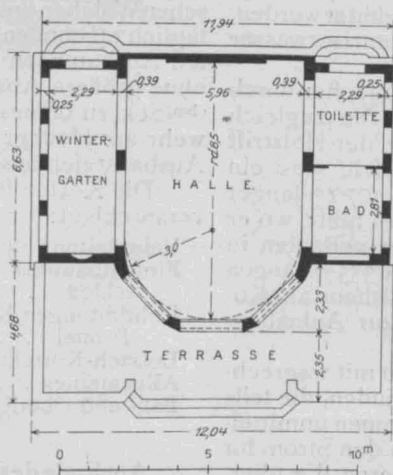
itüberwiegender Mehrheit hat die bayerische Kammer der Abgeordneten vor wenigen Tagen als zweite Rate für die Einführung des elektrischen Betriebes auf Staatseisenbahnen den Betrag von 6 Millionen M. und damit die Inangriffnahme der Ausführung des Kraftwerkes am Walchensee genehmigt. Für

dessen Ausbau wurden 17,5 Mill. M. gefordert, dazu 4,5 Millionen M. für die Herstellung eines Fernleitungs-Netzes zur Verteilung von Strom aus diesem Kraftwerk an Dritte, und 9,72 Mill. M. für die Einführung elektrischen Betriebes auf den Linien München — Garmisch — Partenkirchen, Tutzing — Kochel mit Penzberg und auf der Vorortstrecke München — Gauting. Die Gesamtforderung beträgt also 31,72 Millionen M., deren Verwendung sich naturgemäß auf eine Reihe von Jahren verteilen wird. Als erste Rate waren vor zwei Jahren für den elektrischen Betrieb auf Staatseisenbahnen bereits 7 Millionen M. gefordert, die für die Elektrisierung der Linien Salzburg — Berchtesgaden, Garmisch — Mittenwald — Scharnitz, Garmisch — Griesen, für eine Wasserkraftanlage an der Saalach und für die Planungskosten des Walchensee-Kraftwerkes Verwendung gefunden haben bzw. für diese Zwecke noch finden sollen.

Der zur Ausführung bestimmte Entwurf für das Walchensee-Kraftwerk ist nach der an den Landtag gerichteten Vorlage gegenüber dem ursprünglichen Entwurf der Regierung, nach welchem 56000 PS. an der rd. 200m betragenden Gefällstufe zwischen Walchen- und Kochelsee gewonnen werden sollten, was eine Senkung des Walchensee-Spiegels bis zu 16m zur Folge gehabt hätte, wesentlich eingeschränkt worden. Es ist jetzt nur ein Ausbau für die Gewinnung von 24000 PS. vorgesehen, wodurch eine Spiegelsenkung bis höch-

stens 4,6m (im allgemeinen nur bis 2,8m) und diese nur in den Wintermonaten eintreten kann. Auch sonst ist auf die Forderung einer Erhaltung der Naturschönheiten des Walchensee- und Isar-Gebietes in weitgehender Weise Rücksicht genommen worden, sodaß der scharfe Widerspruch, der sich aus diesem Grunde gegen den ersten Plan der Regierung seinerzeit erhob, gegenüber den großen wirtschaftlichen Vorteilen, die dem Lande aus der Durchführung des Planes erwachsen müssen, wenn auch nicht ganz verstummt, so doch wesentlich schwächer geworden ist.

Allerdings droht in weiter Zukunft noch immer die Gefahr eines schärferen Eingriffes in die natürlichen Verhältnisse, denn wenn auch die Wasserentnahme-Einrichtung am Walchensee (Einlaufbauwerk) jetzt so ausgebaut werden soll, daß eine Absenkung des Seespiegels unter 4,6m damit nicht möglich ist, so soll doch, um den wirt-



Grundriß zur Ausstellung von Villeroy & Boch in Berlin.

schaftlichen Forderungen späterer Generationen nicht Hemmnisse in den Weg zu legen, der Stollen, welcher das Walchensee-Wasser zum Wasserschloß oberhalb des Kochelsees führt, eine so tiefe Lage erhalten, daß nach Ausführung eines neuen entsprechenden Einlaufbauwerkes eine stärkere Wasser-Entnahme aus dem See bis zu einer Spiegelsenkung von 13 m möglich wird.

Diese Gefahr wird aber in um so fernerer Zukunft liegen, als allein durch verstärkte Wasser-Entnahme aus der Isar und ihren Zuflüssen die Kraftleistung ohne weitere Senkung des Wasserspiegels auf 32000 PS. gesteigert werden kann. Schon dieser zweite Ausbau unterliegt aber erneuter Genehmigung durch den Landtag, und dasselbe ist der Fall, falls der letzte Schritt einer schärferen Absenkung des Seespiegels wirklich gemacht werden sollte, um die größte hier zu gewinnende Kraft von 50—60000 PS. nutzbar zu machen. Es stehen dann aber bei der Beurteilung der ganzen Frage langjährige praktische Erfahrungen zur Verfügung, die jetzt sowohl den Verfechtern des weitergehenden Planes wie seinen Gegnern fehlen.

Auf Grund der Ergebnisse, die im Vorjahre der große Wettbewerb um die Walchensee-Kraftanlage¹⁾ gezeitigt hat, wurde ein neuer Entwurf bearbeitet, der in gewissem Sinne eine Verbindung der an erster und dritter Stelle preisgekrönten Entwürfe darstellt und bei dessen Aufstellung die Träger dieser beiden Preise zugezogen worden sind. Der Entwurf sieht die Möglichkeit vor, zunächst Wasser aus der Isar, später auch aus ihrem wasserreichen Zufluß, dem Rißbach, dem Walchensee zuzuführen. Diese Zuführung soll jetzt in einem gemeinschaftlichen Stollen erfolgen, wie bei dem I. Preis²⁾ im Wettbewerb, und nicht getrennt, wie bei dem III. Preis³⁾. In dem nebenstehenden Plan S. 483 sind beide Möglichkeiten eingetragen. Die Anlagekosten sind für beide Lösungen ziemlich gleich, die gemeinschaftliche Ueberleitung bietet aber den Vorteil, daß die Wasserführung auf der 6 km langen Isarstrecke zwischen dem Isarwehr bei Wallgau (getrennte Ueberleitung) und der Wehrstelle am Hochgraben (gemeinsame Ueberleitung) und demnach auch die Floßfahrt und Holztrift unverändert bleiben. Es fallen ferner die Obernach-Korrektion und der Aquädukt über die Isar fort, der landschaftliche Charakter des Obernachtales und der genannten Isarstrecke wird also nicht verändert. Das war ausschlaggebend für die gemeinsame Ueberleitung.

Die Ausführung erfolgt derart, daß beim Hochgraben, 4 km oberhalb der Rißbach-Mündung, ein gewöhnliches Stauwehr in die Isar eingebaut wird, von dem durch einen 3250 m langen Stollen zunächst nur Isarwasser dem Walchensee zugeleitet wird. Später soll dann das Rißbachwasser durch ein ähnliches Wehr 3 km oberhalb der Bacheinmündung in die Isar gefaßt und durch einen 4830 m langen Stollen in das Oberwasser des Isarwehres am Hochgraben geleitet werden, von wo es dann in demselben Stollen mit dem Isarwasser zusammen zum Walchensee abfließt.

Der Walchensee wird im Ausfluß der Jachen durch eine Regulierungsschleuse abgesperrt, die zugleich eine Einrichtung zur Aufrechterhaltung der Holztrift aus dem See zur Jachen erhält. Bei Urfeld wird ein Einlaufbauwerk angelegt, von dem ein 1070 m langer Stollen zum Nordhang des Kesselberges führt, wo er in das Wasserschloß mündet. Von hier verlaufen in einer Neigung von etwa 38,5° die etwa 355 m langen Rohrleitungen zu den Turbinen im Krafthaus am Kochelsee. Die Rohrbahn bietet Raum zur Aufnahme von 5 Leitungen.

Im Krafthaus sollen Pelton-Turbinen mit wagrechter Welle von je 10000 PS. Aufstellung finden, die teils mit Wechsel-, teils mit Drehstrom-Maschinen unmittelbar gekuppelt sind. Die ersteren sollen den Strom für den Eisenbahnbetrieb liefern, die anderen die überschüssige Energie zur Abgabe an Private nutzbar machen. Dementsprechend sind neben dem Kraftwerk 2 Schalthäuser vorgesehen, von denen die Fernleitun-

gen abzweigen, die den hochgespannten Strom den Verbrauchsstellen zuführen. Andas Kraftwerkschloß sich ein 500 m langer Unterwasser-Kanal an, der das Turbinenwasser in den Kochelsee leitet.

Da eine Hebung des Wasserspiegels des Kochelsees mit Rücksicht auf die umliegenden Ländereien nicht zulässig ist, müssen die ihm zugeführten größeren Triebwassermengen durch besondere Maßnahmen, vor allem durch eine Korrektion der Loisach bzw. durch einen sich billiger stellenden Abflußkanal von Beuerberg an der Loisach bis Pupplich an der Isar, rasch wieder abgeführt werden.

Die Wassermenge, die der Isar allein entnommen werden soll, ist im Durchschnitt auf 12,3 cbm/Sek. nach dem neuen Entwurf festgesetzt worden. Sie wird zurzeit des Frühjahres höchstens bis 25 cbm/Sek. gesteigert, um den Walchensee Anfang Juni jeden Jahres wieder auf seine normale Höhe zu bringen. Der See, der in wasserarmer Zeit als Ausgleichbecken dient, um das gleiche Kraftmaß ununterbrochen zur Verfügung zu haben, darf nämlich nicht in nennenswerter Weise aufgestaut werden, bei einer den Zufluß überschreitenden Entnahme an Betriebswasser durch das Kraftwerk muß daher der Seespiegel sinken. Die Absenkung wird, wie schon erwähnt, in der Regel 2,8 m nicht überschreiten, kann in ungünstigen Jahren aber bis 4,6 m wachsen. Diese Senkung fällt aber nur in die Winter- und Frühjahrs-Monate, während zurzeit des Reiseverkehrs der Seespiegel auf alter Höhe steht. Es ist nach den im Landtag gemachten Äußerungen auch in Aussicht genommen, den Vorschlag des an dritter Stelle seinerzeit preisgekrönten Entwurfes, der Schaffung einer Uferpromenade auf dem bei Absenkung trocken fallenden flachen Seerande zwischen Urfeld und Walchensee auszuführen.

Für die Isar ist bei der Festsetzung der Wasser-Entnahme Rücksicht auf die Floßfahrt und Holztrift genommen. Während diese bisher regellos betrieben werden, sollen sie in Zukunft auf eine bestimmte ausreichende Zeit beschränkt und ihr dann die erforderliche Wassermenge zur Verfügung gehalten werden. Auch auf das Landschaftsbild der Isar bei Tölz wird nach den Ausführungen der der Regierungsvorlage beigegebenen Denkschrift die Wasserentziehung in der Isar in der Sommerzeit kaum einen Einfluß haben, während das winterliche Bild in erster Linie bestimmt werde durch die Schneelage und die Eisbildung im Flußbett. Im übrigen soll der Isar bei Tölz in der wasserarmen Zeit im Winter selbst nach der späteren Zuziehung des Rißbachwassers zur Speisung des Kraftwerkes doch noch eine Mindestwassermenge von 9 cbm/Sek. verbleiben.

Für den ersten Ausbau des Kraftwerkes bei abschließlicher Wasserentnahme aus der Isar werden bei 195 m an den Turbinen verfügbarem Nutzgefälle zwischen Walchen- und Kochelsee 24000 PS. gewonnen, die täglich 24 Stunden geleistet werden können; beim zweiten Ausbau nach Zuziehung des Rißbachs 32000 PS. ohne größere Absenkung des Seespiegels. Der auf 25 cbm/Sek. zu bemessende Stollen-Querschnitt vom Isarwehr am Hochgraben zum Walchensee ist für beide Ausbaustufen ausreichend.

Die Kosten für den ersten Ausbau sind wie folgt veranschlagt:

Ueberleitung der Isar in den Walchensee	2 980 000 M.
Einlaufbauwerk, Kesselbergstollen, Wasserschloß	2 900 000 "
Rohrleitungen, Krafthaus mit Unterwasser-Tunnel	6 820 000 "
Loisach-Korrektion mit Kanal	2 000 000 "
Allgemeines	1 300 000 "
Bau- und Oberleitung und Reserven	1 500 000 "
zusammen	17 500 000 M.

Am Ende des ersten Ausbaues können bei einer verfügbaren mittleren Leistung des Werkes von 24000 PS. nach Abzug aller Verluste im Werk 120 Mill. Kwst. im Jahr in die Fernleitung abgegeben werden. Davon werden für die zunächst zu elektrisierenden, vom Walchensee-Kraftwerk mit Strom zu versorgenden Eisenbahnen nur 24 Mill. Kwst., d. s. 4500 PS. beansprucht,

¹⁾ Vergl. die ausführlichen Mitteilungen Jahrg. 1909 S. 393 ff.

²⁾ Vergl. 1909 S. 398 und 407.

³⁾ Vergl. 1909 S. 406 und 407.

und später, wenn auch die Linien München—Bad Tölz—Schliersee und Holzkirchen—Rosenheim elektrisiert sind, im ganzen 42 Mill. Kwst. oder 7500 PS. im Jahresmittel. Ein großer Teil der gewonnenen Kraft bleibt also zur Verfügung eines weit ausgedehnten Gebietes mit elektrischer Arbeit (Beleuchtungs-Anlagen von Städten und Landgemeinden, landwirtschaftliche, gewerbliche und industrielle Kraftbetriebe) verfügbar.

Für den Bahnbetrieb ist der einfache Wechselstrom mit geringer Periodenzahl in Aussicht genommen, der sich als besonders vorteilhaft zum Betrieb eines großen zusammenhängenden Bahnnetzes erweist. Dieselbe Stromart ist von der preussisch-hessischen Eisenbahn-Verwaltung für die Strecke Bitterfeld—Dessau, von der badischen Staatsbahn für die Wiesentalbahn, von der schwedischen Staatsbahn-Verwaltung für die Ofotenbahn, von der französischen Südbahn für die Pyrenäenbahn und in der Schweiz für die neue Lötschberg-Linie vorgesehen. Den Licht- und Kraft-Betrieben muß dagegen in der Regel die elektrische Arbeit in der Form von Drehstrom mit 50 Perioden zugeleitet werden. Wegen der großen Belastungs-Schwankungen, die der Bahnbetrieb aufweist, ist die Scheidung für die beiden Betriebsweisen schon im Kraftwerk vorzunehmen, das also sowohl Wechsel- wie Drehstrom-Maschinen erhalten muß. Die Kosten für die letzteren (2,9 Mill. M. für 3 solcher Maschinen) sind in den 17,5 Mill. M. Gesamtkosten enthalten. Dagegen sind für den Ausbau des erforderlichen Verteilungsnetzes 4,5 Mill. M. besonders ausgeworfen.

Die Ausführung soll nunmehr rasch in Angriff genommen und so bewirkt werden, daß die Anlagekosten tunlichst im Einklang mit dem Kraftabsatz stehen. Namentlich ist die Ermöglichung baldiger Kraftabgabe an Dritte erwünscht. Die Ausführung wird daher stückweise erfolgen und sich der Durchführung der wasserpolizeilichen Verhandlungen anschließen. Am einfachsten liegen nach dieser Richtung die Verhältnisse am Walchensee selbst, es wird also wahrscheinlich die Ausnutzung des Kraftwerkes derart sein, daß zunächst die Zuflüsse des Walchensees allein ausgenutzt werden. Bei steigendem Kraftbedarf werden dann auch die Verhältnisse im Isargebiet soweit geklärt sein, daß von dort Wasser zugeführt werden kann, jedoch in solchen Grenzen, daß die Loisach-Korrektion noch nicht zur Abführung des Wassers erforderlich wird. Schließlich ist der volle Ausbau für 24000 PS. durchzuführen.

Die Betriebskosten des Werkes werden zu 1,3 Millionen M. angegeben. Es wird mit Sicherheit erwartet, daß diese bald durch Stromabgabe an Dritte völlig gedeckt werden, während das Werk bei zunehmender Kraftabnahme der Allgemeinheit immer mehr zu Gute kommen wird.

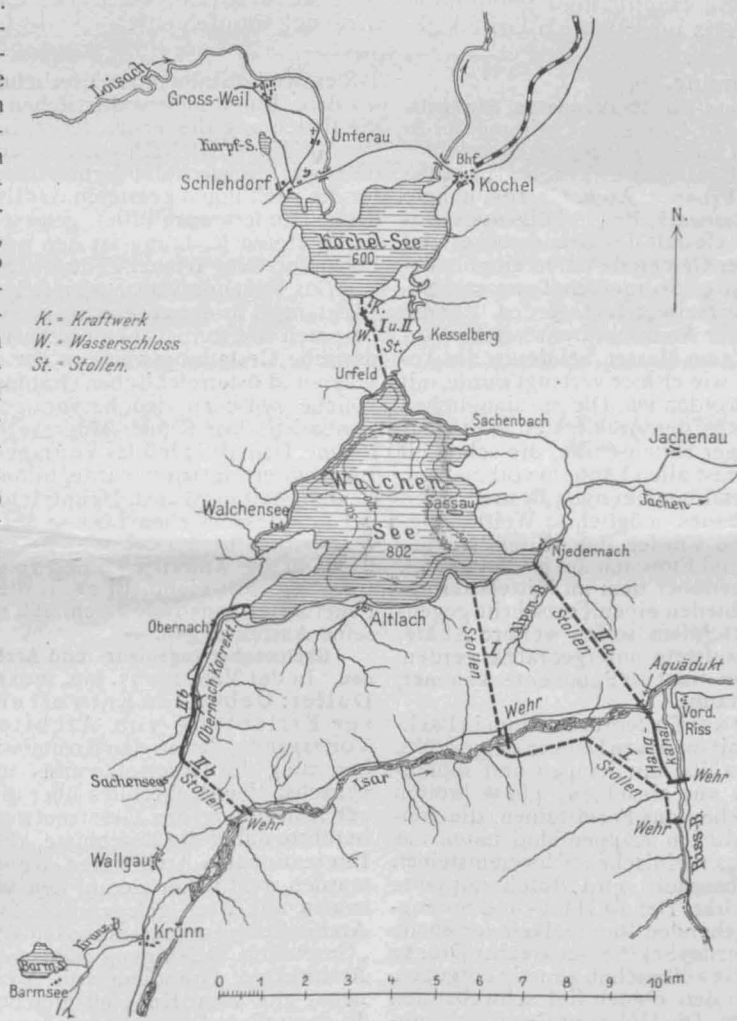
Es seien hier noch einige kurze Bemerkungen über die Behandlung der Wasserkraftfrage in Bayern überhauptangeschlossen. Nachdem die Regierung im Jahre 1907 in der Denkschrift „Die Wasserkräfte Bayerns“ die leitenden Gesichtspunkte für eine planmäßige Ausnutzung der Wasserkräfte in Bayern dargelegt hat¹⁾, wird in einer in diesem Frühjahr erschienenen, mit Tabellen und Plänen reich ausgestatteten zweiten Denkschrift²⁾ über die Entwicklung dieser Frage in den Jahren 1908 und 1909 berichtet, insbesondere über die Tätigkeit der am 1. April 1908 eingesetzten besonderen Abteilung für Wasserkraft-Ausnutzung in der Obersten Baubehörde. Nach den bisherigen Ermittlungen können an den im Eigentum des Bayerischen Staates stehenden Flußläufen 500000 PS. ausgenutzt werden. Von diesen hat sich die Verkehrs-Verwaltung zur Elektrisierung des Bahnbetriebes sofort acht Kräfte vorbehalten: die Walchensee-Kraft, die

Isarstufe Puppling-Aumühle, die oberste Alzstufe Truchtlaching-Altenmarkt im Zusammenschluß mit einer Hochdruck-Anlage an der unteren Alz, die Illerstufe nördlich von Kempten, die oberste Saalachstufe Landesgrenze-Jettenberg, die Innstufe zwischen Wasserburg und Mühldorf, die Saalachstufe Kibling-Kirchberg, die Lechstufe Füssen-Lechbruck. So lange diese Kräfte für Bahnzwecke nicht aufgebraucht werden, sollen aber auch hier die entbehrlichen Strommengen an Gemeinden, Privatindustrie und Landwirtschaft abgegeben werden.

Noch nicht endgültig entschieden ist die Frage, ob der Staat im Interesse der Allgemeinheit sich auch sonst noch weitere Wasserkräfte vorbehalten oder sich am Ausbau mit Gemeinden und Privaten beteiligen soll. Jedoch trat bei den bisherigen Beratungen vorwiegend die Anschauung zutage, daß dieser Ausbau unter Wahrung der öffentlichen Interessen durch angemessene

Konzessions-Bedingungen der Privatindustrie, den Genossenschaften und Gemeinden zu überlassen sei. Letztere, das Kleingewerbe und die Landwirtschaft, verlangen nach der Denkschrift in allen Teilen des Landes nachdrücklich die Versorgung mit elektrischer Energie. Der Ausbau größerer Wasserkräfte kann aber nach eingehenden Untersuchungen der Wasserkraft-Abteilung nur dann wirtschaftlich gestaltet werden, wenn Großabnehmer, d. h. größere Städte und vor allem die Industrie, eine regelmäßige Ausnutzung des Kraftwerkes sichern. Die Industrie verhält sich zurzeit aber noch sehr zurückhaltend.

Für den Bau von Ueberlandzentralen sind zwar eine Reihe von Konzessionsgesuchen eingereicht, zum



I. Gemeinsame Ueberleitung des Isar- und Rißbach-Wassers.
II a und b getrennte Ueberleitung.

¹⁾ Vergl. die ausführliche Besprechung Jahrg. 1908, S. 21 ff.

²⁾ Die Ausnutzung der Wasserkräfte Bayerns. Entwicklung in den Jahren 1908 und 1909. Bearbeitet im Kgl. Staatsministerium des Innern. Februar 1910.

Teil aber wieder fallen gelassen oder doch nicht wesentlich gefördert worden. Ein großzügiger Plan wird von der „Allgemeinen Baugesellschaft m. b. H.“ in München betrieben: die Ausnutzung von Wasserkraften in der unteren Isar zwischen Niederpörling und der Donau, an der Ilz und am schwarzen Regen mit zusammen mindestens 30 000 PS. Die Werke könnten zum gegenseitigen Ausgleich und zur Ergänzung bei schrittweisem Ausbau verbunden werden. Ein größeres Kraftwerk an der Amper bei Unter-Bruck (Amperwerke, Elektrizitäts-Aktiengesellschaft in München) ist kürzlich fertiggestellt. Eine geplante weitgehende Ausnutzung der Wasserkraft der Alz, die nach der Denkschrift zu den billigsten Großwasserkraften Bayerns zu rechnen sind, durch die elektro-chemische Industrie ist vorläufig in Frage gestellt durch den österreichischen Plan der Ableitung der Tiroler Ache in den Inn vor ihrem Eintritt nach Bayern. Damit würde dem Chiemsee sein Hauptzufluß genommen und die Wasserkraft der Alz um etwa ein Drittel ge-

schädigt. Dann sinkt ihr wirtschaftlicher Wert im Verhältnis zu den Ausbaukosten aber beträchtlich.

Der Abteilung für Wasserkraft-Ausnutzung ist seit 1. Januar 1910 ein „in der Elektro- und Maschinen-Technik ausgebildeter und im praktischen Leben erfahrener Fachmann als beratender Ingenieur“ beigegeben worden. Als eine Hauptaufgabe dieses Fachmannes bezeichnet die Denkschrift, mit der Großindustrie sowie mit Stadt und Land in regen Verkehr zu treten, ihr Interesse an den Wasserkraften zu erwecken und sie womöglich zu einem gemeinsamen Vorgehen zu bewegen. Die Denkschrift schließt mit den zwar vor zu großen Hoffnungen warnenden, aber doch zuversichtlichen Worten: „Die Aussichten für die Verwertung der bayerischen Wasserkraften sind nicht so günstig wie in anderen dichtbevölkerten und industriereichen Ländern. Der eingeschlagene Weg wird aber doch, beharrlich verfolgt, zum erwünschten Ziel führen. Kein überhastetes, wohl aber ein sicheres Vorgehen wird sich empfehlen“. —

Vereine.

Württembergischer Verein für Baukunde in Stuttgart. Der Verein führte am 19. Jan. d. J. eine Besichtigung der in den letzten Jahren erbauten im Herbst vergangenen Jahres eingeweihten katholischen Liebfrauenkirche in Cannstatt aus. Dabei gab der Erbauer, Arch. Cades, nähere Erläuterungen über das Bauwerk, denen Folgendes entnommen sei: Die längliche Gestalt des Grundstückes und bestimmte Forderungen der Gemeinde waren einer malerischen Anlage nicht günstig. So mußten Turm und Sakristei an die nördliche Langseite gelegt werden. Für die Ausgestaltung nahm sich der Architekt französische Vorbilder aus dem Mittelalter zum Muster, bei denen die Anlage eines Chorumganges, wie er hier verlangt wurde, mit großer Liebe ausgebildet worden ist. Die unzulänglichen Platzverhältnisse veranlaßten den Architekten weiter zur Einführung zweigeschossiger Seitenschiffe, die schon im 11. und 12. Jahrhundert in fast allen Ländern vorkommen. Im übrigen ist, entsprechend den heutigen Bestrebungen des katholischen Kirchenbaues, möglichste Weiträumigkeit angestrebt worden. So wurden das Mittelschiff auf 11,32 m Weite, die Gänge und Emporen auf 3 m festgelegt. Das Verhältnis 1 : 3,77 gegenüber dem im Mittelalter üblichen 1 : 2 bedeutet entschieden einen Fortschritt gegenüber früher. In den Querschiffen sollen weitere Altäre, Beichtstühle sowie der Taufstein untergebracht werden. Der erste Stock der Sakristei dient als Paramentenkammer, Unterrichts- und Sitzungsraum.

Das ganze Gebäude ist aus Kostenrücksichten in Backstein erstellt worden und mit massiven Decken eingewölbt. Das spitzbogige Kreuzgewölbe mit Rippen und sphäroidischen Kappen besteht aus einzelnen, 4,82 m breiten Jochen. Die Rippen bestehen aus Formsteinen, die freihändig gewölbten 14 cm dicken Kappen sind unten aus Ziegeln, im oberen Teil aus rheinischen Schwemmsteinen hergestellt; dem Gewölbeschub wird durch doppelte Strebebögen entgegengewirkt. Der als Häng- und Sprengwerk gebaute, mit durchgehenden Bundbalken versehene Dachstuhl übt auf die Mauer des Schiffes senkrechte Drücke aus und wirkt damit dem Gewölbeschub günstig entgegen. Der Winddruck wird von den oberen frei schwebenden Strebebögen aufgenommen. Die Höhe der Gewölbekämpfer über dem Schiffboden beträgt 9,6 m, die Scheitelhöhe des Schiffes 16,8 m, der Vierung 17,6 m. Die innere Länge der Kirche ist 54,3 m, die Gesamtweite im Querschiff 24,6 m. Der Turm besitzt rd. 39 m Höhe. Die Kirche enthält im Erdgeschoß 850, auf den Emporen 400, zusammen also 1250 Sitzplätze. Die Baukosten stellten sich, einschließlich Gestühl, jedoch ohne die übrige Inneneinrichtung, auf 299 104 M.; mit Planierung, Heizung, Beleuchtung und kunstgewerblicher Einrichtung auf 345 000 M., das sind auf 1 qm Fläche rd. 260 M., auf 1 cbm umbauten Raumes rd. 17 M. Die Akustik ist vorzüglich gelungen. — W.

Architekten-Verein zu Berlin. In der am 24. Januar 1910 unter dem Vorsitz des Hrn. Geh. Brt. Saran tagenden Versammlung hielt Hr. Arch. Dr. Stefan Fayans aus Wien einen Vortrag über „Friedhof- und Grabmalkunst“. Nach Schilderung der der Geschichte des Altertums angehörenden Zeiten der höchsten Verherrlichung des Todes und der in ihren Dienst gestellten Baugebilde von unübertroffener monumentaler Einfachheit ging der Vortragende zu der düsteren, in tiefem Ernst erstarrten Grabmalkunst der ersten nachchristlichen Jahrhunderte über. Aus den Lehren der auf die antike Großzügigkeit völlig verzichtenden jungen Christengemeinde ist auch die finstere

Todes-Symbolik der mittelalterlichen Kirchhöfe abgeleitet worden. Einen außerordentlichen Umschwung bedeutet die Errichtung des ersten italienischen Campo Santo zu Pisa am Ende des XIII. Jahrhunderts. Er ist nicht nur für die neuzeitlichen italienischen Campi Santi, sondern auch für die nach ihnen gearteten städtischen Friedhöfe in anderen Ländern vorbildlich gewesen. Die Siegespalme in der letzteren Richtung ist den neuen Münchener Friedhöfen und dem Wiener Zentralfriedhof zuzuerkennen.

Das folgende Vortragskapitel galt den herrschenden Richtungen in der gegenwärtigen Grabmalkunst. Redner besprach die formal-tektonische und die malerisch-bildnerische Gestaltungsweise in der italienischen, französischen und österreichischen Grabmalkunst und führte Vergleiche zwischen den hervorragendsten Vertretern der symbolistischen Kunst: Monteverde, Bistolfi und Bartolomme. Den Abschluß des Vortrages, der durch reichhaltige Lichtbilder illustriert wurde, bildete das Kapitel über die Feuerbestattungskunst. Hauptsächlich wurde das Problem der architektonischen Lösung auf diesem neuen Bestattungsgebiet berücksichtigt. Beispiele aus Deutschland, England und Amerika wurden vorgeführt und kritisch besprochen. Mit einem Blick in die Zukunft, die sich der Feuerbestattungs-Idee erschließt, schloß der Vortragende seine Ausführungen. —

Sächsischer Ingenieur- und Architekten-Verein in Dresden. In der Vers. am 17. Jan. 1910 sprach Hr. Prof. Martin Dülfer: Ueber den Entwurf eines Reichsgesetzes zur Errichtung von Architektenkammern. Der Vortragende, der an den Kommissionsberatungen zur Vorbereitung des Gesetzentwurfes teilgenommen hat, gibt zunächst einen Ueberblick über die Erörterungen, welche zur Aufstellung des Gesetzentwurfes geführt haben. Er berührte dabei die Beschlüsse, die i. J. 1906 auf dem VII. Internationalen Architekten-Kongreß in London gefaßt wurden, geht näher ein auf den von Hrn. Ob.-Brt. Baumann aus Wien gelegentlich des VIII. Internationalen Architekten-Kongresses 1908 in Wien gehaltenen Vortrag: „Gesetzliche Befähigung und staatliche Diplomierung der Architekten, Gründung von Architektenkammern“ und nennt die vom Kongreß angenommenen Forderungen. In demselben Jahre wurden dann in Paris die aus den Ergebnissen des Wiener Kongresses zu folgernden Maßnahmen besprochen, wobei die Vertreter der verschiedenen Länder über den Stand der Angelegenheit in ihren Staaten berichteten.

In Deutschland gebührt Hrn. Kammergerichtsrat Dr. Boethke in Berlin das Verdienst, einen Gesetzentwurf über die Errichtung von Architektenkammern aufgestellt zu haben. In einem von ihm gehaltenen Vortrag wurde dargelegt, in welcher Weise die Architektenkammern ähnlich anderen Berufskammern eingerichtet werden, und wie sie wirken könnten. In gemeinsamen Sitzungen der „Vereinigung Berliner Architekten“, des „Architekten-Vereins Berlin“ und des „Bundes deutscher Architekten“ wurde dann der endgültige Wortlaut des Entwurfes festgestellt und das Ergebnis allen in Betracht kommenden Vereinigungen unterbreitet.

Es folgt hierauf eine eingehende Besprechung der allgemeinen Begründung und der wichtigsten Paragraphen des Gesetzentwurfes.

Zum Schluß führt der Vortragende aus, wie im Gesetzentwurf eine Gewährleistung dafür geschaffen ist, daß Jeder, der unter den Begriff Architekt fällt, Mitglied der Architektenkammer werden kann. — Sch.



Entwurf mit dem Kennwort „An die Freude“. Verfasser: Prof. Wilhelm Kreis in Düsseldorf. Angekauft für 2000 M.

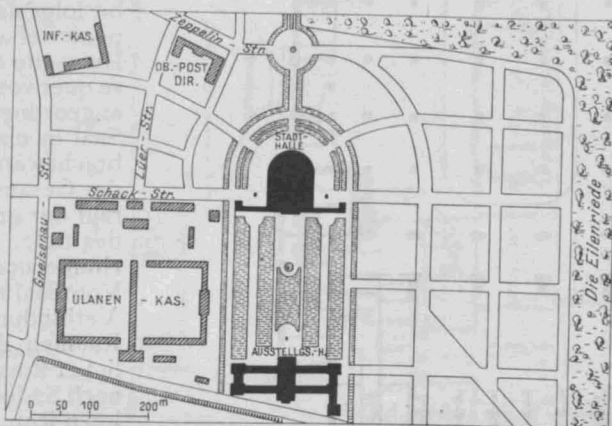
BEILAGE FÜR WETTBEWERBE

Der Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für den Bau einer Stadthalle nebst Ausstellungshalle in Hannover. (Fortsetzung aus No. 60.) Hierzu die Abbildungen S. 490 und 491.



ir sind leider gezwungen, in der Berichterstattung die vom Preisgericht für die durch Preise ausgezeichneten Entwürfe festgesetzte Reihenfolge zu durchbrechen, da wir den Lesern Abbildungen des gleichfalls mit einem Preise von 9000 M. ausgezeichneten interessanten Entwurfes von F. E. Scho-

ler und Prof. P. Bonatz in Stuttgart noch nicht darbieten können. Wir gehen daher zur Besprechung des Entwurfes „Freude schöner Götterfunken II“ der Arch. Friedrich Lipp und Alfred Lorenz in Charlottenburg über, der mit einem Preis von 5000 M. ausgezeichnet wurde. Wie aus dem Lageplan hervorgeht, sind Stadthalle und Ausstellungshalle getrennt und so auseinandergezogen, daß zwischen beiden eine geräumige Platzanlage sich entwickelt. Die Ausstellungshalle, für welche zugleich um innere Höfe gelagerte Erweiterungen angedeutet sind, ist in den südlichsten Teil des Geländes verlegt und grenzt mit den rückwärtigen Teilen bis hart an die parallel der Bahn entlang führende Straße. Der Haupteingang zur Ausstellungshalle, der mit einer sechssäuligen Front geschmückt ist, ist durch eine große Ehrenhalle von der gedachten monumentalen Platzanlage ausgenommen. In der Hauptachse folgt eine große Galeriehalle mit 1150 qm Flächenraum, während in der Querachse zweireihig die

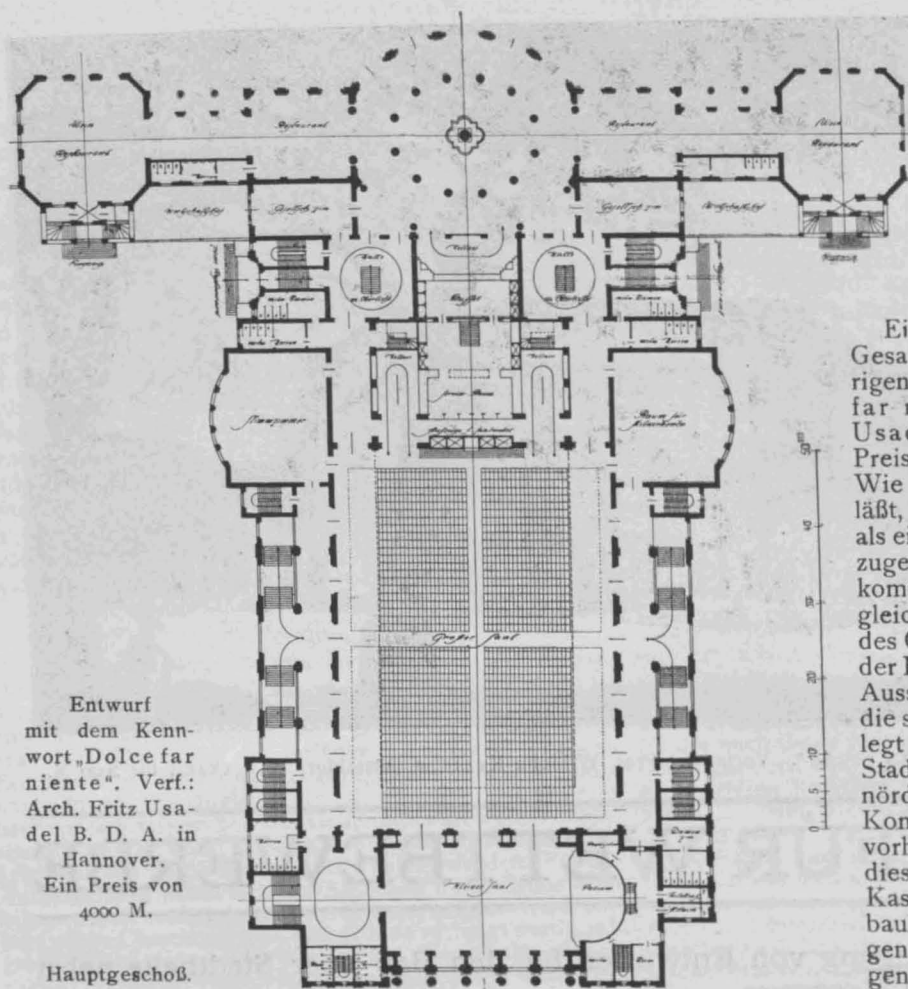


Entwurf: „Freude schöner Götterfunken“ von Fr. Lipp und Alfred Lorenz in Charlottenburg. Ein Preis von 5000 M.

kleinen Ausstellungsräume angeordnet wurden, die beiderseits in einen quadratischen Kopfbau endigen (S. 488).

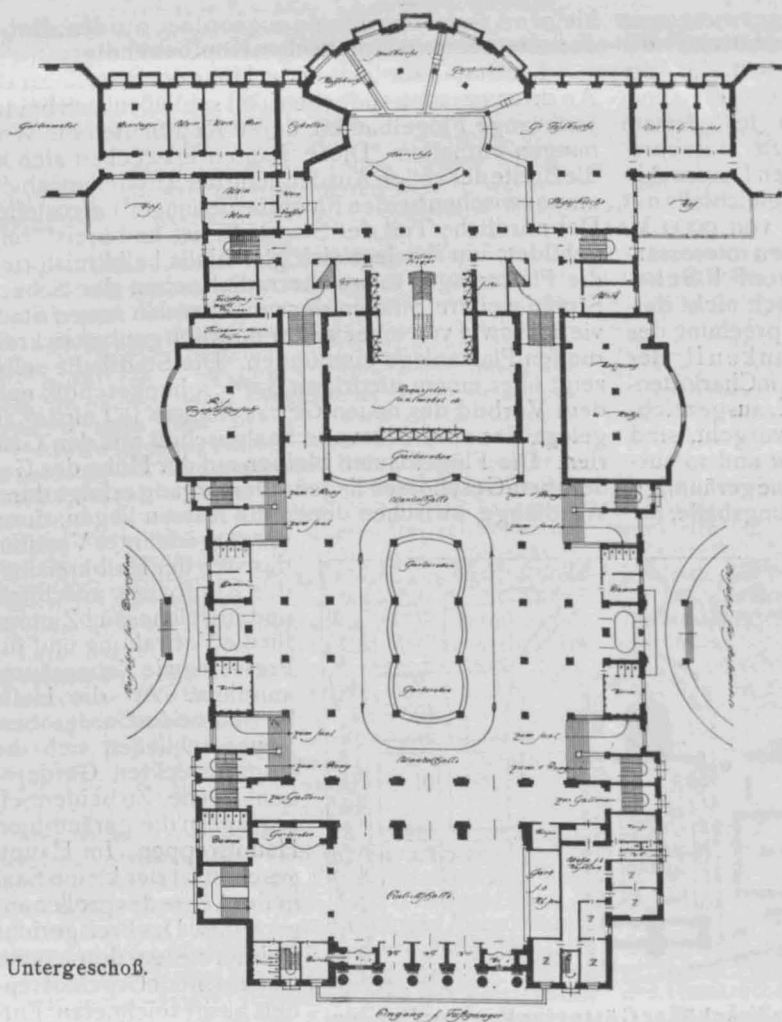
Die Stadthalle liegt in der Höhe der Schack-Straße. An ihren geraden südlichen Teil schließen sich beiderseits lange Flügelbauten, deren Kopfbauten die Wohnungen enthalten. Diese Bauten erstrecken sich auf die Breite der vollen Ausdehnung der Ausstellungshalle, um so zwischen beiden Fluchtbeziehungen herzustellen. Der nördliche Teil der Stadthalle ist halbkreisförmig gebildet; um ihn legt sich gleichfalls halbkreisförmig die Platzanlage, in welche radial neben der Schack-Straße weitere Straßen der umgebenden neuen Stadtviertel sowie von einer weiter nördlich geplanten kreisrunden Platzanlage einmünden. Die Stadthalle selbst zeigt über einem niedrigen Garderobengeschoß, nach dem Vorbild des neuen Gewandhauses in Leipzig angelegt, das eindrucksvolle Saalgeshoß mit den Galerien. Die Flügelbauten bleiben auf der Höhe des Garderoben-Geschosses liegen. Der Zugang erfolgt durch Windfänge, zwischen denen die Kassen liegen, durch

ein ausgedehntes Vestibül, das sich der Halbkreislinie des Kopfbau'es anschließt und an welches sich Zimmer für die Verwaltung und die Presse, sowie Nebenräume anreihen. An die Halbkreisfläche des Garderoben-Foyer schließen sich die langgestreckten Garderoben-Tische. Zu beiden Seiten lagern die geräumigen Haupttreppen. Im Hauptgeschoß ist der kleine Saal in der Achse des großen angeordnet. Das Preisgericht widmet diesem durch seine monumentale Geschlossenheit ausgezeichneten Entwurf die folgenden Worte:



Entwurf
mit dem Kenn-
wort „Dolce far
niente“. Verf.:
Arch. Fritz Usa-
del B. D. A. in
Hannover.
Ein Preis von
4000 M.

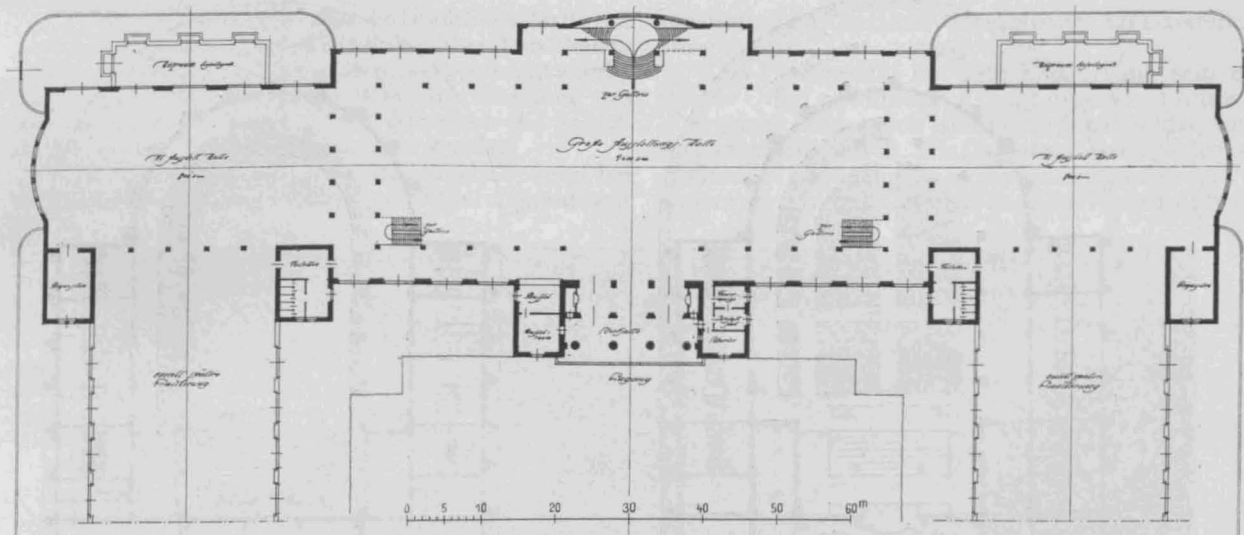
Hauptgeschoß.



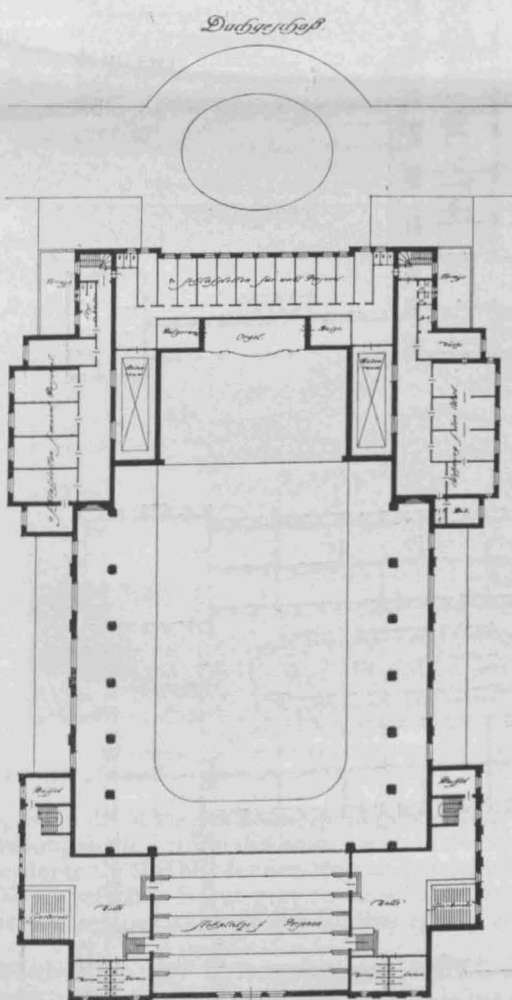
Untergeschoß.

„Die Disposition ist außerordentlich klar und großartig in der Wirkung, wesentlich jedoch auf Kosten der Ueberschreitung der Endsumme erreicht. Die architektonische Behandlung im Äußeren und Inneren ist großartig angelegt. Der Maßstab des Ganzen ist zu groß und die Details sind nicht gegen einander abgestimmt.“

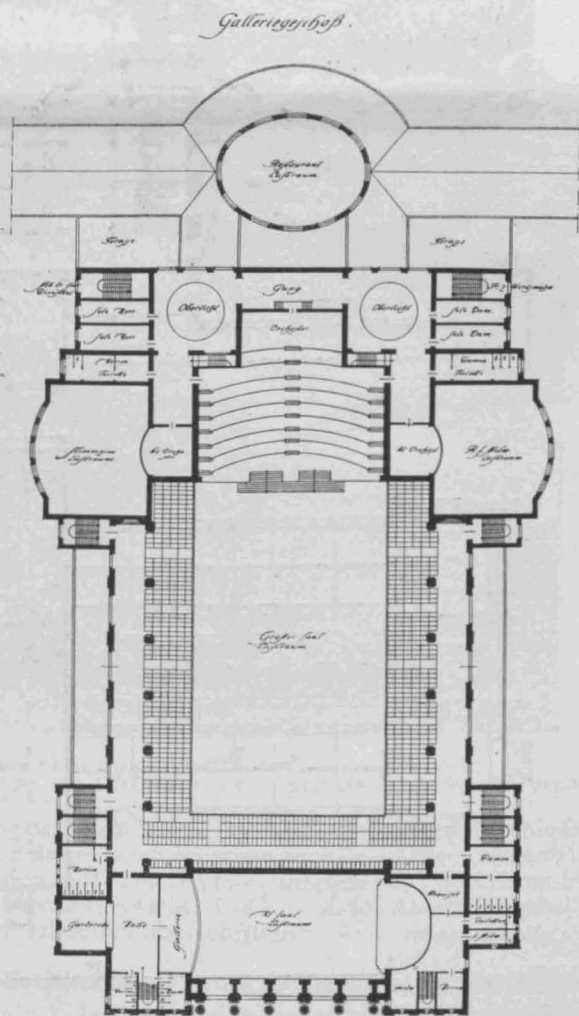
Eine gewisse Verwandtschaft in der Gesamtanordnung zeigt mit dem vorigen Entwurf auch der Entwurf „Dolce far niente“ des Architekten Fritz Usadel in Hannover, der mit einem Preis von 4000 M. ausgezeichnet wurde. Wie der Lageplan S. 491 erkennen läßt, ist die Gesamtanlage aufgefaßt als eine Art Erweiterung des Straßenzuges, der vom Zoologischen Garten kommt. Die Ausstellungshalle ist gleichfalls bis an die südlichste Grenze des Geländes gerückt und auch hier ist der Haupteingang von der Mitte des Ausstellungsparkes genommen, der als die südliche Hälfte der Anlagen angelegt ist, die zwischen Ausstellungs- und Stadthalle vorgeschlagen werden. Die nördliche Hälfte dieser Anlagen ist als Konzert-Park bezeichnet. Wie in dem vorhin besprochenen, so ist auch in diesem Entwurf auf die benachbarte Kaserne keine weitere Rücksicht durch bauliche Maßnahmen genommen. Gegen sie sind lediglich Baumpflanzungen gedacht. Auch dieser Entwurf verlegt die Stadthalle in die Höhe der Schack-Straße, welche in ihrer Verlängerung die Halle etwa in der Mitte treffen würde. Auch hier ist die Halle an ihrer Südseite mit Flügelbauten bedacht, die Restaurationszwecken dienen. Dem gleichen Zweck dienen der Südseite vorgelagerte Terrassen. Der Haupteingang zur Stadthalle ist an der nördlichen Kurzseite genommen. Er führt durch eine geräumige Eintrittshalle mit Garderobe und Treppe für Besucher des über ihr liegenden kleinen Saales wie in Leipzig zu einem ausgedehnten Garderoben-Geschoß mit seitlichen Vorfahrten und Eingängen. Im südlichen Teil dieses Geschosses liegen die Küchen- und Vorratsräume, während verbindende Teile der Heizung und der Frischluft-Zuführung dienen. Das Geschöß ist in seiner Höhe auf das Notwendigste beschränkt. Auf dasselbe folgt das außerordentlich klar disponierte Saalgeschoß. An der südlichen Kurzseite des Baues liegt, mit der Achse quer vorgelagert, der kleine Saal, so angeordnet, daß er mit dem großen Saal in unmittelbare Verbindung gebracht werden kann. In der Längsachse der Gesamtanlage entwickelt sich darauf der große Saal, zu beiden Seiten des tiefen Orchester-Podiums Stimmzimmer und Raum für die Mitwirkenden. Vom Saal aus ist eine sehr zweckmäßige Verbindung mit den Restaurationsräumen ermöglicht, die in vortrefflicher Raumgliederung die Stadthalle nach Süden abschließen. Von der mittleren Rotunde der Restaurations-Räume aus sind Gesellschaftszimmer zugänglich.



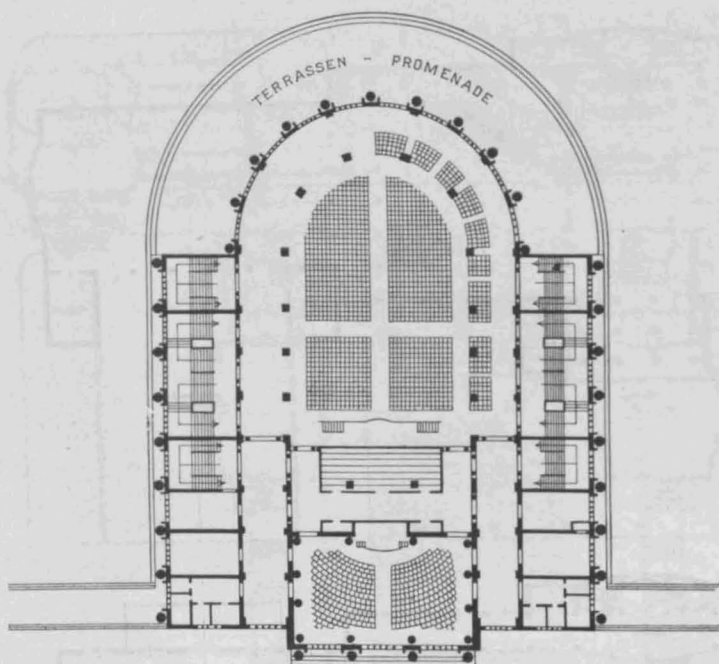
Ausstellungshalle.



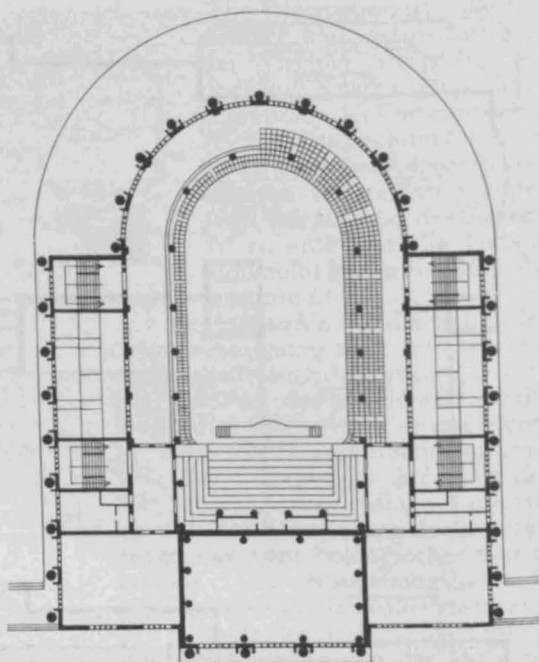
Stadthalle



Entwurf mit dem Kennwort „Dolce far niente“.
Verfasser: Architekt Fritz Usadel, B.D.A. in Hannover. Ein Preis von 4000 M.



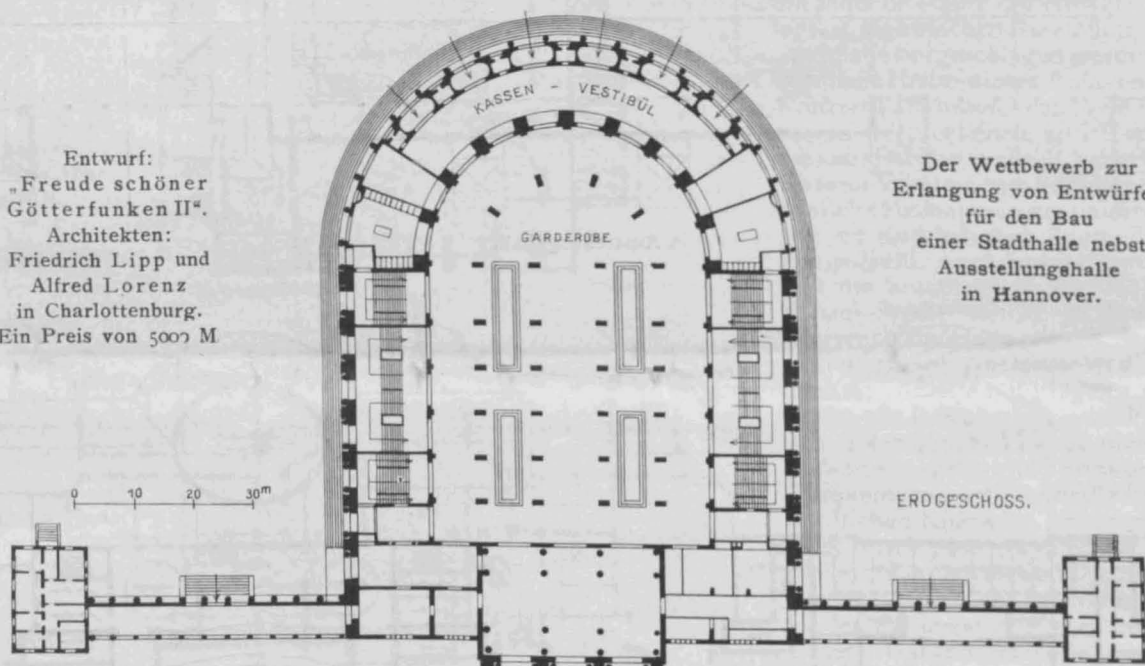
Hauptgeschoß.



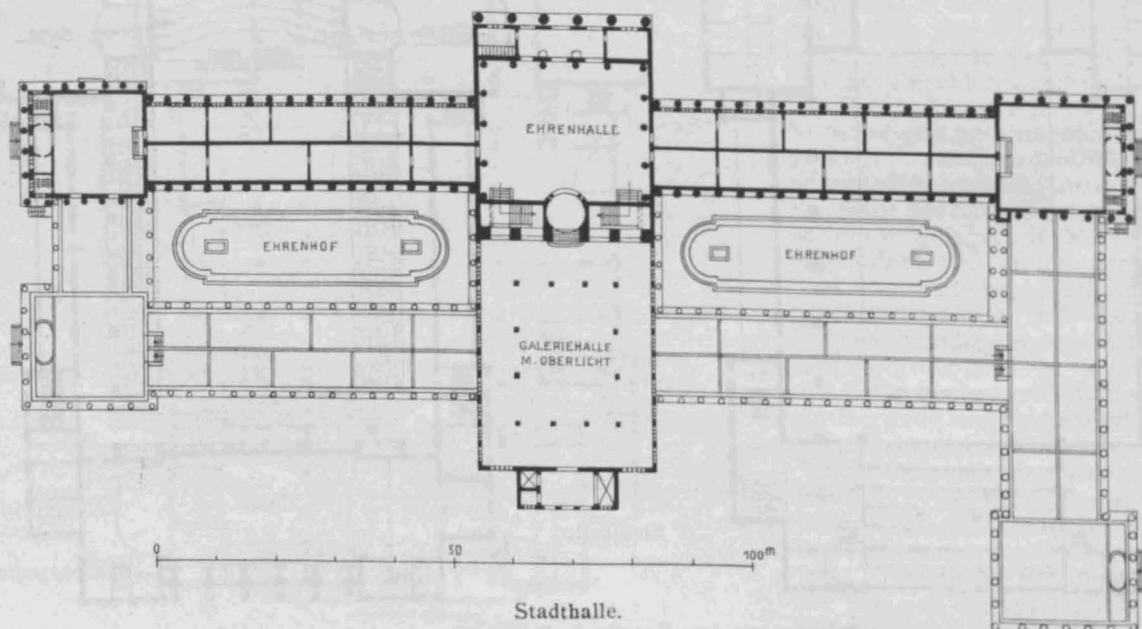
Emporengeschoß.

Entwurf:
• „Freude schöner
Götterfunken II“.
Architekten:
Friedrich Lipp und
Alfred Lorenz
in Charlottenburg.
Ein Preis von 5007 M

Der Wettbewerb zur
Erlangung von Entwürfen
für den Bau
einer Stadthalle nebst
Ausstellungshalle
in Hannover.



ERDGESCHOSS.



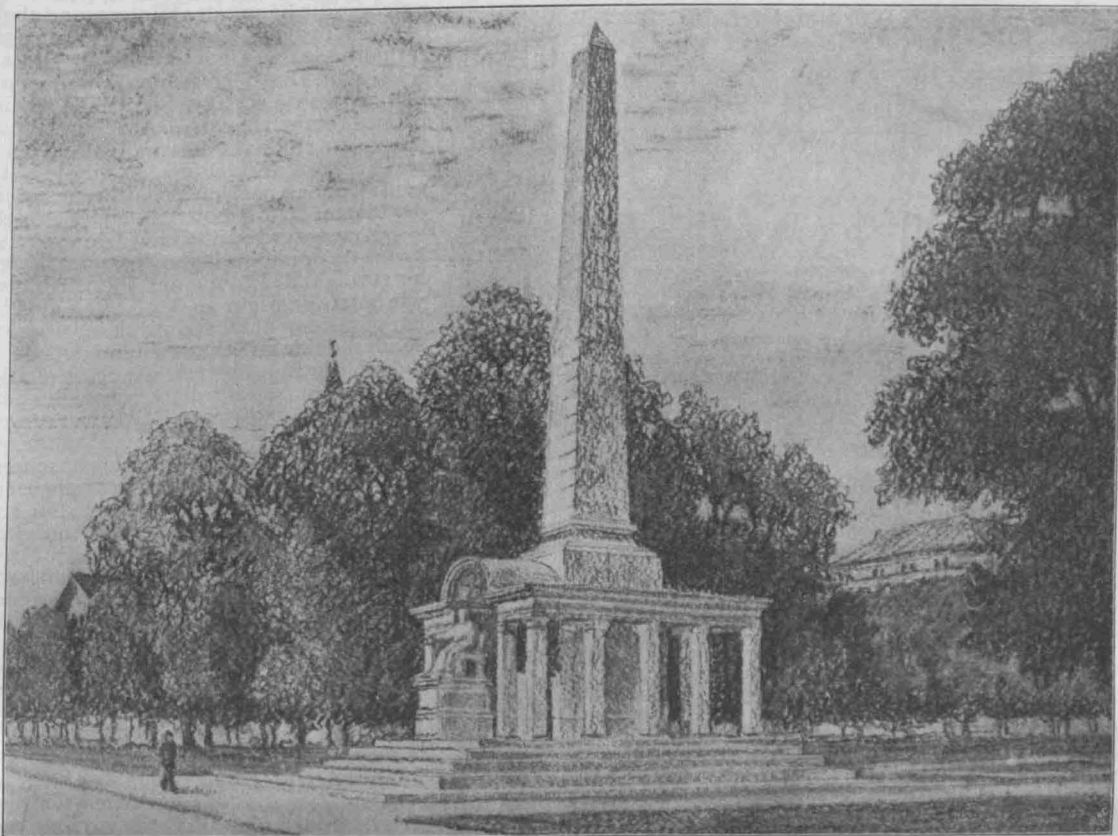
Stadthalle.

Zu den oberen Geschossen der Stadthalle dürfte nur noch zu bemerken sein, daß der Raum über dem kleinen Saal zu Stehplätzen für den großen Saal bestimmt wurde, daß westlich der Orchesternische die Wohnung des Wirtes, an den anderen Seiten derselben die Schlafstellen für das Personal angeordnet wurden.

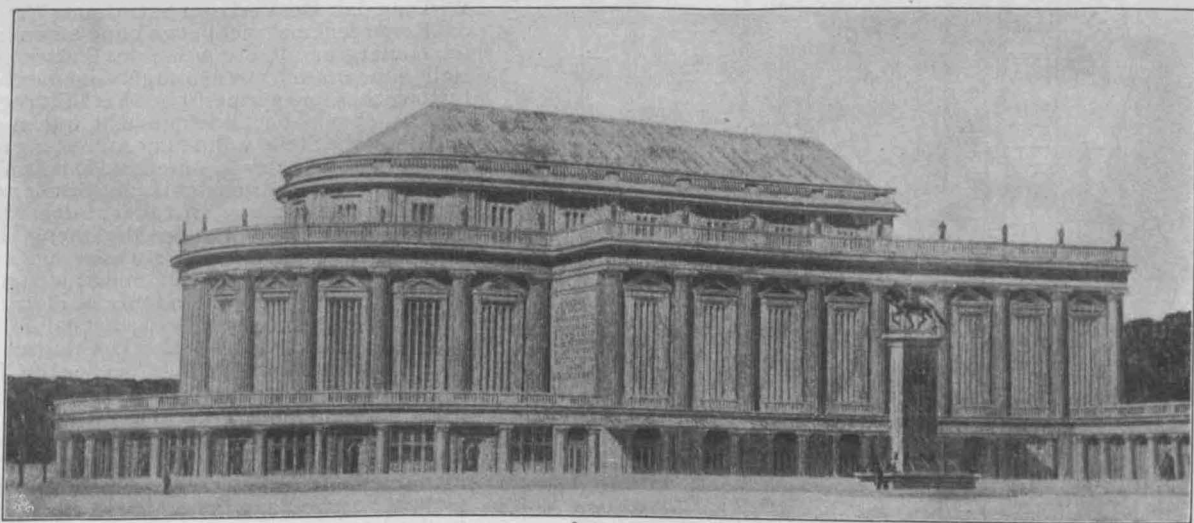
Die etwas aufwändige Ausstellungshalle zeigt bei sachlichem Aufbau eine dreiteilige Gliederung, und zwar

künstlerischen Charakter des Aufbaues zur Darstellung bringt.

Das Preisgericht hat dem Entwurf ein sehr beifälliges Urteil gewidmet. Es sagt in seinem Protokoll: „Die ganze Disposition ist außerordentlich klar, wenn auch sehr akademisch. Die Lage des kleinen Saales zum großen Saal ist günstig. Es ist anzuerkennen, daß der Verfasser versucht, das Gebäude in seiner Höhen-Entwick-



Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für das Großherzog Friedrich-Denkmal in Karlsruhe. Entwurf des Architekten Franz Kuhn in Heidelberg. I. Preis.



Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für eine Stadthalle nebst Ausstellungshalle in Hannover. Entwurf: „Freude schöner Götterfunken“. Arch.: Friedrich Lipp und Alfred Lorenz in Charlottenburg. Preis von 5000 M.

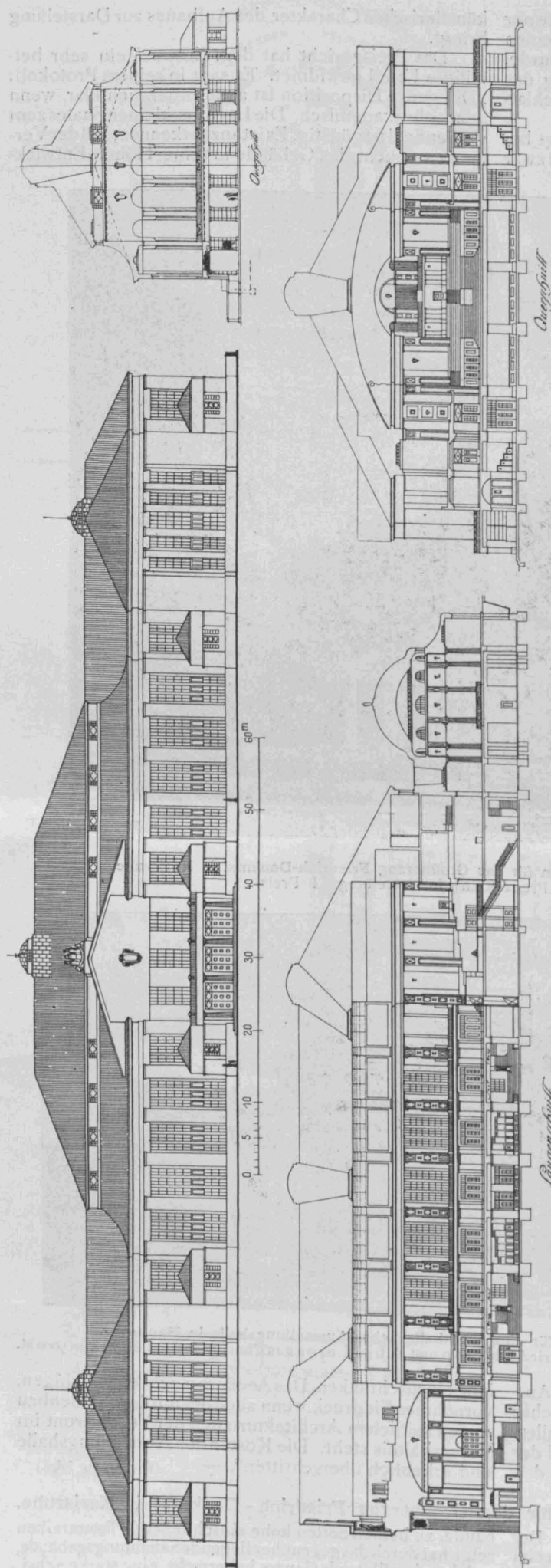
in die in die Mitte des Baukörpers gelagerte große Ausstellungshalle und in die beiden sich in der Querachse beiderseitig anschließenden kleinen Ausstellungshallen. Die Vogelschau S. 491 gibt ein anschauliches Bild der Gesamtanlage, während die Bildbeilage zu Nr. 60 den

lung einzuschränken. Das Äußere macht einen ruhigen, vornehmen Eindruck, wenn auch der mittlere Säulenbau zu den seitlichen Architekturteilen der Vorderfront im Mißverhältnis steht. Die Kosten der Ausstellungshalle sind erheblich überschritten“. — (Fortsetzung folgt.)

Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für das Großherzog Friedrich-Denkmal in Karlsruhe.

Burteils-Begründung des Preisgerichtes. Der für die Aufstellung bestimmte Friedrichs-Platz, der im Hintergrund ein zwar ruhiges, aber belangloses Ge-

bäude, zu beiden Seiten hohe einschließende Baumreihen zeigt, hat durch das gegenüberliegende Sammlungsgebäude, welches den Platz als Ganzes beherrscht, eine starke achsi-



Entwurf mit dem Kennwort "Dolce far niente". Verfasser: Arch. Fritz Usadel, B. D. A. in Hannover. Ein Preis von 4000 M. Ansicht u. Querschnitt der Ausstellungshalle u. Schnitte der Stadthalle.

ale Richtung. Für das Denkmal gibt es deshalb nur zwei natürliche Aufstellungsorte: nämlich den in der Achse zwischen den beiden Gebäuden oder in Anlehnung an eine der seitlichen Baumreihen. Die erstgenannte Aufstellung verlangt einen architektonischen Aufbau, da das Arkaden-Gebäude als Hintergrund zu indifferent ist. Es würde sich also hier um ein Denkmal mit wesentlich architektonischer Gestaltung handeln. Für den zweiten Fall, bei welchem die Bäume den Hintergrund abgeben, ist eine rein plastische und eine in den Größenverhältnissen weniger auffallende Gestaltung erwünscht. Zu dem grünen Hintergrund der Bäume würde für das Figürliche Stein der Bronze vorzuziehen sein. Auf Grund dieser Erwägung, welche die Beschaffenheit des Platzes diktiert, hat das Preisgericht die Entwürfe geprüft und ist nach mehrmaliger Besichtigung des Platzes zu folgenden Ergebnissen gelangt:

Nr. 31 wurde einstimmig der I. Preis zuerkannt, da er mit geringen Veränderungen eine hervorragende Lösung der Aufgabe bietet. So, wie jetzt die Figur in der Nische angebracht ist, tritt sie in der Wirkung zu sehr zurück, besonders da sie im Schatten stehen würde. Wird jedoch die Figur bis vor die Säulenhalle herausgezogen, so fällt diese Schwäche des Entwurfes vollständig fort. Zudem ist dieser Entwurf der einzige, der für die Aufstellung in der Mittelachse des Gartens den gewünschten Hintergrund der Figur gibt. Würde das Denkmal näher an die Straße gerückt werden, so wäre dies eine weitere Verbesserung, und das Wasserbecken müßte in seiner jetzigen Form verschwinden. Ferner würde der Maßstab nach einer örtlichen maßstäblichen Probe jedenfalls zu erhöhen sein. Zu erwägen wäre, ob für die sitzende Figur nicht besser Stein als Bronze gewählt würde. Dies wären die Bedingungen, unter denen dieser Entwurf eine außerordentliche Lösung der Aufgabe bedeutet. Die feine Geste der schlicht sitzenden Figur im Verein mit der vornehmen und für die Umgebung passenden Architektur erheben den Entwurf über alle anderen als künstlerische Arbeit und die Art der Skizze gewährt eine vorzügliche Ausführung. (Vgl. die Abbildung S. 489.)

Der Entwurf No. 28 erhielt einstimmig den II. Preis. Er stellt eine Reiterstatue auf sehr hohem Sockel von eigenartiger und reicher Wirkung dar. Der Verfasser hat in feiner Weise das Reiterdenkmal nicht etwa ohne besonderen Hintergrund in die Achse des Platzes gestellt, sondern sich mit den ungünstigen architektonischen und gärtnerischen Verhältnissen der Umgebung abzufinden gesucht, indem er eine seitliche Stelle wählte mit Anlehnung an den Hintergrund der Baumreihen. Das Denkmal erhält dadurch von der langen Straße aus eine markante Wirkung, tritt aber zu dem großen Friedrichs-Platz in zu lose Beziehung. Es wird zudem in seiner stark vertikalen und anspruchsvollen Form mehr für eine Anlehnung an eine bedeutende architektonische Platzgestaltung geeignet sein. Das Reiterstandbild als solches ist nicht von gleicher künstlerischer Qualität, wie die Durchbildung des Sockels. Es hat daher die architektonische Gestaltung für die Prämierung den Ausschlag gegeben.

III. Preis. Einstimmiger Beschluß. Der Entwurf No. 10 paßt nicht, wie der Künstler meint, auf die Mittelachse, sondern seitlich gerückt vor die Baumreihe. Die Aufstellung in der Vertiefung, sowie die seitlich angebrachten Figuren sind als verfehlt anzusehen, würden aber bei der seitlichen Aufstellung überhaupt wegfallen. Die Gesamtwirkung des Reiterbildes und des Sockels ist hervorzuheben; besonders aber verdient der schön durchgebildete Sockel Lob.

Als bildhauerische Arbeiten sind noch besonders hervorzuheben: No. 32, 11 und 20. Da aber die Tonart und Anlage des Ganzen für den gegebenen Platz als verfehlt angesehen werden mußten, wurde von einer Auszeichnung dieser Entwürfe abgesehen.

Zum Schluß muß das Preisgericht erwähnen, daß kein einwandfreies Reiterstandbild

vorhanden war, während die sitzende Figur von No. 31 als sehr gute Leistung anerkannt wird.

Als Verfasser wurden ermittelt: Des I. Preises: Franz Kuhn, Architekt in Heidelberg; sitzende Figur von Bildhauer Bernhard Bleeker in München; des II. Preises: Bildhauer Herm. Binz und Architekten Pfeifer & Groß-

mann in Karlsruhe; des III. Preises: Bildhauer Herm. Binz in Karlsruhe.

Karlsruhe, den 4. Juni 1910.

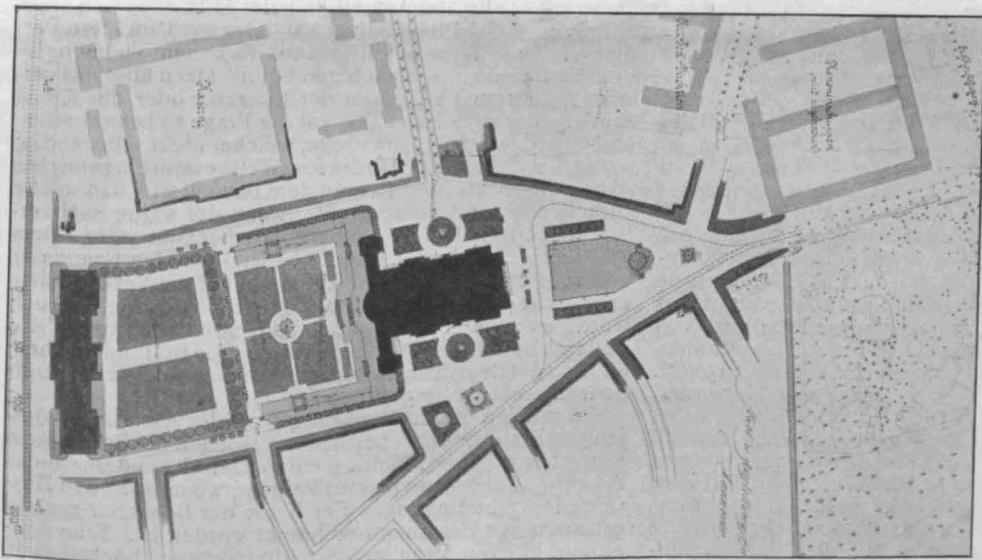
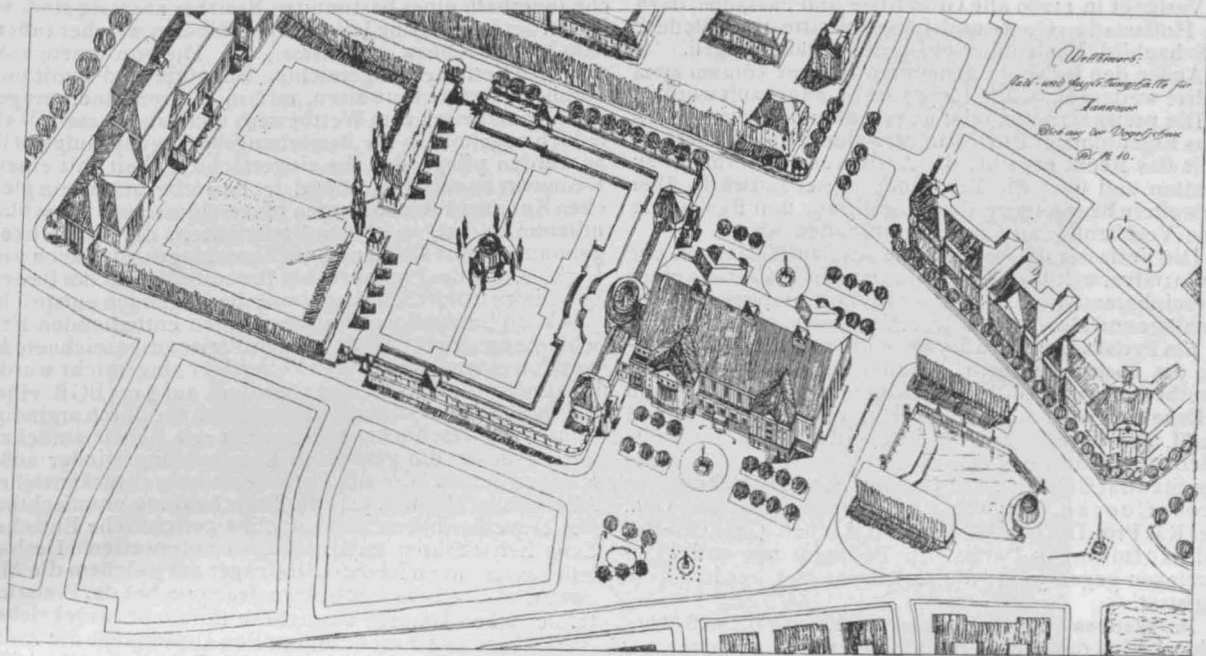
(gez.) A. Hildebrand; (gez.) Jos. Floßmann;
(gez.) Graebner; (gez.) L. Tuailon;
(gez.) Wilh. Kreis.

Wettbewerbe.

Wettbewerb Ständehaus der Provinzial-Verwaltung in Posen. (Vergl. die Ausschreibung in No. 57.). Für den Bau ist ein rd. 8000 qm großes, etwa trapezförmiges Grundstück in Aussicht genommen, das von drei Seiten von 22 m (einschließlich Vorgärten) breiten Straßen — Glogauer-, Buker-, Lenau-Straße — an der vierten durch ein anstoßendes Grundstück begrenzt wird und etwa 95 m mittlere Breite

Erweiterungen freizuhalten ist. Im übrigen werden Vorschriften für die Ausnutzung des Grundstückes nicht gemacht. Für die Dienstwohnung des Landeshauptmannes ist ein Flügelanbau in Aussicht genommen.

In den Diensträumen der Landeshauptverwaltung sind 15 obere Beamte (darunter 8 Dezernenten), 50 Landes-Sekretäre und Diätare, 20 Registraturbeamte, 25 Kanzlei-Beamte, 18 Beamte der Landeshauptkasse, 12 sonstige Beamte, 8 Bo-



Der Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für den Bau einer Stadthalle nebst Ausstellungshalle in Hannover.

Entwurf

mit dem Kennwort:

„Dolce far niente“.

Verf.: Arch. Fritz Usadel

B. D. A. in Hannover.

Ein Preis von 4000 M.

ten, 4 Drucker unterzubringen. Die zu bebauende Fläche des Verwaltungsgebäudes ist auf möglichst 2600 qm einzuschränken. Im Untergeschoß sind vorwiegend Wohnungen nebst Nebenräumen für Hauswart, Maschinist

und 75 m mittlere Tiefe besitzt. Die Lenau-Straße liegt bis zu 2 m höher als die Glogauer-Straße, die Buker-Straße fällt ziemlich gleichmäßig um diesen Höhenunterschied. Der Baugrund ist gut. Auf der einen Seite der Glogauer-Straße befindet sich vertieft liegendes Eisenbahngelände, sodaß das Ständehaus hier frei liegen und daher, insbesondere von der Kaponiere aus gesehen, hervorragenden Anteil an der Ausbildung des dort zu schaffenden Stadtbildes haben wird.

Das Grundstück fällt in Bauklasse III b der Baupolizei-Ordnung für die Prov.-Hauptstadt Posen vom 31. März 1903 (erhältlich im Verlag von A. W. Hayn's Erben in Berlin), darf also nur dreigeschossig und in 15 m Höhe bebaut werden. Da es sich um ein öffentliches Gebäude handelt, werden jedoch Erleichterungen gewährt, die das Programm angibt. Zu bebauen sind zunächst die Flächen an der Glogauer- und Buker-Straße, während die Lenau-Straße für

usw., sowie die Räume für die Zentralheizungsanlagen, im Erdgeschoß die Kassenräume der Landeshauptkasse nebst Stahlkammer und einigen Bureaus unterzubringen. Auf die übrigen Geschosse verteilen sich folgende Räume: der Landtagssaal (für 80 Plätze), durch zwei Geschosse durchgehend, mit den erforderlichen Nebenräumen (Erfrischungsraum, Büfett, Küche) und Bureaus, sowie Sitzungszimmer für Ausschüsse; Wohnung des Landtags-Marschalles, Sitzungssaal für den Provinzial-Ausschuß, Amtszimmer für den Landeshauptmann und Dezernenten, sowie die übrigen Bureaus. Im Dachgeschoß sind nur Räume für abgelegte Akten, falls das Untergeschoß nicht ausreicht, unt. Umst. auch eine kleine Wohnung unterzubringen.

Die Wohnung des Landeshauptmannes, bestehend aus Saal, 12 Zimmern und Nebenräumen, ist in besonderem Anbau an der südöstlichen Ecke des Grundstückes an der Glogauer-Straße in unmittelbarer Verbindung mit dem

Verwaltungsgebäude zu errichten. (Die Landtagsräume sind im Hauptgebäude so anzuordnen, daß sie auch als Festräume für den Landeshauptmann benutzbar sind.) Für Verwaltungsgebäude und Wohnung sind getrennte Zentralheizungs-Anlagen vorzusehen, die jedoch beide im Untergeschoß des Hauptgebäudes unterzubringen sind.

Es ist auf möglichste Feuersicherheit Rücksicht zu nehmen, daher sind durchweg massive Decken und Treppen zu wählen. Die Wahl des Baumaterials und Baustiles bleibt den Bewerbern überlassen. Reine Baukosten (einschl. Heizung, Beleuchtung, Wasserversorgung, aber ausschl. Inventar usw.) rd. 1 Mill. M., dazu noch bis 100 000 M. für bessere Ausgestaltung der Fassaden in echtem Material. Geringe Ueberschreitung dieser Summen soll Ausschließung vom Wettbewerb nicht bedingen. Kostenanschlag nach qm überbauten und cbm umbauten Raumes.

Verlangt in 1:200 alle Grundrisse und Fassaden, dazu eine Hoffassade, Quer- und Längsschnitte nach Bedarf, ein Schaubild, Kostenüberschlag und Erläuterungen.

Außer den in No. 57 genannten Preisen können zwei bis drei weitere Entwürfe für je 1000 M. angekauft werden.

Die preisgekrönten oder angekauften Entwürfe gehen in das Eigentum der Provinzialverwaltung Posen über, die damit das Recht erwirbt, die Ausführung Jedermann zu gestatten und über die Benutzung dieser Entwürfe, über ihre weitere Bearbeitung, über Ausführung und Bauleitung sowie Veröffentlichung frei zu bestimmen.

Die Verfasser dieser Entwürfe sind auf Verlangen der Provinzialverwaltung verpflichtet, gegen Gewährung einer zu vereinbarenden Vergütung genaue Zeichnungen, Kostenanschläge und Materialien-Berechnungen nachzuliefern.

Ein Preisausschreiben um Entwürfe zu einem Bebauungsplan des noch unbauten Geländes der Stadt Schöneberg schreibt der Magistrat dieser Stadtgemeinde mit Frist zum 20. Dezember d. J. aus. Drei Preise von 10000, 6000 und 3000 M. Ankauf weiterer Entwürfe vorbehalten. Im Preisgericht die Stadträte Gerlach und Egeling von Schöneberg, Stadtrat Geh. Reg.-Rat Harder, Landesbdt. Professor Theod. Goecke, Geh. Ob.-Brt. Launer in Berlin, Geh. Reg.-Rat Prof. Dr.-Ing. Henrici in Aachen, Geh. Ob.-Brt. Prof. Hofmann in Darmstadt. Bedingungen und Planunterlagen gegen 30 M., die zurückerstattet werden, vom Magistrat.

Im Wettbewerb Brücke über den Rhein bei Lauffenburg (Schweiz) hat das Preisgericht folgende Preise zuerkannt: I. Preis von 2000 M. dem Entwurf mit dem Kennwort „Ein altes Lied“, Verfasser Dr.-Ing. Hans Diethelm als Ingenieur, M. Jagielsky & Kölliker als Architekten, sämtlich in Hannover; II. Preis von 1500 M. dem Entwurf mit dem Kennwort „Schwertlimann“, Verfasser Maillart & Co., Ingenieurbureau in Zürich und Joss & Klausner, Architekten in Bern; je ein III. Preis von 750 M. den Entwürfen „Auf Fels“, Verfasser Ed. Züblin & Co. in Straßburg; und „Neubau“, Verfasser Tiefbau- und Eisenbeton-Gesellschaft m. b. H. in München unter Mitwirkung von Arch. Löwenstein in München.

In dem Ideen-Wettbewerb der Vereinigung Berliner Architekten betr. die Bebauung des Grundstückes Potsdamer-Str. 38 zu Berlin liefen 39 Entwürfe ein. Ein I. Preis wurde nach einstimmigem Beschluß des Preisgerichtes nicht verteilt; aus seinem Betrag wurden 3 weitere IV. Preise von je 1000 M. gebildet. Den II. Preis von 2000 M. gewannen die Hrn. Toebeilmann & Gross; den III. Preis von 1500 M. errang Hr. R. Seel. Die IV. Preise von je 1000 M. wurden den Hrn. Heidenreich & Michel, Zaar & Vahl, Ernst Müller und Arthur Wolff zugesprochen. Zum Ankauf für je 500 M. entschied sich das Preisgericht für 2 weitere Entwürfe der Hrn. Heidenreich & Michel und für einen Entwurf des Hrn. Bruno Möhring. Ferner empfahl das Preisgericht dem Bauherrn noch den Ankauf der Entwürfe „G. m. b. H.“, „So kann es gehen“ und „Nach der Baupolizei“ (Verfasser Eug. Kühn). Ausstellung bis 7. August im Architekten-Hause zu Berlin.

Rechtsfragen aus dem Wettbewerbswesen. Es wurde in letzter Zeit häufiger an uns die Anfrage gerichtet, ob eine Wettbewerbs-Entscheidung aus diesem oder jenem Grunde rechtlich angreifbar sei bzw. ob die durch einen Fehlspruch benachteiligten Bewerber auf Schadenersatz klagen könnten. Wir werden solche Fragen, die bisher im Briefkasten kurz erledigt wurden, gelegentlich in allgemeiner Form unter obigem Stichwort behandeln. Die nachstehenden Ausführungen unseres rechtskundigen Mitarbeiters behandeln den häufiger wiederkehrenden Fall, daß sich an einem auf Ortsansässige beschränkten Wettbewerb Auswärtige in irgend einer Form beteiligen:

„Die Motive zu § 584 des ersten Entwurfes, aus welchem § 661 BGB. hervorgegangen ist, erklären Bd. 2. S. 523 es für unerläßlich, daß bei Preisausschreibungen (d. h. öffentlichen Zusagen von Preisen für die Vollbringung einer

Handlung, namentlich für die Lösung einer Aufgabe aus den Gebieten der Wissenschaft, Kunst, Technik) sowohl eine bestimmte Zeit für die Bewerbung, d. h. für die Vollbringung der Handlung, in der für die Auslobung bestimmten Weise in der öffentlichen Bekanntmachung festgesetzt wird, sowie daß die gelieferte Handlung den in der Auslobung gestellten Bedingungen überhaupt entsprechen muß, um zur Preisbewerbung zugelassen werden zu können. Nach allgemein anerkannten Auslegungsregeln kann der gesetzgeberische Wille nur dahin aufgefaßt werden, daß zwei Erfordernisse zusammentreffen müssen, um eine Beteiligung an dem Wettbewerb zuzulassen: nämlich Einhalten der gesetzten Frist und Erfüllung der in der Auslobung gestellten Bedingungen.

So oft die Auslobung als Bedingung aufstellt, daß zum Preisbewerb nur Personen zugelassen werden sollen, welche innerhalb eines bestimmten Bezirkes ansässig sind, so ist von der Beteiligung Jeder ausgeschlossen, welcher außerhalb betriebs- bzw. ortsansässig ist. Die von einem auswärtigen Verfasser eingereichten Entwürfe sind somit von vornherein zurückzuweisen, mithin die von ihnen eingereichten Arbeiten zum Wettbewerb nicht zuzulassen. Weil jedoch regelmäßig als Bewerbungsbedingung aufgestellt zu werden pflegt, daß die eingereichte Arbeit mit einem Kennwort zu versehen ist und der Bewerber unter dem gleichen Kennwort seinen Namen in verschlossenem Umschlag mitzuteilen hat, so ist den Preisrichtern die Möglichkeit genommen, vor Eröffnung des Umschlages, also auch vor Verkündung des Preisspruches festzustellen, ob der Bewerber den persönlichen Auslobungsbedingungen entspricht.

Wird bei Öffnen des den Namen enthaltenden Umschlages ermittelt, daß die mit dem Preise ausgezeichnete Arbeit von einem auswärtigen Verfertiger eingereicht wurde, so würden die Preisrichter allerdings auf § 123 BGB. einen Beschluß stützen können, nachträglich die durch arglistige Täuschung erschlissene Zulassung der Arbeit zurückzuweisen bzw. die getroffene Entscheidung wieder außer Kraft zu setzen, also die Preiszuerteilung zurückzuziehen. Allein es ist (Mot. S. 524) die Entscheidung unanfechtbar. Die Bewerber haben sich ihr, ohne gerichtliche Entscheidung herbeiführen zu können, zu unterwerfen. Deshalb fehlt es an einem Rechtsmittelzuge, auf welchem die Mitbewerber das Außerkraftsetzen des Spruches der Preisrichter betreiben können, wenn diese ihn nicht zurückziehen.

Ueberdies ist nicht unter allen Umständen die Zulassung zu einer Preisbewerbung arglistig herbeigeführt, wenn der Bewerber bei der Anfertigung des Entwurfes sich eines auswärtigen Gehilfen bedient hat, oder wenn mehrere Personen an dem Werk beteiligt sind. Es kommt vielmehr lediglich darauf an, wer nach den Grundsätzen über das geistige Eigentum an Werken der Literatur oder der Kunst als Verfasser zu gelten habe, um die Frage zu beantworten, ob Derjenige arglistig handelte, welcher nicht selbstständig, sondern mit fremder Hilfe die zum Wettbewerb eingereichte Arbeit anfertigte, und zwar in dem Bewußtsein, daß solche zurückgewiesen werden mußte, wenn der wahre Sachverhalt, d. h. fremde Miturheberschaft bekannt wäre. Dem das heutige bürgerliche Recht beherrschenden Grundsatz von Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte entspricht ein derartiges Handeln zweifellos nicht. Auch würde es zu einem Anspruch auf Schadenersatz an die dadurch beteiligten Mitbewerber aus § 266 BGB. ausreichen, endlich die Begriffsmerkmale einer durch § 263 StrGB. strafbedrohten Handlung erfüllen.

Aus allen diesen Erwägungen ist der Auffassung derjenigen Preisgerichtes beizutreten, wonach der Preis einem Bewerber nicht zuerkannt werden darf, der außerhalb des Ausschreibungsortes ortsansässig ist, wenn nach den Ausschreibungsbedingungen der Kreis der Bewerber nur auf ortsansässige Personen beschränkt worden ist. Eine Ausnahme hiervon kann von den Preisrichtern höchstens in dem Falle zugestanden werden, in welchem der Bewerber einer ortsansässigen Firma angehört, die aus mehreren Teilhabern besteht, selbst wenn diese teilweise außerhalb des Bezirkes wohnen, auf dessen Grenzen die Ausschreibung beschränkt worden ist, weil der Zweck der Beschränkung offenbar dahin geht, die ortsansässigen Architekten bzw. Architektur-Firmen anzuregen und ihnen die ausgesetzten Preise zu sichern.“ —

K. H.—e.

Inhalt: Die Verwirklichung des Walchensee-Kraftwerkes. — Vereines. — Der Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für den Bau einer Stadthalle nebst Ausstellungshalle in Hannover. (Fortsetzung). — Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für das Großherzog Friedrich-Denkmal in Karlsruhe. — Wettbewerbe. — Abbildungen: Von der II. Ton-, Zement- und Kalk-Industrie-Ausstellung in Berlin.

Hierzu eine Bildbeilage: Von der II. Ton-, Zement- und Kalk-Industrie-Ausstellung in Berlin.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., Berlin. Für die Redaktion verantwortlich Albert Hofmann, Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg., P. M. Weber, Berlin.



DIE KUNSTDENKMÄLER
 DER PROVINZ BRANDENBURG. * HERAUS-
 GEGEBEN VOM BRANDENBURGISCHENPRO-
 VINZIAL-VERBANDE.
 * KIRCHE IN KÖNIGS-
 BERG BEI WITTSTOCK.
 === DEUTSCHE ===
 ** BAUZEITUNG **
 XLIV. JAHRGANG 1910
 *** NO. 63. ***



DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLIV. JAHRGANG. N^o. 63. BERLIN, DEN 6. AUGUST 1910.

Verband Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine E. V.

Program

der 39. Abgeordneten-Versammlung und 19. Wanderversammlung in Frankfurt a. M. im September 1910.

I. Abgeordneten-Versammlung.

Freitag, den 2. September 1910.

8 Uhr abends: Begrüßung der Abgeordneten durch die städtischen Behörden im Römer (Rathaus), Eingang vom Paulsplatz. Die Teilnehmer (nur Herren) sind Gäste der Stadt. (Anzug: Frack oder Gehrock).

Samstag, den 3. September 1910.

9—5 Uhr nachmittags: Abgeordneten-Versammlung im Kaufmännischen Vereinshaus (Eschenheimer Tor). Dasselbst zu jeder Zeit Frühstücks-Gelegenheit.

10¹/₂ Uhr vormittags: für die Damen: Wagenfahrt durch die Stadt und deren nähere Umgebung. Treffpunkt: Kaufmännisches Vereinshaus.

6 Uhr abends: Dampferausflug mit Damen nach der Gerbermühle (Lieblingsaufenthalt Goethe's). Abfahrt von der Wilhelmsbrücke. Gemeinsame Rückfahrt mit Dampfer. Bei günstiger Witterung: Fest auf der Main-Insel an der alten Brücke.

Sonntag, den 4. September 1910.

9—11 Uhr vormittags: Abgeordneten-Versammlung im Kaufmännischen Vereinshaus.

10 Uhr vormittags: für die Damen: Besichtigung des Goethehauses. Treffpunkt: Großer Hirschgraben No. 23.

12⁰⁸ Uhr mittags: Abfahrt vom Hauptbahnhof mit Damen nach Bad Nauheim. (Die Fahrkarten werden gegen Abgabe der Kupons von 9 bis 11 Uhr vormittags im Kaufmännischen Vereinshaus ausgegeben.) In Nauheim gemeinschaftliches Essen im Kurhaus. Besichtigung der Badehäuser und Kur-Einrichtungen.

6²⁶ Uhr abends: Rückfahrt nach Frankfurt.

II. Wander-Versammlung.

Sonntag, den 4. September 1910.

8—11 Uhr abends: Begrüßung der Teilnehmer und ihrer Damen als Gäste des Ortsvereins in den Römerhallen, Eingang vom Paulsplatz (Straßenanzug).

Montag, den 5. September 1910.

9 Uhr vormittags: Eröffnung der Wanderversammlung durch den Vorsitzenden.
Bericht des Geschäftsführers.

11 Uhr vormittags: 1. Vortrag: Hr. Baurat Neher über die baukünstlerische Entwicklung Frankfurts in den letzten hundert Jahren.

2. Vortrag: Hr. Mag.-Baurat Uhlfelder über den Frankfurter Osthafen. Nach Schluß der Sitzung (1 Uhr) gemeinsames Frühstück dortselbst mit Damen (Trockenes Gedeck 1,50 M.).

10 Uhr vormittags: für die Damen: Treffpunkt: Kaufmännisches Vereinshaus.

Gruppe I: Besuch des Palmengartens unter sachkundiger Führung.

„ II: Kochkunst-Ausstellung und Städtische Galerie im Liebieghaus.

„ III: Senckenbergisches Naturwissenschaftliches Museum.

3 Uhr nachmittags: Besichtigungen mit Damen. Treffpunkt: Kaufmännisches Vereinshaus.

Gruppe I: Klärbecken, Müllverbrennungs-Anlage.

„ II: Städtische Wasserversorgungs-Anlagen.

„ III: Industrielle Anlagen und Festhalle.

„ IV: Akademie, naturwissenschaftliches Museum, Festhalle.

„ V: Städtische Schulneubauten, Festhalle.

7¹/₂ Uhr abends: Festessen der Teilnehmer und ihrer Damen im Palmengarten. (Anzug: Frack oder Gehrock). Freier Eintritt gegen Vorzeigung der Festkarte.

Dienstag, den 6. September 1910.

- 9 Uhr vormittags: 1. Vortrag: Hr. Landbauinspektor Jacobi über die Saalburg.
10¹/₂ Uhr vormittags: 2. Vortrag: Hr. Landbauinspektor Kloeppel über neuzeitliche Bauordnungen.
Mittagessen nach Wahl.
10 Uhr vormittags: für die Damen: Treffpunkt: Kaufmännisches Vereinshaus.
Gruppe I: Besuch des Zoologischen Gartens unter sachkundiger Führung.
" II: Besichtigung der Kinderkrippe in der Appels-gasse.
" III: Besuch des Völkermuseums und des Goethehauses.
3 Uhr nachmittags: Besichtigungen mit Damen.
Gruppe I: Osthafen und Ostpark. Treffpunkt: vor dem Ostbahnhof.
" II: Marien-Krankenhaus, Versorgungshaus und Friedhof-Neubauten. Treffpunkt: am Eschenheimer Turm.
" III: Städtisches Krankenhaus in Sachsenhausen und dessen wissenschaftliche Institute. Treffpunkt: Hauptportal Eschenbach-Straße. (Straßenbahnlinien 1 und 15).
" IV: Neuere Kultusbauten. Treffpunkt: Friedberger Anlage, Uhrtürmchen (Straßenbahnlinien 3, 6, 15, 19).
" V: Städtische Schulneubauten. Treffpunkt: Eschenheimer Turm.
" VI: Aeltere Kirchen. Treffpunkt: Schillerplatz, am Schillerdenkmal.
8 Uhr abends: Festvorstellung im Schumann-Theater am Hauptbahnhof. (Straßen-Anzug).

Mittwoch, den 7. September 1910.

- 9¹/₂ Uhr vormittags: Besichtigung (mit Damen): des Rathauses und der Altstadt, sowie verschiedener Museen. Treffpunkt: Römerhalle. Mittagessen nach freier Wahl.
2¹/₂ Uhr nachmittags pünktlich: Sonderausflug (Teilnehmerkarte 5 M.). Abfahrt mit Straßenbahnlinie 25 vom Eschenheimer Tor nach Homburg und der Saalburg. Kaffee im Restaurant Saalburg.
Führung in der Saalburg durch Hrn. Geh. Baurat Prof. Jacobi.
Abends: Besichtigung der Erlöserkirche in Homburg.
Nachtessen im Kurhaus. Gartenfest.

Die Preise der Festkarten betragen: a) für Herrenkarten 20 M., b) für Damenkarten 15 M., c) Ausflug nach Homburg und der Saalburg 5 M.

Es wird höflichst gebeten, sich unter Benutzung der von dem Frankfurter Ortsausschuß unmittelbar an alle Verbandsmitglieder versandten Meldelisten bis zum 10. August d. J. bei dem dortigen Architekten- und Ingenieur-Verein zu melden.

Der Verbandsvorstand.

R. Reverdy. F. Körte. A. Hofacker. R. Lion. Fr. Franzius.

Zur neuen Bauordnung für die Stadt Straßburg i. E.

Kaum sechs Jahre nach dem Erlaß der Bauordnung von 1904 hat das Bürgermeisteramt der Stadt Straßburg sich entschlossen, eine neue Bauordnung aufzustellen, die den heute fast allgemein angewandten Grundsatz der Staffelung befolgt, neben der geschlossenen auch die offene und halboffene Bauweise vorsieht, die Errichtung kleiner Häuser erleichtert, sowie den hygienischen und künstlerisch-ästhetischen Rücksichten nach Möglichkeit Rechnung tragen soll. Wird hiernach zweifellos die neue, am 12. April d. J. in Kraft getretene Verordnung in Fachkreisen mit Freuden begrüßt werden, so verlohnt sich um so mehr, den Inhalt kurz zu besprechen, ohne etwaige Unvollkommenheiten zu verschweigen.

Die ersten beiden Abschnitte beziehen sich auf Bauerlaubnis und baupolizeiliche Ueberwachung, sowie auf die Zugänglichkeit der Bauten und ihr Verhältnis zur Straße. Grundsätzliche oder beträchtliche Abweichungen von anderen Bauordnungen finden sich hier nicht. Ein gewisses Bedenken erregt vielleicht die Bestimmung, daß jedes bebaute Grundstück eine Einfriedigung (aus Holz oder Eisen, in höchstens der halben Länge auch aus Mauerwerk) von wenigstens 1,2 m Höhe haben muß. Zwar kann vor Gebäuden, in deren Erdgeschoß sich Gewerbebetriebe befinden, eine stellenweise unterbrochene niedrigere Einfriedigung zugelassen werden; auch sind in gewissen Teilen der offen zu bebauenden Gebiete lebende Hecken gestattet. Besser aber wäre es, wenn es an Vorgartenstraßen dem Hausbesitzer auch freigestellt wäre, nach englischem und amerikanischem Vorbild die Einfriedigung fortzulassen oder auf eine ganz niedrige Einfassung zu beschränken. Nicht zu billigen ist ferner, daß selbst in den Gebieten der offenen Bauweise das parallele oder nichtparallele Zurücktreten hinter die gesetzliche Bauflucht nur ausnahmsweise nach dem Ermessen des Bürgermeisters zugelassen werden kann.

Die Stadtteile, in welchen die geschlossene Bebauung gestattet ist, werden nach fünf Bauklassen, diejenigen, wo die offene Bauart vorgeschrieben ist, nach vier Bauklassen unterschieden; außerdem sind Fabrikviertel vorgesehen, wo gewerbliche Betriebe begünstigt werden, und sogenannte Schutzgebiete, wo lästige Anlagen verboten sind. In den Bauvorschriften unterscheidet die neue Bauordnung ferner Kleinwohnhäuser (d. h. Ein- und Zweifamilienhäuser mit nur einem Vollgeschoß), Ein- und Zweifamilienhäuser mit zwei Vollgeschossen und Mehrfamilienhäuser. Schließlich werden den Baugrundstücken, die bereits jetzt über

eine gewisse Dichtigkeitsgrenze hinaus bebaut sind, in Zukunft geringere Beschränkungen auferlegt, als sonst in der betreffenden Bauklasse herrschen.

Von den fünf geschlossenen Bauklassen sind die ersten beiden fünfgeschossig, die dritte vier-, die vierte und fünfte dreigeschossig. Tritt die Voraussetzung des vorletzten Satzes ein, so erhöht sich die zulässige Geschosßzahl in den ersten vier Klassen auf sechs, fünf und vier. Für Hintergebäude ist in den letzten vier Klassen eine geringere Geschosßzahl festgesetzt. Auf derselben Stockwerkshöhe sind in den ersten beiden Klassen nicht mehr als vier, in den letzten drei Klassen nicht mehr als zwei selbständige Wohnungen zulässig. Daß Dachwohnungen und Dachwerkstätten über der gestatteten Höchstzahl von Vollgeschossen verboten sind, ist verständlich. Daß aber Wohnungen und Werkstätten im Dachgeschoß selbst dann nur ausnahmsweise erlaubt sein sollen, wenn die Höchstzahl der Vollgeschosse nicht ausgeführt wird, ist offenbar ein Fehler. Das Zurückbleiben hinter der Höchstzahl sollte aus ästhetischen und anderen Gründen begünstigt werden.

Die zulässige Gebäudehöhe ist im allgemeinen gleich der Straßenbreite zwischen den „gesetzlichen Fluchtlinien“. Nur in der ersten und zweiten Klasse, beim Vorhandensein höherer Bebauung auch in den anderen Klassen, darf die Gebäudehöhe die Straßenbreite um 3 m überschreiten. Vorgärten scheinen hierbei nicht mitgerechnet zu werden. Die Höchstmaße sind aber in den verschiedenen Klassen abgestuft von 20 m bis zu 12 m. Nicht frei von Bedenken ist die Bestimmung, daß die Höhe der Rückseiten an Vordergebäuden — unter Umständen auch diejenige der Seiten- und Hintergebäude — bei entsprechender Hofgröße die Höhe an der Straße übersteigen darf. Ist die Straße oder der Hof breiter als das zulässige Höchstmaß der Gebäude, so ist — statt des sonst über der Höhengrenze nur statthaften Dachwinkels von 45° — ein solcher von 60° erlaubt, jedoch derart, daß das Profil des Daches „innerhalb der Verbindungslinie bleibt, die von der Oberkante des Dachgesimses zu dem Schnittpunkt der Mittellinie des Hauses mit einer in einem Winkel von 45° von der Anschnittslinie des Bürgersteiges nach dieser Achse gezogenen Geraden gedacht ist“. In diesem schwer verständlichen Satz scheint vor dem Wort „Bürgersteiges“ das Wort „gegenüberliegenden“ zu fehlen. Die im Inneren der Grundstücke vorgeschriebenen Abstandsregeln sichern nur bei der fünften Bauklasse einen Lichtwinkel von 45°; dieser sinkt im übrigen in den Klas-

sen IV bis I von 35° bis auf 22° . Dabei ist die Anrechnung einer Hofgemeinschaft bis zu gewissem Grade zulässig. Es mag sein, daß die Straßburger Verhältnisse die Bescheidenheit dieser Forderung rechtfertigen. Ein guter Gedanke liegt der Bestimmung zugrunde, daß die Höfe der in der Nähe der Block-Ecke zusammenstoßenden Grundstücke einen gewissen Mindestzusammenhang haben sollen. Der etwas schwierige Satz heißt: „Auf Eckgrundstücken und den sämtlichen darauf folgenden Grundstücken der insoweit noch unbebauten Baublöcke dürfen Gebäude, insbesondere Flügelbauten, Seiten- und Hintergebäude von mehr als 3 m Höhe innerhalb eines Viereckes, das von den Seiten des Eckwinkels und den auf diese von der Halbiebungslinie des Eckwinkels gezogenen Senkrechten von 28 m Länge gebildet wird, nur bis auf 3 m an die Halbiebungslinie heranreichen“. Der Erfolg dieser Bestimmung, wenn wir sie recht verstehen, erscheint nicht groß. Denn sie erklärt nur die in unseren Abbildungen 1 bis 3 schraffierten, 6 m breiten Flächenteile als unbebaubar. Dennoch aber bedeutet sie einen erheblichen Fortschritt gegenüber einer Eckbebauung etwa nach Abbildung 4.

Die Festsetzung einer rückwärtigen Baulinie ist in geeigneten Fällen vorgesehen.

Die Abstandsregeln werden ergänzt durch eine nicht sehr strenge Flächenregel, wonach der überbaubare Flächenteil von 80% (auf bereits bebauten Grundstücken der Klasse I) abnimmt bis zu 50% (in Klasse V). Außerdem

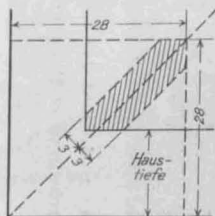


Abbildung 1.

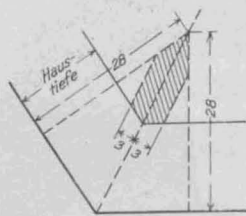


Abbildung 2.

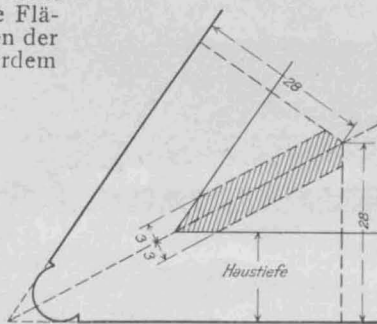


Abbildung 3.

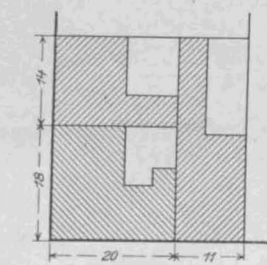


Abbildung 4.

darf ein weiteres Zehntel mit Baulichkeiten von nicht mehr als 6 m Firsthöhe besetzt werden. Bei Eckgrundstücken steigt der Prozentsatz bis auf 88 bzw. 75% .

Die vier offenen Bauklassen umfassen eine ländliche und zwei städtische Klassen, sowie die hier nicht weiter zu behandelnden Bauanlagen im zweiten Festungs-Rayon. In den erstgenannten drei Klassen sind im allgemeinen nur Einzelhäuser oder Hauspaare (von nicht mehr als 28 m Frontlänge) gestattet mit Grenzabstand von $1,9$ bis $5,5\text{ m}$. Gruppen von drei aneinander gebauten Häusern können bei Vergrößerung des Grenzabstandes um 2 m zugelassen werden. Außerdem wird die Gestattung halboffener Bauweise, d. h. des Reihenbaues mit einzelnen Unterbrechungen, auf Antrag der Eigentümer eines ganzen Blockes in Aussicht gestellt. Es sind nur zwei Vollgeschosse (einschl. des Erdgeschosses) und in jedem Hause höchstens zwei Wohnungen (in gemeinnützigen Arbeiter-Wohnhäusern mehr) erlaubt. Eine weitere, wohl entbehrliche Beschränkung besteht in der Maximalhöhe von $10,5\text{ m}$ bei 60° größter Dachneigung.

Die konstruktiven Vorschriften für Mauern und Decken

sind ziemlich streng, bringen aber für Kleinhäuser bzw. Ein- und Zweifamilienhäuser beträchtliche und zumeist ausreichende Ermäßigungen. Die verlangte lichte Stockwerkshöhe beträgt im allgemeinen $2,8\text{ m}$, jedoch im Dachgeschoß sowie für Ein- und Zweifamilienhäuser $2,5\text{ m}$.

Der Bauordnung ist eine vortrefflich geschriebene Begründung des Beigeordneten Dr. Emerich beigegeben, die auch über die örtliche Verteilung der Bauklassen näheren Aufschluß gibt. Die erste Klasse der geschlossenen Bebauung umfaßt die Altstadt, die zweite den größten Teil der Neustadt, die dritte einen kleineren Teil der Neustadt und neues Stadterweiterungsgelände sowie Hauptverkehrsstraßen der Vororte, die vierte einen Teil der östlichen Neustadt, gewisse Vorortgebiete und die Hauptverkehrsstraßen von Ruprechtsau, die fünfte endlich hauptsächlich zukünftiges Baugelände der Vororte. Ein Urteil über die Zweckmäßigkeit dieser Einteilung und über die Wahl der offen zu bebauenden, der Fabrik- und Schutz-Gebiete würde genauere Ortskenntnis voraussetzen, als sie der Berichterstatter besitzt; die Zuweisung der Hauptverkehrsstraßen zu einer höheren oder dichteren Bauklasse erscheint aber zweifellos gerechtfertigt. Auch die beabsichtigte Verminderung der Breite der Wohnstraßen, welche in den bestehenden Bebau-

ungsplänen bis zu 20 m beträgt, verdient entschiedene Billigung. Ueberhaupt soll nach der Emerich'schen Begründung eine Ueberprüfung der Bebauungspläne in der Absicht eintreten, sie überall mit den Bauklassen in Einklang zu bringen. Für künstlerische Anforderungen, für die Verhinderung von Verunstaltungen und für den Denkmalschutz ist, gemäß der Begründung, die Bauordnung allein nach geltendem Recht nicht ausreichend; es ist deshalb von der Stadt Straßburg ein elsasslothingisches Landesgesetz zum Schutze des Ortsbildes angeregt worden, das hoffentlich zustande kommt.

Die schon im Eingang ausgesprochene Befriedigung darf am Schlusse wiederholt werden, wenn schon, außer den hervorgehobenen Unvollkommenheiten, eine knappere Fassung des Ganzen zu wünschen wäre. Aber Verbesserungen, namentlich auf Grund der zu erwartenden Erfahrungen, sind ja nicht ausgeschlossen. Haben doch Bauordnungen das gemein mit Bahnhofsanlagen, daß ihnen in der Regel kein langes Leben beschieden ist. Glücklicherweise ist die Abänderung von Bauordnungen weniger kostspielig. —

J. Stübgen.

Das Eisengerüst zur Instandsetzung der Andreas-Kirchtürme in Braunschweig.

Von Stadtbaumeister Gebensleben in Braunschweig.

Vor mehreren Jahren hat es sich als dringend notwendig herausgestellt, daß die Türme der Andreas-Kirche, die höchsten der Stadt Braunschweig, einer durchgreifenden Ausbesserung unterzogen würden. Durch Verwitterung und Brände hatte sowohl das innere wie das äußere Mauerwerk der Türme so erheblich gelitten, daß man um die Standfestigkeit des Bauwerkes erheblich besorgt sein mußte.

Die Baugeschichte des Gotteshauses, der Kirche des heiligen Andreas, inmitten des Weichbildes der Neustadt belegen, reicht bis in die Zeit Heinrichs des Löwen zurück; seine bauliche Entwicklung ist im 15. Jahrhundert soweit zum Abschluß gekommen, daß nur die Vollendung der oberen Geschosse der beiden Türme noch fehlte. Im Jahre 1518 wurde unter Leitung des auch an anderen Orten tätig gewesenen Baumeisters Bernhard Tafelmaker mit dem Aufbau der Türme begonnen, das Mauerwerk des südlichen Turmes aufgeführt und im Jahre 1544 eine 180 Fuß hohe Spitze aufgesetzt; die Höhe dieses Turmes bis zur Spitze betrug damals 122 m . Der nördliche Turm aber blieb unvollendet, weil nach der Reformation die Opfergaben für den Turmbau spärlicher eingingen, und ist auch jetzt noch mit dem im Jahre 1581 aufgetragenen Notdach versehen.

Am 10. Januar 1551 aber fiel die Spitze des südlichen Turmes infolge ihrer mangelhaften Verankerung mit dem Unterbau um und zerschlug das Kirchengewölbe; die darauf von Tafelmaker im Jahre 1559 in niedrigeren Verhältnissen errichtete Turmspitze wurde am 5. Febr. 1680 durch Blitzschlag vernichtet, wobei das Kirchengewölbe abermals erheblich in Mitleidenschaft gezogen wurde. Erst im Jahre 1741 wurde dann die auch jetzt noch vorhandene Rokoko-haube aufgesetzt.

Die Höhe des großen Turmes beträgt bis zu der unterhalb des Turmhelmes angebrachten Galerie 70 m und bis zur höchsten Spitze 97 m . Ein Bild der Kirche in ihrem Zustand bei Inangriffnahme der Ausbesserungsarbeiten und nach Aufstellung des Gerüstes geben die beiden Aufnahmen Abbildungen 1 und 2 auf S. 496.

Zunächst war es erforderlich, das innere, aus Kalksteinen hergestellte Turmmauerwerk, das teilweise bis zu einer Tiefe von $0,5\text{ m}$ und mehr zerstört war, einer gründlichen Instandsetzung zu unterziehen; zu dem Zweck wurde in den unteren Geschossen teilweise, in den oberen fast überall anstelle der alten Kalksteine Hartbrandsteine in Zementmörtel eingesetzt. Da diese Arbeit nur stückweise vorgenommen werden konnte und ein gleichzeitiges Ar-

beiten in verschiedenen übereinander liegenden Geschossen aus Sicherheitsgründen ausgeschlossen war, nahm sie erhebliche Zeit in Anspruch und verursachte nicht unbedeutende Kosten.

Erst nach Fertigstellung dieser Arbeiten, welche die Standfestigkeit des Turmbaues sicherten, konnte daran gegangen werden, auch die Ausbesserungsarbeiten an der äußeren Seite in Angriff zu nehmen. Bei wiederholten Besichtigungen war festgestellt, daß in den unteren Geschos-

der größeren Standfestigkeit und der vollkommeneren Feuersicherheit — der Einbau von beweglichen Arbeitsbühnen, Lasthebekranen und eines Personenaufzuges am besten möglich war. Durch Vergleichsberechnungen war außerdem ermittelt, daß die Mehrkosten eines Eisengerüsts gegenüber einem Holzgerüst gar nicht so erheblich waren und daß jedenfalls die Mehrkosten durch die Vorzüge bei weitem wieder aufgewogen werden. Nach gründlichen Vorarbeiten, an denen sich mehrere namhafte Spezialfirmen

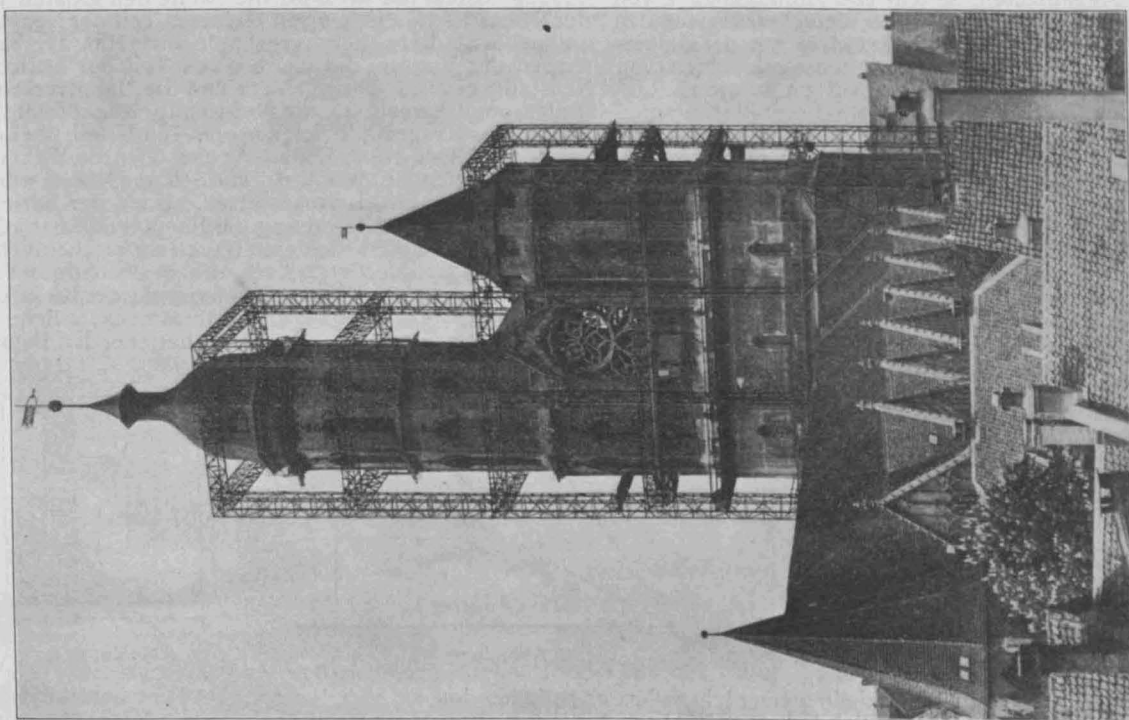


Abbildung 2. Ansicht der Kirche nebst Rüstung von der Rückseite. Das Eisengerüst zur Instandsetzung der Andreas-Kirchtürme in Braunschweig.

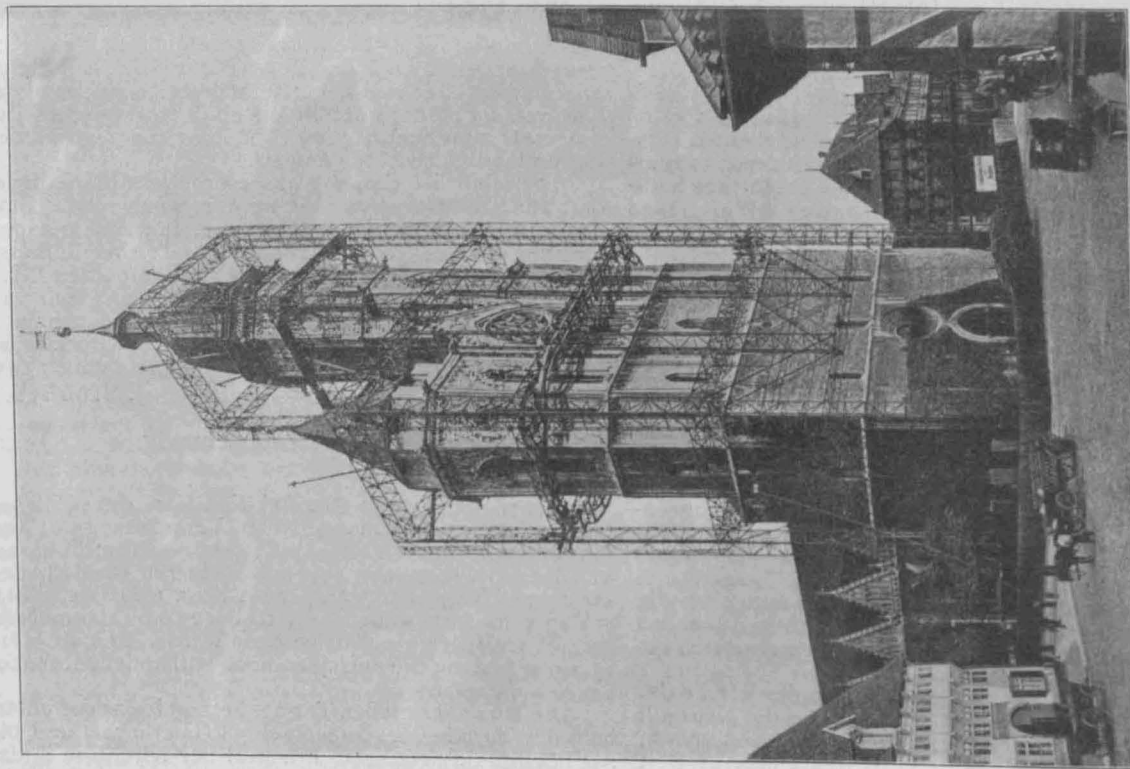
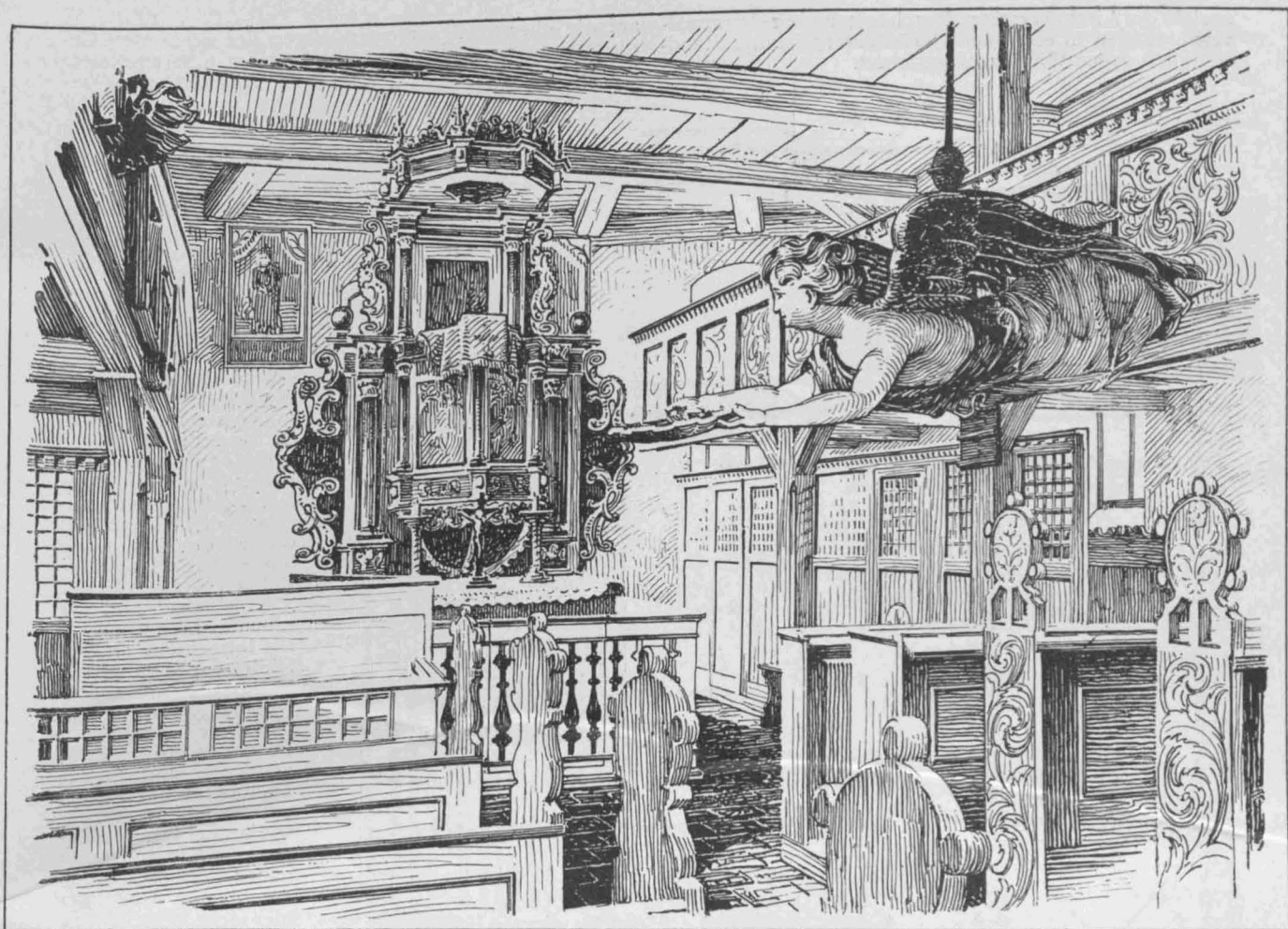


Abbildung 1. Ansicht der Kirche nebst Rüstung von der Vorderseite. Das Eisengerüst zur Instandsetzung der Andreas-Kirchtürme in Braunschweig.

sen nur einzelne, in den oberen aber fast sämtliche Quader und Werkstücke, teilweise von ganz erheblichem Gewicht, ausgewechselt werden müssen. In Rücksicht auf diesen ganz bedeutenden Umfang der auszuführenden Arbeiten, die wohl fünf bis sechs Jahre in Anspruch nehmen werden, war man sich von vornherein darüber klar, daß nur ein Standgerüst Verwendung finden konnte. Nach eingehenden Erwägungen darüber, ob ein Holz- oder ein Eisengerüst vorzuziehen sei, entschied man sich für ein Eisengerüst, und zwar aus dem Grunde, weil bei diesem — neben

beteiligten, entschied man sich für den Entwurf der Dampfkessel- und Gasometer-Fabrik in Braunschweig zur Ausführung.

Der Gerüstbau, der in den Abbildungen 3—7 S. 498 und 499 in seiner Gesamtanordnung (Ansicht von vorn, Seiten- und Hinteransicht, sowie wagrechten Schnitten in verschiedenen Höhenlagen) dargestellt ist, besteht aus zwei Teilen, einem unteren, welcher beide Türme umschließt, und einem oberen, nur den höheren Turm umschließenden



Inneres der Kirche zu Lanz.

Teil. Der untere Teil besteht aus vier an den Turmecken fest gegründeten Säulen von 51,5 m Höhe; jede der vier Säulen ist aus vier Winkelleisen gebildet, die in den massiven Fundamentklötzen fest verankert sind, und hat einen quadratischen Querschnitt mit einer Seitenlänge von 1,5 m. Die einzelnen Winkelleisen sind durch Gitterwerk aus kleineren Winkelleisen allseitig miteinander verbunden. In vier verschiedenen Höhenlagen sind die Säulen durch wagrechte Querversteifungen, die den Turm rings umschließen und ebenfalls als Gitterträger ausgebildet sind, gegen einander abgesteift. Während auf der schmaleren, Nord- und Südseite des Turmes, diese Querversteifungen auf die nicht so bedeutende Länge von etwa 12 m zwischen den Ecksäulen sich frei tragen, sind sie auf der breiteren, West- und Ostseite, wo sie eine Länge von etwa 27 m zwischen den Säulen erhalten, an zwei Stellen zwischen den Ecksäulen nochmals durch Ständerwerke gestützt. Diese Ständerwerke reichen nicht bis zur Erde, sondern sind auf der Ostseite durch die in Abbildung 7 S. 499 dargestellte Tragkonstruktion, d. h.



Friedhof und Kirche zu Söllenthin.

Aus: Die Kunstdenkmäler der Provinz Brandenburg. Herausgegeben vom Brandenburgischen Provinzial-Verbande. Berlin. Im Kommissionsverlage der Vossischen Buchhandlung.

durch kräftige Eckstreben über dem Kirchendach abfangen und auf der Westseite durch einen großen hängewerkartigen Fachwerkträger (vergl. Abbildung 3, Vorder-

ansicht (der Kirche) gestützt. Durch anspannbare Diagonalverbindungen in einzelnen Gerüstfeldern ist die Standfestigkeit gegen Winddruck gesichert.

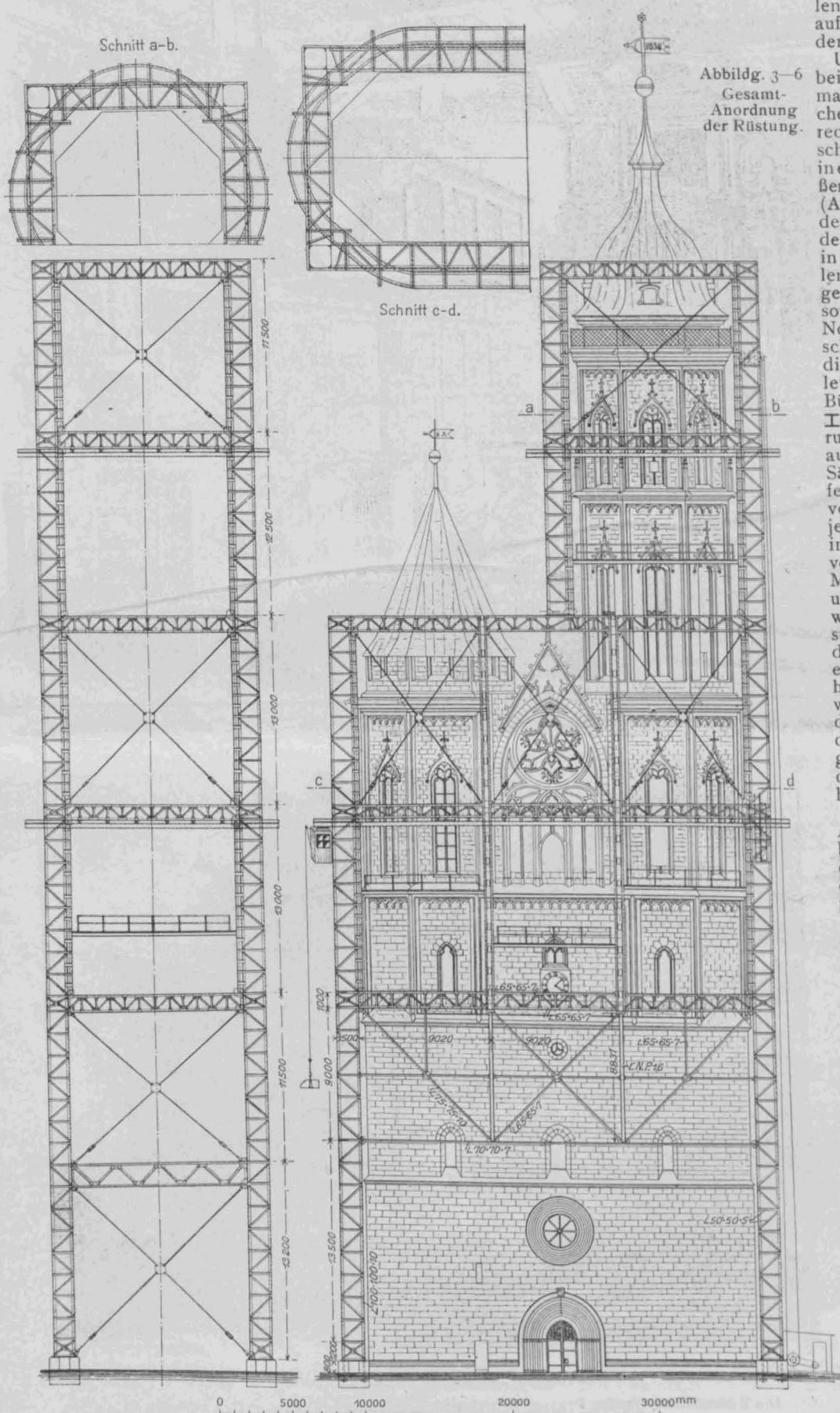
auf die obersten Querverbindungen des genannten Gerüstteiles stützen und die vorhin erwähnten Ständerwerke belasten; durch drei den großen Turm umschließende Traversen sind die Ecksäulen des oberen Gerüstaufbaues gegen einander kräftig verstrebt.

Um ein bequemes Arbeiten am äußeren Turmmauerwerk zu ermöglichen, sind acht in lotrechter Richtung verschiebbare, die Türme in einem Ring umschließende Arbeitsbühnen (Abbildung 8) vorhanden, und zwar je drei auf der Ost- und Westseite in den von den Ecksäulen und den Ständern gebildeten dreifeldern, sowie je eine auf der Nord- und Südseite zwischen den Ecksäulen; die ersten sind 9 m, die letzteren 12 m lang. Die Bühnen sind aus zwei I-Trägern gebildet und ruhen an ihren Auflagern auf lotrechten, an den Säulen und Ständern befestigten Zahnstangen, von denen mithin für jede Arbeitsbühne vier, im ganzen also 32 Stück vorhanden sind. Da das Mauerwerk der beiden untersten Turm-Stockwerke noch in gutem Zustand sich befindet und daher Ausbesserungen erheblichen Umfanges hier nicht ausgeführt zu werden brauchen, so sind die Bühnen sofort im dritten Stockwerk eingebaut und es beginnen die Zahnstangen auch hier erst.

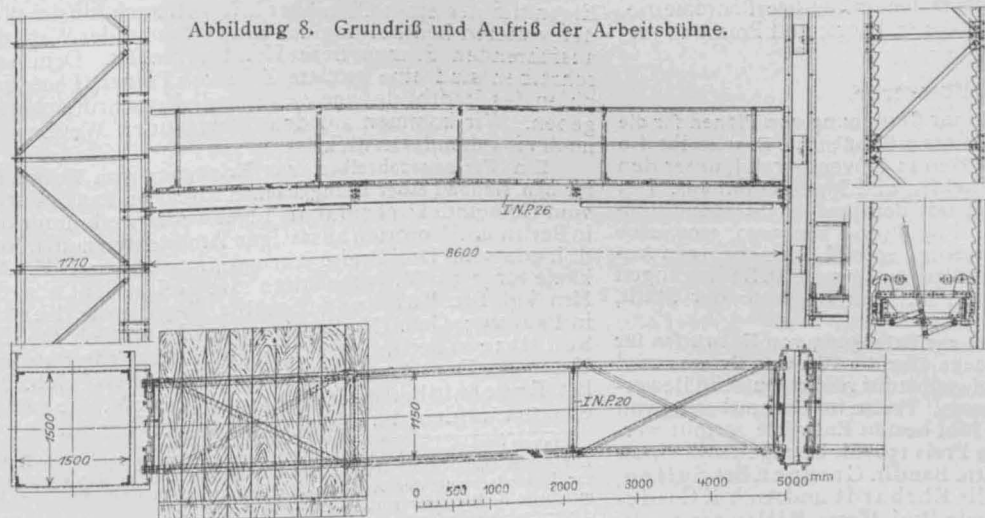
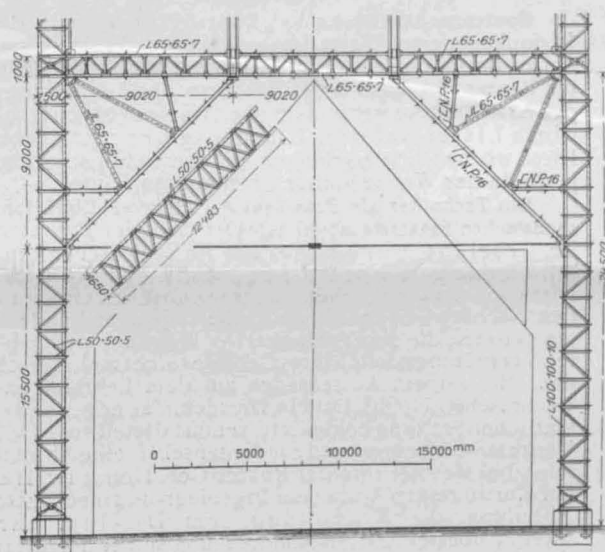
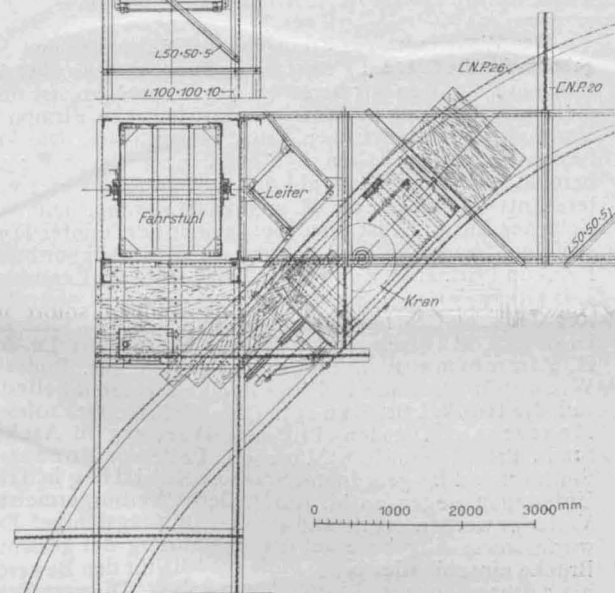
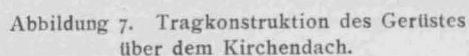
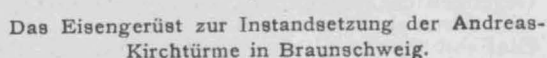
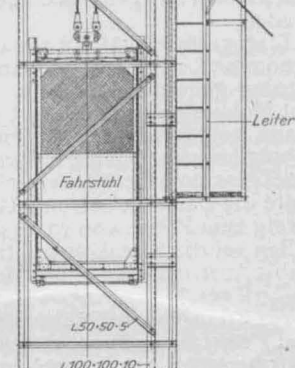
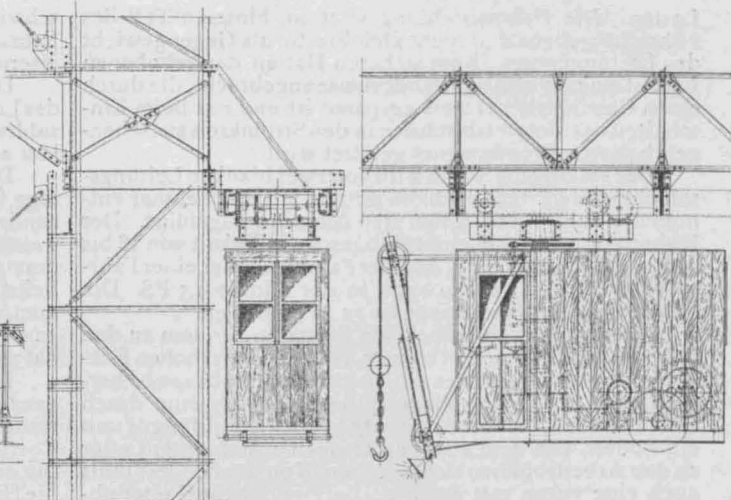
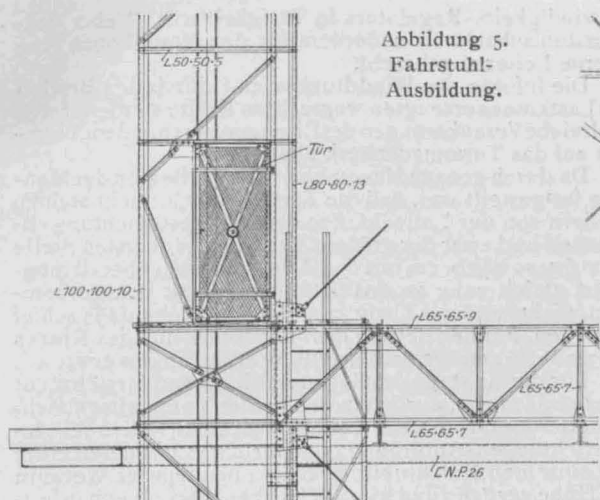
Zur Feststellung und Auflagerung der Arbeitsbühnen ist an jedem Ende der Bühne ein durch eine Hebelvorrichtung verschiebbares Zungenpaar vorhanden, das sich in der Ruhelage der Bühne auf die Zahnstangen auflegt und durch einen besonderen Verschluss des Stellhebels festgehalten wird. Außerdem sind an jedem Ende der Bühne noch zwei selbsttätige Fang- und Sicherheitsvorrichtungen angeordnet, bestehend aus einer Sperrklinke, die in die Zahnstange eingreift. Sie bewirkt, daß die Arbeitsbühne bei gelösten Zungen höchstens um eine Zahnlänge herabfallen kann. Zur sicheren Führung der Bühnen sind schließlich noch Schleifen angebracht. Das Hochziehen der Arbeitsbühnen geschieht mittels eines Laufkranes oder durch Flaschenzüge. Die Bühnen sind durch Bohlenabgedeckt, die bis dicht an das

Der obere Teil des Gerüstes besteht gleichfalls aus vier Ecksäulen, und zwar bilden die beiden auf der Südseite belegenen die unmittelbare Verlängerung der Säulen des unteren Gerüstteiles, während die beiden anderen sich

Turmmauerwerk heranreichen. Zur Förderung der Baumaterialien vom Lagerplatz zu den Arbeitsbühnen ist ein elektrisch angetriebener, hängender Laufkran (Abbildung 9) eingebaut. Er läuft auf einer, einen geschlossenen Ring



Abbildg. 3-6
Gesamt-
Anordnung
der Rüstung.



bildenden und am Untergurt der Traversen befestigten Bahn, und zwar immer in demjenigen Stockwerk, in welchem die Arbeitsbühnen vorhanden sind. Sobald die Ausbesserungen in einem Stockwerk beendet sind, werden so-

steuerbar und wird durch eine Stirnradübersetzung und ein Handrad bewirkt. Ferner sind noch zwei Motore eingebaut, und zwar ein Fahrmotor zum Fortbewegen des Kranes, sowie ein Hubmotor zum Heben und Senken der

Lasten. Die Hubvorrichtung sitzt im hinteren Teil des Führerhäuschens und dient gleichzeitig als Gegengewicht des Lastmomentes. Zum sicheren Halten der gehobenen Last ist eine selbsttätige Bandbremse angebracht, die durch einen Gewichtshebel stets gespannt ist und nur beim Einschalten des Motors durch den in den Stromkreis eingeschalteten Bremsmagnet gelüftet wird.

Der elektrische Strom wird von zwei blanken Leitungsschienen längs der Fahrbahn mittels Stromabnehmer entnommen und durch Kabel den Motoren zugeführt. Der Hubmotor leistet bei einer Hubgeschwindigkeit von 18 bis 20 m in der Minute 12 PS. und der Fahrmotor bei einer Fahrgeschwindigkeit von 30–35 m in der Minute 2,5 PS. Die größte Traglast des Kranes ist zu 2 t bemessen.

Damit auch schließlich die Personen bequem zu den Arbeitsbühnen gelangen können, ist in einer der hohen Ecksäulen des Turmgerüsts ein elektrischer Fahrstuhl hergerichtet; über jeder Traverse befindet sich eine durch eine Tür verschließbare Aussteigestelle (Abbildung 6) und ein Podest, von dem aus die Personen mittels einer Leiter zu den Arbeitsbühnen sich begeben. Von dem Podest führt auch eine kurze, mit Rückenschutz versehene Leiter abwärts, wodurch es dem Kranführer ermöglicht wird, gefahrlos zum Führerhäuschen zu gelangen. Der Fahrstuhl trägt sechs Personen, seine Fahrgeschwindigkeit ist zu 0,5 m/Sek. festgesetzt. Er hängt an zwei Drahtseilen, sein Eigengewicht und etwa die Hälfte der Förderlast sind durch ein Gegengewicht ausgeglichen. Der Motor leistet 7,5 PS. und wird durch ein Steuerseil in Gang gesetzt und abgestellt. Die Fahrbühne ist mit einer Keilfangvorrichtung versehen, welche beim Bruch eines oder beider Tragseile, bei der Dehnung eines Seiles über ein bestimmtes Maß und beim Überschreiten der zulässigen Geschwindigkeit beim Abwärtsbewegen des Fahrstuhles durch Eingreifen eines Ge-

schwindigkeits-Regulators in Tätigkeit tritt. Ueber dem Fahrstuhlschacht ist außerdem für den Notfall noch eine eiserne Leiter angebracht.

Die infolge des Winddruckes und durch den Betrieb des Lastkranes erzeugten wagrechten Kräfte werden durch zahlreiche Verankerungen des Eisengerüsts mit dem Turmbau auf das Turmmauerwerk übertragen.

Da durch genaue Messungen vor dem Beginn der Montage festgestellt war, daß die Türme nicht lotrecht stehen, sondern von der Lotrechten in der Ost-West-Richtung abweichen und zwar der größere Turm an der obersten Stelle um 0,6 m, so blieb, um mit den Arbeitsbühnen überall möglichst gleich nahe an das Turmmauerwerk heranzukommen, nichts anderes übrig, als das Gerüst ebenfalls schief zu stellen. Für den Betrieb des Fahrstuhles und des Kranes hat sich die geringe Schiefstellung als belanglos erwiesen.

Für die Montage des Gerüsts, die an und für sich nicht ganz einfach war, wurden in den beiden Turmhelmen mehrere eiserne und hölzerne Ausleger mit elektrischen Windevorrichtungen (Abbildung 7) hergerichtet, mit deren Hilfe die einzelnen Konstruktionsteile in bequemster Weise in die Höhe gezogen und bis zum fertigen Zusammenbau festgehalten werden konnten.

Der Aufbau des Eisengerüsts hat nur etwa zwei Monate in Anspruch genommen, nach vier Monaten konnte das Gerüst in Benutzung genommen werden. Nachdem man inzwischen acht Monate auf dem Gerüst gearbeitet hat (Abbildung 8), kann wohl behauptet werden, daß sich die gesamte Einrichtung als zweckmäßig erwiesen hat.

Die Herstellung des gesamten Gerüstes einschl. der Fördereinrichtungen hatte die Dampfkessel- und Gasometer-Fabrik in Braunschweig zum Preise von rd. 65 400 M. ausgeführt; davon entfallen auf die Eisenkonstruktion im Gewicht von rd. 140 t nebst Anstrich etwa 47 000 M. —

Vermischtes.

Bautennachweise des kgl. Polizei-Präsidiums in Berlin. In dankenswerter Weise hat sich das kgl. Polizei-Präsidium zu Berlin entschlossen, Listen der von ihm genehmigten Bauten mit Angabe des Bauherrn, des Architekten und des Ausführenden herauszugeben. Wir veröffentlichen diese Listen auf dem Umschlag unserer Zeitung. Diese wöchentlich erscheinenden Verzeichnisse enthalten je die in der Woche vorher genehmigten Bauten. —

Ein Techniker als Präsident der General-Direktion der sächsischen Staatseisenbahnen. Der Geheime Baurat Prof. Dr. Ulbricht, vortragender Rat im sächsischen Finanzministerium, ist kürzlich zum Präsidenten der General-Direktion der sächsischen Staatseisenbahnen ernannt worden. Sachsen ist damit in die Reihe derjenigen Bundesstaaten getreten, die dem Techniker den Weg auch zu den höheren Verwaltungsstellen ihres Gebietes nicht mehr verschließen. Bei seinem Ausscheiden aus dem Lehramt an der Technischen Hochschule in Dresden, das er neben seiner amtlichen Stellung bekleidete, veranstalteten am 25. v. Mts. Vertreter der Lehrer- und Studentenschaft eine Abschiedsfeier, bei welcher ihm der Rektor Geh. Hofrat Dr. Helm, auf einstimmigen Antrag der Ingenieur- und mechanischen Abteilung, die Ernennung zum Dr.-Ing. ehrenhalber überreichte, „in Anerkennung seiner hervorragenden Arbeiten auf dem Gebiet des Eisenbahn-Signal- und -Sicherungswesens, der Elektrotechnik und der Photometrie, in denen er in glücklicher Weise Theorie und Praxis zu vereinigen verstanden habe“. —

Wettbewerbe.

Ein Preisausschreiben zur Gewinnung von Plänen für die Umgestaltung des Kleberplatzes in Straßburg i. E. schreibt die Stadtgemeinde mit Frist zum 15. November d. J. unter den reichsangehörigen Architekten und Ingenieuren aus. Der Platz soll in Verbindung mit dem großen Straßendurchbruch gebracht werden. Vier Preise von 5000, 3000, 2000 und 1000 M., außerdem werden 2000 M. zum etwaigen Ankauf weiterer Entwürfe zur Verfügung gestellt. Bedingungen und Unterlagen gegen 20 M. vom Bauamte der Stadt, Brandgasse 4. —

Ein Preisausschreiben zur Erlangung von Entwürfen für den Neubau der Kaiserbrücke über die Weser in Bremen wird von der Baudeputation daselbst für reichsdeutsche Bewerber zum 4. Jan. 1911 erlassen. Preise im Gesamtbetrag von 15 000 M. sollen auf die fünf besten Entwürfe verteilt werden, wobei der niederste Preis 1500 M. betragen soll. Unter den Preisrichtern die Hrn. Baudir. Graepel, Brt. Suling, Bauinsp. Zaleski, Baudir. Ehrhardt und Arch. E. Gilde-meister in Bremen, sowie Prof. Herm. Billing in Karlsruhe. Unter den Ersatzleuten die Hrn. Brt. Rudloff in Bremerhaven und Prof. Mänz in Bremen. Unterlagen gegen 15 M., die zurückerstattet werden, von der Tiefbau-Insp. I in Bremen. —

Der Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen und Angeboten für die Erbauung einer festen Straßenbrücke über den Rhein in Köln, den wir bereits S. 456 besprachen, ist nunmehr mit Frist zum 1. April 1911 für deutsche Firmen in Verbindung mit deutschen Künstlern erlassen. Die fünf besten Entwürfe erhalten als Vergütung je 7000 M.; außerdem sollen nach Auswahl des Preisgerichtes vier weitere Entwürfe für je 2500 M. angekauft werden. Die Aussicht des Ankaufes ist also hier in sehr bestimmter Form eröffnet. Unter den Preisrichtern die Hrn. Beigeordneter Reg.- und Brt. a. D. Zschirnt, Beigeordneter Landesbrt. a. D. Rehorst und Stadtrt. Heimann in Köln, Geh. Reg.-Rt. Prof. Dr.-Ing. Müller-Breslau, Ob.-u. Geh. Brt. Dr.-Ing. J. Stübgen, sowie Wirkl. Geh. Ob.-Br. Dr.-Ing. H. Zimmermann in Berlin, sowie Geh. Brt. Professor Wicop in Darmstadt. Unter den Ersatzleuten befinden sich die Hrn. kgl. Brt. Bauer in Köln, Geh. Hofrat Professor Mehrrens in Dresden, Professor Hertwig in Aachen, Städt. Brt. Grässel in München, Professor Bonatz in Stuttgart und Beigeordneter Stadtrt. Schilling in Trier. Unterlagen gegen 50 M. durch den Oberbürgermeister. Verlangt werden „vollständige und prüfungsfähige“ Entwürfe, sowie Angebote auf die Ausführung der gesamten Brücke einschl. aller Nebenanlagen, die für den Bewerber bis 1. Dezember 1911 bindend sein sollen. Die vergüteten bzw. angekauften Entwürfe gehen in das unbeschränkte Eigentum der Stadt Köln über, die sich auch hinsichtlich der weiteren Bearbeitung der Entwürfe und der Wahl der ausführenden Firmen freie Hand vorbehält. Dem Ausschreiben sind eine größere Zahl von Plänen, Photographien des Stadtbildes und eingehende Vorschriften beigegeben. Wir kommen auf den interessanten Wettbewerb noch eingehender zurück. —

Ein Preisausschreiben zur Erlangung von Entwürfen für den Neubau einer evangelischen Kirche in Pankow wird vom Gemeindekirchenrat als Ideenwettbewerb unter den in Berlin und Vororten ansässigen Architekten zum 1. Nov. d. J. erlassen. Drei Preise von 2500, 1500 und 1000 M. Ankaufe für je 500 M. vorbehalten. Im Preisgericht u. a. die Hrn. kgl. Brt. Büttner in Steglitz, Reg.-Bmstr. Fenten in Pankow; Geh. Ob.-Br. Hossfeld und Geh. Ob.-Br. Schultze in Berlin, sowie Geh. Brt. Krüger in Potsdam. Unter den Ersatzleuten Reg.-Bmstr. Dotti und Geh. Ob.-Br. Eggert in Berlin. Unterlagen gegen 5 M., die zurückerstattet werden, durch den Gemeindekirchenrat. —

Inhalt: Verband Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine E. V. — Zur neuen Bauordnung für die Stadt Straßburg i. E. — Das Eisengerüst zur Instandsetzung der Andreas-Kirchtürme in Braunschweig. — Vermischtes. — Wettbewerbe. —

Hierzu eine Bildbeilage: Die Kunstdenkmäler der Provinz Brandenburg.

Verlag der Deutschen Bauzeitung. G. m. b. H., Berlin. Für die Redaktion verantwortlich Albert Hofmann, Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg., P. M. Weber, Berlin.



IE KUNSTDENKMÄLER DER PROVINZ
BRANDENBURG. * HERAUSGEGEBEN
VOM BRANDENBURGISCHEN PROVIN-
ZIAL-VERBANDE. * TÜR MIT TREPPE
IM SPEISESAL DER PLATTENBURG.

=== DEUTSCHE BAUZEITUNG ===

** XLIV. JAHRGANG 1910, NO. 64. **



DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLIV. JAHRGANG. NO. 64. BERLIN, DEN 10. AUGUST 1910.

Die Kunstdenkmäler der Provinz Brandenburg.

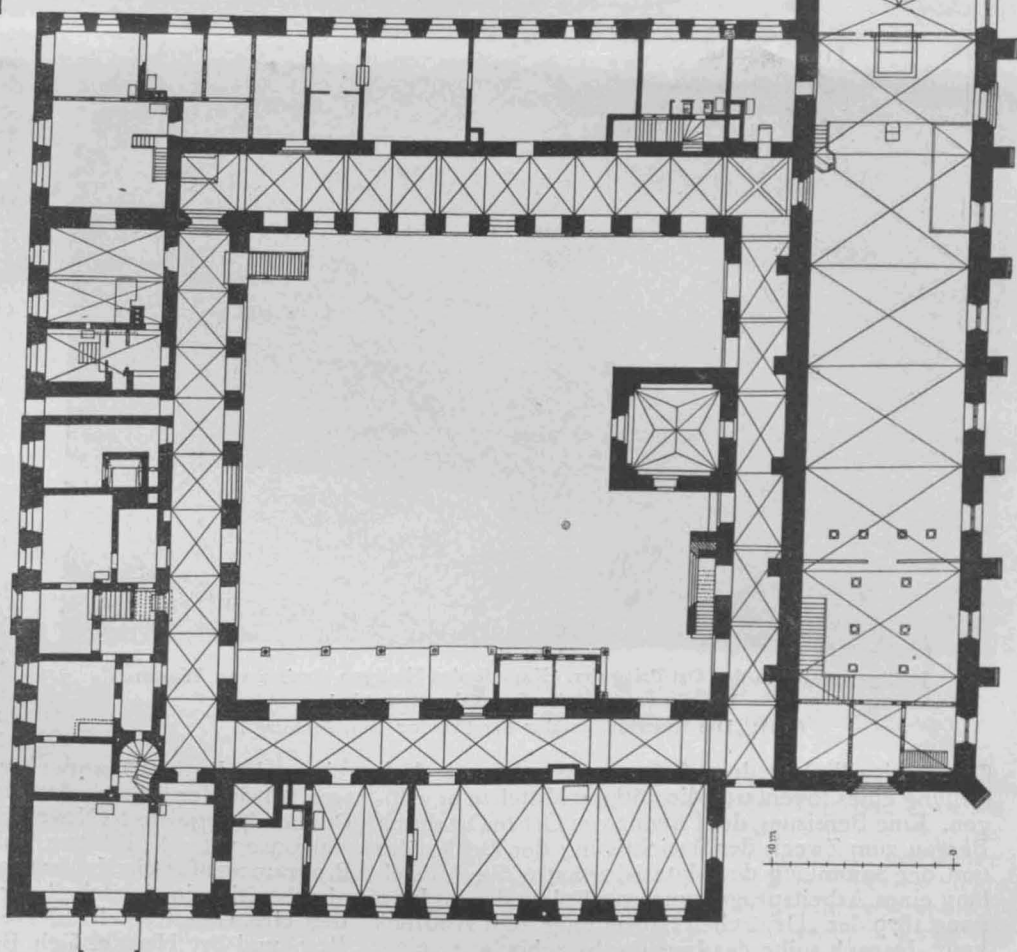
Hierzu die Bildbeilage in No. 63, die Abbildungen S. 497, sowie die Bildbeilage dieser Nummer.



in großes, einmusterergültiges Werk ist durch den Brandenburgischen Provinzialverband begonnen worden: die Darstellung und Herausgabe der Kunstdenkmäler der Provinz Brandenburg auf breiter Grundlage, als sie im Jahre 1885 dem „Inventar der Bau-

der „Architekten-Verein“ zu Berlin hierüber erstattete, wurde dem Gedanken voller Beifall gezollt und empfohlen, die Inventarisierung der Denkmäler in möglichster Vollständigkeit in Bezug auf Zahl wie auf Darstellung in Wort und Bild vorzunehmen, dem Mittelalter vorwiegend Be-

und Kunstdenkmäler der Provinz Brandenburg“ durch R. Bergau gegeben werden konnte. Man wird sich mit Interesse erinnern, daß die erste Anregung zur Aufstellung eines Inventares der Kunstdenkmäler in Preußen durch ein Schreiben erfolgte, das Schinkel als Vorstand der Ober-Bau-Deputation am 17. August 1815 an das preußische Ministerium des Inneren richtete. Die erste praktische Folge dieser amtlichen Anregung scheint das „Verzeichnis der Baudenkmäler im Regierungs-Bezirk Cassel“ gewesen zu sein, das im Jahre 1870 nach der Bearbeitung von W. Lotz und H. v. Dehn-Rotfelser erschien. Sein Erscheinen führte zu der Anregung, auch für die Provinz Brandenburg Ähnliches zu erstreben. In einem Bericht, den



Stift Heiligengrabe in der Ost-Priegnitz. Grundriß der Stiftskirche und der Stiftsgebäude nach einem Plan im Besitz des Stiftes. (Aus: „Die Kunstdenkmäler der Provinz Brandenburg.“)

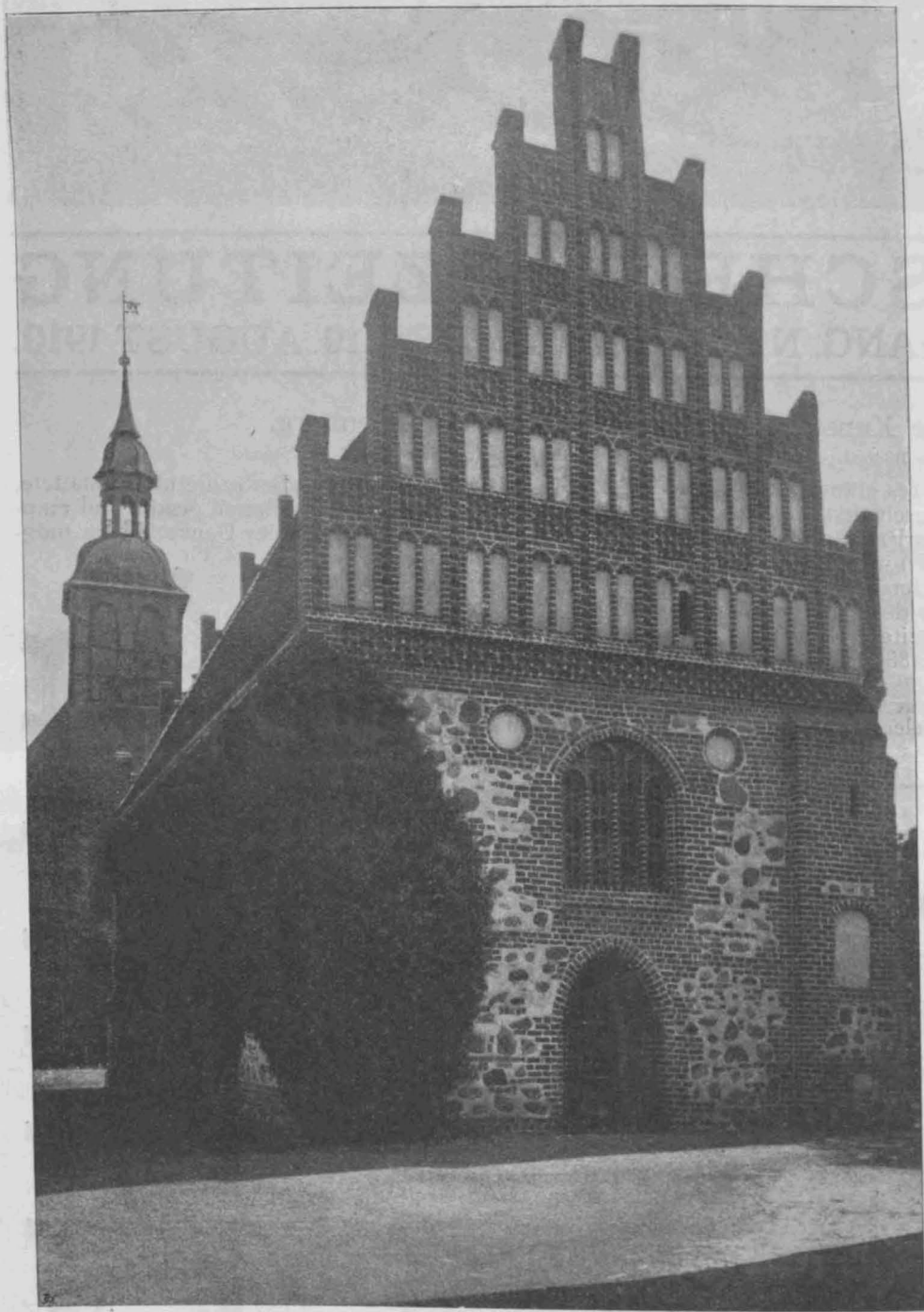
achtung zu schenken, jedoch die Werke der folgenden Jahrhunderte nicht auszuschließen, und im Zusammenhang mit den Bauwerken auch den Werken der Kleinkunst besondere Beachtung zu schenken. Man darf der Umsicht, die sich in diesen Gedanken schon in der damaligen Zeit ausspricht, in der sich die Denkmalpflege doch erst in ihren Anfängen befand, volle Anerkennung nicht versagen. Das Gutachten hatte denn auch zur Folge, daß der Provinzial-Landtag mit gro-

Bildhauerkunst, Malerei und der verschiedenen Kunstgewerbe von der ältesten Zeit bis auf unsere Tage, soweit solche in kunst- und kulturhistorischer Beziehung von Wert sind, also aller derjenigen Kunstprodukte, welche durch ihr Alter, ihre Darstellung, ihre Formen, ihre Schicksale oder ihre historische Bedeutung von besonderem Interesse sind, mögen dieselben im Besitz des Staates, von Gemeinden, Korporationen, Vereinen oder im Privatbesitz sich befinden". Unter Mit-

wirkung von A. v. Eye, W. Köhne, A. Körner, P. Lehfeldt, R. Schillmann, W. v. Schulenburg, F. Warnecke, E. Wernicke und Anderen erschien darauf im Jahre 1885 im Verlag der Vossischen Buchhandlung in Berlin der stattliche Band von 863 Seiten mit reichstem Schmuck an Abbildungen, der nahezu 20 Jahre hindurch eine wertvolle Quelle für brandenburgische Kunstgeschichte bildete. Als Hauptzweck seines Buches bezeichnete der Verfasser, das Gefühl und die Kenntnis für die Erhaltung der Denkmäler für uns und unsere Nachkommen zu fördern. „Der Anblick der ehrwürdigen Denkmäler der Vergangenheit, in welchen sich das Wollen und Können unserer Vorfahren ausdrückt, ist in noch höherem Grade als Wort und Schrift geeignet, in dem gegenwärtigen Geschlechte das Gefühl der Achtung für seine Ahnen zu beleben und damit der Liebe zum Vaterlande neue Nahrung zu geben.“

Bergau selbst bezeichnete seine Arbeit nur als einen ersten Versuch, der Lücken und Unrichtigkeiten aufweise. Und doch war er von größtem Erfolg begleitet, denn was mit den vorstehenden Worten ausgedrückt war, wurde in einem solchen Maße erreicht, daß im Jahre 1901 der heutige Reichskanzler als Oberpräsident der Provinz Brandenburg eine Neubearbeitung des „Verzeichnisses“ anregte. Im Jahre 1902 wurde auf Veranlassung des Landes-Di-

rektors der Provinz Brandenburg, Freiherrn von Mantuffel, in der Sitzung der Provinzialkommission für Denkmalpflege am 29. November der damalige Provinzialkonservator G. Büttner mit der Aufstellung eines Programmes für die Neubearbeitung betraut und ihm gleichzeitig ein Ausschuß zur Seite gestellt, der aus den Hrn. Geh. Reg.-Rat Friedel, kgl. Brt. Körner, Reg.- und Brt. Hesse, Geh. Brt. Techow, Landesbrt. Goecke, Prof. Wallé und nach dessen Tode Geh. Brt. Borrmann bestand.



Heiligengrabe in der Ost-Priegnitz. Kapelle des Heiligen Grabes von Westen.

Im Hintergrund der Turm der Stiftskirche.

(Aus: „Die Kunstdenkmäler der Provinz Brandenburg“.)

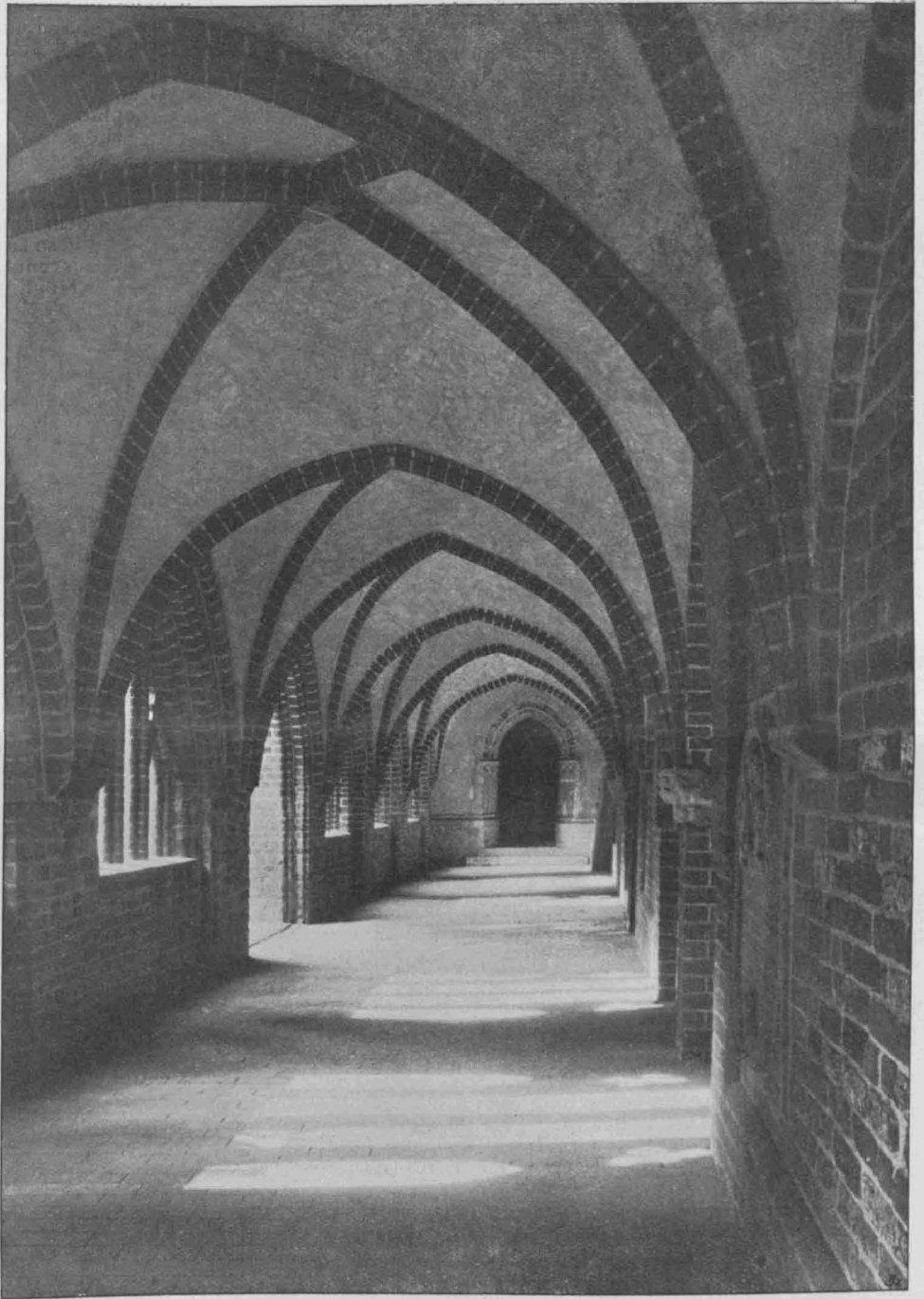
ßer Bereitwilligkeit dem Antrag entsprach, zur Aufstellung eines Inventares die nötigen Mittel zu bewilligen. Eine Bereisung der Provinz von Ort zu Ort durch Bergau zum Zweck der Besichtigung der Denkmäler und der Sammlung des Materiales hatte die Aufstellung eines Arbeitsprogrammes zur Folge, das im Jahrgang 1879 der „Deutschen Bauzeitung“ zum Abdruck kam. Danach sollte das Inventar bestehen aus „einer kurzen, kritischen Beschreibung aller in der Provinz Brandenburg vorhandenen Denkmäler der Baukunst,

Das Programm bestimmte, daß in das neue Verzeichnis sämtliche Denkmäler von der Vorgeschichte bis etwa zur Mitte des 19. Jahrhunderts aufzunehmen seien. Auf bildliche Darstellung sollte großer Wert gelegt werden und die Quellen waren in möglichst erschöpfender Weise anzugeben. Das Verzeichnis der vor- und frühgeschichtlichen Denkmäler sollte gesondert behandelt und jedem Kreis als Anhang beigegeben werden. Die Denkmäler selbst sollten nach Kreisen eingeteilt werden und die

Orte innerhalb der einzelnen Kreise in alphabetischer Reihe sich folgen. Im ganzen sind 7 Bände in Aussicht genommen und zwar Band I mit den Kreisen Westprieignitz, Ostprieignitz und Ruppin; Bd. II mit den Kreisen West-Havelland, Ost-Havelland, Stadt Brandenburg, Stadt Spandau, Stadt Potsdam; Bd. III mit den Kreisen Prenzlau, Templin, Angermünde, Niederbarnim und Oberbarnim; Bd. IV mit den Kreisen Teltow (einschl. Schöneberg, Rixdorf, Wilmersdorf, Stadt Charlottenburg, Zauch-Belzig, Jüterbog-Luckenwalde, Beeskow-Storkow; Bd. V mit den Kreisen Luckau, Calau, Cottbus, Lübben, Guben, Sorau und Spremberg; Bd. VI mit den Kreisen Lebus, Frankfurt a. O., West-Sternberg, Ost-Sternberg, Züllichau-Schwiebus und Crossen; endlich Bd. VII mit den Kreisen Königsberg i. N., Soldin, Landsberg a. W., Friedeberg und Arnswalde. Es wurde im Programm in Aussicht genommen, die politische und soziale Geschichte nur so weit und in knappen Umrissen zu berücksichtigen, als es zum Verständnis der Denkmäler notwendig wurde. Aus demselben Grunde sollte jeder Landschafts-Gruppe eine kurze geographisch-geologische Erklärung der Bodenbeschaffenheit beigegeben werden. Den Schluß des ganzen Werkes wird nach dem ursprünglichen Plan eine übersichtliche Darstellung der Entwicklung der Kunst in der Provinz Brandenburg bilden.

Die Schriftleitung des ganzen Werkes wurde dem Provinzialkonservator G. Büttner übertragen, der sie bis 1906 innehatte. Seine umfassende, mit großer Umsicht und Sorgfalt ausgeübte Tätigkeit bestand nach der Ausarbeitung des Programmes in der Gewinnung und Verpfichtung der zahlreichen Mitarbeiter, mit denen er die Sammlung des Stoffes, dessen Begrenzung, Anordnung und Fassung, sowie die Darstellung

in Wort und Bild feststellte. Die Bände Westprieignitz und Ostprieignitz lagen fertig vor, als an die Stelle Büttner's Hr. Landesbrt. Th. Goecke zum Provinzial-Konservator ernannt wurde; das Material für den Band Lebus war im Verein mit Hrn. Arch. Dr. Wilh. Jung zum großen Teil schon bearbeitet. Nach einem Beschluß des Provinzial-Ausschusses vom 21. Jan. 1908 ging die Schriftleitung in der Folge ganz auf Hrn. Landesbrt. Prof. Th. Goecke über. Zur Bearbeitung der einzelnen



Oestlicher Kreuzgang des Domes in Havelberg.
(Aus: „Die Kunstdenkmäler der Provinz Brandenburg“.)

Abschnitte wurden gewonnen: Hr. Arch. Eichholz für die Aufnahme der Denkmäler des Reg.-Bez. Potsdam, Hr. Arch. Dr. phil. Wilh. Jung für die des Reg.-Bez. Frankfurt a. O., Hr. Dr. Götz für die der vor- und frühgeschichtlichen Denkmäler, Hr. Dr. Spatz für Geschichte und Quellenkunde und Hr. Dr. Solger für geographisch-geologische Erläuterungen. Zurzeit liegen fertig vor Bd. I, Teil 1: West-Prieignitz; Bd. I, Teil 2: Ost-Prieignitz nebst vor- und frühgeschichtlichen Denkmälern, sowie Bd. VI, Teil 1: Kreis Lebus. — (Schluß folgt.)

Vereine.

Architekten-Verein zu Berlin. In der Versammlung am 7. Februar 1910 unter dem Vorsitz des Hrn. Professor G. de Thierry hielt der Leiter der Ostasiatischen Kunst-Abteilung an den kgl. Museen in Berlin, Direkt.-Assist. Dr. Kummel, einen Vortrag über „Haus und Kunst in Japan“. Zunächst wurde in großen Zügen das japanische Haus, namentlich die eigentümliche Ausbildung seiner Innenräume geschildert, deren wesentlicher Charakter schlichte Zweckmäßigkeit ist, dann die Zusammenhänge der Privatarchitektur mit den anderen Künsten, vor allem der Tafelmalerei und der Gerätekunst untersucht, die sich in den Rahmen des Hauses einzufügen haben. Schon das Festhalten an der Form des Hängebildes, noch mehr aber die Richtung auf intime Wirkungen in der Malerei, ja eine ganz andere Art der Kunstbetrachtungen ergeben sich aus den Materialien, Formen und Farben der Hausarchitektur. Am stärksten fühlbar aber macht sich diese Einwirkung in der Gerätekunst, die ja aus den Bedürfnissen des Hauses hervorgewachsen ist und deren Charakter als wirkliche Gebrauchskunst schon deshalb nie verloren gehen konnte, weil das Haus für eine dekorative Zierkunst keine Stätte bot. Die eigentümlichen Vorzüge des japanischen Kunstgewerbes, die in diesem Verhältnis begründet sind, wurden an der Hand von Lichtbildern nach Gegenständen japanischer und deutscher Privatsammlungen, sowie der ostasiatischen Kunstabteilung der Berliner Museen erläutert. —

Vermischtes.

Diplom-Ingenieure in der preußisch-hessischen Eisenbahnverwaltung. In der preußisch-hessischen Eisenbahn-Verwaltung werden neben den Diplom-Ingenieuren, denen als Regierungs-Baumeister die Beamtenlaufbahn eröffnet ist, noch eine Anzahl anderer technischer Kräfte beschäftigt, die mit der Ausarbeitung bestimmter technischer Aufgaben betraut sind. Je nach der Schwierigkeit dieser Aufgaben werden Diplom-Ingenieure oder weniger gut vorgebildete Techniker verwendet. Nachdem nunmehr für die Erledigung der leichteren Aufgaben eine bestimmte Laufbahn fürsorgen „Halbakademiker“ geschaffen worden ist, ist der Wunsch aufgetreten, auch die Laufbahn der Diplom-Ingenieure zu sichern. Der „Verband Deutscher Diplom-Ingenieure“ schlägt in einer Eingabe an den Hrn. Minister der öffentlichen Arbeiten vor, die Diplom-Ingenieure fortan ausschließlich als Spezialisten zu beschäftigen und ihnen als Laufbahn die Stellen von wissenschaftlichen Hilfsarbeitern bei den Direktionen zu überweisen. —

Wettbewerbe.

Einem Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für den Bau einer 34klassigen Bürgerschule in Frankfurt a. M. erläßt der Magistrat unter den in Frankfurt a. M. ansässigen selbständigen Privatarchitekten zum 20. Okt. d. J. unter Verheißung dreier Preise von 2000, 1500 und 1000 M. Im Preisgericht die Hrn. Stadtrat Schaumann, die Stadtverordneten und Architekten Georg Seeger, Jul. Lönholdt und Adam Dröll, Mag.-Brt. Wilde, Prof. W. Manchot, Arch. Rud. Linnemann, sowie Hofbmstr. Rich. Dielmann, sämtlich in Frankfurt a. M. Unterlagen gegen 3 M. durch das Hochbauamt. —

Zum Wettbewerb der Brücke über den Rhein bei Laufenburg (vergl. Nr. 62) ist die Mitteilung über die Sieger des I. Preises, Kennwort „Ein altes Lied“, wie folgt zu berichten: Dr.-Ing. Hans Diethelm als Ingenieur sowie Arch. M. Jagielski, B.D.A., Mitarbeit Arch. Kölliker (Atelier Jagielski) als Architekten. —

Wettbewerb Pfarrkirche der kath. Pfarrgemeinde St. Engelbert zu Essen-Ruhr. Zur Verfügung steht das auf dem Lageplan durch schraffierte Umgrenzung näher gekennzeichnete Grundstück. An der Rellinghauser-Straße soll ein Streifen von 5 m Breite liegen bleiben. Es möge daher die dick eingetragene Linie nicht überschritten werden, sofern die Planung der Kirche darunter nicht leidet. Es ist jedoch gestattet, mit vorgebauten Eingängen, Terrassen und Treppenanlagen über diese Linie hinauszugehen.

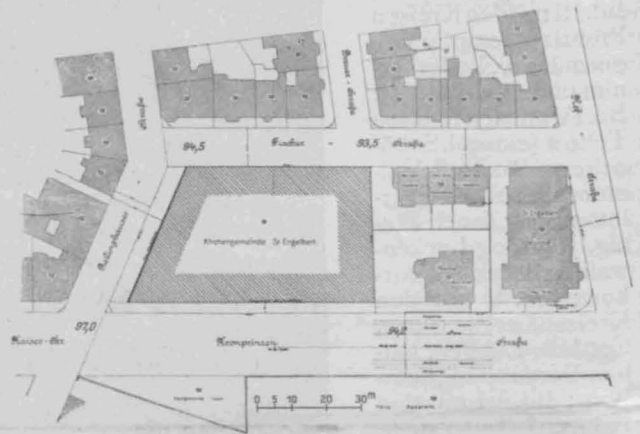
Gefordert werden in 1:200: 1. Grundriß der Kirche zu ebener Erde mit Einzeichnung der Sitz- und Knieplätze, Gänge, Altäre, Beichtstühle, Taufstein, Chorgestühl, Kommunionbank, Windfänge; im Lageplan sind der Erdgeschoß-Grundriß in Umrissen mit den Treppenanlagen von den Straßen zum Platz um die Kirche, die Einfriedigung, sowie die jetzt vorhandenen Gebäude einzutragen. 2. Längs- und Querschnitte, welche die innere Architektur deutlich erkennen lassen ohne Wegfall aller konstruktiver Einzelheiten. 3. Je eine geometrische Ansicht der Kirche nach den drei Straßen; Außenperspektiven sind von der Beurteilung ausgeschlossen, jedoch Innenperspektiven über

hervorragende Punkte (jedoch nur skizzenhaft) zugelassen. 4. Ein Erläuterungsbericht. 5. Nachprüfbarer Kostenüberschlag. Für die Kirche sind für 1 cbm 18 M., für den Turm 25 M., außerdem für Giebel usw. besondere Zuschläge zu rechnen. Die Kosten für Gründung und Unterbau brauchen nicht berechnet zu werden. Die Zeichnungen sollen nur in Linien d. h. ohne jede Schraffur oder sonstige dekorative oder farbige Behandlung dargestellt werden. Farbe ist nur zulässig, soweit notwendig, für die Grundrisse und Querschnitte. Andere, als die vorstehend angegebenen Zeichnungen bleiben von der Beurteilung ausgeschlossen.

Es wird hingewiesen auf die behördlichen Bestimmungen über Erbauung von Kirchen, die in allen Punkten streng einzuhalten sind. Der Kirchenvorstand behält sich das Recht der freien Entschließung für die Bauausführung vor.

Der Kirchenbau soll ohne Chor und etwaige Nebenbauten 700 qm Grundfläche zu ebener Erde haben und etwa 300 Sitz- und Knieplätze für Erwachsene zu 0,5 qm sowie 250 Kinderknieplätze zu 0,33 qm, Stehplätze ebenfalls auf 0,33 qm.

Der Haupteingang soll nach der Rellinghauser-Straße bzw. die Zugänge an den Ecken der Rellinghauser-Straße nach Kronprinzen-Straße und Fischer-Straße zu gelegt werden. Da sich bei dem starken Straßengefälle am Chor eine große Höhe ergibt, so kann dieselbe zweckmäßig zur Anlage einer Krypta ausgenutzt werden. Für abzuhaltende Prozessionen ist die Möglichkeit zu schaffen, auf dem



Kirchengrundstück um die ganze Kirche ziehen zu können; an der Rellinghauser-Straße können überdachte Terrassen angelegt werden. Die Sakristei mit Nebenräumen ist in ausreichender Größe anzuordnen. Für die Abhaltung von Trauungen und kleineren Andachten ist möglichst ein Seitenchor als besondere Kapelle einzurichten. In der Kirche sollen aufgestellt bzw. angebracht werden: ein Hauptaltar, Chorgestühl, zwei Nebenaltdäre, Kommunionbank, eine Kanzel, fünf Beichtstühle, ein Taufbecken, ein Altären der immerwährenden Hilfe, 14 Stationen, eine Statue des hl. Engelbert, eine Pieta, eine Statue des hl. Antonius, ein Triumphkreuz, ein Missionskreuz.

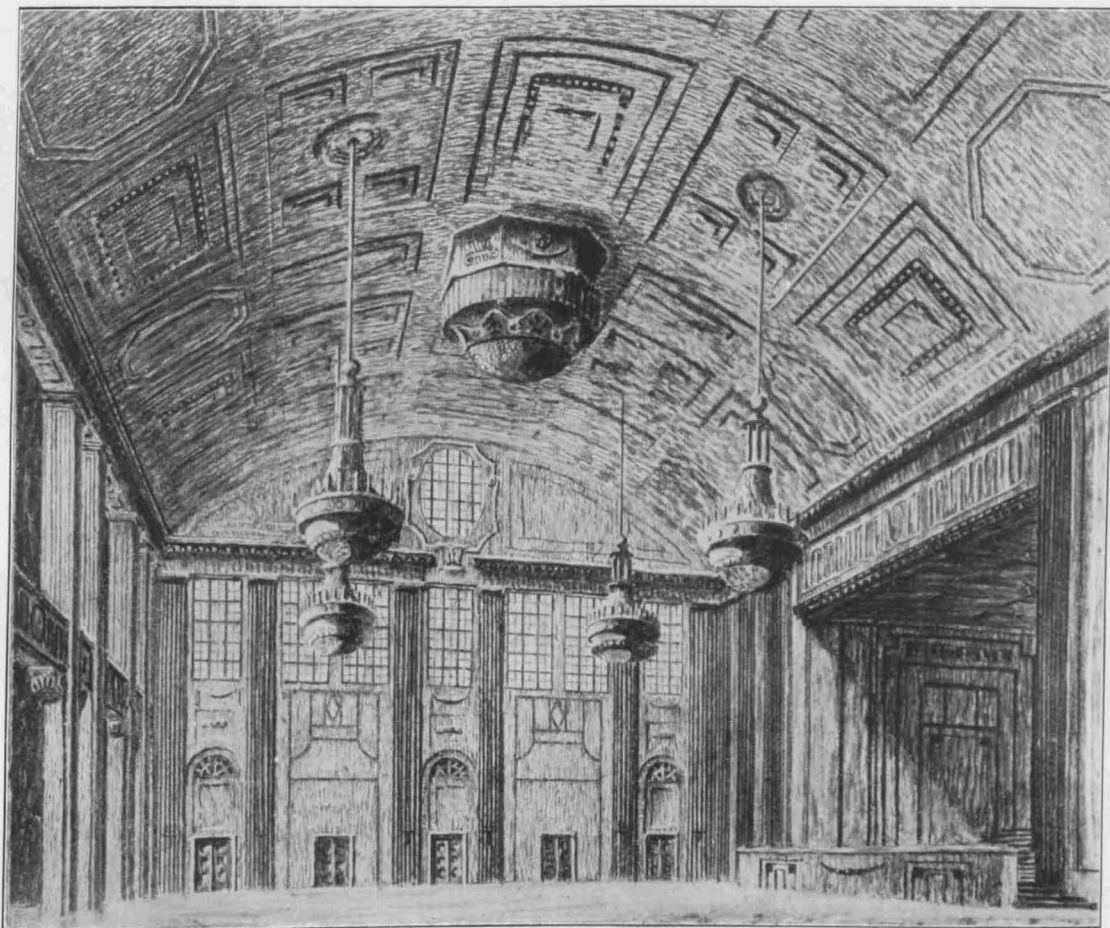
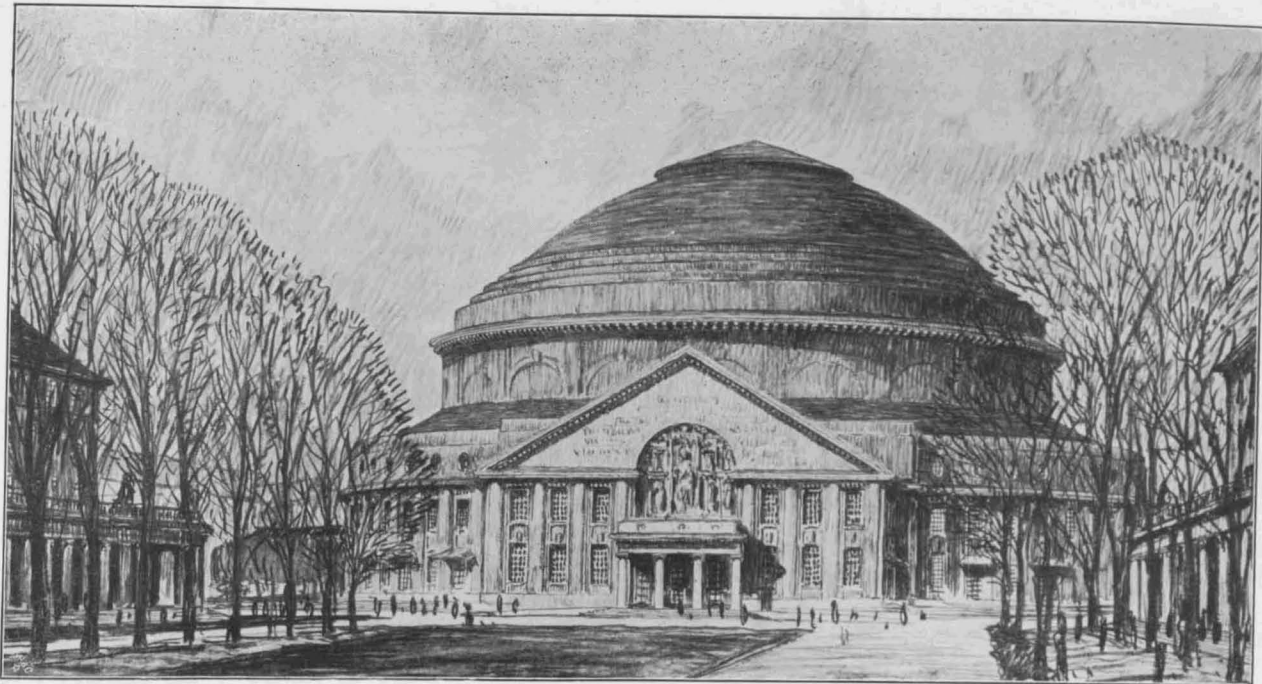
Außerdem soll die Kirche eine Orgelempore mit Orgel, Raum für 80 Sänger und wenn möglich Sitz- und Stehplätze für das Publikum (etwa 150 Pers.) erhalten. Es ist in Erwägung zu ziehen, ob es sich empfiehlt, die Sängerbühne über der Sakristei oder sonst in der Nähe des Chores anzulegen, die Orgel dagegen über den Eingang an der Rellinghauser-Straße.

Es soll nur ein Turm angelegt werden, welcher mit Rücksicht auf den Bergbau, außer Zusammenhang mit dem Mauerwerk der Kirche aufzuführen ist. Die Architektur der Kirche soll sich der Formsprache des rheinischen Uebergangsstiles anschließen. Auch die Form der romanischen Basilika mit flacher Decke ist nicht ausgeschlossen. Da die Luft sehr säurehaltig ist, so sind im Außenbau feine Gliederungen und Bildhauerarbeiten zu vermeiden; das Äußere soll lediglich durch schöne Gruppierung und gefällige Verteilung der Massen wirken. Für die Ausbildung der Außenflächen soll Hausteine oder Hausteine mit Putz vorgesehen werden. Im Inneren ist eine reichere, architektonische Ausbildung statthaft. Der Hauptwert ist auf die Gestaltung des Inneren zu legen. Sämtliche Eingänge sollen Vorräume erhalten. Der Hauptaltar kann als Ciborienaltar angenommen werden. —

Inhalt: Die Kunstdenkmäler der Provinz Brandenburg. — Vereine. — Vermischtes. — Wettbewerbe. —

Hierzu eine Bildbeilage: Die Kunstdenkmäler der Provinz Brandenburg.

Verlag der Deutschen Bauzeitung G. m. b. H., Berlin. Für die Redaktion verantwortlich Albert Hofmann, Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg., P. M. Weber, Berlin.



ER WETTBEWERB ZUR ERLANGUNG VON ENTWÜRFEN
 FÜR DEN BAU EINER STADTHALLE NEBST AUSSTEL-
 LUNGSHALLE IN HANNOVER. * AUSSENANSICHT DER
 STADTHALLE DES ENTWURFES „RUNDBAU“ DER AR-
 CHITEKTEN F. E. SCHOLER UND PROFESSOR PAUL
 BONATZ IN STUTT GART. EIN PREIS VON 9000 M. (OBEN),
 SOWIE INNENANSICHT AUS DEM GROSSEN SAALE DES
 ENTWURFES „AN DIE FREUDE“ VON PROFESSOR WIL-
 HELM KREIS IN DÜSSELDORF. ANKAUF FÜR 2000 M.



DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLIV. JAHRGANG. NO. 65. BERLIN, DEN 13. AUGUST 1910.

Die neuen Rheinwehre oberhalb Basel.
Von Bauamts-Assessor Krieger in München.

1. Das Wehr bei Augst-Wyhlen.

Der Kanton Basel-Stadt hat nach langjährigen, bis 1891 zurück reichenden Vorbereitungen*) 1. J. 1903 beschlossen, gemeinsam mit den Kraftübertragungswerken Rheinfelden ein Rheinkraftwerk bei Augst-Wyhlen (Augst auf schweizer Seite, Wyhlen auf deutscher Seite) 13 km oberhalb Basel, zu errichten. Die Genehmigung wurde von den beteiligten schweizerischen Kantonen und der badischen Regierung 1907 erteilt. Während in den früheren Entwürfen Gefällgewinnung durch Einbau niederer Wehre und Ableitung von Nutzwasserkanälen geplant war, sieht der Ausführungsentwurf ein 10 m hohes, die Stromrichtung senkrecht kreuzendes Wehr und Ausnützung des so gewonnenen Gefälles am Wehr selbst vor. (Vergl. den Lageplan Abb. 1 und den Querschnitt des Wehres Abb. 2, die Heft 12 der „Beiträge zur Hydrographie des Großherzogtums Baden“ Jahrg. 1906 entnommen sind. Die Pläne stimmen nicht in allen Einzelheiten mit der Ausführung, jedoch in der Gesamtdisposition).

An das Wehr schließen sich an jedem Ufer stromaufwärts, gleichlaufend zur Stromrichtung, gleich große Krafterzeugungsanlagen an, in denen je 15000 PS., somit im ganzen 30000 PS. nutzbar gemacht werden sollen; oberhalb des linken Kraftwerkes wird eine Schiffschleuse von 12 m Breite und voraussichtlich 70 m Länge eingebaut. Das Niederwasser (340 cbm/Sek. an 330 Tagen des Jahres) wird durch das Wehr um 8,4 m, das Mittelwasser (1000 cbm/Sek. an 170 Tagen) um 5 m gehoben, das Hochwasser (5000 cbm/Sek. und darüber) um 1 m gestaut. Der Wehrstau reicht dabei 6 km weit zurück.

Das Wehr wird unterhalb des sogenannten Augster-Gewildes, einer etwa 750 m langen Stromschnelle, eingebaut. Die Bauarbeiten sind seit 1908 im Gang. Es enthält 10 Öffnungen von je 17,5 m lichter Weite und 9 Pfeiler von je 4,2 m Breite, die gesamte Wehrlänge mißt somit 213 m. Die in allen Öffnungen gleich hohe Wehrschwelle kommt in mittlere Sohlenhöhe des Stromquerschnittes, 0,6 m unter ungestautes Niederwasser, 2,3 m unter ungestautes Mittelwasser zu liegen.

Die Wehröffnungen werden durch ungeteilte eiserne Schütze von 18,7 m Stützweite und 9,5 m Höhe geschlossen.***) Ihre Oberkante liegt 0,5 m über der zulässigen Stauhöhe. Vier von den 10 Öffnungen erhalten 2 m hohe Eisklappen. Die Wehrpfeiler ragen 21 m über Niederwasser auf, das Bedienungspodium für die Schütze liegt 23 m über N.W. Zwischen die Wehrpfeiler werden 7 m breite Eisenbetonbögen gespannt, die eine fahrbare Brücke und ein normalspuriges Eisenbahngleis tragen.

Die Gründung des Wehrkörpers erfolgt mit Luftdruck, mittels einzelner Kaissons. Als tragfähiger Grund wird Kalkfelsen, obere Schicht des Hauptmuschelkalkes, erreicht. Die Kaissons müssen durch eine 3–4 m tiefe Ge-

röllschicht und eine 1–4 m starke Felsschicht aus weichem Dolomit, der den Hauptmuschelkalk überlagert, abgesenkt werden. Die Gründungstiefe schwankt zwischen 6 und 14 m unter Mittelwasser. Der einzige, zurzeit noch nicht gegründete, in Strommitte liegende Wehrpfeiler erreicht voraussichtlich erst in einer Tiefe von 20 m gesunden Fels.

Die Schwierigkeit bei den Luftdruck-Arbeiten lag darin, daß sich die Tiefe, bis zu der ein Kaisson herabgetrieben werden mußte, nicht der während der Absenkung angetroffenen Höhenlage des tragfähigen Felsens anpassen konnte, sondern daß bei Beginn der Gründungsarbeit eines Kaissons bereits eine feste Annahme über die Absenkungstiefe gemacht werden mußte, und zwar deswegen, weil bei den Pfeilern die unteren Teile der Wehrnischen und bei den Wehrschwelen der gesamte Stauwerksüberbau der Kaissons unter Niederwasser liegt. Die Gründungstiefen wurden mit Hilfe vorheriger Bohrungen bestimmt. Trotzdem kam es verschiedene Male vor, daß der gesunde Fels noch nicht erreicht war, als sich die Wehrschwelen und Wehrnischen bereits in richtiger Höhe befanden und das Kaisson nicht mehr weiter abgesenkt werden durfte. Dann hat man unter die Kaissonschneide hinuntergearbeitet, einmal bis zu 4 m, was natürlich nur möglich war, weil Fels durchfahren wurde, der gegen die Kaissonschneide mit Lehm abgedichtet werden konnte. Die Gründungsarbeiten werden in den rechteitigen 8 Öffnungen von C. Zschokke in Aarau, in den beiden linksseitigen von Buß in Basel ausgeführt.

Die Tragkonstruktion der Schütztafeln zeigt insofern eine besonders interessante Ausbildung, als der Wasserdruck nicht, wie sonst üblich, von einer Reihe wagrechter Querträger mit gleichem Widerstandsmoment aufgenommen wird, deren Abstand sich mit zunehmendem Wasserdruck nach der Tiefe hin verringert, sondern daß trotz der Schützhöhe von 9,5 m nur drei wagrechte Hauptträger angeordnet sind, auf welche sich der auf die Blechhaut wirkende Wasserdruck mit Trägern niedriger Ordnung überträgt. Diese Anordnung bietet, wie in der „Schweizerischen Bauzeitung“, Jahrg. 1909, S. 60, überzeugend dargetan ist, Vorteile verschiedener Art, vor allem den einer wesentlichen Verminderung des Eisengewichtes der Schütze. Im vorliegenden Fall wiegt jede Schütztafel rd. 100 t; das Gesamteisengewicht einer Öffnung einschl. Aufziehvorrückung und Dienstbrücke erreicht gegen 250 t.

Während bei ähnlichen Wehrschützen (sogenannten Stoney'schen Schützen), das Gewicht der Schütztafeln zur Erleichterung der Bedienung durch Gegengewichte ausgeglichen ist, soll nun hier in Augst-Wyhlen zum erstenmal auf solche verzichtet werden, da sich bei anderen Anlagen Schwierigkeiten im Betrieb ergeben haben. Die entlasteten Schütze erleiden nämlich beim Aufziehen so starke Erschütterungen, daß die Aufzugs-Vorrichtungen dadurch rascher Abnutzung unterworfen sind.

Die Uebertragung des Wasserdruckes von den Schützen auf die Pfeiler erfolgt in der bei Stoney'schen üblichen Weise mittels Rollen- und Walzenlagern. Neuartig ist, daß für die Längsdichtung an Stelle des Stoney'schen

*) Die ersten Pläne zur Ausnützung der Wasserkräfte an dieser Stelle gehen sogar bis 1884 zurück.

**) Die größten Schütz-Abmessungen auf dem Kontinent weist bisher das Wehr an der Aare bei Beznau mit 15 m Breite und 6,5 m Höhe auf.

Rundstabes eine Leiste aus Eichenholz angewendet werden soll. Die Abdichtung der Schütz-Unterkante gegen die mit einer 60 mm starken Stahlgußplatte gepanzerte Wehr-

schwelle erfolgt ebenfalls mittels Eichenholzbalkens. Besondere Vorrichtungen zur Verhütung des Einfrierens der Schütze sind hier nicht vorgesehen, man wartet einsteilen ab, ob der Betrieb solche notwendig machen wird. Die Kosten des Augst-Wyhler Wehres sind zu rd. 4 Millionen Mark veranschlagt. Bei einer Abschlußfläche von rd. 2000 qm treffen somit auf 1 qm 1700 M. Eine Schütztafel samt Aufzugs-Vorrichtung soll nach dem Voranschlag 125 000 M. kosten. Auf 1 qm der 17,5 · 9,5 = 168 qm großen Wehrröffnung kommen somit gegen 750 M.

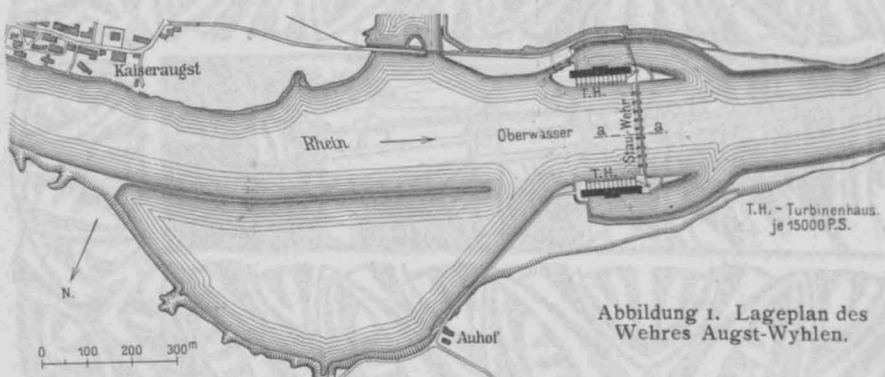


Abbildung 1. Lageplan des Wehres Augst-Wyhlen.

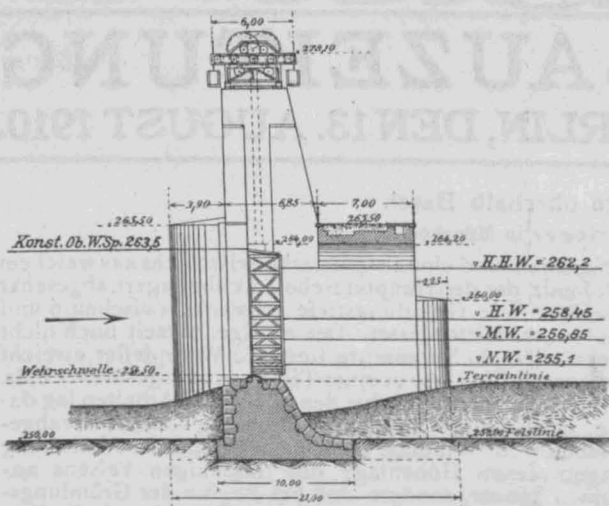
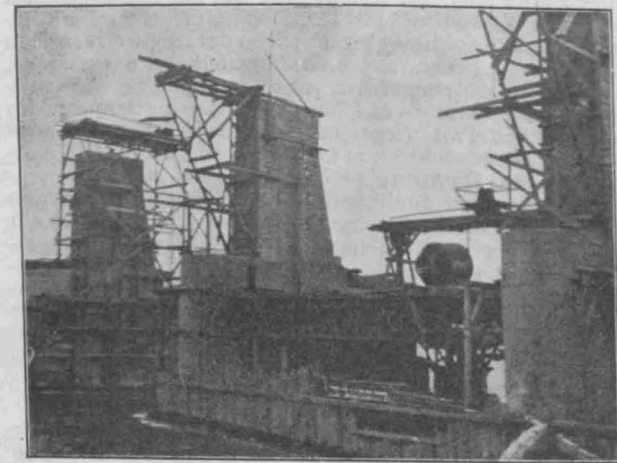
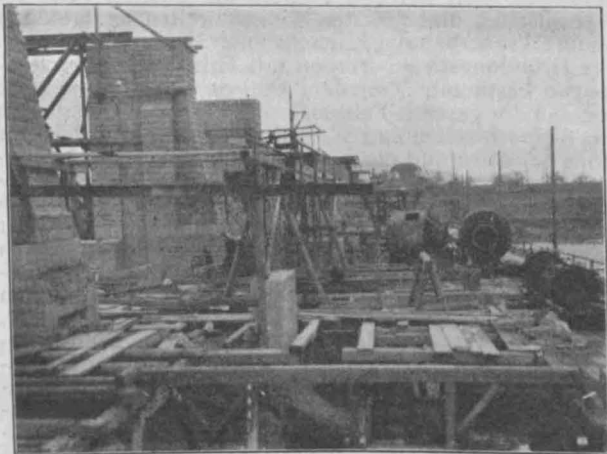


Abbildung 2. Querschnitt durch das Wehr.



Abbildungen 3 und 4. Aufnahmen vom Wehrbau.

In den Abbildungen 3 und 4 sind einige Aufnahmen der Pfeilerausführung wiedergegeben. —

2. Das Wehr bei Laufenburg.

Nicht minder Interessantes als das Augst Wehr bietet dem Ingenieur das zurzeit ebenfalls im Bau begriffene Rheinwehr bei dem Städtchen Laufenburg.

Der Rhein zwingt sich 45 km oberhalb Basel durch die berühmte, nur etwa 60 m breite, gegen 500 m lange Felsenenge bei Laufenburg hindurch. Am Eingang der Enge wurde bisher das Hochwasser etwa 17 m über Niederwasser gestaut. Bereits seit 1891 wird der Gedanke erwogen, diese Stromschnelle der Wasserkraftgewinnung nutzbar zu machen, und zwar sollte oberhalb der Stromenge ein Wehr in den Rhein eingebaut werden, an das sich ein Stollen bis zum Ausgang des Engpasses angeschlossen hätte. Zugleich tauchte aber auch der jetzt der Ausführung entgegenreifende Plan auf, am Ende der Stromenge ein Wehr zu errichten und die Stromschnelle einzustauen. Im J. 1905 bzw. 1906 wurde von der schweizerischen und der badischen Regierung der Firma „Felten-Guilleaume-Lahmeyerwerke“ und der „Schweizerischen Druckluft- und Elektrizitätsgesellschaft“ in Bern die Genehmigung zum Ausbau einer Wasserkraftanlage unterhalb Laufenburg erteilt, in der durch Errichtung eines 15 m hohen Wehres ein Gefälle von 9 bis 11 m zur Ausnutzung gebracht werden soll. Zur Errichtung und zum Betrieb des Wasserkraftwerkes ist i. J. 1908 eine besondere Aktiengesellschaft „Kraftwerk Laufenburg“ errichtet worden.

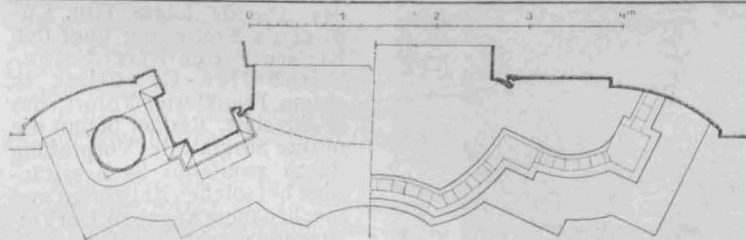
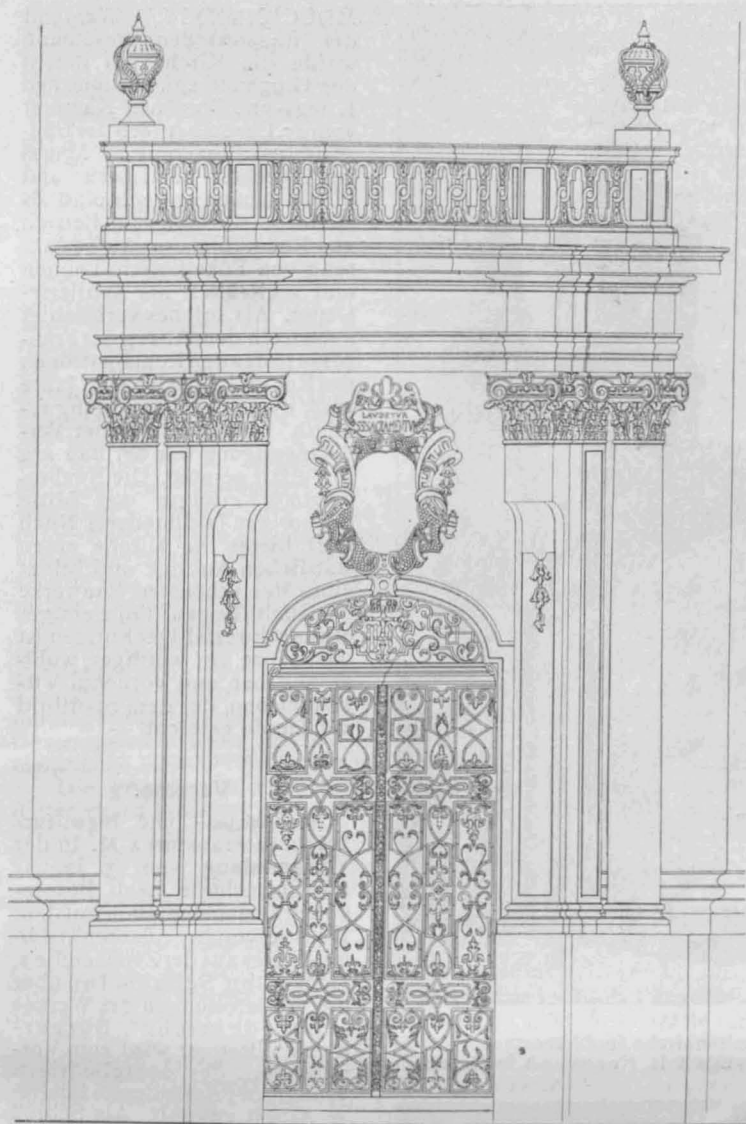
Die Wasserführungsverhältnisse sind ähnlich den oben für die Wehrstelle bei Augst - Wyhlen angegebenen. Das Niederwasser wird durch das Wehr um 11,2 m gehoben, das Mittelwasser um 9 m, das Hochwasser um 3,5 m. Bemerkenswert ist, daß trotz des Wehreinbaues das Hochwasser beim Städtchen Laufenburg, das ist 1200 m oberhalb des Wehres, in Zukunft 2 m niedriger als bisher abfließen wird, da von den Konzessionären die bisherige Laufenburger Stromenge mit einem Kostenaufwand von gegen zwei Millionen Mark — es werden rd. 400 000 cbm Felsen weggesprengt —*) so erweitert wird, daß die bisherige Hochwasserstauung durch die Stromenge unwirksam wird. In dem sich unmittelbar an das Wehr nach links anschließenden Kraftwerk sollen neunmonatlich 50 000 PS., bei Niederwasser noch 30 000 PS. erzeugt werden.

Das Wehr erhält vier Öffnungen von je 17,3 m Weite, drei Pfeiler von je 4,5 m Breite, das Wehr somit eine Länge von 82,7 m. Rechts schließt sich eine 12 m weite, vorerst nur 38 m lange Schiffschleuse an. Da das Flußbett an der Wehrstelle bei Niederwasser 140 m, bei Hochwasser 180 m breit ist, bedeutet der Wehreinbau eine der oberhalb vorhandenen Stromenge entsprechende Einschnürung des Rheins.

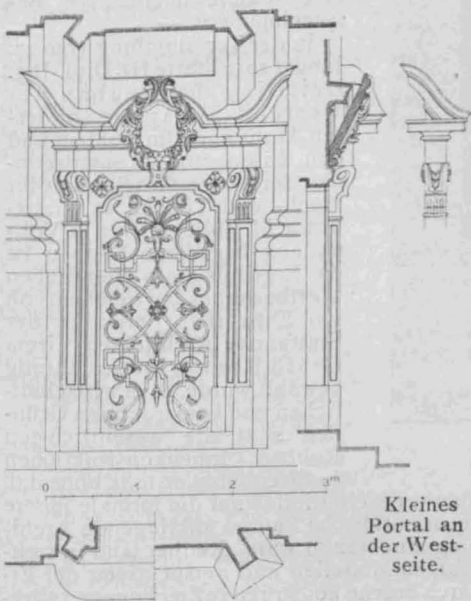
Die Wehrschwellen der mittleren beiden Öffnungen liegen 3,8 m, die der seitlichen Öffnungen 2,5 m unter ungestautem Niederwasser. Die Verschlüsse der mittleren Öffnungen werden 15 m, die der seitlichen Öffnungen 13,7 m hoch.

Die Gründung des Wehres erfolgt auf der unregelmäßig, 4—6 m unter Niederwasser anstehenden Felssohle des Flusses, gerade an der Grenze der sich stromaufwärts hinziehenden Urgebirgsformation gegen den sich nach Westen anschließenden Jura. Die Gründungsarbeiten werden teils in offener Baugrube hinter Betonfangdämmen, so in der linken Öffnung, teils unter der Taucherglocke vorgenommen. Zur Ermöglichung der Anwendung der Taucherglocke werden oberhalb und unterhalb der zukünftigen Wehrpfeiler Hilfspfeiler aus Beton aufgeführt, die mit Luftdruck gegründet werden müssen, teilweise bis zu 10 m unter Niederwasser. Auf diese Hilfspfeiler werden parallel zum Wehr Träger aufgelegt, die verschiebbare Laufträger aufnehmen, an denen die Taucherglocke mit einer Grundfläche von 14 qm hängt.

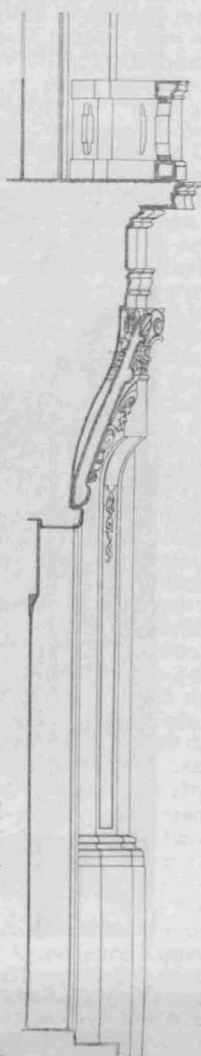
*) Siehe auch „Deutsche Bauzeitung“ 1910, No. 37.



Hauptportal an der Westseite der Jesuitenkirche in Glogau.



Kleines Portal an der Westseite.



Die Taucherglocke bestreicht die ganze Fundamentfläche des Wehres; der Fundamentmauerkörper wird in einzelnen Schichten von etwa 0,4 m Stärke fugenlos in die Höhe geführt und die Wehrschwelle unter der Taucherglocke abgeplästert. Die Wehrschwelle wird auf eine Breite von 3 m mit Stahlblech gepanzert; ebenso erhält das Pfeilermauerwerk bis über Mittelwasserhöhe eine Verkleidung mit Stahlblech, was wohl gerechtfertigt erscheint, wenn man bedenkt, daß beim Ziehen der 15 m hohen Wehrschütze das Wasser mit einer Geschwindigkeit von über 16 m/Sek. ausströmt. Die 28 m hohen Wehrpfeiler werden durch Wölbbögen, die eine fahrbare Brücke tragen, gegenseitig verspannt und mit Granit-Quadern verkleidet. Die Gründungsarbeiten sind auch hier an C. Zschokke in Aarau übertragen.

Die, wie bereits oben angeführt, 17,3 m breiten und 15 m bzw. 13,7 m hohen Wehrverschlüsse des Laufener Wehres werden einmal wagrecht geteilt und soll auch hier, trotz der gewaltigen Abmessungen der Wehrtafeln, jeder Teil ohne Gegengewichte gezogen werden. Die Rollen hängen hier nicht frei, wie bei den Stoney-Schützen, sondern sind mit den Schütztäfel fest verbunden. Da sich ferner die seitliche Stabdichtung bei wagrecht geteilten Schützen nicht ohne Schwierigkeit anbringen läßt, soll hier die Seitendichtung mittels beweglicher Lamellen, die auf in das Pfeilermauerwerk eingelassenen Eisen-

schienen laufen, erzielt werden.

Die Bauzeit der ganzen Anlage ist auf sieben Jahre festgesetzt; das Wehr allein soll 3 Millionen M. kosten.

Nach Fertigstellung der vorbeschriebenen beiden Wehre ist die Fortführung der Rheingroßschiffahrt über Basel hinaus bis zum Bodensee der Verwirklichung erheblich näher gerückt, denn auch die weitere Staffellung des Rheines auf dieser Strecke durch Wehre, die der Wasserkraftgewinnung dienen sollen, wird wohl in wenigen Jahrzehnten erreicht sein. —

Zwei Portale der Jesuitenkirche zu Glogau. *)

Aufgenommen von Stadtbaurat Wagner in Glogau.

Als die neue Lehre Luthers bereits viele und bedeutende Anhänger gefunden hatte, fühlten sich die Katholiken in der Ausübung ihres Glaubens, insbesondere in ihren Rechten beeinträchtigt. Sie wandten sich daher hilfessuchend an die Regierung Ferdinands II. Die erhoffte Hilfe wurde ihnen alsdann durch den Orden der eifrigen Jesuiten zuteil.

Am 15. Mai 1625 kamen die ersten Patres Jesu unter dem katholischen Landeshauptmann des Fürstentums Glogau, Graf v. Oppersdorf, nach Glogau. Der eifrigen Tätigkeit der Jesuiten gelang es, sich bald mehr und mehr zu entfalten und ihre Wirksamkeit in Kirche und Schule weiter auszudehnen. So schritten sie schon am Ende des 17. Jahrhunderts zu dem Bau eines neuen Gotteshauses, der jetzigen Jesuitenkirche. Im Jahre 1696 wurde mit dem Bau derselben begonnen. Der Bau schritt so rüstig voran, daß schon im Jahre 1702 die neue Kirche für den Gottesdienst hergerichtet und über die Hälfte, bis auf die beiden letzten Kapellen, fertig gestellt werden konnte. Der Archidiakon Wilhelm v. Polant, der hierzu vom hochwürdigen Bischof von Breslau den Auftrag erhalten hatte, weihte die neue schöne Kirche ein. Im Jahre 1709 wurde der Bau alsdann soweit gefördert, daß derselbe voraussichtlich im nächsten Jahr

*) Die historischen Angaben stammen von Hrn. Gymnasialdirektor Dr. Diehl in Glogau.

bis zur Krönung hätte fertig gestellt sein müssen. Da traf die neue schöne Kirche, die bereits mit aller Pracht ausgestattet war, ein schweres Unglück, indem sie am 17. August desselben Jahres bei einem stürmischen Gewitter in tiefer Nacht vom Blitz getroffen wurde, der in das Türmchen einschlug und es entzündete. Die Flammen ergriffen sehr schnell das Dach der Kirche sowie des anstoßenden Neubaus des Klosters und legten beides in Asche. In der Kirche stürzten die Gewölbe zusammen und das Feuer zerstörte alles, mit Ausnahme weniger Gegenstände, die man in der Eile der Wut des Feuers entrissen hatte. 1712 wurde der Kirchbau im wesentlichen wieder vollständig hergestellt. Im darauf folgenden Jahr wurden die Außenfronten verputzt und im Jahre 1715 wurde der Bau noch weiter vollendet; außerdem wurden die beiden Türme an der Vorderfront aufgeführt und mit Kupfer eingedeckt. Das Innere der Kirche wurde erst in den späteren Jahren auf das Beste und Schönste ausgestattet.

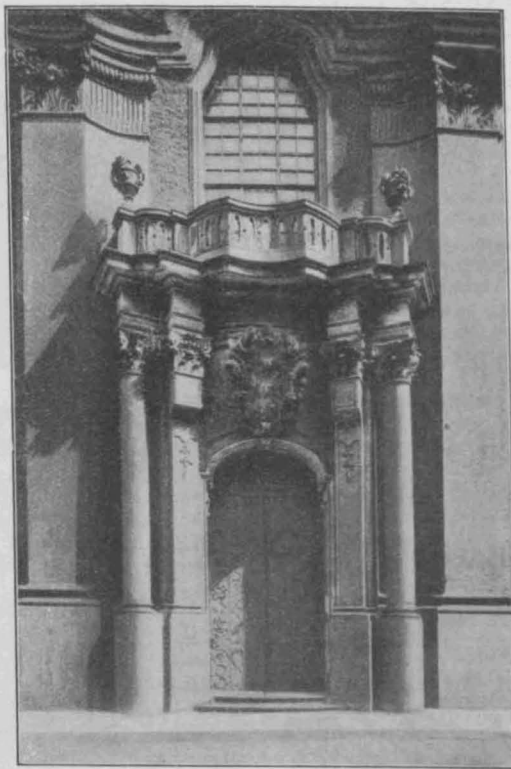
Diese Angaben sind den jährlichen Aufzeichnungen der Jesuiten entnommen. Der Name des Künstlers wird nirgends erwähnt (ein Beweis, wie wenig oft die künstlerische Kraft bewertet wird). Den Namen des ersten Baumeisters der Kirche, Julius Simonetti, überliefern nur eine Quittung desselben über eine Abschlags-Zahlung vom 2. Mai 1696 sowie ein Brief von ihm aus Bunzlau vom 16. Februar 1710, aus welchem hervorgeht, daß er infolge eines Zwistes mit dem Rektor Schwartz über die Ausführung des Hauptgewölbes, bei welcher dieser Änderungen des ursprünglichen Planes verlangte, nach drei Jahren zurücktrat. Den Bau setzte alsdann der Pater Rektor „mit anderen Leuten“ fort.

Die Maurer- und Zimmerarbeiten wurden von Glogauer Meistern ausgeführt, während die Steinmetz-Arbeiten einem Breslauer Meister übertragen waren.

Die weiteren Schicksale der Kirche sind nur bruchstückweise erhalten. Bei dem großen Brand im Jahre 1758 wurde die Kirche nochmals vom Feuer ergriffen. Das Dach und die Turmhelme, die früher eine ähnliche Gestalt und Größe wie der Stadthaus-Turm besessen haben sollen (?), wurden zerstört. Der reich dekorierte Giebel (frontispicium) wurde dabei arg mitgenommen. Die Wiederherstellung erfolgte erst im Jahre 1794 unter der erhabenen Regierung König Friedrich Wilhelms von Preußen und der besonderen Fürsorge des Hochgeborenen Grafen Hoym, des obersten Ministers von Schlesien, laut einer Urkunde, die bei Gelegenheit der jüngsten Renovation der Turmfassade 1886 im Knauf des nordwestlichen Turmes gefunden wurde. Dieselbe lautet: Hae flammaram vi Anno MDCCLVIII vestatae turres nunc sub Augustissimis Friderici Wilhelmi Borussiae regis auspiciis egregiae Excellentissimi Comitis de Hoym supremi Silesiae Ministri cura a ruinis erectae et novis fastigiis ornatae sunt anno



Jesuitenkirche in Glogau.
(Photogr. Kunstanstalt L. Fernbach in Bunzlau.)



Portal der Jesuitenkirche in Glogau.

MDCCLXXXIV. Während der französischen Besetzung wurde die Kirche auf Befehl der Glogauer kgl. preußischen Kriegs- und Domänen-Kammer vom 27. Dezember 1808 der französischen Besatzung zu Magazin-Zwecken überlassen und diente danach abwechselnd als Heumagazin und zum Betrieb von Roßmühlen, zur Aufbewahrung von Pökelfleisch-Tonnen und schließlich als Artillerie-Depot. Als solches verblieb es auch nach dem Abzug der Franzosen trotz allen Reklamationen des Rektor Lange bis zum Jahre 1818, wo erst die Reinigung erfolgte. Infolge gänzlicher Vernachlässigung war der Bau arg in Verfall geraten. Die Neuherichtung erfolgte erst Mitte des vorigen Jahrhunderts. Noch jetzt bietet die Kirche einen stattlichen Anblick und bildet eines der schönsten Bauwerke der Stadt Glogau. Trotz einiger etwas schwerfälliger Formen ist das Ganze ein würdiger, wohlgeunger und vornehm wirkender Bau, der dem Stadtbild zur Zierde gereicht. —

Vereine.

Architekten- und Ingenieur-Verein zu Frankfurt a. M. In der Versammlung vom 3. Januar 1910 berichtete nach Besprechung eines gemeinsam mit dem Künstlerverein geplanten Trachten-Festes aus der Zeit Goethe's, Hr. Stadtbtr. Schaumann über die Vorbereitungen des Werkes „Das deutsche Bürgerhaus“. Redner wird zum Vorsitzenden des achtgliedrigen Frankfurter Ausschusses für diese Arbeit gewählt. Als Schluß des Abends folgte Hr. Lupescu's Erörterung über den Einsturz des Eisenbeton-Turnhallen-Gewölbes in einem Frankfurter Vorort, das er skizziert. Redner betont die nötige Sorgfalt der Vorprüfung durch zweifellos Sachverständige bei solchen Entwürfen und macht nähere Angaben. Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß die Angelegenheit noch nicht spruchreif sei, und schlägt eine spätere nochmalige Besprechung vor. —

In der Versammlung vom 17. Januar 1910 führte Hr. Dipl.-Ing. Deimling den Neubau der Westend-Synagoge vor, dessen Ausführung im Rohbau und den Eisenbeton-Konstruktionen der Aktien-Gesellschaft für Hoch- und Tiefbau in Frankfurt a. M. obliegt. Der in Vollendung begriffene Neubau ist das Ergebnis eines öffentlichen Wettbewerbes, bei welchem von 109 Entwürfen derjenige der Stuttgarter Architekten-Firma Graf & Röckle zur Ausführung gewählt wurde. Aus wirtschaftlichen und konstruktiven Gründen sind die wesentlichsten Rohbau-Innenkonstruktionen in Eisenbeton erstellt, ohne daß

jedoch dieser Bauweise ein Einfluß auf die formale innere und äußere, an orientalische Bauten anklingende Architektur-Gestaltung eingeräumt wäre. Redner fand in trefflichen, teils farbigen Modellen und Perspektiven der Erbauer, sowie durch eigene konstruktive Zeichnungen wirk-

same Unterstützung. Bei der Ausführung war als ortskundiger Beirat der kgl. Baurat von Hoven herangezogen. Am 23. Januar 1910 folgte die Besichtigung des Rohbaues. Das Hauptportal zu dem mächtigen Kuppelbau mit assyrischen Motiven ist der Westseite vorgelegt, vor welcher bis zur Königsteiner-Straße ein Vorhof mit niedrigem Pfeilerumgang und kuppelüberspanntem Zugang eingeschaltet ist. Zwischen ihm und der Friedrich-Straße erhebt sich in drei Geschossen in Kalksteinformen unter Ziegeldach der große, auch Rabbiner- und Kastellan-Wohnung enthaltende Schulbau gegen Westen. Längs der südlich die Gruppe begrenzenden Altkönig-Straße legt sich ein zweigeschossiger Schmalbau mit Garderobe- und Nebenräumen vor, mit Zugang zur Haupttreppe durch einen eingeschossigen Korridor und zum Trau-Saal, den ein Tonnengewölbe auf Säulen überdeckt. Den oberen Abschluß des Zentralbaues bildet eine Doppelkuppel auf Vierungs-Pfeilern und Bogen von 14 m Spannweite und 17 m Höhe über Synagogenfußboden; der Kuppelscheitel liegt 27,3 m darüber, der höchste Punkt der Kuppel 34 m. Innerer Kuppel-Durchmesser 17,4 m, äußerer 20 m. Der Tambour ist in Haustein mit Hintermauerung ausgeführt, den Uebergang von Vierung zur Rundung bilden Eckbalken. Die Eisenbeton-Konstruktion gestattete den Fortfall nicht ganz zuverlässiger Anker. Die Vierungspfeiler haben einen Querschnitt von 3,55 m/1,7 m und 8 m Höhe. Bei ihnen waren mitten im Querschnitt die in den Obergeschossen nötigen Zugangstüren zu den Emporen auszusparen. Ihre statische Berechnung, die Belastungen durch Dächer, Tambours, Pendentifs und andere konstruktive, vom Redner erörterte Einzelheiten können im knappen Rahmen des Berichtes nur angedeutet werden. Das auf den Boden übertragene Gesamtgewicht eines Pfeilers beträgt 1200 t, die Fundamentfläche 49 qm bei Belastung bis zu 3 kg/qcm.

Die graphischen Berechnungen nach Culmann und Ritter waren begleitet von analytischen neben besonderer Berücksichtigung des Lehrgerüsts und des gesamten Arbeitsganges.

Die Außenkuppel ist, wie Seitenschiffdächer und Tonnengewölbe, in Bimsbeton mit Eiseneinlage ausgeführt, oben 12 cm, unten 15 cm stark, trägt den Kronleuchter und in der Mitte eine kleine Laterne von 4,5 qm und 1,5 m Höhe. Dachdeckung mit sogenannten Mönch- und Nonnenziegeln und auf den Bimsbeton genagelter Lattung, Schalung auf vom Gerüst gestützten Lehrbögen ruhend.

Die 6 cm starke Innenkuppel hat nur ihr Eigengewicht zu tragen und ist noch im Bau begriffen.

Bei der Ausgestaltung des Inneren wird Marmor-Verkleidung der Wände unter den Emporen, figuren- und farbenreicher Putz und reiche Bemalung in orientalischem Stile Anwendung finden. Die Gesamtkosten von 550000 M. werden eingehalten. So wird das Bauwerk einen in jeder Hinsicht erfreulichen Zuwachs der mächtig aufblühenden Main-Großstadt bilden.

In den Dank des Vorsitzenden stimmen die Zuhörer ein mit lebhaftem Beifall für den Redner. —

■ Gerstner.

Architekten-Verein zu Berlin. In der unter dem Vorsitz des Hrn. Saran am 14. Februar d. Js. tagenden Versammlung sprach Eisenbahn-Bau- und Betr.-Insp. Lamp „Uebereingebemerkenswerte neuere Personen-Bahnhöfe in England und Schottland mit besonderer Berücksichtigung der Signal- und Betriebs-Einrichtungen“. Den Ausführungen entnehmen wir Folgendes: In England ist es neuerdings vielfach üblich, die Erweiterung der Personenbahnhöfe hauptsächlich nach der Längsrichtung zu entwickeln. Man vermehrt hierbei nicht nur die Zahl der Bahnsteige, sondern verlängert auch ihre Gleise bis auf doppelte Zugänge. Ein solch langes Bahnsteiggleis wird in gleicher Weise ausgenutzt wie zwei Bahnsteige von einfacher Länge. Die Herstellung derartiger Bahnsteiganlagen wird dadurch begünstigt, daß die englischen Betriebs-Vorschriften gestatten, unter Beachtung gewisser Vorsichtsmaßregeln auch in ein teilweise besetztes Hauptgleis einzufahren. Wie die Betriebsführung auf diesen Gleisanlagen gehandhabt wird und welche Signalvorrichtungen hierbei benutzt werden, wurde an Hand der Gleispläne des Viktoria-Bahnhofes, in London des Zentralbahnhofes und des St. Enoch-Bahnhofes in Glasgow, sowie durch zahlreiche Lichtbilder näher erläutert.

Im zweiten Teil des Vortrages ging der Vortragende auf verschiedene Eigentümlichkeiten des vorliegenden Signalwesens, insbesondere auf die große Häufung der Signale und der dadurch bedingten unklaren Signalbilder näher ein. Abhilfe für diese den Betrieb ungünstig beeinflussende Erscheinung sucht man jetzt vielfach durch Verwendung von Weganzeig-Signalen, durch welche die Zahl der Signale erheblich eingeschränkt werden kann, zu erzielen. Für eine Reihe aus einem Gleise abzweigender Fahrwege wird dabei

ein gemeinschaftliches Flügelsignal aufgestellt und die Nummer des Gleises, für das der Signalarm in die Fahrstellung gebracht ist, auf einer Tafel am Signalmast angegeben. Den Schluß des Vortrages bildete eine Beschreibung der Rangier-Signalformen, wie sie auf dem St. Enoch-Bahnhof und dem Viktoria-Bahnhof in London benutzt werden. —

Am 21. März berichtete in der unter dem Vorsitz des Hrn. Prof. de Thierry abgehaltenen Versammlung der Architekt des „Rheinischen Vereins für Kleinwohnungswesen“ zu Düsseldorf, Hr. Dr.-Ing. Hermann Hecker, über die in seinem kürzlich erschienenen Buch: „Die Wohnungsfrage und das Problem architektonischen Gestaltens“ enthaltenen Gedanken. Er begann mit dem Hinweis, daß es ihm in seinem Vortrage eben wie in seinem Buche nicht darauf ankomme, eine erschöpfende Darstellung dieser beiden großen und schwierigen Probleme zu bringen, sondern daß er in erster Linie den Wechselbeziehungen zwischen der Wohnungsfrage und dem baukünstlerischen Problem nachzugehen versuche. Der Vortragende schilderte in kurzen Zügen, wie er allmählich dazu gekommen sei, sich dieser zeitgemäßen Aufgabe zu widmen und wie das in Frage stehende Buch entstand, und er besprach dann in einigen Grundzügen den Inhalt des Buches, dessen Endziel es sei, das Wohnungsproblem unter baukünstlerischen Gesichtspunkten zu betrachten, das baukünstlerische Problem unserer Zeit vom allgemein wirtschaftlichen, rechtlichen und sozialen Standpunkt zu beleuchten und die Gesamtheit der dabei auftretenden Fragen zu einem organischen Gedankengefüge innerlich zu verarbeiten. An einigen augenfälligen Beispielen zeigte er dann mit Hilfe von Lichtbildern, wie baukünstlerische, soziale, wirtschaftliche und rechtliche Fragen eng mit einander verwoben sind, und er schloß mit dem Hinweis, daß die Wohnungsfrage und das Problem architektonischen Gestaltens die beiden Pole ein und desselben kulturellen Problems seien und daß die eine der beiden Fragen nur unter Berücksichtigung der anderen sich lösen ließe.

Zum Schluß machte Hr. Ob.- und Geh. Baurat Dr.-Ing. Stübgen noch einige interessante Mitteilungen über die apulische Stadt Lecce. —

Münchener (oberbayer.) Architekten- u. Ingenieurverein.

Am 31. März d. J. besprach Reg.-Rat Dr. J. Gröschl die vom Münchener Verein für Volkskunst und Volkskunde angekaufte „Neuburg am Inn“, die zu einer Erholungsstätte für Münchener Künstler bestimmt ist und dementsprechend ausgestaltet wird. Nach einem geschichtlichen Rückblick auf die Schicksale des uralten, jedoch gut erhaltenen Baues gab der Redner unter Zuhilfenahme zahlreicher Lichtbilder eine eingehende und übersichtliche Beschreibung ihres damaligen Bestandes. Reizvoll malerisch am linken bayerischen Hochufer des reißenden Grenzstromes gelegen, bietet sie aus reichem Waldbestand emporragend landschaftlich wie architektonisch ein überaus pittoreskes Bild, und es hätte für ihre Erhaltung wohl kaum eine glücklichere Idee gefaßt und verwirklicht werden können als die erwähnte. —

Am 7. April nahm Dir.-Assessor Straub die Aufmerksamkeit für den „bayerischen Traß, sein Vorkommen, seine Eigenschaften und seine Verwendung im Baugewerke“ in Anspruch. Von der historischen Tatsache ausgehend, daß schon die Römer für ihre Bauten dies in der Rhein- und Eifelgegend gewonnene Material als treffliches Bindemittel für jene zu schätzen wußten, erinnerte er daran, daß es zugleich seit uralten Zeiten in ganzen Schiffsladungen ins Ausland geht. Hierauf erwähnte er, daß wie im bayerischen Riesgau, im Gebiet des fränkisch-schwäbischen Jura in der Umgebung von Nördlingen (Amdingen usw.) dieses vulkanische Material gleichfalls in mächtigen Lagern vorhanden ist. In Lichtbildern führte er dann diese und deren Abbau vor. Die nur von einer verhältnismäßig schwachen, aus Verwitterung entstandenen Humusdecke überlagerte hellgraue Schicht ist die weichste; sie und die folgende dunkelgraue wird gemahlen und fein pulverisiert und gibt mit Kalk und Sand gemischt einen langsam aber außerordentlich fest erhärtenden Mörtel. Die dritte blaugraue Schicht wird als Bruchstein und Quader verwendet und ist gegen atmosphärische Einflüsse ungemein widerstandsfähig, wie eine Anzahl alter Bauwerke in Nördlingen und dessen Umgebung beweisen. Der Redner beleuchtete die Eigenschaften und Verwendung des Traß nach allen Seiten und legte für seine Ausführungen Materialproben vor. — Im Anschluß erörterte Gillrath aus Cöln als einen „Beitrag zur Lösung der Fensterfrage“ die Konstruktion der Modelle von drei in Durchschnittsgröße aufgestellten Schiebefenstern. —

Der 14. April, der letzte Vortragsabend des Winters-Semesters 1909/10, brachte die trefflichen Ausführungen des k. b. Hauptmanns und Lehrers an der Artillerie- und Ingenieurschule Friedrich Stempel über „Die Photo-

graphie in natürlichen Farben, ihre geschichtliche Entwicklung, ihr jetziger Stand“. Dieses Thema, eines der aktuellsten der Gegenwart, wurde von dem Genannten in ebenso klarer wie übersichtlicher Weise behandelt. Er ging in seiner historischen Einleitung von den ersten Versuchen Lippmann's auf diesem Gebiete aus, erläuterte dann an der Hand von schematischen Darstellungen die physikalischen Vorgänge und Voraussetzungen bei der Entstehung des Bildes, um nun in einer reichen Folge von Bildern zu zeigen, wie die Erfindung Lumière's die heutige Vollkommenheit in Verbindung von Kunst und Technik ermöglichte. Fesselte er den Hörer einerseits durch seine wörtlichen Ausführungen und dessen Auge durch die Lichtbilder-Vorführungen, so geschah dies nicht minder durch das Experiment einer gelungenen Kopie nach einem vorhandenen Original in wenigen Minuten und der Vorführung beider zum Vergleich im Projektions-Apparat.

Mit dem üblichen Schlußessen am 21. April wurde dann die Vereinstagung, die einen anregenden Verlauf genommen hatte, geschlossen. — J. K.

Bezirk Breslau der „Vereinigung von höheren technischen Beamten der Preuß.-Hess. Staatseisenbahnverwaltung“. Am 25. Juni veranstaltete der Bezirk Breslau der „Vereinigung von höheren technischen Beamten der Preuß.-Hess. Staatseisenbahnverwaltung“ eine Abschiedsfeier zu Ehren ihres ersten Vorsitzenden, Ob.-Brt. Stölting, aus Anlaß seines Ausscheidens aus dem Staatseisenbahndienst. Außer den nahezu vollzählig erschienenen Mitgliedern des Bezirkes Breslau waren aus Ost und West Kollegen herbeigeeilt, um ihrem scheidenden Vorsitzenden ihre Anhänglichkeit und Dankbarkeit zu beweisen. Eine vom Vertrauensmann des Bezirkes Breslau, Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Insp. Wolff, gehaltene Festrede über „staatswissenschaftliche Fortbildung“ leitete den Abend ein. Von dem Gedanken ausgehend, daß der höhere Techniker neben seinem Fachwissen, das er darum selbstverständlich nicht vernachlässigen dürfe, noch beträchtliche Kenntnisse aus den Gebieten der Staats- und Wirtschaftslehre beherrschen müsse, um die ihm zustehenden leitenden Stellen im öffentlichen Leben einnehmen und auch behaupten zu können, schilderte der Redner eingehend die Organisation und Veranstaltungen der „staatswissenschaftlichen Fortbildungskurse“, von deren Besuch er sich für die höheren Techniker, besonders diejenigen der Staatseisenbahnverwaltung, große Vorteile versprach. An der Hand des Vorlesungs-Verzeichnisses des diesjährigen Berliner Frühjahrskurses wies er im einzelnen nach, daß die ursprünglich nur für Juristen bestimmten Vorlesungen auch reiche Belehrungsquellen für die Techniker böten, und forderte diese auf, sich mehr als bisher mit diesen für sie so dringend notwendigen Studien zu befassen. — Reicher Beifall belohnte den Redner für seine fesselnden Ausführungen.

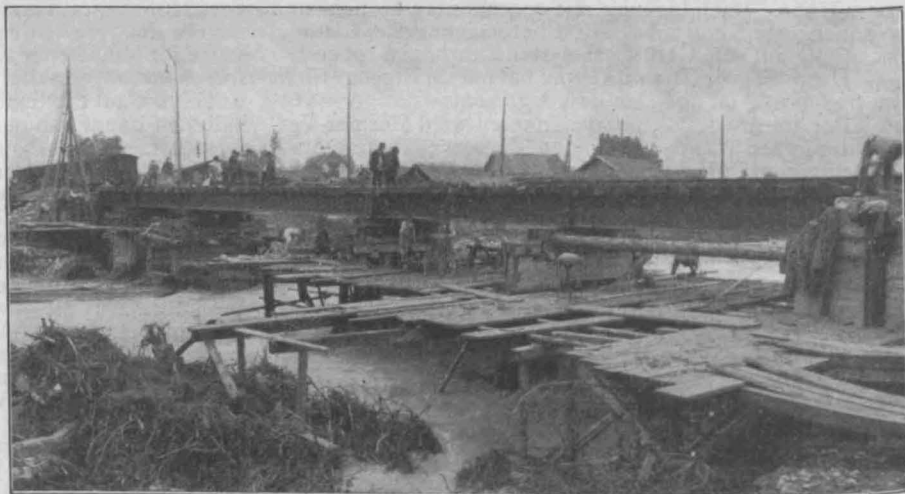
Hierauf hielt Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Insp. Simon aus Essen im Auftrage des Vorstandes der „Vereinigung“ eine Ansprache, in der er kurz die Verdienste des ersten Vorsitzenden um die „Vereinigung“ würdigte, und überreichte zum Schluß als Ehrengabe das Bild des Breslauer Rathauses, zugleich zur Erinnerung daran, daß der Jubilar seine Laufbahn in Breslau begonnen und auch beendet habe. Bewegt dankte der Gefeierte; die Absicht, ihm eine Freude zu bereiten, sei in hervorragendem Maße gelungen. Wenn er auch Breslau verlasse, so sei ihm doch diese Stadt und die Wirksamkeit in ihr ans Herz gewachsen, weshalb das Bild stets angenehme Erinnerungen in ihm auslösen werde.

Sodann begaben sich die Versammelten zum Festmahl. Das erste Hoch, von Bauinsp. Wolff ausgebracht, galt dem Kaiser, dem Schirmherrn und Förderer der deutschen Technik. Als nächster Redner erhob sich Geh. Brt. Gutzeit, um nochmals mit warm empfundenen Worten die Verdienste des scheidenden ersten Vorsitzenden zu feiern. Nach einem kurzen Rückblick auf die Zeiten vor der Gründung der „Vereinigung“ mit den zahlreichen, meist ergebnislosen Versuchen einzelner Kollegen, die äußere Stellung der Techniker den an sie hinsichtlich der Persönlichkeit, des Charakters und des Wissens gestellten hohen Anforder-

ungen entsprechend zu gestalten, und auf die Ursachen, die schließlich zur Vereinsgründung führten, ging der Redner näher auf die Tätigkeit Stöltings als erster Vorsitzender ein. Schon die Tatsache, daß er sich von vornherein ohne Zögern und Vorbehalt bereit erklärt habe, seinen Namen und sein Ansehen in den Dienst der „Vereinigung“ zu stellen, ein Beispiel, das auf Viele vorbildlich gewirkt habe, sichere ihm unauslöschlichen Dank. Weiterer Dank gebühre ihm für die Tätigkeit, die er seitdem für die „Vereinigung“ entfaltet habe, für die Ausarbeitung der Satzungen, die umsichtige Leitung der Vorstands- und Mitglieder-Versammlungen; auch sei es hauptsächlich seiner Tätigkeit zuzuschreiben, daß wohl nirgends mehr als im Bezirk Breslau die in den Vereinssatzungen dargelegten Ziele verfolgt würden. In seiner Erwiderrrede lehnte Stölting das ihm gespendete Lob bescheiden ab; in der Liebe zur Technik und dem Wunsche, ihr die gebührende Stellung zu schaffen, stehe er allerdings wohl Niemandem nach; erreicht sei jedoch noch zu wenig. Was den Technikern noch fehle, sei das Gefühl für die Notwendigkeit der Einigkeit. Jeder Staatseisenbahntechniker müsse Mitglied der „Vereinigung“ werden. Es sei kein Kampf gegen Andere, den diese führe, sondern nur das Streben nach äußerer Anerkennung der Technik, entsprechend ihrer Wichtigkeit. Er hoffe, daß das zurzeit noch bestehende Mißtrauen gegen die „Vereinigung“ bald schwinden und daß man bald erkennen möge, daß auch sie nichts anderes wolle, als die Wohlfahrt des Vaterlandes. — W.

Vermischtes.

Eisenbahn-Notbrücken aus Differdinger Trägern. Bei den wiederholten großen Ueberschneidungen in der Schweiz haben in letzter Zeit die hohen Walzprofile (Grey-Träger), die von der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft in Differdingen hergestellt werden, eine sehr vorteilhafte Verwendung bei der Herstellung von Notbrücken an Stelle der durch Hochwasser zerstörten Brücken gefunden. Wie aus der beigegebenen Abbildung hervorgeht, die in anschaulicher Weise noch die Verwüstungen des Flußbettes durch das Hochwasser erkennen läßt, ist bei Landquart eine Notbrücke der



Eisenbahn-Notbrücke der schweiz. Bundesbahn bei Landquart aus Differdinger Trägern 75 B.

Schweizerischen Bundesbahnen über die Landquart hergestellt worden und zwar auf Holzjochen. Es sind vier Oeffnungen von je rund 15 m Weite durch acht Grey-Träger 75 B (750 mm hoch) überbrückt und, da diese aus dem Lagerbestand des Walzwerkes bezogen werden konnten, ist dem gestörten Eisenbahnbetrieb in denkbar einfachster, zuverlässigster und schnellster Weise aus der größten Verlegenheit geholfen worden. Es soll hiermit darauf hingewiesen werden, daß allgemein für den Eisenbahnverkehr die unmittelbare Verwendung dieser Grey-Träger zur schnelligsten Herstellung von Notbrücken sehr dienlich und empfehlenswert ist. —

Berlin.

Karl Bernhard.

Bautennachweise des kgl. Polizei-Präsidiums in Berlin. In dankenswerter Weise hat sich das kgl. Polizei-Präsidium zu Berlin entschlossen, Listen der von ihm genehmigten Bauten mit Angabe des Bauherrn, des Architekten und des Ausführenden herauszugeben. Wir veröffentlichen diese Listen auf dem Umschlag unserer Zeitung. Diese wöchentlich erscheinenden Verzeichnisse enthalten je die in der Woche vorher genehmigten Bauten. —

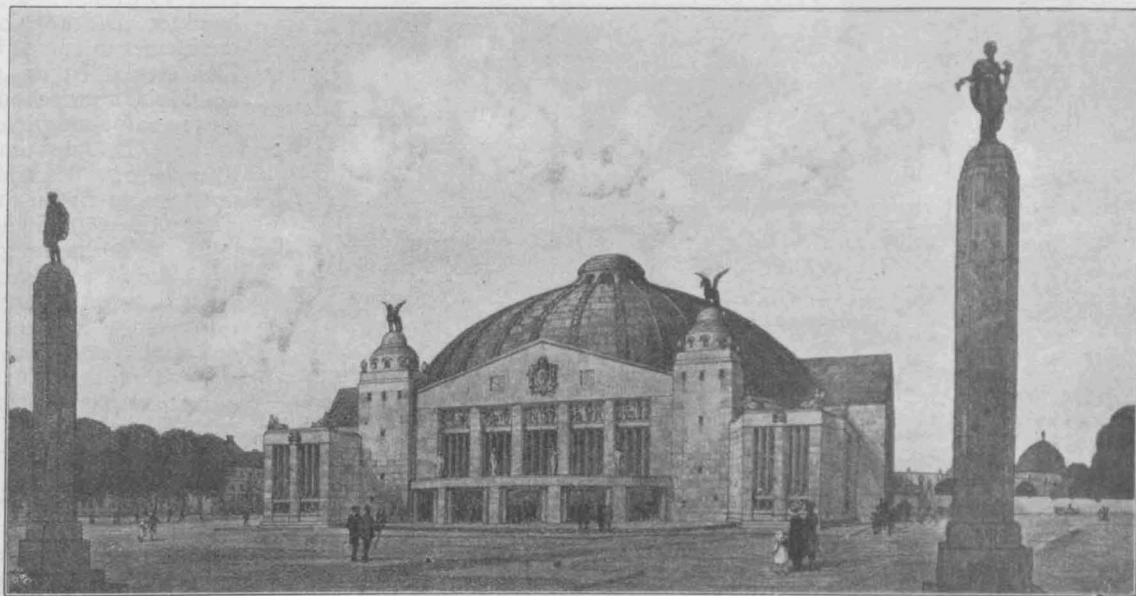


Schaubild des Entwurfes „Dedicatum arti et voluptati“ des Hrn. Prof. Em. v. Seidl in München. Ein Preis von 9000 M.

BEILAGE FÜR WETTBEWERBE

Der Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für den Bau einer Stadthalle nebst Ausstellungshalle in Hannover. (Fortsetzung aus No. 62.) Hierzu eine Bildbeilage, sowie die Abbildungen S. 515.



Die Berichterstattung über den dritten der mit einem Preise von je 9000 M. ausgezeichneten Entwürfe, den Entwurf „Rundbau“ der Architekten F. E. Scholer und Prof. P. Bonatz in Stuttgart, holen wir hiermit nach. Wie die Leser aus den Abbildungen S. 513 und S. 514, sowie aus der Bildbeilage zu dieser Nummer ersehen

wollen, ist es ein außerordentlich interessanter Entwurf, dem das Urteil des Preisgerichtes wohl nicht im vollen Umfang gerecht wird, wenn es ihn lediglich mit den Worten kennzeichnet: „Der Entwurf ist sehr großzügig und bis ins Einzelne hinein vorzüglich behandelt.“ Im Äußeren befriedigt nicht ganz die Ausbildung der Unterfahrt der Hauptfront. Der Gesamteindruck ist ein sehr ernster. Wir wollen daher in der Darstellung etwas ausführlicher den Angaben der Verfasser folgen. Für die Platzgestaltung sind diese davon ausgegangen, eine vom Verkehr abseits liegende parkähnliche Anlage vor der Stadthalle zu bilden, die beiderseits mit einer vierstöckigen Häuserreihe mit vorgelagerten Kolonnaden eingefasst ist. Der Wagen- und Trambahnverkehr zur Stadthalle sollen durch die beiden Alleen geführt werden, während die inneren Wege für Fußgänger bestimmt sind.

Die besondere Schwierigkeit bei der Planung der Stadthalle erblickten die Verfasser in der Forderung der Benutzbarkeit des Hauptsalles sowohl für 1800 als auch für 3500 Personen. Die nötige Unterordnung des Erweiterungsraumes gegenüber dem Hauptraum, eine möglichst gleichmäßige und nahe Beziehung zum Podium und ebenso eine künstlerisch einwandfreie Möglichkeit der Vergrößerung und Verkleinerung waren nach ihrer Ansicht am besten bei einem Rundbau zu erreichen. Denn, so führen sie aus, „ein Rundbau faßt bei kleinstem Umfang die größte Anzahl von Plätzen. Die Tiefe des Erweiterungsringes ist bei dem raschen Anwachsen der Peripherielänge relativ gering. Die gesamte Erweiterung ist als amphitheatralische Galerie angeordnet, die durch besondere Treppen zu erreichen ist. Bei Benutzung nur des verkleinerten Saales

bleiben die Treppen und oberen Vorplätze, Garderoben usw. verschlossen und unbeleuchtet. Die Galerie des verkleinerten Saales ist durch innere Treppen von der Wandelhalle des Erdgeschosses aus zugänglich.

Die Vorteile der großen Peripherie zeigen sich weiter bei der Anlage der Garderoben, der Toiletten, der Treppen, Wandelgänge und Ausgänge, die alle in besonders reichlichem Maße vorgesehen werden konnten. Die Garderoben der oberen Galerien liegen in den zugehörigen oberen Geschossen.

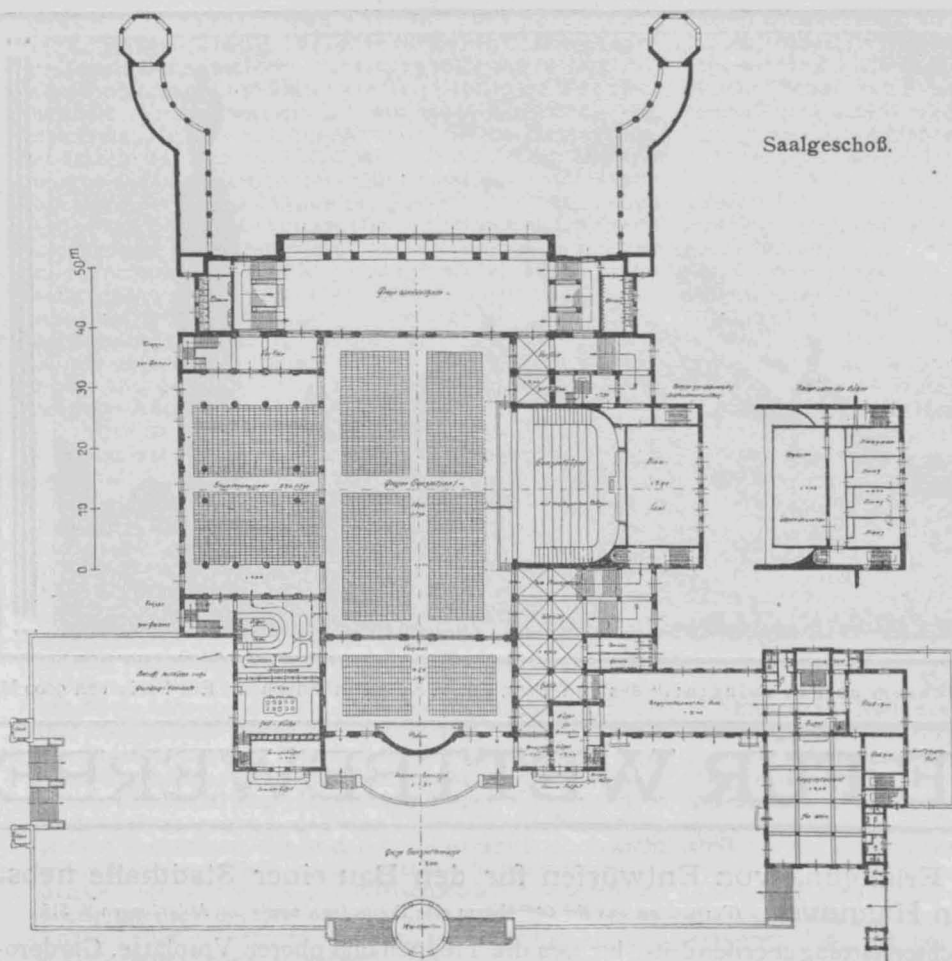
Die Vergrößerung des Konzertsalles erfolgt nach dem Vorschlag der Verfasser durch hydraulisch hinter dem Säulenkranz in die Höhe zu schiebende Wände, die in leichter Rabitzkonstruktion auf Eisenrahmen ausgeführt würden.

Das Podium liegt, bis zu der Orgelnische ansteigend, in der Hauptachse des Saales. Die Vergrößerung greift in geringerem Gefälle nach der Saalmitte vor. Bei Benutzung des Saales zu Festen kann das Podium beliebig verkleinert und dadurch eine gute Verbindung des Servierganges der Wirtschaft mit dem Hauptraum hergestellt werden. Die reichlichen Nebenräume zum Podium haben besondere Zugänge, Treppen und Toilettenanlage.

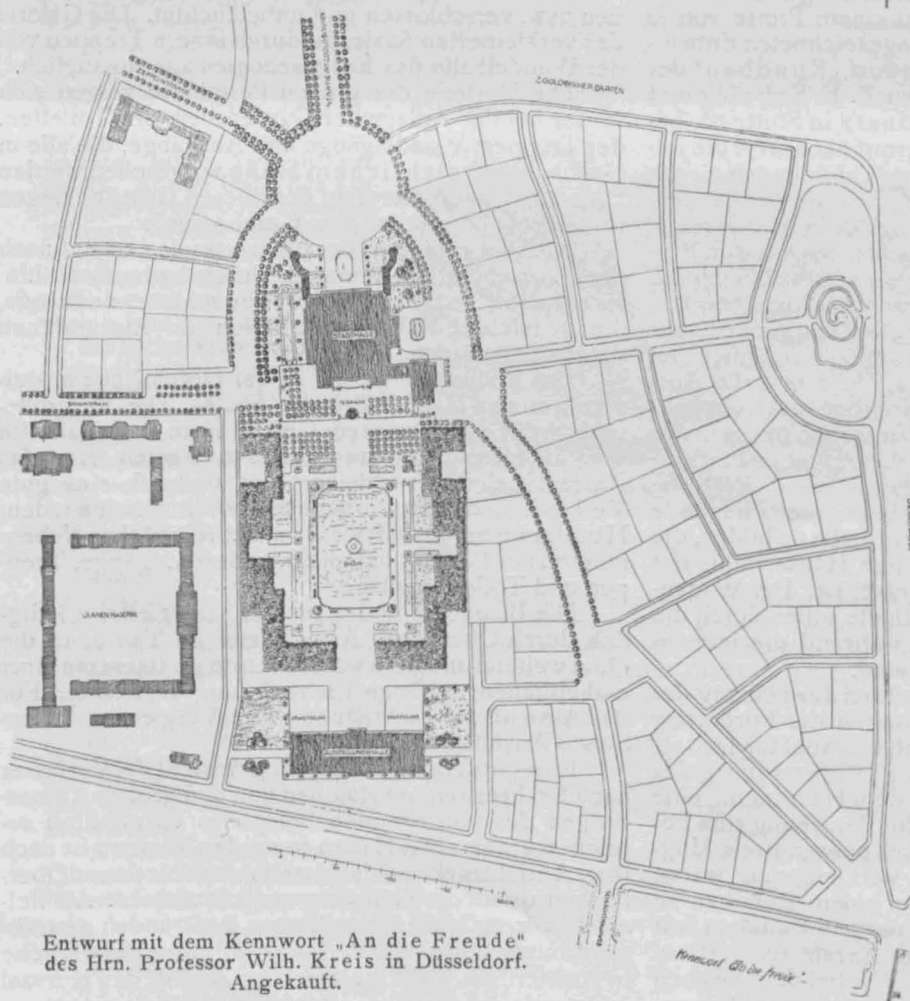
Die Beleuchtung des großen Saales erfolgt lediglich durch Oberlicht. Auf Fenster im Tambour, die ohne weiteres möglich wären, wurde im Interesse einer einheitlichen, schönen Lichtwirkung verzichtet. Für das Ausmaß der Lichtfläche waren Vergleiche an ähnlichen Ausführungen maßgebend.

Eine gute Akustik kann nach Ansicht der Verfasser auch bei kreisrunden Räumen von den großen Abmessungen des vorliegenden Beispiels einwandfrei erreicht werden. Das Hallen in runden Räumen ist nach ihrer Ansicht mehr auf das Material der Wände und Oberflächen als auf die Raumform zurückzuführen. Als Beispiele vorzüglicher Akustik eines kreisrunden gewölbten Raumes führen die Verfasser die lutherische Kirche in Amsterdam, die Albert Hall in London, den Kursaal in Ostende und den Konzertpavillon in Scheveningen an.

Der kleine Saal für 600 Sitzplätze liegt in dem Entwurf im ersten Obergeschoß über der Eingangshalle, von welcher die besonderen Treppen dieses Saales



Saalgeschoß.



Entwurf mit dem Kennwort „An die Freude“ des Hrn. Professor Wilh. Kreis in Düsseldorf. Angekauft.

les zugänglich sind. Die Garderoben des kleinen Saales liegen auf Höhe des Saalfußbodens. Bei Benutzung nur des kleinen Konzertsalles ist also nur die Eingangs-

sicht der Verfasser immer unfeistlich.

Die Lage des Hauptsalles im Erdgeschoß ist bequem für die Benutzung. Ein Ausräumen der Bestuh-

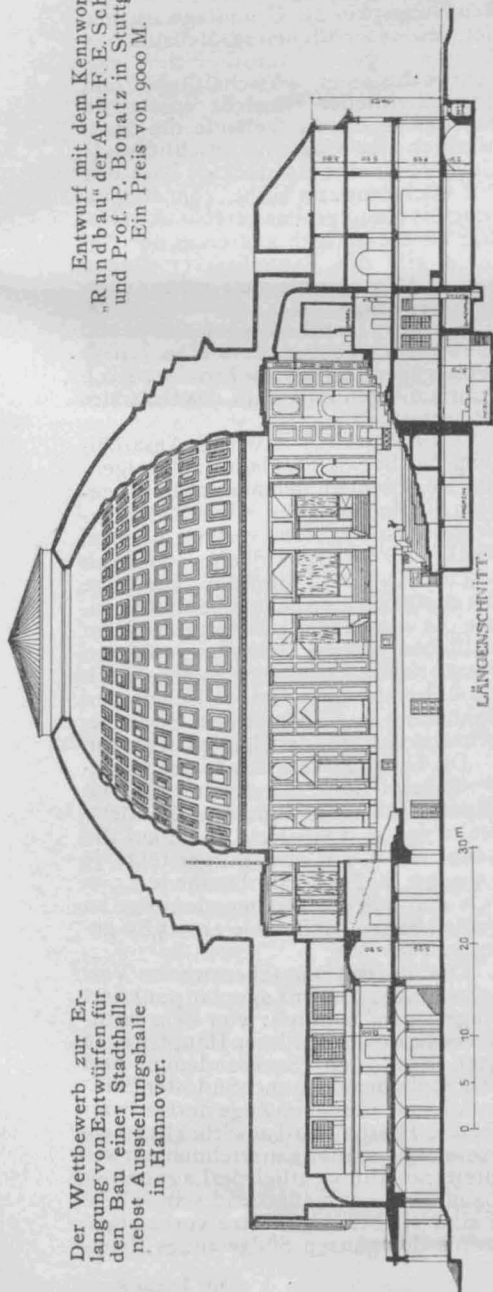
halle zu öffnen und zu erleuchten. Die Verbindung des kleinen mit dem großen Konzertsaal ist durch einen kleinen zwischengelagerten Salon möglich. Der mittlere Teil des unteren Ranges im großen Saal steht mit diesem Salon mittels großer Glastüren in unmittelbarer Verbindung und kann durch seitliche Abschränkungen als größere Fürstenloge benutzt werden. Ueber dem Salon, der nur halbe Höhe der Hauptgalerie hat, kann eine kleinere Musikestrade für Tanzmusik angeordnet werden, die vom großen wie vom kleinen Saal gehört würde.

Die Restaurationsräume liegen in breiter Lagerung gegen den rückwärtigen Park. Zwischen Rundbau und Restaurationsflügel führt eine durchgehende Unterfahrt durch, die eine günstige Lüftung des Wirtschaftshofes und geeignete Anfahrt für Lieferanten und Kohlen ermöglichen soll. Die Küchenräume liegen auf Erdgeschoßhöhe und sind um die mit Glasdach versehene Anrichte gelegen. Als Festküche dient die Erweiterung der Tagesküche mit der Kalkküche. Der Weinkeller steht durch einen Personenaufzug in direkter Verbindung mit dem Weinbüfett. Nach dem ersten führen zwei Speiseaufzüge. Die Wohnungen haben eigene Treppen.

Bei Bazaren lassen sich die Garderoben des oberen Umganges als Verkaufsstände ausbilden. Der Hauptsaal und die Erweiterung desselben enthalten die im Programm geforderten Sitzplätze ohne Zuhilfenahme des kleinen Saales. Der kleine Saal kann bei jeder Benutzung des großen Saales selbständig benutzt werden. Bei Benutzung des kleinen Saales allein kann der Vorbau für sich abgetrennt werden. Nur bei dieser Anordnung kann nach den Verfassern der Programmforderung einer vollen Besetzung von 5000 Personen genügt werden. Als Vorsaal kann im Erdgeschoß die große Eingangshalle benutzt werden, der kleine Saal kann als Vorsaal für die erste Galerie herangezogen werden.

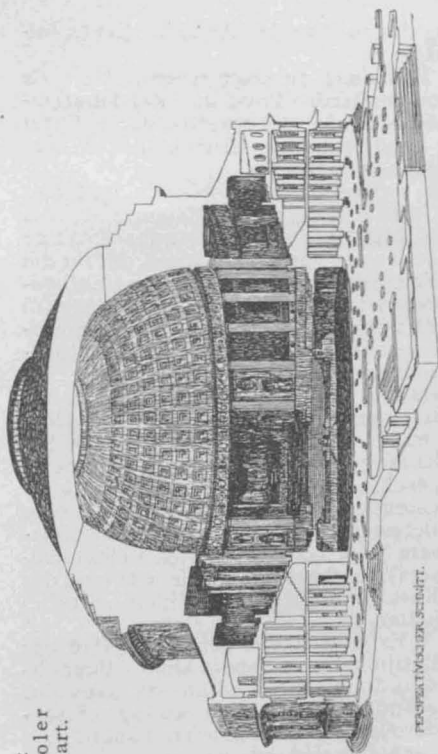
Die Abschließbarkeit der Galerien ist bei Verwendung des Saales zu Banketten, Tanzfesten usw. sehr erwünscht. Leerstehende Galerien wirken nach der zutreffenden An-

Der Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für den Bau einer Stadthalle nebst Ausstellungshalle in Hannover.

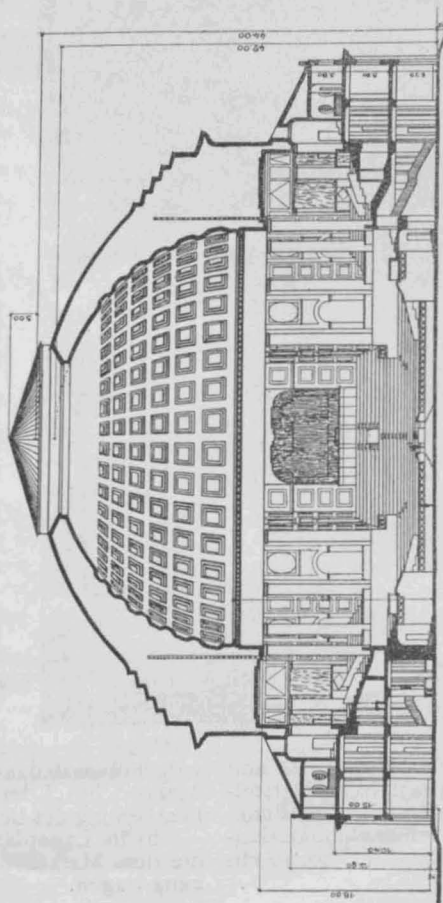


LÄNGENSCHNITT.

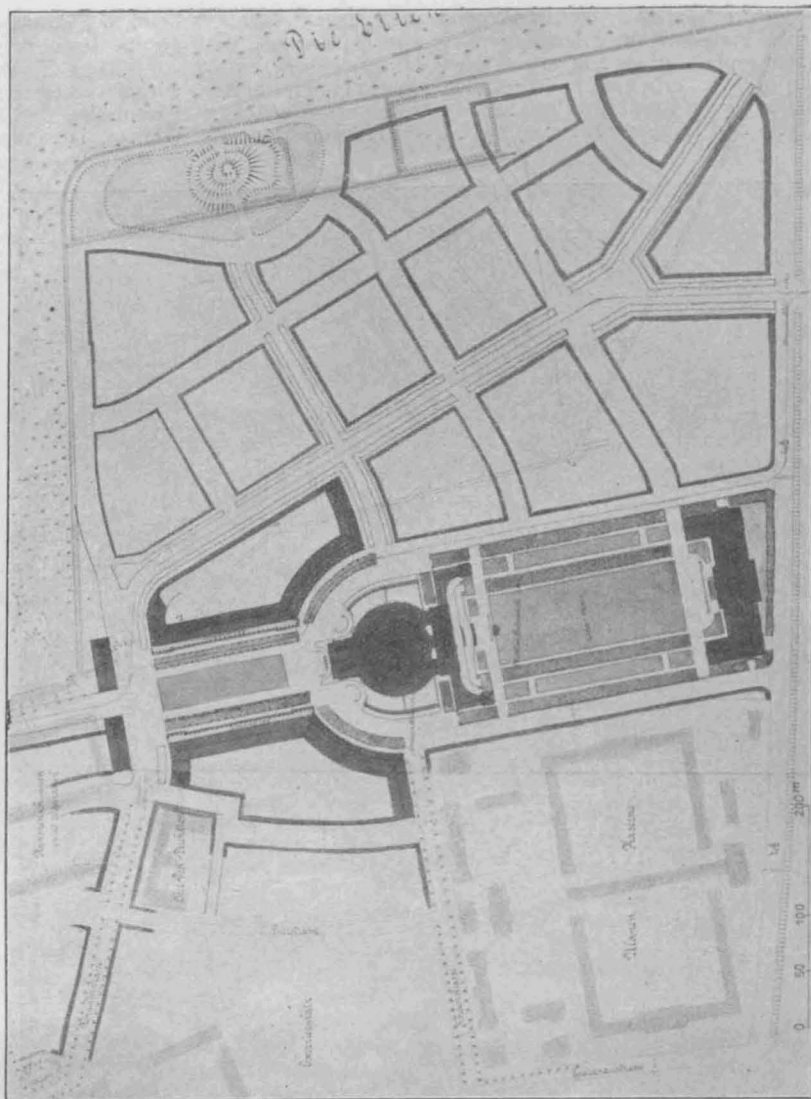
Entwurf mit dem Kennwort „Rundbau“ der Arch. F. E. Scholer und Prof. P. Bonatz in Stuttgart. Ein Preis von 9000 M.



QUERSCHNITT.



LÄNGENSCHNITT.



lung und des Podiums vollzieht sich nach der Annahme der Verfasser durch Fußbödenöffnungen nach den Untergeschoßräumen leichter und schneller, als bei Sälen im Obergeschoß.

Alle Garderoben sind mit guter Tagesbeleuchtung versehen, was bei großen Bautiefen und einer Garderoben-Anlage unter dem Saal nach der Ansicht der Verfasser nur mangelhaft möglich ist. Die Garderoben nutzen die schrägen Flächen unter den amphitheatralisch ansteigenden Galerien aus. Die Treppenhäuser sind Lichtspender für die Umgänge. Die rasche Entleerung des ganzen Baues vollzieht sich bei der peripheren Anordnung der Ausgänge und Treppenhäuser schnell und glatt. In einfacher Weise vollzieht sich der Weg von der Küche zum Bankettsaal und zu den Restaurationsräumen auf gleicher Höhenlage. Auch für die Bedienung der Säle und Galerien im Obergeschoß ist eine Anrichte in Verbindung mit der Küche vorhanden. Die Säle für Mitwirkende, die als selbständige Gesellschaftszimmer benutzt werden sollen, stehen in Zusammenhang mit dem Wirtschaftsbetrieb. — (Fortsetzung folgt.)

Wettbewerbe.

Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen zu einem Bauplan für das Südgelände der Stadt Schöneberg. Seitens der Bewerber sind einzureichen: a) ein genereller Bauplan im Maßstab 1 : 2000 mit den erforderlichen Quer- und Längsprofilen; b) Typen von Häusern der ein-

Zur Erläuterung der zu lösenden Aufgabe dienen folgende Gesichtspunkte:

1. Das für die Bebauung zu erschließende Gelände wird umschlossen von der Berlin-Potsdam-Magdeburger-Eisenbahn, der Rubens-Straße, der Steglitz-Mariendorfer Grenze, Dresdener- und Anhalter-Eisenbahn und dem Sachsendamms.

2. Die zurzeit bestehende, für dieses Gelände maßgebende Bauordnung vom 15. März 1910 schreibt landhausmäßige Bebauung vor, ein Umstand, der für die Erschließung dieses Geländes einer erheblichen Hemmnis bildet, vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht. Außerdem erscheint es auch aus künstlerischen Rücksichten ratsam, eine staffelförmige Abstufung der Bebauung eintreten zu lassen, derart, daß für die Hauptverkehrsstraßen vierstöckige geschlossene Bebauung, für Straßen zweiter Ordnung geschlossene dreistöckige Bebauung, für einen weiteren Teil des Geländes eine Bebauung mit Einfamilien-Reihenhäusern (zum Teil gruppierten Reihenhäusern) durchgeführt würde, während der Rest für freistehende Villen vorzubehalten wäre.

Es wird damit gerechnet, daß die Bestimmungen der erwähnten Baupolizeiordnung hinsichtlich des Bauwuchs geändert werden. Dem Antrag auf Aenderung der bestehenden Bauordnung nach diesen Gesichtspunkten soll ein Bauplan als Grundlage dienen, der den neuzeitlichen städtebaulichen Anforderungen in künstlerischer, verkehrstechnischer, wirtschaftlicher und gesundheitlicher Hinsicht entspricht. Für das an das Südgelände der Stadt nördlich der Ringbahn anschließende Gelände ist eine fünfstöckige Bauweise mit höchstens 22 m Höhe, vom Bürgersteig bis Hauptgesims gerechnet, zulässig; für die übrigen angrenzenden Gebiete gilt die Baupolizeiverordnung vom 15. März 1910 für die Vororte außerhalb der Ringbahn.

3. Das zu erschließende Gelände soll zum überwiegenden Teil eine ruhige Wohngegend bilden; die Errichtung von Fabrikanlagen innerhalb des Geländes ist unstatthaft.

4. Im Einzelnen ist bei der Ausarbeitung des Bauplanes auf Folgendes Rücksicht zu nehmen: a) Im Lageplan ist die Trasse der Schnellbahn eingezeichnet. Dieselbe verläuft bis zum Punkt p als Untergrundbahn, von da ab südlich als Einschnittbahn. Die Lage der drei geplanten Schnellbahnhöfe, sowie die voraussichtliche Lage eines im südlichen Teil des Geländes geplanten Staats-Bahnhofes an der Strecke nach Groß-Lichterfelde-Ost, zwischen den Bahnhöfen Pape-Straße und Südende, geht ebenfalls aus dem Lageplan hervor.

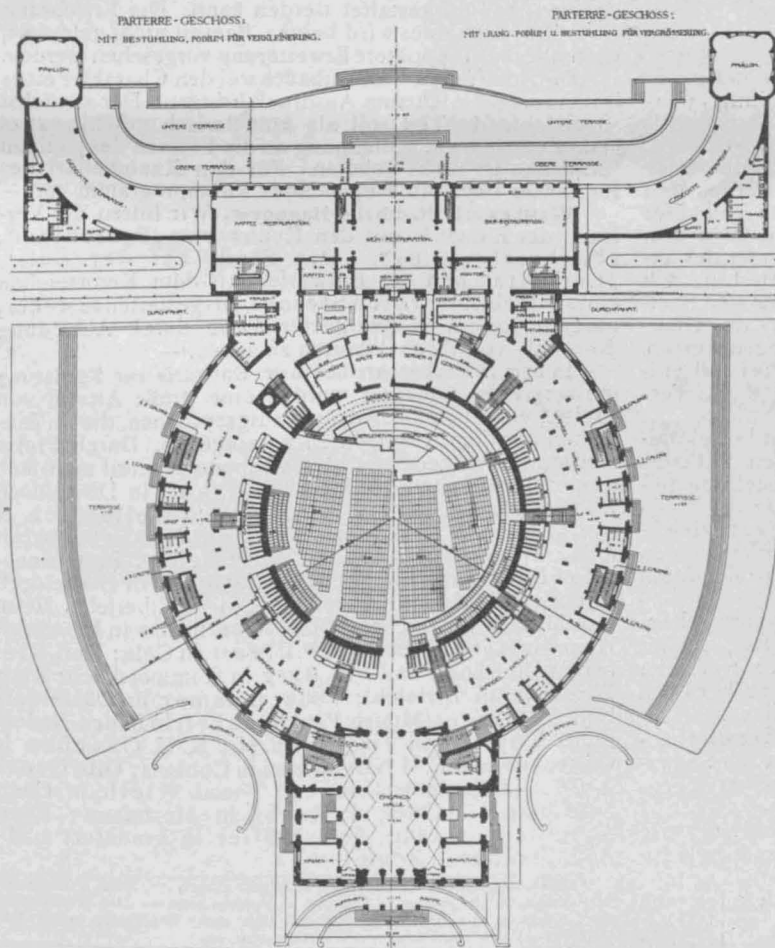
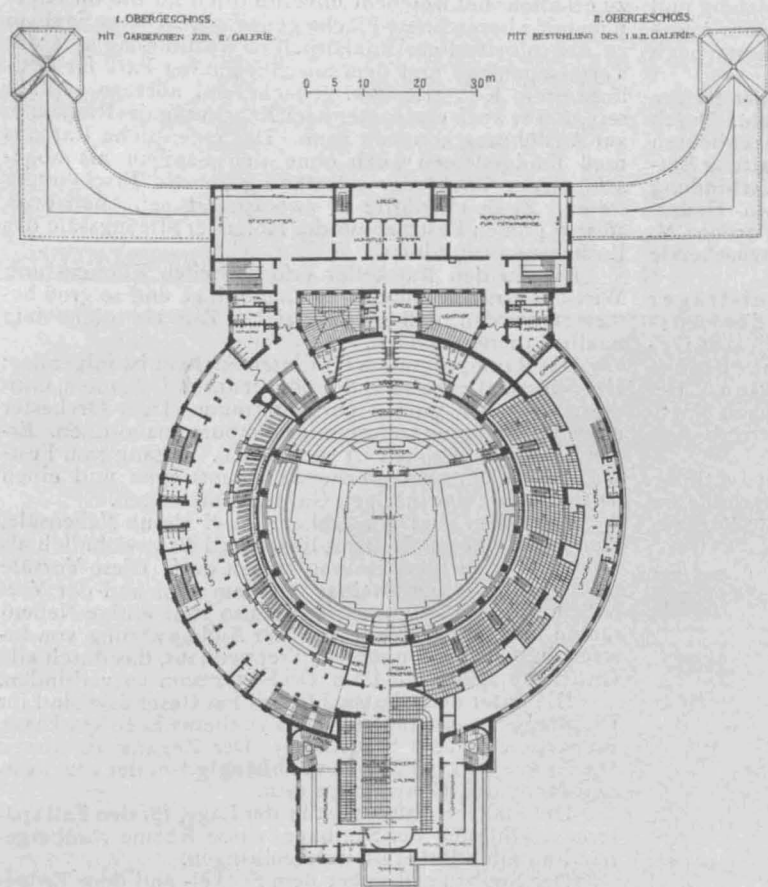
Die Hauptverkehrsstraße des Südgeländes soll der Schnellbahntrasse im allgemeinen folgen und eine Mindestbreite von 50 m erhalten, wobei auf die Bahn 20,2 m, auf die Bürgersteige je 4,5 = 9 m, auf die Fahrdämme je 7,5 = 15 m und auf die Promenadenwege zu beiden Seiten der Bahn je 2,9 = 5,8 m gerechnet werden.

Die übrigen wünschenswerten Verkehrsstraßen sind im Lageplan punktiert eingetragen, nämlich: von dem nördlichen Ende der mittleren Hauptstrecke nach Nordosten (Sachsendamm) und vom südlichen Ende nach Südosten (Südende), sowie ferner im Zuge der Hedwig-Straße. Hierbei wird ausdrücklich hervorgehoben, daß diese letztgenannten Einzeichnungen weder hinsichtlich der Breite noch hinsichtlich der Lage bei der Bearbeitung des Bauplanes maßgebend sein sollen.

b) Im Lageplan sind ein bis zwei Plätze vorzusehen, die dem Marktbedürfnis des ganzen Südgeländes Rechnung tragen.



zeln Bauklassen, und zwar Ansichten, Grundrisse und Schnitte im Maßstab 1 : 100; c) perspektivische Darstellungen von Straßeneinblicken an besonders wichtigen Punkten; d) Parzellierungszeichnungen einzelner charakteristischer Straßen und Baublöcke im Maßstab 1 : 500; e) ein Erläuterungsbericht.



Der Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für den Bau einer Stadthalle
nebst Ausstellungshalle in Hannover.

Entwurf mit dem Kennwort „Rundschau“ der Architekten F. E. Scholer
und Professor P. Bonatz in Stuttgart.

Ein Preis von 9000 M.

c) Desgleichen eine Parkanlage von mindestens 12 ha Gesamtfläche (ohne Straßenland), als Abschluß des Geländes nach den Bahnkörpern der Anhalter- bzw. Militärbahn, längs derselben. Am nördlichen Ende dieses Parkes ist die Errichtung eines Schwimmbades geplant. Mindestens 4 ha des für den Park bestimmten Geländes sind als Kinder-Spielplätze vorzusehen, wobei auf die Schaffung einer Spielwiese Wert gelegt wird. Es wird den Bewerbern anheimgestellt, die gesamte Parkfläche auch in anderer Weise auf dem Gebiet des Südgeländes zu verteilen, falls ihnen das aus besonderen Gründen ratsam erscheint.

Für die längs des Parkes an der Anhalter- bzw. Militär-Bahn anzulegende Straße empfiehlt es sich, nicht ausschließlich einseitige Bebauung zu wählen, vielmehr ist es erwünscht, auch auf der östlichen Seite der Straße eine teilweise Randbebauung etwa mit Villen vorzusehen.

d) An öffentlichen Gebäuden sind im Bebauungsplan weiterhin vorzusehen: ein Feuerwehr-Depot, eine höhere Knabenschule, eine Fortbildungsschule, eine höhere Töchterschule, zwei Volksschulen, eine Kirche, wobei für die höheren Schulen eine Lage mehr in der Mitte des Geländes, für die beiden Volksschulen dagegen mehr im Süden des Geländes in Frage kommt. Die Lage dieser Gebäude ist im Bebauungsplan in den Umrisslinien einzutragen.

5. Es wird großer Wert darauf gelegt, daß der wellenförmige Charakter des Geländes beibehalten wird.

6. Eine Rücksichtnahme auf die zurzeit bestehenden Grundstücksgrenzen ist nicht geboten, da eine spätere Umlegung der Grundstücke beabsichtigt ist.

Wettbewerb feste Straßenbrücke über den Rhein in Cöln. In No. 63 haben wir das Ausschreiben selbst bekannt gegeben und in No. 58 bereits einige Bemerkungen über die Bedeutung der Brücke im Stadtbild vorausgeschickt. Die dabei ausgesprochene Hoffnung, es möge dem Baukünstler dabei in keiner Weise die Hand gebunden werden, hat sich insofern erfüllt, als keine Vorschrift über die Wahl des Trägersystemes gemacht, wenn auch darauf hingewiesen wird, daß es wohl angezeigt sei, ein anderes System zu wählen als für die Süd- und Dombücke (dort hochliegende Bogenfachwerkträger), für welches vielleicht in erster Linie die Kettenform in Betracht kommen dürfte. Wir kommen auf die ästhetischen und städtebaulichen Fragen, die hier in Betracht kommen, noch zurück, wobei wir hoffen, Lage- und Höhenpläne beilegen zu können.

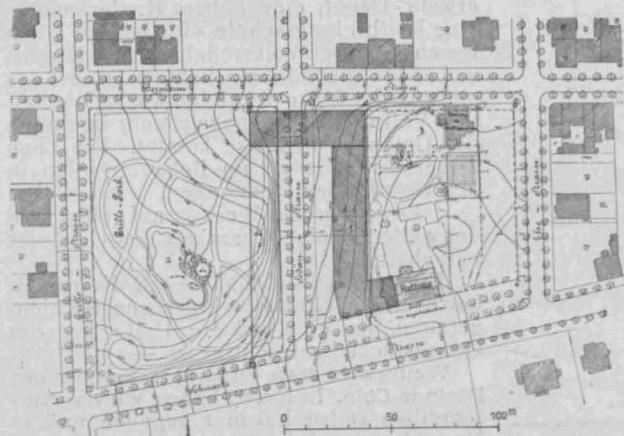
Aber in anderer Beziehung ist doch wieder eine Bindung eingetreten, die wir für den Erfolg des Wettbewerbes für bedenklich halten und im Interesse der Bewerber bedauern. Das ist die Forderung von Angeboten, die für die bewerbende Firma auf die lange Zeit von 8 Monaten bindend sein sollen. Das ist natürlich nur möglich auf Grund durchgearbeiteter Entwürfe, die durch die Wettbewerbs-Bedingungen denn auch ausdrücklich verlangt werden. Damit wird den Bewerbern eine Arbeitslast auferlegt, die in keinem rechten Verhältnis steht zu dem Entgelt, das ihnen durch Preise und Ankäufe geboten wird, wenn deren Gesamtbetrag von 45000 M. auch höher ist, als bei den großen Brücken-Wettbewerben der letzten Jahrzehnte. Vorallem aber wird diese Arbeitsleistung unter Umständen nutzlos aufgewendet, da unseres Erachtens gerade bei diesem Wettbewerb die geschickte Einpassung des Bauwerkes in das Stadtbild den Ausschlag bei der Beurteilung geben muß, sodaß unter Umständen der vom technischen Standpunkt vorzüglichst durchgearbeitete Entwurf, ohne daß er unästhetisch zu sein braucht, bei der Bewertung stark zurückgedrängt wird. Ist also die technische Leistung des Ingenieurs nicht der ausschlaggebende Faktor, so sollte

man diesen auch nicht mit so hoher Arbeitsleistung und Verantwortung belasten, wie das durch bindende Angebote geschieht. Wir kommen auf das Programm noch zurück. —

Preis Ausschreiben zur Erlangung von Entwürfen für den Bau des neuen Rathauses der Stadt Oberhausen Rhld. Durch einen öffentlichen Wettbewerb unter den Architekten Deutschlands beabsichtigt die städtische Verwaltung Entwürfe für den Bau eines neuen Rathauses in Verbindung mit einem Saalbau zu erlangen: Frist 5. Dez. 1910. Hauptzeichnungen 1:200. Kosten des 1. Bauteiles 750000 M. Hierbei bleibt der erst für den 2. Bauteil vorzusehende Saalbau außer Berechnung.

Es besteht die Absicht, einen der Preisträger mit der künstlerischen Bearbeitung der Ausführungsentwürfe auf Grund eines nach der Gebühren-Ordnung für Architekten und Ingenieure abzuschließenden Vertrages zu betrauen. Die technische Ausführung verbleibt dem städtischen Hochbauamt. Diese Bestimmung wird dem Wettbewerb viele Sympathien zuführen.

Als Bauplatz ist der aus dem Lageplan ersichtliche, von der Sedan-, Hermann-, Else- und Schwartzstraße begrenzte Baublock a b c d, auf dem jetzt das alte Rathaus,



sowie das Wohnhaus des Oberbürgermeisters stehen, in Aussicht genommen. Da beide Gebäude vorläufig bestehen bleiben sollen, empfiehlt es sich, die zunächst nötigen Bauten auf dem Teil a e f d des Bauplatzes vorzusehen.

Der vor dem Bauplatz liegende Teil der Sedanstraße kann als öffentliche Fahrstraße aufgegeben werden und bleibt dann nur als Zugang zum Vorplatz des Rathauses bestehen. Die jetzt gültige Baufluchtlinie a d kann deshalb noch überschritten und die Front eines oder des anderen der neuen Gebäudeteile etwa bis an die Linie g h herangerückt werden. Nötigenfalls können für den Saalbau (s. später) auch Teile des zum Wohnhaus des Oberbürgermeisters gehörigen Gartens hinzugezogen werden.

Die östliche Einfriedigung des Grillparkes soll entfernt und der Park mit dem Rathausvorplatz durch Terrassen in Verbindung gebracht werden.

Das 1876—78 errichtete Rathaus soll erst bei eintretendem Bedürfnis zur Erweiterung der neuen Rathaus-Anlagen und zwar möglichst erst nach Fertigstellung dieser Erweiterungsbauten niedergelegt werden.

Der Neubau und das alte Rathaus müssen zur Erleichterung des Verkehrszweckmäßig untereinander verbunden werden, entweder durch unmittelbares Anbauen oder durch einen Verbindungsgang.

Die Erweiterungsmöglichkeit für den ganzen Baublock a b c d ist im Lageplan 1:500 im Grundriß, und der Teil an der Schwartzstraße in der Ansicht skizzenhaft zu entwerfen, wobei freigestellt bleibt, den Rathaushof nach der Schwartzstraße ganz oder teilweise zu öffnen.

Die Parkanlage ist durch Freitreppen, Terrassenanlagen und Durchgänge mit der an der Stelle der Sedanstraße geplanten Plattform wie auch mit dem höher liegenden Rathaushof in Verbindung zu bringen.

Es ergibt sich demnach eine Grundrißanordnung, wie sie im Lageplan angedeutet ist, die aber keinesfalls für den Entwurf bindend sein soll.

In den mit 1 und 2 bezeichneten Gebäudeteilen muß der gesamte Raumbedarf untergebracht werden. Da der gegenwärtige Raumbedarf aber erheblich geringer ist, soll zunächst nur Gebäudeteil 1 zur Ausführung kommen, dessen Planung das im Nachweis als „1. Bauteil“ aufgeführte Raumbedürfnis zu Grunde zu legen ist.

Es liegt in der Absicht der Stadt, mit den Entwürfen für das Rathaus auch solche für einen Saalbau

zu erhalten, bei welchem unverbindlich an die im Lageplan mit 2 bezeichnete Fläche gedacht ist. Dieser Saalbau ist als selbständiger Baukörper in Verbindung mit der Terrassenanlage und dem anschließenden Park für Festlichkeiten, Konzerte usw. gedacht, soll aber so geplant sein, daß er auch erst später nach Errichtung des Rathauses zur Ausführung kommen kann. Das eigentliche Rathaus muß infolgedessen auch ohne den Saalbau als abgeschlossener Baukörper selbständig in die Erscheinung treten. Zugleich dürfte es zweckmäßig sein, den etwa 16/27 m großen Festsaal auf der Höhe der Sitzungssäle des Rathauses anzuordnen.

Die für den Ratskeller erforderlichen Küchen- und Wirtschaftsräume müssen so angeordnet und so groß bemessen werden, daß sie zu gleicher Zeit als solche dem Saalbau dienen können.

Das Raumprogramm für diesen Saalbau ist folgendes: Hauptfestsaal, etwa 16/27 m groß, mit anschließendem, mindestens 10, 12 m großen Orchesterraum. Dem Orchester gegenüber ist eine weiträumige Empore anzuordnen. Erweiterungsmöglichkeit ist vorzusehen. Zugang zum Festsaal durch eine entsprechende Haupttreppe und einen Vorraum mit den nötigen Garderobenablagen.

Außerdem sind vorzusehen: Zwei kleine Nebensäle, von denen einer im Rathaus liegen und für gewöhnlich als Sitzungszimmer Verwendung finden darf. Diese Vorsele sollen tunlichst unmittelbar mit dem Saal und der Vorhalle in Verbindung stehen. Ebenso sind einige Nebensäle für Kleiderablage und zur Aufbewahrung von Instrumenten mit besonderem Treppenhause, das durch alle Geschosse führt, mit dem Orchesterraum zu verbinden.

Die unter dem Festsaal liegenden Geschosse sind für Dienstzwecke auszunutzen (etwa zu ebener Erde Sparkasse, Ratskeller, darüber Stadtkasse). Der Zugang zu diesen Diensträumen muß jedoch unabhängig von der zum Festsaal führenden Haupttreppe sein.

Die Stadtverwaltung ist in der Lage, für den Fall späterer Ausführung des Saalbaues diese Räume vorübergehend im alten Rathaus unterzubringen.

Der Neubau soll außer dem Sockel- und dem Erdgeschoß noch zwei Obergeschosse erhalten, von denen das zweite Obergeschoß ganz oder teilweise als ausgebautes Dachgeschoß ausgestaltet werden kann. Die Errichtung eines Rathausesturmes wird beim 1. Bauteil nicht gefordert, kann aber für die spätere Erweiterung vorgesehen werden.

Die Architektur des Neubaus soll den Charakter eines Rathauses deutlich zum Ausdruck bringen. Der zunächst zu errichtende Teil soll als künstlerisch geschlossenes Ganzes erscheinen. Anlehnung an die Formen des jetzigen Rathauses ist nicht geboten. Für den Raumbedarf des Rathauses liegt ein eingehendes Raumprogramm vor. —

Wettbewerb Stadthalle Hannover. Wir bitten die Verfasser der Entwürfe mit den Kennworten „Präludium“, „Parkverbindung“, „Die Stadt auf der Bult“, „Leibnitz“ und des Entwurfes mit dem Kennzeichen eines aufgeklebten roten Sternes, uns gestatten zu wollen, unseren Lesern in geeigneter Weise durch Abbildung Kenntnis von ihren Arbeiten zu geben. —

In dem Preis Ausschreiben betr. Entwürfe zur Förderung der bergischen Bauweise wurden eine große Anzahl von Preisen verliehen und Ankäufe ausgesprochen, die im Einzelnen aus dem Anzeigenteil hervorgehen. Durch Preise wurden in den verschiedenen Gruppen zumteil mehrfach ausgezeichnete die Hrn. Kurt Rüschoff in Düsseldorf; Max Steinmüller in Magdeburg; Wellerdich & Schneider in Düsseldorf; W. J. Scholtes in Frankfurt a. M.; Willy Jolz in Nied; Heinz Schult in Barmen; Adolf Feldmann in Essen; Paul Römer in Düsseldorf; Friedrich Bode und August Kegel in Elberfeld; Heinrich Milk in Schöneberg; Hans Woltmann in Elberfeld; Hugo Beller in Elberfeld; P. Prew in Köln; Karl Kiefer in Düsseldorf und Alb. Berg in Gummersbach; Rich. Woernle in Bielefeld; Ludw. Lemmer in Düsseldorf; Emil Ritzinger (Mitarb. Paul Breukel) in Baden-Baden; Franz Thyriot in Frankfurt a. M.; K. H. Quachen in Gelsenkirchen; C. H. Noshamer in Coblenz; Otto Groth in Köln-Lindenthal; Fritz und Theod. Wieth in Charlottenburg-München; P. Krebs in Mettmann; Ernst Scheidt jr. in Köln; Ferd. Müller in Frankfurt a. M.; Aug. Fischer in Erfurt. —

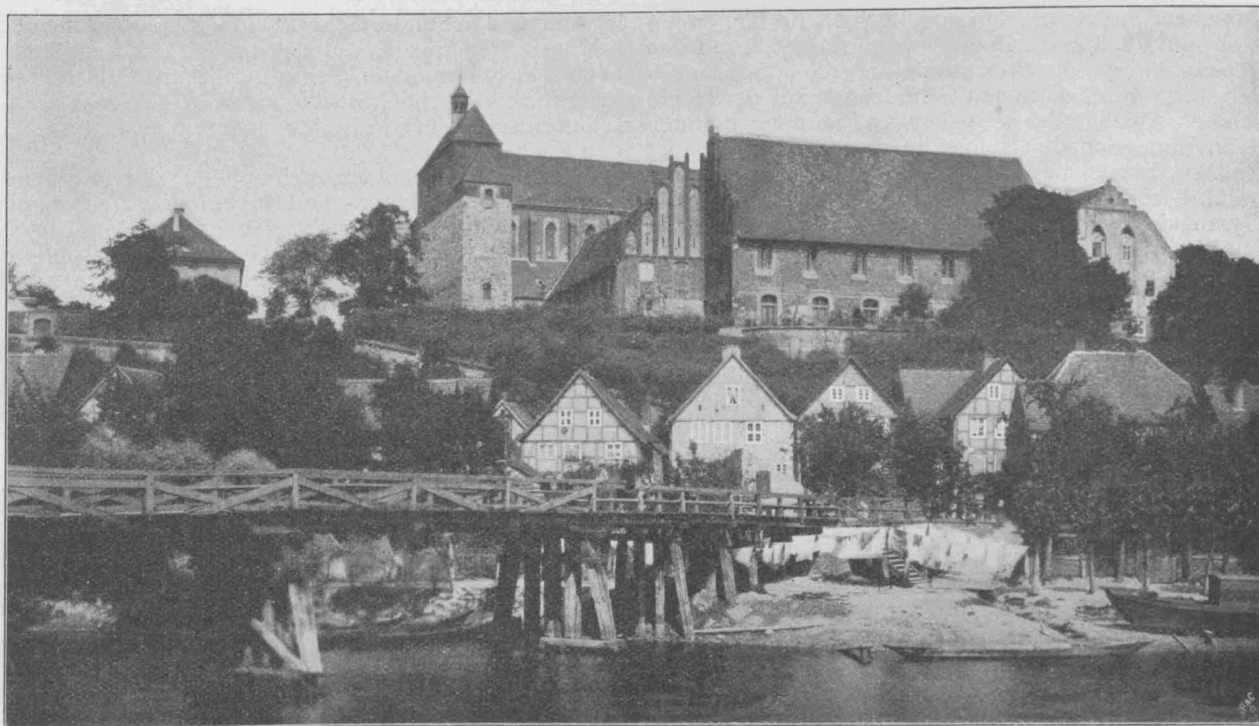
Inhalt: Die neuen Rheinwehre oberhalb Basel. — Zwei Portale der Jesuitenkirche zu Glogau. — Vereine. — Vermischtes. — Der Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für den Bau einer Stadthalle nebst Ausstellungshalle in Hannover. — Wettbewerb. —

Hierzu eine Beilage: Der Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für den Bau einer Stadthalle nebst Ausstellungshalle in Hannover.

Verlag der Deutschen Bauzeitung G. m. b. H., Berlin. Für die Redaktion verantwortlich Albert Hofmann, Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg., P. M. Weber, Berlin.



IRCHTÜRME MIT SCHNEI-
DENDACH. VON GEH.
OBER-REG.-RAT HANS
LUTSCH IN BERLIN. *
KIRCHE IN LANDSBERG
AN D. WARTHE (LINKS).
KIRCHE IN SCHÖNHAU-
SEN AN DER ELBE. *
NACH EINER PHOTO-
GRAPHIE VON F. ALBERT
SCHWARTZ IN BERLIN
NW.87. * * * * *
DEUTSCHE
* * BAUZEITUNG * *
XLIV. JAHRG. 1910, NO. 66.



Kirchtürme mit Schneidendach. Dom in Havelberg. Nach einer Photographie von F. Albert Schwartz in Berlin NW. 87.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLIV. JAHRGANG. No. 66. BERLIN, DEN 17. AUGUST 1910.

Rechts-, Staats- und Wirtschafts-Wissenschaften an den deutschen technischen Hochschulen.



Der „Verband Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine E. V.“ hat im Mai dieses Jahres allen zuständigen Ministerien der deutschen Bundesstaaten eine Denkschrift über die Rechts-, Staats- und Wirtschafts-Wissenschaften an den deutschen technischen Hochschulen überreicht, die im Juni an alle technischen

Vereine und Verbände und an alle Lehrer der technischen Hochschulen und gleichzeitig mit der Versendung des Geschäftsberichtes an alle Mitglieder des Verbandes versandt worden ist.

Die Denkschrift will das Augenmerk aller interessierten Kreise auf den Wert der Rechts-, Staats- und Wirtschafts-Wissenschaften für die akademische Bildung der Techniker lenken und dafür eintreten, daß der Unterricht in diesen Bildungsfächern auf der Hochschule mehr dem Wesen und den besonderen Bedürfnissen dieser Hochschulen angepaßt werde und eine festere Stellung im gesamten Unterrichtsbetrieb an den technischen Hochschulen dadurch erhalte, daß diese Fächer in die Studienpläne, Prüfungs- und Promotions-Ordnungen der Hochschulen aufgenommen werden.

Die Tages- und Fachpresse hat sich sehr eingehend mit dieser Denkschrift befaßt und in den Besprechungen dem Grundgedanken der Denkschrift fast rückhaltlos zugestimmt. Auch die technischen Verbände haben sich in überwiegender Zahl zustimmend geäußert. Der „Verein Deutscher Ingenieure“ beabsichtigt, soviel verlaute, die Arbeit des Verbandes, die sich nur mit der Ausbildung der Architekten und Bauingenieure befaßt, dadurch zu ergänzen, daß er dasselbe Thema mit Rücksicht auf die Ausbildung der Maschineningenieure zu behandeln gedenkt. Der „Verein Deutscher Chemiker“ plant ein Gleiches für die an den technischen Hochschulen ausgebildeten Chemiker. Auch ausländische

Verbände wurden durch die Denkschrift veranlaßt, den in ihr behandelten Fragen nachzugehen; so beabsichtigt das Zentralkomitee des „Schweizerischen Ingenieur- und Architektenvereins“, das Studium dieser Fragen demnächst in die Hand zu nehmen.

Wenn es auch durchaus nicht anzunehmen ist, daß sich alle übrigen Vereine und Verbände mit sämtlichen Einzelheiten der Vorschläge des „Verbandes Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“ einverstanden erklären werden, so ist doch nicht zu leugnen, was alle vorliegenden Äußerungen beweisen, daß die Denkschrift in ihren Grundgedanken einen sich überall in technischen Kreisen lebhaft regenden Wunsch zu lautem Ausdruck bringt.

In den Einzelheiten werden, das ist selbstverständlich, die Meinungen auseinander gehen. Das hat sich bereits in der Besprechung der Denkschrift gezeigt. Am stärksten wechseln die Äußerungen über die Art und Weise, wie die Eingliederung dieser Gebiete in die Studienpläne durchzuführen sei. Eine Verlängerung der Studienzeit oder Vermehrung der Wochenstunden wird allseitig mit dem Verbands für unmöglich gehalten. Die Mehrbelastung des Studienplanes mit den Rechts-, Staats- und Wirtschafts-Wissenschaften wird infolgedessen nur durch Entlastung auf anderen Gebieten ermöglicht werden können. Der Vorschlag des Verbandes ging dahin, diese Entlastung durch Aufbau des Hochschul-Studienplanes auf der Realgymnasial-Ausbildung zu gewinnen und zu verlangen, daß die Absolventen der humanistischen Gymnasien die erforderlichen Vorkenntnisse in Mathematik und in den Naturwissenschaften durch besondere Kurse zu erbringen haben. Während dieser Vorschlag dem einen Verein von besonderer Bedeutung zu sein scheint, möchte man auf anderer Seite noch weiter gehen und die Absolventen von Realgymnasien und Oberrealschulen ganz von dem Besuch der Vorlesungen über die Grundzüge der Physik und Chemie und dement-

sprechend auch von den zugehörigen Prüfungen im Vor- und Diplom-Examen ganz befreien, da auf den genannten Lehranstalten mindestens dasselbe, ja mehr geboten werde, als in den Grundzügen auf der Hochschule. Anstelle der wegfallenden Prüfungen könnten dann ohne Schaden solche in den Grundzügen der Rechts-, Staats- und Wirtschafts-Wissenschaften eingeführt werden. Die Absolventen von humanistischen Gymnasien würden dem Antrag auf Zulassung zur Diplomprüfung Zeugnisse über eine bestandene Ergänzungsprüfung in den Grundzügen der Physik und Chemie beizufügen haben. Eine weitere Vereinfachung in der Vor- und Diplomprüfung könnte dadurch herbeigeführt werden, daß man die mündliche Prüfung in der höheren Mathematik mit der in darstellender Geometrie, wie es bereits an verschiedenen Bergakademien geschehen ist, vereinigte.

Aus den Kreisen der Hochschullehrer wird dem Gedanken, bei den Mittelschulen mit der Reform zu beginnen (Seite 16 der Denkschrift), nachdrücklich zugestimmt. Es werden dafür interessante Reform-Vorschläge gemacht; so wird z. B. für sämtliche Mittelschulen ein gemeinsamer Unterbau, etwa bis zum 15. Jahr, und dann eine Gabelung für die letzten Jahre vorgeschlagen. Es würde so vermieden, daß der Absolvent des Gymnasiums bei einem Aufbau der Hochschul-Lehrpläne auf dem Lehrplan des Realgymnasiums erhebliche Schwierigkeiten haben würde, auf der Hochschule mitzukommen.

Damit für die stärkere Betonung der Staats- und Wirtschafts-Wissenschaften eine Reform der Mittelschule und ihre Wirkung nicht erst abgewartet zu werden brauche, wird einmal vorgeschlagen, auch in den Fachvorlesungen auf der Hochschule die wirtschaftliche und rechtliche Seite stärker zu betonen, dann schon jetzt die wirtschaftlichen Fächer auszugestalten und sie vorläufig als Wahlfächer in die Prüfungen einzuführen.

Auch von anderen Seiten wird darauf hingewiesen, daß der Aufbau der Studienpläne auf der Realgymnasialausbildung zwar ein vorzügliches Mittel, aber durchaus nicht das einzige zur Entlastung der Studierenden sei.

Auch die mathematischen und naturwissenschaftlichen Disziplinen vertragen eine Zerlegung in grund-

legende und in Sonderfächer. Durch Herausnahme der Sonderfächer dieser Gebiete aus den Studienplänen ließe sich in den ersten Semestern ebenso der nötige Platz für die Rechts-, Staats- und Wirtschafts-Wissenschaften schaffen, wie in den späteren Semestern bei den Fachdisziplinen.

Es ist wohl nicht anzunehmen, daß der „Verband Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“ mit seiner Eingabe die Absicht gehabt hat, den Absolventen der humanistischen Gymnasien besondere Schwierigkeiten bei einem technischen Studium in den Weg zu legen. Der Verband wird wohl die Humanisten unter den Studierenden auch nicht missen wollen. Ebenso wenig ist anzunehmen, daß der Verband in seiner Eingabe den Aufbau der Studienpläne auf der Realgymnasial-Ausbildung als *conditio sine qua non* für die organische Eingliederung der Rechts-, Staats- und Wirtschafts-Wissenschaften in die Studienpläne der technischen Hochschulen hat hinstellen wollen. Der Verband hat einen Weg gezeigt, wie er sich überhaupt in der ganzen Denkschrift darauf beschränkt hat, statt vieler, bestimmte Vorschläge zu machen, kaum mit der Anmaßung, daß diese Vorschläge die einzig berechtigten seien, sondern wohl mehr, um das einmal geweckte Interesse in bestimmten Bahnen zu halten.

Die Bestrebungen aller übrigen Verbände sind mit aufrichtigster Freude zu begrüßen. Mögen sie auch auf anderem Wege als der „Verband Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“ marschieren, so werden sie doch dasselbe Ziel erreichen und zu derselben Erkenntnis gelangen, daß sich eine technische Leistung nur unter Berücksichtigung der gegebenen rechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse vollziehen kann und infolgedessen die Schulung in den Rechts-, Staats- und Wirtschafts-Wissenschaften unbedingt zur akademischen Bildung des Technikers gehören muß.

Wenn nicht durchweg der Weg, so ist das Ziel allen Technikern gemeinsam.

Die notwendig werdenden amtlichen Verhandlungen aber, zu denen man hoffentlich auch Vertreter der wichtigeren technischen Vereine und Verbände zuziehen wird, werden die Aufgaben zu lösen haben, einen angemessenen Weg durch die verschiedenen Vorschläge nach dem gemeinsamen Ziel hin zu finden. —

Die Festigkeit von Fichten- und Kiefernholz.

Von Karl Dörr, herzoglich braunschweigischer Oberförster.

Die junge Wissenschaft der Materialprüfung hat in den letzten Jahrzehnten die Kenntnis von den Eigenschaften der Baustoffe zum Nutzen ihrer Verwendung in ungeahnter Weise gefördert. Weniger als bei den anderen Baustoffen hat dabei die Prüfung des Holzes zu klaren Ergebnissen geführt und die ermittelten Festigkeitswerte haben kaum die Beachtung der Holzverbrauchenden Kreise gefunden. Der Grund hierfür liegt darin, daß das Holz der Feststellung seiner Eigenschaften besondere Schwierigkeiten entgegenstellt.

Im Gegensatz zu anderen Baustoffen ist Holz ein organisches Naturerzeugnis von höchst verwickeltem Bau und sehr veränderlichen Eigenschaften. Seine Beschaffenheit ist nicht nur nach Holzarten, sondern auch für dieselbe Holzart von Stamm zu Stamm und bei demselben Stamm in seinen einzelnen Teilen sehr verschieden. Der Aufbau des Holzkörpers erfolgt zwar nach gewissen Regeln, aber im Einzelfalle mit mannigfachem Wechsel in der Bildung der Zellen und Gefäße, insbesondere ihrer Wandstärke, im Anteil der einzelnen Gewebearten und in ihrer Lagerung im Holzkörper usw. Dazu kommt, daß stärkere Abweichungen von den allgemeinen Wuchsgesetzen, die zur Bildung von Fehlern und Schäden des Holzes Anlaß geben, sehr häufig auftreten und in Verbindung mit eingelagerten Aesten die Eigenschaften des Holzes stark beeinflussen.

Gesetzmäßige Reihen von Festigkeitswerten können nur dann gefunden werden, wenn regelmäßig gewachsene, astfreie Proben, die naturgemäß nur in kleinen Abmessungen zur Verfügung stehen, zur Untersuchung benutzt werden. Daraus ergibt sich schon, daß die auf diese Weise ermittelten Werte nicht ohne weiteres zur Verwendung im Bauwesen geeignet sind, da die Bauhölzer in größeren Abmessungen beansprucht werden und regelmäßig mit jenen kleinen Fehlern und Astbildungen behaftet sind. Wollte man derartige Holzstücke zu Festigkeitsbestimmungen ver-

wenden, so würden die vorhandenen gesetzmäßigen Beziehungen durch jene vom Zufall abhängigen Einflüsse verschleiert werden. Gerade die Zahl, Lagerung und Form der eingewachsenen Aeste ist für die Festigkeit von großer Bedeutung. Bei Biegeversuchen sind z. B. Astbildungen von besonders starkem Einfluß, wenn sie sich in der Nähe des „gefährlichen“ Querschnittes und zumal in der Zugzone befinden.

Die von verschiedenen Forschern angestellten Holz-Untersuchungen waren so lange nicht vergleichbar, als sie nicht nach ähnlichem Verfahren erfolgt waren. Nach Janka ist z. B. die Druckfestigkeit, die an 2,5 cm dicken Holzplatten ermittelt wird, um 18% größer, als wenn sie an 50 cm hohen Prismen bestimmt wird. Einen sehr großen Einfluß auf die Festigkeitseigenschaften des Holzes übt sein Feuchtigkeitsgehalt aus, und zwar besonders ein solcher zwischen 10 und 20% (bezogen auf das Gewicht des gedarrten Holzes), wie ihn lufttrockene Hölzer besitzen. So hat nach Janka Fichtenholz von einem Raumgewicht von 0,45 bei 10% Feuchtigkeitsgehalt eine Druckfestigkeit von 559, die sich bei 15% Feuchtigkeit auf 433 und bei 20% Feuchtigkeit auf 340 kg für 1 qcm Querschnitt vermindert. Nach Versuchen von Möller (siehe dessen Grundriß des Wasserbaues, Teil I S. 108, Verlag S. Hirzel, Leipzig, 1906) geht die Biegezugfestigkeit von Holz, welches einige Jahre unter Wasser verwendet worden ist, auf 250 bis 300 kg/qcm hinab, während nach weiterer Mitteilung dieselbe Holzart im trockenen Zustand 770 kg/qcm Biegezugfestigkeit aufwies. Festigkeitsuntersuchungen, bei denen der Feuchtigkeitsgehalt der untersuchten Holzproben nicht festgestellt wurde, haben daher nur einen bedingten Wert. Die großen Abweichungen in den Ergebnissen der älteren Holzuntersuchungen erklären sich zum Teil daraus, daß der Einfluß der Feuchtigkeit auf die Festigkeit des Holzes nicht berücksichtigt wurde. Um eine einheitliche Ausfüh-

rung der Festigkeitsuntersuchungen anzubahnen, hat der „Internationale Verband für Materialprüfung der Technik“ auf dem Kongreß zu Brüssel 1906 einen Arbeitsplan für Holzuntersuchungen aufgestellt. Janka hat bereits seine vorhergehenden Untersuchungen in Uebereinstimmung mit diesem Plan durchgeführt, während die älteren Untersuchungen ein mehr oder weniger abweichendes Verfahren befolgt haben und daher nicht untereinander vergleichbar sind.

Die Untersuchungs-Ergebnisse der neueren Forscher, die Fichte und Kiefer untersucht und sich der neueren Hilfsmittel der Prüfungstechnik, insbesondere zuverlässiger Festigkeits-Maschinen bedient haben, sind in folgenden Arbeiten niedergelegt:

1. Zenny. Untersuchungen über die Festigkeit der Hölzer aus den Ländern der ungarischen Krone. Budapest 1873.
2. Mikolaschek. Untersuchungen über die Elastizität und Festigkeit der wichtigsten Bau- und Nutzhölzer Böhmens. Mitt. aus dem forstlichen Versuchswesen Oesterreichs, Bd. II, Heft 1, Wien 1879.

3. Tetmajer. Methoden und Resultate der Prüfung der schweizerischen Bauhölzer. Zürich 1883 und 1896.

4. Bauschinger. Untersuchungen über die Elastizität und Festigkeit von Fichten- und Kiefern-Bauhölzern. Mitt. aus dem Mech.-Techn. Laboratorium der Technischen Hochschule in München, 1883 und 1887.

5. Rudeloff. Bericht über die im Auftrage des Hrn. Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten ausgeführten Holzuntersuchungen (an drei Kiefern der Oberförsterei Köpenick). Mitt. aus den K. techn. Versuchsanstalten zu Berlin, Ergänzungsheft III, 1889.

6. Schwappach, in Gemeinschaft mit der Mech.-Techn. Versuchsanstalt zu Charlottenburg. Untersuchungen über Raumgewicht und Druckfestigkeit des Holzes wichtiger Waldbäume. I. Die Kiefer, Berlin 1897. II. Fichte, Weißtanne, Weymouthskiefer und Rotbuche. Berlin 1898.

7. Hadek und Janka. Untersuchungen über die Elastizität und Festigkeit der österreichischen Bauhölzer. I. Fichte Südtirols. Wien 1900. II. Fichte von Nordtirol, vom Wienerwald und Erzgebirge, herausg. von Janka. Wien 1904. III. Fichte aus den Karpathen, aus dem Böhmerwald, Ternovanerwald und den Zentralalpen. Technische Qualität des Fichtenholzes im allgemeinen, herausgegeben von Janka. Wien 1900.

8. Cieslar und Janka. Studien über die Qualität rasch erwachsenen Fichtenholzes. Zentralblatt f. d. g. Forstwesen. Wien 1902.

9. Janka. Untersuchungen über Holzqualität. Daselbst 1904, Heft 3.

10. Janka. Die Härte des Holzes. Daselbst 1906, Heft 5.

11. Janka und v. Liburnau. Die Einwirkung von Süß- und Salzwässern auf die gewerblichen Eigenschaften der Hauptholzarten. Wien 1907.

12. Janka. Ueber Holzhärteprüfung. Zentralblatt f. d. g. Forstwesen. Wien 1908, Heft 11.

13. Rudeloff. Untersuchungen über die Qualität von Fichtenholz aus dem Harz und aus Ostpreußen. Veröffentl. von Dengler. Zeitschr. für Forst- und Jagdwesen. Berlin 1910, Heft 1.

Die für das Bauwesen wichtigsten Ergebnisse sind in den nebenstehenden Uebersichten I und II zusammengestellt worden*).

Die Zusammenstellung leidet an dem Uebelstand, daß die Festigkeitswerte nicht für ein und denselben Feuchtigkeitsgehalt angegeben sind, sodaß schon aus diesem Grunde die Zahlen nicht vergleichbar sind.

Der Umrechnung der Druckfestigkeit auf einen bestimmten Feuchtigkeitsgehalt — als Normal-Feuchtigkeitsgehalt ist der von 15% vorgeschlagen — stehen Schwierigkeiten nicht im Wege, während eine solche Umrechnung bei der Biegezugfestigkeit noch nicht gelungen ist.

Die Grenzwerte der einzelnen untersuchten Holzproben liegen weit auseinander. Die Festigkeitswerte von Proben ein- und desselben Stammes sind sowohl nach der Höhenlage der Probestücke im Stamm als auch nach der Lage im Querschnitt verschieden. Die Druckfestigkeit nimmt bei der Kiefer — weniger bei der Fichte — mit der Höhe im Stamm ab, doch es kann auch der umgekehrte Fall bestehen. Das Holz der Stammitte ist dem äußeren Holz gegenüber minderwertig, bisweilen bis um 16%. Janka fand bei der Fichte unter den vier Holzproben desselben Stamm-Querschnittes als größte Abweichungen in der Druckfestigkeit 10—15%, ausnahmsweise 23%, in der Biegezugfestigkeit 20—30%, ausnahmsweise 55%. Die me-

* Eine übersichtliche Abhandlung über die technischen Eigenschaften der Hölzer findet sich bei Exner-Laubeck in Lorey's Handbuch der Forstwissenschaft, 2. Aufl. Tübingen 1903.

Eine Zusammenstellung der Hauptergebnisse der Festigkeits-Untersuchungen vor 1900 enthält die oben unter 7, I genannte Veröffentlichung in ihrer Einleitung.

Zusammenstellung I. Durch Versuche gefundene Festigkeitswerte.

Wuchsgebiet	Feuchtigkeitsgehalt %	Druckfestigkeit kg/qcm		Feuchtigkeitsgehalt %	Biegezugfestigkeit kg/qcm	
		Fichte	Kiefer		Fichte	Kief.
Zenny 1873	Kroatien Nord-Karpath. Karpathen	(luft-trocken) 337 346 363				
Mikolaschek 1879	Böhmen	(luft-trocken) 300	267	(luft-trocken) 466	287	
Tetmajer 1883	Schweiz (11 Fichten, 2 Kiefern)	(luft-trocken) 283	228	15,9 20,9	435 409	
Bauschinger *) 1883 1887	Bayern (24 Fi., 8 Kie.) (16 Fi., 9 Kie.)	10 15	335 408	439 414	28,2 16,6 16,2	380 510 541
Schwappach 1897 und 1898	Preußen einzelne Proben ganze Stämme (60 Fi., 111 Kie.)	(luft-trocken) 328 - 618 344 - 541 i. D. 460	215 - 708 346 - 565 i. D. 480			
Janka 1900, 1904 und 1909	Südtirol (12 Fi.) Karpathen (12 Fi.) Böhmerwald (12 Fi.) Ternovanerwald (6 Fi.) Zentralalpen (10 Fi.) Nordtirol (10 Fi.) Wienerwald (6 Fi.) Erzgebirge (12 Fi.)	15 318-431 i. D. 367 327-448 i. D. 387 326-483 i. D. 400 327-380 i. D. 350 292-413 i. D. 355 323-420 i. D. 376 290-379 i. D. 343 307-441 i. D. 344		19,3 13,6 13,5 14,4 15,3 13,5 11,3 14,3	418-555 i. D. 496 498-746 i. D. 608 502-821 i. D. 669 494-572 i. D. 531 393-718 i. D. 583 473-682 i. D. 573 431-635 i. D. 550 403-743 i. D. 512	
	Durchschnitt	369			568	
Rudeloff 1910	Ostpreußen (3 Fi.) Harz (3 Fi.) Ostpreußen (3 Fi.) Harz (3 Fi.)	13 412 406 482 431		11,3 13,1 13,4	670 727 941 818	

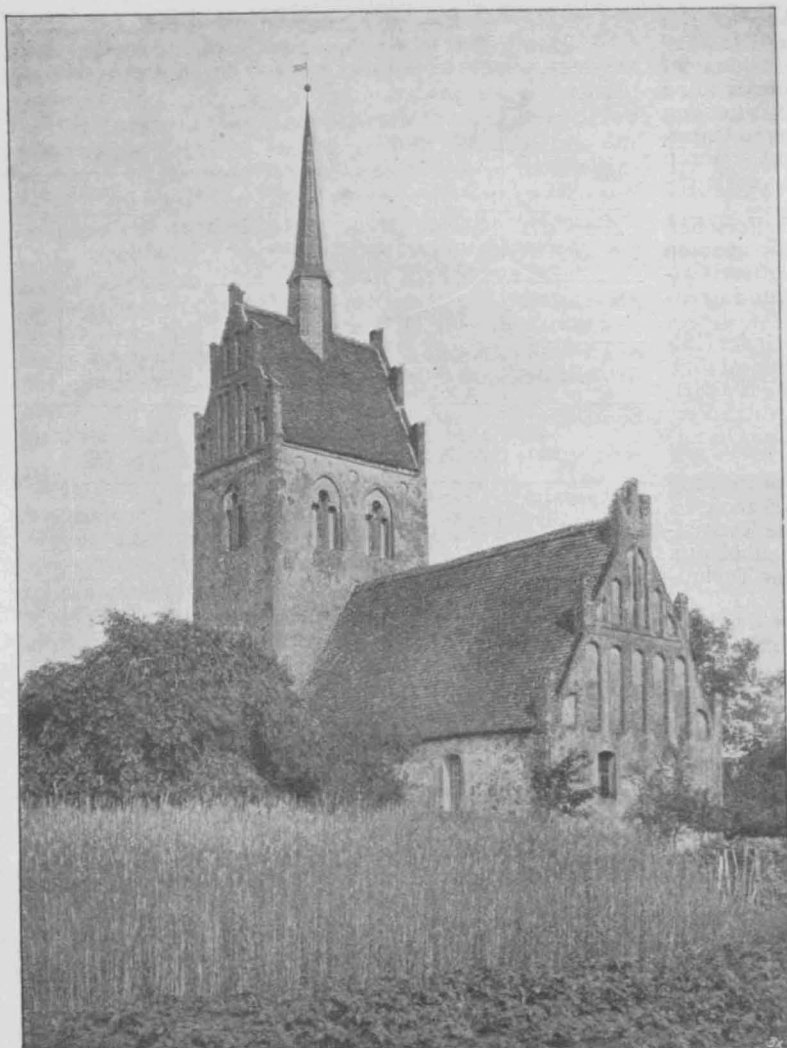
*) Bauschinger hat den Feuchtigkeitsgehalt auf das Gewicht des feuchten Holzes bezogen.

Zusammenstellung II. Durchschnittswerte von Holzfestigkeiten.

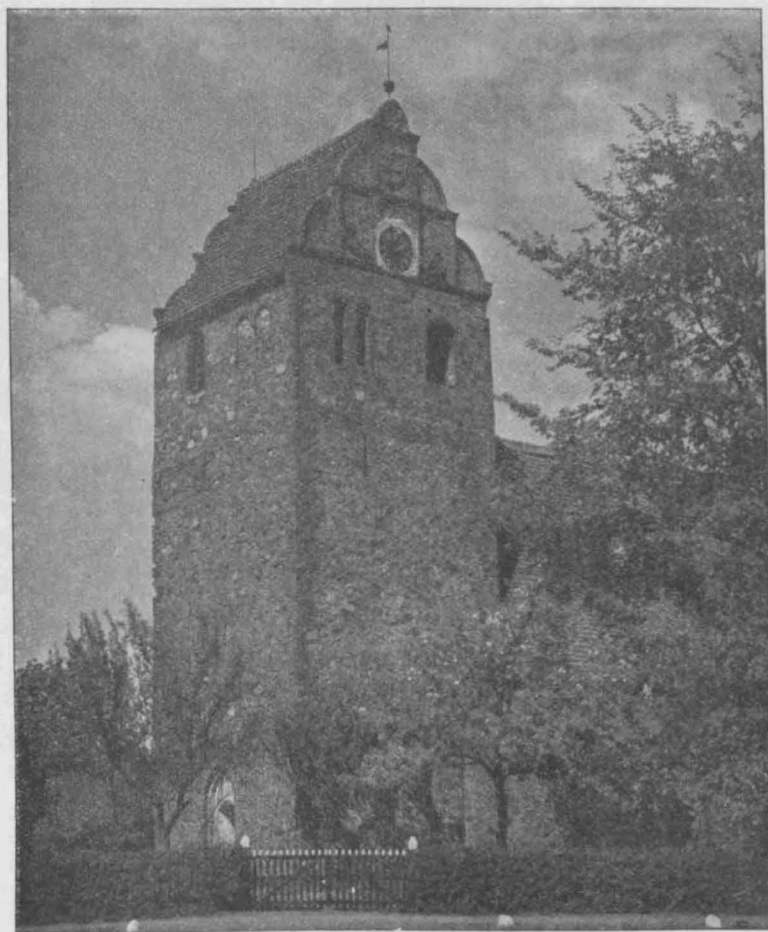
a) Zug.		b) Druck.		c) Biegung.	
1. Zugfestigkeit.	kg/qcm	1. Elastizitätsmaß.	t/qcm	1. Elastizitätsmaß.	t/qcm
Fichte.		Fichte.		Fichte.	
Zenny	509	Zenny	95	Mikolaschek	79
Mikolaschek	278	Mikolaschek	33	Tetmajer	86
Tetmajer	602	Tetmajer	111	Bauschinger	99
Bauschinger	715	Janka	113	Bauschinger	112
Rudeloff	775	Rudeloff	82	Janka	102
Kiefer.		Kiefer.		Rudeloff	113
Mikolaschek	556	Mikolaschek	66	Mikolaschek	53
Tetmajer	720	Tetmajer	119	Tetmajer	86
Bauschinger	692			Bauschinger	105
				Bauschinger	115
2. Elastizitätsmaß.	t/qcm	2. Elastizitätsgrenze.	(Grenz-Trag-Modul.)	2. Elastizitätsgrenze.	(Grenz-Trag-Modul.)
Fichte.		Fichte.	kg/qcm	Fichte.	kg/qcm
Zenny	111	Zenny	156	Mikolaschek	172
Mikolaschek	96	Mikolaschek	246	Tetmajer	210
Tetmajer	129	Tetmajer	131	Bauschinger	202
Rudeloff	160	Bauschinger	121	Bauschinger	204
Kiefer.		Janka	200	Janka	325
Mikolaschek	124	Kiefer.		Kiefer.	
Tetmajer	120	Mikolaschek	201	Mikolaschek	77
		Tetmajer	146	Tetmajer	188
3. Elastizitätsgrenze.	(Grenz-Trag-Modul.)	3. Proportionsgrenze.	kg/qcm	3. Proportionsgrenze.	kg/qcm
Fichte.	kg/qcm	Fichte.	kg/qcm	Fichte.	kg/qcm
Zenny	323	Rudeloff	272	Rudeloff	405
Mikolaschek	141				
Kiefer.					
Mikolaschek	139				
Tetmajer	461				

mechanischen Eigenschaften desselben Stammes können also sehr verschieden sein, je nachdem er ungeteilt oder als Kreuzholz Verwendung findet.

Die Festigkeitswerte für ganze Stämme liegen ebenfalls zwischen weiten Grenzen, auch dann, wenn nur Stämme derselben Versuchsreihe und desselben Wuchsgebietes in Betracht kommen. Janka hat zu seinen Untersuchungen der Fichte in den einzelnen Beständen jedesmal zwei Stämme von gleicher Höhe und Stärke ausgewählt. Die



Kirche in Barenthin bei Kyritz. Ansicht von Südosten.



ermittelten Werte der Druckfestigkeit derartiger Stämme weichen häufig um 10% von einander ab, in einzelnen Fällen um 25%. Die Werte der Biegezugfestigkeit dieser Vergleichsstämme erreichten Abweichungen von 40%. Es würde daher verfehlt sein, wenn man die aus der Untersuchung weniger Stämme abgeleiteten Mittelwerte für Durchschnittswerte des betreffenden Wuchsgebietes ausgeben wollte. Bei der großen Schwankung der Einzelwerte würde es einer großen Zahl von Untersuchungen bedürfen, um einen zuverlässigen Durchschnittswert zu erhalten. Innerhalb desselben Wuchsgebietes wird die Holzgüte oft mehr durch Standort, Erziehungsweise und Alter beeinflusst, als die Unterschiede zwischen den einzelnen Wuchsgebieten betragen. So kann es kommen, daß Schwappach bei vier ostpreussischen Fichten eine mittlere Druckfestigkeit von 381, bei 13 Fichten aus dem Harz eine solche von 446 kg für 1 qcm feststellt und daraus eine Ueberlegenheit des Harzer Standortes ableitet, während Rudeloff neuerdings aus sechs ostpreussischen Fichten eine mittlere Druckfestigkeit von 447 und aus sechs Harzer Fichten eine solche von 418 kg für 1 qcm ermittelt hat. Die vergleichenden Festigkeits-Untersuchungen zur Beurteilung von Fichten- und Kiefernholz haben die Erfahrung der Praxis bestätigt, daß der Vergleich bald zu Gunsten der Fichte, bald zu Gunsten der Kiefer ausfällt. Die ermittelten Festigkeitszahlen geben jedenfalls keinen Anlaß, grundsätzlich die eine Holzart vor der anderen zu bevorzugen. Will man nach den an kleinen Holzproben angestellten Ermittlungen der Kiefer eine etwas größere durchschnittliche Druckfestigkeit einräumen, so darf man nicht außer acht lassen, daß die Minderung der Druckfestigkeit mit zunehmender Größe der Holzkörper bei der Kiefer eine größere sein wird als bei der Fichte, da ihre Holzgüte durch eingelagerte Aeste regelmäßig mehr beeinträchtigt wird als die der Fichte. Bei dieser Holzart fand Janka die Druckfestigkeit an astigen Holzproben um 5% geringer, als an astfreien Stücken. Schwappach empfand bei Untersuchung der Kiefer den Einfluß der Aeste besonders störend. Die Holzproben, die verborgene Aeste enthielten und als unbrauchbar ausgeschieden wurden, hatten eine um 20% geringere Druckfestigkeit, als ihre Vergleichsstücke ergeben. Beim Vergleich zwischen Fichten- und Kiefernholz werden also, was die Festigkeit anlangt, die Gattungs-Unterschiede gegenüber den individuellen Eigenschaften zurücktreten müssen.

Ein wichtiges Ergebnis der neueren Holz-Untersuchungen ist überhaupt die Erkenntnis, daß die Festigkeit des Holzes eine individuell schwankende Größe ist. Um so dankbarer muß daher die Aufgabe sein, die Beziehungen zwischen den mechanischen und physikalischen Eigenschaften und den Zusammenhang zwischen den einzelnen Festigkeitsarten des Holzes zu erforschen und den Weg zu finden, auf dem man die Holzgüte an leicht wahrnehmbaren äußeren Merkmalen feststellen kann, ohne daß es der Untersuchung in den Prüfungswerkstätten bedarf.

Die neueren Forschungen haben den viel angefochtenen Satz, daß die Dichtigkeit (Raumgewicht) ein guter Weiser für die Holzgüte sei, wieder zur Geltung gebracht. Bei ein und derselben Holzart ist innerhalb desselben Wuchsgebietes das Raumgewicht des völlig trockenen Holzes ein guter Maßstab für die Festigkeit. Eine Ausnahme von der Regel, daß dichterem Holz auch eine größere Festigkeit zukommt, bildet das Holz astiger Teile und das Rotholz (Spannrücken).

Kirchtürme mit Schneidendach.
Kirche in Wulfersdorf bei Wittstock.
Ansicht von Südwesten.

(Aus: Die Kunstdenkmäler der Provinz Brandenburg.)



Der Dom in Minden in Westfalen. Aufnahme der kgl preuß. Meßbildanstalt in Berlin.



Kirchtürme mit Schneidendach. Werben in der Altmark. Nach einer Photographie von F. Albert Schwartz in Berlin NW. 87.
17. August 1910.

Im übrigen nimmt die Druck- und Biegezugfestigkeit mit dem Raumgewicht zu. Ist für ein Wuchsgebiet einer Holzart das Verhältnis $\frac{\text{Raumgewicht}}{\text{Druckfestigkeit}}$ durch eine genügende

Anzahl von Untersuchungen ermittelt, dann können brauchbare Durchschnittswerte für die Druckfestigkeit auf dem Wege gewonnen werden, daß das einfacher zu ermittelnde Raumgewicht in umfangreicher Weise erhoben und aus dem mittleren Raumgewicht mit Hilfe jenes Verhältnisses die Druckfestigkeit abgeleitet wird.

Die Dichtigkeit des Holzes ist nicht so sehr von der Jahrringbreite als von dem Anteil des dichteren Herbstholzes an der Ringbreite abhängig. Hölzer derselben Art von gleicher Ringbreite können sehr verschiedene Dichtigkeit besitzen. Bei der Fichte geht allerdings engere Jahrringbildung mit größerer Dichtigkeit häufig Hand in Hand. Doch es kommen auch Ausnahmen vor. Ein geübtes Auge wird in vielen Fällen bei derselben Holzart an der Bildung des Herbstholzes Hölzer verschiedener Güte unterscheiden können. Damit haben die Untersuchungen einen alten Erfahrungssatz bestätigt.

Neuerdings hat Janka bei der Fichte gefunden, daß die Holzhärte, die durch einen einfachen Apparat ohne Beeinträchtigung des Prüfungsstückes ermittelt werden

kann, in nahen Beziehungen zu den Festigkeitseigenschaften steht. Janka hofft, daß künftig die umständlichen Festigkeitsprüfungen durch die einfachere Härteprüfung ersetzt werden können. Vielleicht wird dieser Weg auch die Möglichkeit bieten, die individuellen Festigkeitseigenschaften eines Stammes vor seiner Verwendung auf einfachste Weise festzustellen.

Im Bauwesen ist es seit jeher üblich gewesen, beim Holz nur einen geringen Teilbetrag — meist $\frac{1}{10}$ — seiner Festigkeit als zulässige Beanspruchung in Rechnung zu stellen. Die neueren Untersuchungen, die die große Veränderlichkeit der Festigkeitswerte, insbesondere auch die Abhängigkeit der Festigkeit vom Feuchtigkeitsgehalt näher dargetan haben, zeigen, wie wohlbegründet jener Brauch ist, namentlich solange nur allgemeine Durchschnittswerte der Festigkeit benutzt werden. Bei Hölzern verschiedener Güte wird man vorläufig nur in den Fällen, in denen der Unterschied besonders auffällig ist, mit verschiedenen Festigkeitszahlen rechnen dürfen. Erst wenn ein Verfahren ausgebildet ist, das die Eigenschaften des Holzes in einfachster Weise erkennen läßt, ist die Zeit gekommen, die Bauhölzer nach Festigkeitsklassen zu ordnen und damit unter Berücksichtigung der individuellen Eigenschaften eine sparsamere Verwendung eintreten zu lassen. —

Kirchtürme mit Schneidendach.

Hierzu eine Bildbeilage, sowie die Abbildungen S. 517, 520 und 521 und auf der Bildbeilage zu No. 63.

Gegen Schneidendächer auf Kirchtürmen, wie sie in manchen Landschaften, z. B. in Oberbayern, in Thüringen und um Breslau häufiger vorkommen, ist der Einwand erhoben, sie kehrten allzusehr dörfliches Wesen heraus und eigneten sich deshalb für städtische Kirchen nicht. Da solche Urteile wohl gern mit dem Anspruch auf Unfehlbarkeit geltend gemacht werden, mag dem gegenüber zunächst z. B. auf die Tatsache hingewiesen sein, daß Christoph Hehl¹⁾ für die stark anwachsende, z. Z. über 60000 Seelen zählende Vorortgemeinde Steglitz in der Rosenkranz-Kirche²⁾ einen Bau mit Turm in der bezeichneten Art geschaffen hat, der zum Teil wegen der altchristlichen Vorbildern folgenden Raumwirkung, zum Teil und nicht zuletzt wegen des zwar schlichten und echt volkstümlichen, aber monumentalen Gepräges eben des Turmes mit Schneidendach unter den neueren Kirchen Groß-Berlins als eine der bedeutendsten anerkannt wird. Steglitz aber hat als Ansiedelung im wesentlichen durchaus städtisches³⁾ Gepräge, hat unter den Vororten an der Wanneseebahn sogar eine gewisse Vorherrschaft, wie das bei der Grundsteinlegung der Kirche von der katholischen Kirchenverwaltung vorausgesehen worden ist.

Nun bietet freilich die beschriebene Form kein lustiges oder wie manche der heute Mode werdenden Barocktürme gar kokettes Bild, vielmehr gedrungenes, ernstes und wohl gar herbes Wesen, dem kernigen Charakter des Landvolkes gemäß, die sie schuf, fest in sich geschlossen und ohne Prunk. Aber dieses Wesen eignet auch vielen kleineren und größeren Landstädten namentlich abgelegener Gegenden. Manche Landstadt mit spitzig-dürftigem Turme neuerer Bautechniker ohne künstlerische Schulung, wie sie im Osten leider nicht selten sind, würde sogar die Domkirchen in Havelberg und Minden in Westfalen oder auch nur die Pfarrkirche in Angermünde⁴⁾ in der Uckermark um die wuchtigen Gebilde an ihrer Westfront beneiden, die eine Kraftentfaltung beweisen, wie sie nur selten betätigt werden kann. Und es ist die Frage, ob die Schwesterstadt Prenzlau⁵⁾ mit ihrer Auflösung der Westfront in zwei Einzeltürme an St. Nicolai, wo sie angebahnt, und bei St. Marien, wo sie durchgeführt ist, einen glücklichen Griff getan hat. Ja selbst Dorfkirchen mit solcher mächtigen Turmanlage, z. B. in Fahrenwalde in der Ucker-

mark und in Lindena⁶⁾ in der Niederlausitz würden sich mit ihrer eindringlichen Wucht in mancher mittelgroßen Landstadt recht wohl behaupten können.

Ist nun gar an Stadtkirchen alter Herkunft der Grundriß des Turmes ein Rechteck, nicht das Geviert, so weist er aus formalkünstlerischen Gründen unmittelbar auf das Schneidendach als auf die in erster Linie berechtigte Lösung, während Ueberführung in eine Gestalt, die quadratischen Grundriß vortäuschen soll, um so weniger begründet ist, je stärker die Seitenlängen des Rechteckes von einander abweichen. So eignet sich z. B. der Turmgrundriß der Marien-Kirche in Königsberg⁷⁾ und der Pfarrkirche in Vietnitz⁸⁾ in der Neumark oder gar in Groß-Schönfeld⁹⁾ im Kreise Randow keineswegs zur Aufnahme eines achteckigen Pyramidenhelmes. Nur bei geringerem Unterschied ist anderweitige Endigung unbedenklich. Die Ueberführung zu der vorhandenen Barockhaube nach regelmäßigem Achteck auf dem rechteckigen Turme der Frauen-Kirche⁹⁾ in Görlitz z. B. ist — auch abgesehen von dem Notbehelf ihres Steilabsturzes gegen den Westgiebel — doch keine ohne weiteres empfehlenswerte Lösung, obwohl gegen den koketten Helm als solchen nichts einzuwenden ist. Wird lebendigere Umrisslinie gewünscht, so ist sie künstlerisch richtiger und finanziell günstiger durch einen auf die Schneide aufgesetzten Dachreiter zu schaffen, der ja recht stattlich entwickelt werden mag. Selbst die eigenartige und mehr städtische als dörfliche Anordnung zweier mit je einer Giebelseite zusammen gewachsener rhombischer Turmhelme nach rheinischer Art auf der Dorfkirche in Lugau¹⁰⁾ in der Niederlausitz ergibt keine so organische Lösung wie die des Schneidendaches. —

Hans Lutsch.

¹⁾ Vergl. auch Theodor Fischer's Kirche in Schwabing bei München: Blätter f. Architektur u. Kunsthandwerk XVII, Taf. 99.

²⁾ Vergl. Deutsche Bauzeitung, Jahrg. 1889 No. 68 S. 425.

³⁾ Vergl. Deutsche Bauzeitung, Jahrg. 1909, I. Halbb. S. 76.

⁴⁾ Adler, Backsteinbauwerke, Taf. C III.

⁵⁾ Abbildung bei Bergau, Bau- und Kunstdenkmäler der Provinz Brandenburg, 607, 612.

⁶⁾ Abbildung bei Adler, a. a. O., Taf. LXIV.

⁷⁾ Adler, a. a. O., Taf. CVI, CVII.

⁸⁾ Abbildung bei Lemcke, Bau- und Kunstdenkmäler des Reg.-Bez. Stettin, 1902, S. 284, 285.

⁹⁾ Lutsch, Schles. Bilderwerk, Taf. 43. 1.

¹⁰⁾ Adler, a. a. O., Taf. LXIV.

Der große Straßendurchbruch in Straßburg und der Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für die Umgestaltung des Kleber-Platzes.

In Straßburg im Elsaß hat sich aus den Kreisen des alten Straßburg ein „Verein zur Erhaltung des alten Straßburg“ gebildet, der seine Aufgabe nicht nur darin erblickt, die Kunstdenkmäler vergangener Zeiten zu erhalten, sondern der vor allem auch Einfluß gewinnen will auf die Gestaltung neuer Straßenzüge, jedoch ohne die moderne Entwicklung der Hauptstadt der Reichslande durch mißverständene Pietät zu hemmen. Veranlaßt ist die Bildung des Vereins augenscheinlich in erster Linie durch den großen Straßendurchbruch, den die Stadt im Jahre 1907 beschlossen hat, und über den wir in Jahrg. 1907, I. Halbb., Beilage, S. 98 kurz berichteten. Dieser durch die Altstadt Straßburgs geplante große Straßendurchbruch von durchschnittlich 18 m Breite und 1,3 km Länge, wel-

cher im Oktober 1911 in Angriff genommen wird, schafft eine das Bahnhofsviertel mit dem Vorort Neudorf verbindende Verkehrsstraße nach dem Lageplan S. 523. Der neue Straßenzug nimmt seinen Anfang bei der Alt-St. Peterskirche, durchbricht das am dichtesten bebaute Gebiet der Altstadt und mündet dem Zuge der Großen Stadelgasse folgend, in den Kleber-Platz. Die Fortführung ist unter nahezu rechtem Winkel zu der bisherigen Richtung von der Einmündung in den Kleber-Platz nach der Nikolaus-Brücke in Aussicht genommen. Das Unternehmen wird vorerst nicht in seinem ganzen Umfang zur Ausführung gelangen. Es soll vielmehr zunächst nur die erste Strecke von der Alt-St. Peterskirche bis zum Kleber-Platz als Haupt-Geschäftsstraße ausgebaut werden. Erst nach

vollständiger Bebauung dieser Strecke wird die Fortsetzung der Straße unternommen werden.

Nach einem Bericht der Stadtverwaltung sind für das große Unternehmen bereits gegen 130 Häuser für mehr als 10 Mill. M. angekauft worden; für einige Häuser steht der Ankauf noch aus. Ueber die interessante finanzielle Durchführung des Unternehmens ist zu berichten, daß die Stadt Straßburg mit der „Süddeutschen Diskonto-Gesellschaft“ in Mannheim einen Vertrag abschloß, nach welchem die Stadt der genannten Gesellschaft das eine Drittel des Ge-

M. mit Hinzuziehung der der Gesellschaft erwachsenden Unkosten des Vertragsabschlusses mit der Stadt hinausgeht, ist die Stadt beteiligt und erhält: von den ersten 100000 M. 10%, den zweiten 100000 M. 20%, den dritten 100000 M. 30%, den vierten 100000 M. 40%, von über 400000 M. 50%. Man rechnet bei vorsichtigen Voraussetzungen mit einem Fehlbetrag von höchstens 200000 M.

Es ist kein Zweifel, daß der neue Straßenzug dem wirtschaftlichen Leben der Stadt sehr zustatten kommt, wenn gleich er den Charakter der inneren Stadt in wesentlichen

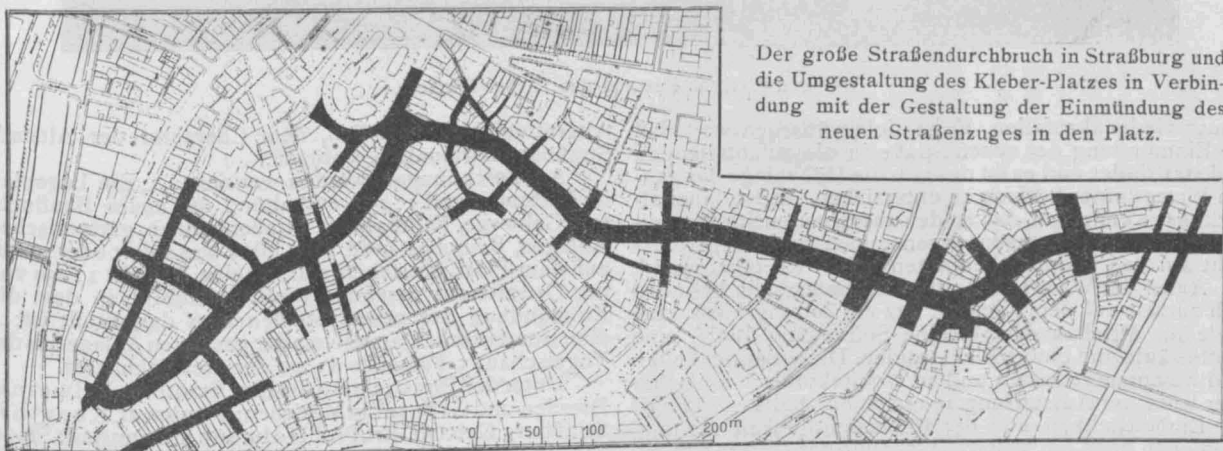
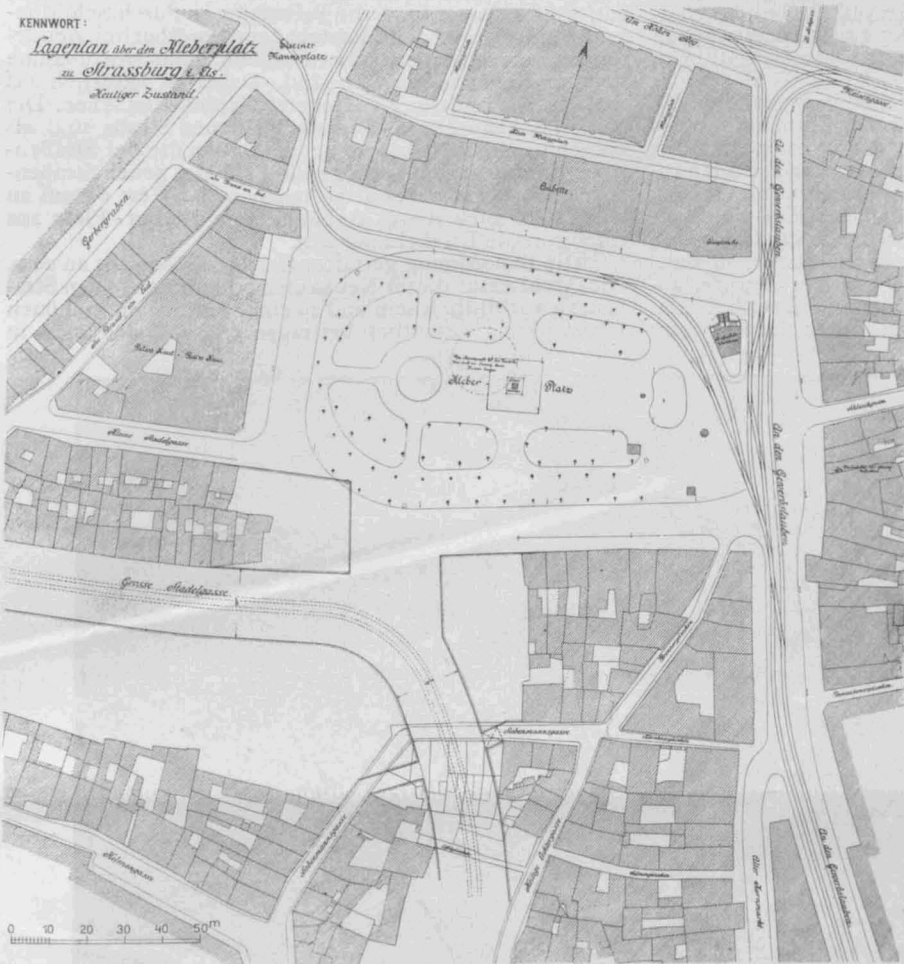
Teilen erheblich verändert. Von dieser Veränderung wird auch der Kleber-Platz betroffen werden, den unsere Abbildung Seite 524 im heutigen Zustand darstellt.

Der Kleber-Platz bildet zwischen der neuen Straße und den schon bestehenden Verkehrszügen das wichtigste Verbindungsglied und muß deshalb den neuen Verhältnissen angepaßt werden. Der ausgeschriebene Wettbewerb bezweckt Vorschläge zu erhalten, welche sowohl den Forderungen des Verkehrs als auch den notwendigen künstlerischen und wirtschaftlichen Rücksichten genügen. Die Aufgabe des Wettbewerbes besteht: I. in Vorschlägen für die Umgestaltung des ganzen Kleber-Platzes und II. in der künstlerischen Lösung der Einmündung der neuen Straße in den Kleber-Platz.

Der Kleberplatz bildet den Mittelpunkt der Stadt Straßburg und ist für diese von hervorragender Bedeutung. Auf der Ostseite stößt er an die Gewerbslauben, eine der Hauptverkehrsstraßen der Stadt, in der auch die Umsteigestelle mehrerer hier zusammenlaufender Straßenbahnlinien sich befindet. Ein Teil des Platzes wird als Blumenmarkt benutzt. Das Aufziehen der Hauptwache und die häufig sich anschließenden öffentlichen Musikaufführungen ziehen jeweils eine große Menge von Einheimischen und fremden Besuchern an, sodaß der Kleber-Platz vielleicht den stärksten Verkehr

KENNWORT:

Lageplan über den Kleberplatz zu Straßburg i. B.
Heutiger Zustand.



Der große Straßendurchbruch in Straßburg und die Umgestaltung des Kleber-Platzes in Verbindung mit der Gestaltung der Einmündung des neuen Straßenzuges in den Platz.

ländes im Ausmaß von rd. 8500 qm zu rd. 4500000 M. oder zu etwa 530 M. für 1 qm abtritt. Zum 1. April 1912 muß der Abbruch der Gebäude vollendet sein. Die Gesellschaft erhält das Recht der freien Verfügung über das Gelände. Im Falle der Anwendung des Erbbaurechtes darf dessen Dauer nur mit Genehmigung der Stadt 65 Jahre überschreiten. Die Gesellschaft ihrerseits muß das Gelände bis zum 1. Oktober 1914 verbaut haben. Die Stadt läßt in der neuen Straße nur Häuser mit Fassaden von künstlerischem Gepräge zu. Die Arbeiten für den zweiten Teil des Straßendurchbruches dürfen erst beginnen, wenn 85 % der Läden und Wohnungen des ersten Teiles vermietet sind.

An dem Erlös, der über den Gesamtbetrag von 5352000

von allen Plätzen Straßburgs aufweist. Durch den Blick auf den Münsterturm und das Kleber-Denkmal erweckt er geschichtliche Erinnerungen; die Geschlossenheit der Platzwandungen und die Eigenart der anstoßenden Gebäude geben ihm einen besonderen Reiz. Bei einer etwaigen Umgestaltung des Platzes ist dafür Sorge zu tragen, daß diese Eigenart nicht gestört wird.

Zurzeit wird der Kleberplatz auf zwei Seiten von Straßenbahnlinien berührt und zwar an den Gewerbslauben und auf der Nordseite längs der Aubette. Am Zusammenfluß dieser Linien befindet sich eine Wartehalle mit anstoßenden Geschäftsräumen der Straßenbahnverwaltung.

Die neue Straße soll auch mit zweigleisiger Straßen-

bahn versehen werden, wobei die Gleise in die Mitte der neuen Straße zu liegen kommen, in einem Abstand von 2,6 m von Gleismitte bis Gleismitte. Eine Hauptverkehrslinie soll eingerichtet werden vom neuen Straßendurchbruch nach der Meisengasse, also nach der Platzecke bei der Hauptwache. Es wird deshalb nahe liegen, die Gleise vor der Aubette zu beseitigen und die Verbindungslinien von den Gewerbslauben nach dem Eisernenmannsplatz von der Nord- auf die Südseite des Kleberplatzes zu verlegen. Krümmungshalbmesser unter 18 m sind unstatthaft. Die Wartehalle wäre nötigenfalls zu versetzen oder ganz zu beseitigen, da zu einem Umsteigeverkehr bei der künftigen Führung der Betriebslinien hier wenig Anlaß gegeben ist. Die Erhaltung der unter der Wartehalle befindlichen Abortanlagen ist erwünscht.

Für den Fuhrwerksverkehr wird in erster Linie die Strecke von der Schlauch-Gasse bis zur Einmündung des Straßendurchbruches in Betracht kommen müssen. Es ist also darauf Rücksicht zu nehmen, daß in dieser Zuglinie günstige Kreuzungen mit den Straßenbahngleisen vorkommen.

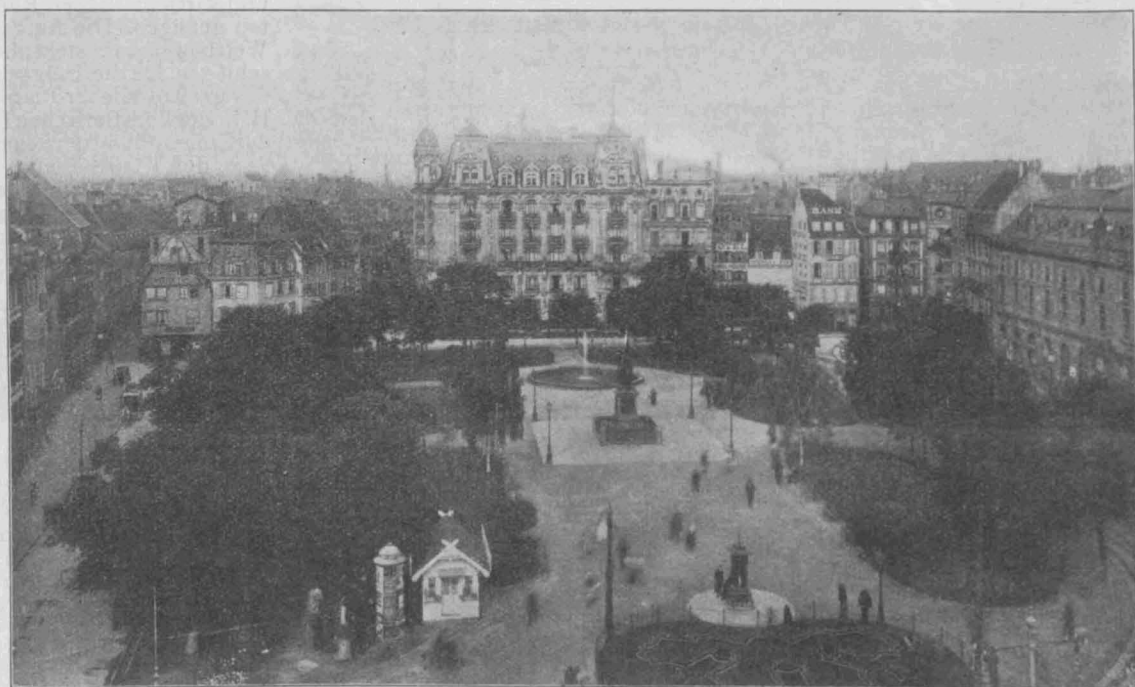
Es wird Wert darauf gelegt, daß der Weg für Fußgänger von der Ecke der Hauptwache nach dem neuen Straßeneingang ein möglichst kurzer und bequemer ist.

Zurzeit steigt der Kleber-Platz von den Gewerbslauben bis zum Kleber-Denkmal und dem dahinter befindlichen Springbrunnen an, um dann gegen das Hotel „Rotes

Räumen zu erhalten: einen Mannschaftsraum von etwa 50 qm Fläche, ein Nebenzimmer von etwa 15 qm, ein Offizierswachtzimmer von etwa 15 qm, Arrestzellen und die nötigen Aborte. Die Unterbringung der Hauptwache fällt bei der Beurteilung der Entwürfe nicht besonders ins Gewicht.

Die Einmündung der neuen Straße in den Kleber-Platz soll so gestaltet werden, daß sie neben aller Rücksicht auf eine glatte Abwicklung des Verkehrs doch der Geschlossenheit des Platzes möglichst wenig Eintrag tut. Auf dem Lageplan sind diejenigen Flächen, welche die Stadt zur Durchführung des Unternehmens erworben hat, weiß gelassen und die Privathäuser durch Schraffierung kenntlich gemacht. Es steht dem Bewerber frei, Änderungen vorzuschlagen, soweit solche ohne Hinzunahme fremder Gebäude möglich sind. Dabei ist natürlich auf tunlichste Ausnützung des teuren Geländes zu sehen. Die beiden Eckhäuser am Eingang zur neuen Straße sind als vornehme Geschäftshäuser gedacht. Um die der Straßeneinmündung gegenüberliegende Ecke des neuen Straßenzuges möglichst wertvoll zu machen, ist Wert darauf zu legen, daß auch dieses Gebäude vom Kleber-Platz aus richtig in die Erscheinung tritt.

Die Bauordnung gestattet Gebäudehöhen bis zu 20 m. Die Architektur dieser Neubauten soll für den neuen Straßenzug vorbildlich sein und zu einer ruhigen und schönen Platzwirkung wesentlich beitragen. Sie soll sich, ohne in



Gegenwärtiger Zustand des Kleber-Platzes.

Haus“ wieder abzufallen. Es ist nicht wünschenswert, daß die Einmündung der neuen Straße in diesen abfallenden Teil stattfindet und es ist deshalb die Höhenlage des ganzen Platzes einer Prüfung zu unterziehen. Es ist dabei allerdings zu erstreben, daß an den ausgebauten Straßen keine zu großen Änderungen vorgenommen werden, mit Rücksicht auf den dadurch bedingten hohen Kostenaufwand.

Außer der Wartehalle für die Straßenbahn befinden sich zurzeit auf dem Kleber-Platz ein Zeitungskiosk, eine Bude für Milchausschank, eine Sodawasser-Bude, eine Wettersäule und einige Plakatsäulen. Diese Baulichkeiten sind zusammenzufassen und in architektonisch einfacher aber würdiger Ausstattung zu errichten. Falls es sich mit der Einheitlichkeit und der Uebersichtlichkeit verträgt, kann auch noch ein weiteres Gebäude zur Unterbringung der Hauptwache vorgesehen werden. Ein solches hätte an

Altertümelei zu verfallen, dem Charakter der Altstadt Straßburg harmonisch einfügen.

An Zeichnungen werden verlangt: 1. Ein Lageplan im Maßstabe von 1 : 250, enthaltend die neuen Bauflächen, Gehwege, Fahrbahnen, Straßenbahnen, gärtnerischen Anlagen, Baumbestände, kurz alles, was sofort oder später auf dem Platz entstehen soll; 2. eine Ansicht 1 : 250 von der Ostseite aus gesehen; 3. ein Schaubild, in dem die Einmündung des neuen Straßenzuges dargestellt ist; 4. eine isometrische Darstellung der gesamten Anlage aus der Vogelschau; 5. Fassaden 1 : 200 der drei Eckhäuser.

Unter den Preisrichtern die Hrn. Stadträte Erlwein in Dresden und Grässel in München; Dombmstr. Knauth in Straßburg, Geh. Ob.-Brt. Prof. Hofmann in Darmstadt, Stadtbaurat Eisenlohr, Kunstmaler Prof. Daubner in Straßburg. Unter den Ersatzleuten Prof. Ostendorf in Karlsruhe.

In einem engeren Wettbewerb betr. Entwürfe für den Neubau der Spar- und Anleihekasse in Lübeck errang Hr. Reg.-Bmstr. a. D. Hans Jessen in Berlin Preis und Ausführung.

Inhalt: Rechts-, Staats- und Wirtschafts-Wissenschaften an den deutschen technischen Hochschulen. — Die Festigkeit von Fichten- und Kiefernholz. — Kirchtürme mit Schneidendach. — Der große Straßendurchbruch in Straßburg und der Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für die Umgestaltung des Kleber-Platzes. — Wettbewerbe. —

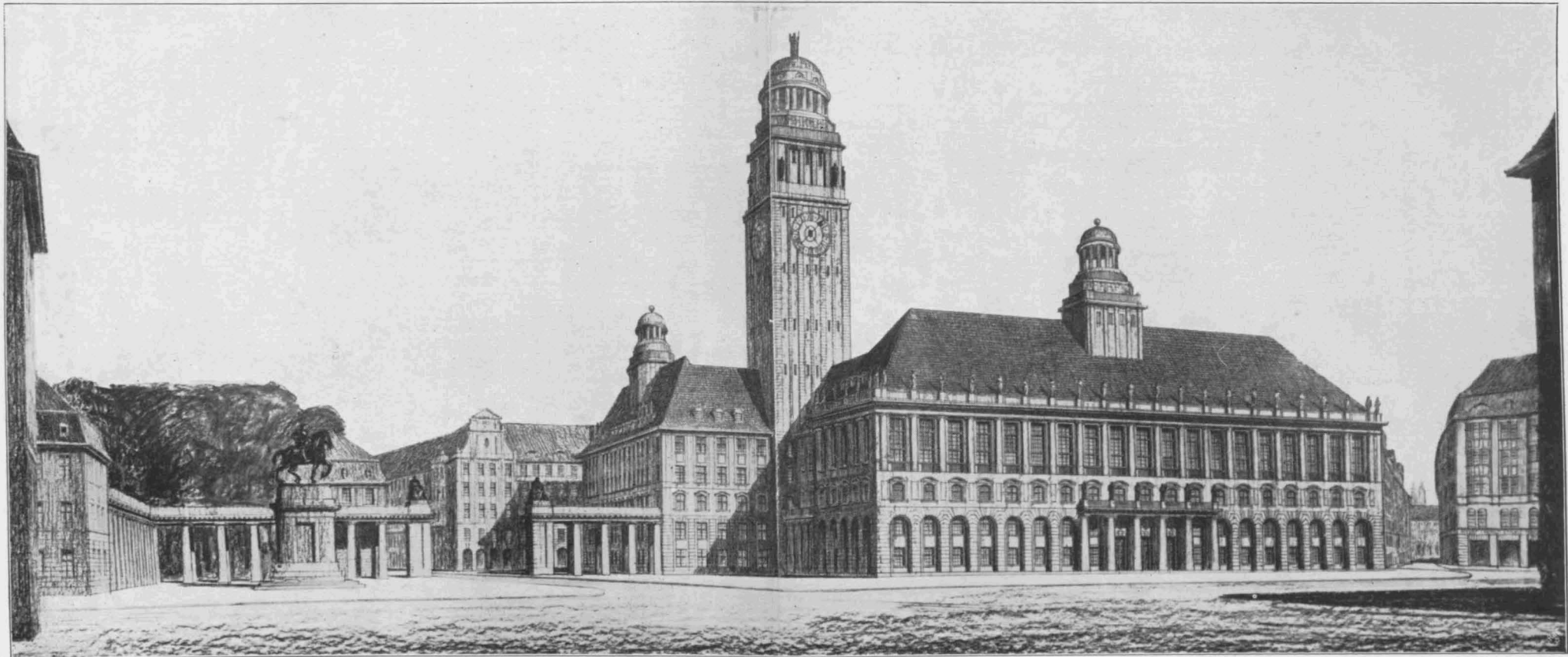
Hierzu eine Bildbeilage: Kirchtürme mit Schneidendach.

Verlag der Deutschen Bauzeitung G. m. b. H., Berlin. Für die Redaktion verantwortlich Albert Hofmann, Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg., P. M. Weber, Berlin.

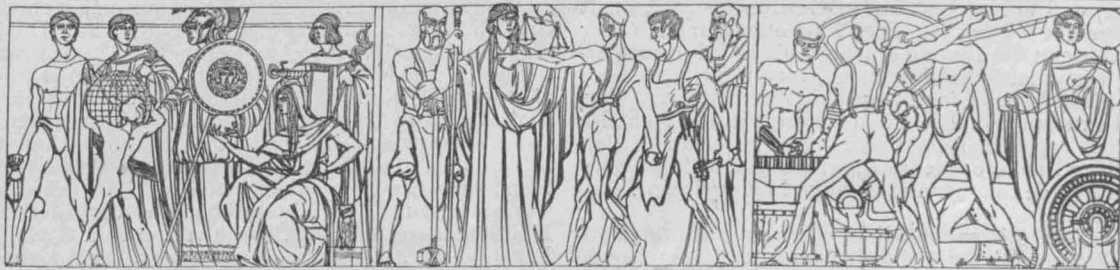
Wettbewerbe.

In dem Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein Bismarck-Denkmal in Pirmasens errang den I. Preis der Entwurf „Drachentöter“ des Hrn. Karl Huber in Offenbach. Dieser Preis besteht in der Ausführung. Den II. Preis von 1000 M. gewann Hr. Willy Bierbrauer aus Stuttgart; den III. Pr. von 600 M. Hr. Jean Dannhäuser in Berlin; den IV. Pr. von 400 M. Hr. Karl Krause in Berlin.

Ein Preisausschreiben betr. Entwürfe für Tribünen des Trabrennplatzes in Wien ergoht zum 15. Oktober dieses Jahres an Architekten und Ingenieure ohne Beschränkung bei drei Preisen von 3000, 1500 und 750 K. Ankäufe für 600 K. —



NGERER WETTBEWERB ZUR ERLANGUNG
 VON ENTWÜRFEN FÜR EIN NEUES RATHAUS
 IN SCHÖNEBERG. * GESAMT-ANSICHT DES
 ÄUSSEREN AUS DEM ENTWURF DER AR-
 CHITEKTEN BEYER & NIEDENHOFF IN
 BERLIN-SCHÖNEBERG. * * * * *
 DEUTSCHE BAUZEITUNG
 * * XLIV. JAHRGANG 1910 * NO. 67. * *



DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLIV. JAHRGANG. NO. 67. BERLIN, DEN 20. AUGUST 1910.

Zur Umgestaltung des Submissionswesens.*)

Klagen und Wünsche aus den Kreisen der Handwerker und Gewerbetreibenden bilden seit Jahren ein bekanntes und schwierig zu behandelndes Kapitel. In letzter Zeit ist dabei eine gewisse Zusammenfassung zu beobachten. Die früher meist nur örtlich oder von den verschiedenen Handwerkszweigen getrennt erhobenen Forderungen werden jetzt ziemlich einheitlich und gleichartig von den mannigfachen Handwerksvereinigungen und Verbänden, bzw. deren Organen und sonstigen Fachblättern vertreten. Sie gipfeln in den nachstehenden, zum Teil bereits versuchten, zum Teil erst in Vorschlag gebrachten Maßnahmen, deren hauptsächlich bereits die Form von programmartigen Leitsätzen angenommen haben.

Sie lauten:

1. Mit dem Mindestpreisverfahren bei den Submissionen muß endgültig aufgeräumt werden.
2. Grundsätzlich soll keine Arbeit unter dem Selbstkostenpreis vergeben werden.
3. Die Vergabungen sollen in möglichst kleinen bzw. geteilten Losen erfolgen. Dies auch aus dem Grund, weil zumeist bei den kleinen Betrieben die Anleitung der Lehrlinge liegt.
4. Größere Leistungen sind möglichst an Handwerker-Vereinigungen (Innungen, Fachgenossenschaften usw.) zu vergeben und zwar unter Umständen freihändig.
5. Es ist bei kleineren Arbeiten beschränkte Submission erwünscht bzw. Vergabe nach einer bestimmten Reihenfolge (Turnus). Dabei ist eine Auswahl der Meister nach bekannter Tüchtigkeit und Vertrauenswürdigkeit zu treffen.
6. Es ist darauf hinzuwirken, daß regelmäßig handwerkliche Sachverständige zugezogen werden und zwar schon bei den Vorarbeiten, nämlich bei Aufstellung der Kostenanschläge und Ausführungsbedingungen, dann bei den Vergabungen und Verträgen und schließlich bei den Abnahmen der ausgeführten Arbeiten und der Rechnungsrevision.
7. Es sind möglichst einheitliche Bedingungen und Preislisten für die verschiedenen Behörden usw. sowie die einzelnen Arbeitszweige zu schaffen.
8. Bei den Vergabungen sind die ortsansässigen und die zur Führung des Meistertitels berechtigten Handwerker zu bevorzugen.

*) Anmerkung der Redaktion. Daß das Submissionswesen einer durchgreifenden Reform bedarf, ist eine Ansicht, die wohl fast allgemein geteilt wird, wenn die Meinungen über die Wege, die dabei einzuschlagen sind, auch noch recht verschiedene sind. Als einen Beitrag, der die Stellung des Gewerbestandes vertritt, bringen wir die vorstehenden Ausführungen zum Abdruck, die den wesentlichen Inhalt einer von Arch. Friedrich Wolff, Reg.-Bmstr. a. D. in Wiesbaden, bearbeiteten Denkschrift darstellen, die vom „Nassauischen Gewerbe-Verein“ dem „Verband Deutscher Gewerbe-Vereine“ als Material für die weitere Bearbeitung der Frage kürzlich vorgelegt worden ist. —

9. Es hat eine angemessene Berücksichtigung der durch Streiks oder Aussperrungen gegebenen Umstände stattzufinden.

10. Verschiedene Wünsche zu der formellen Erledigung der Submissionen, nämlich: kostenlose Ueberlassung der Angebotsunterlagen; rechtzeitige Vornahme der Ausschreibungen; genaue Beschreibung der Leistungen, Mitteilung der wichtigeren Nebenumstände, durchgearbeitete Zeichnungen, möglichste Trennung der Positionen, um genauer veranschlagen zu können; rechtzeitige Herausgabe der Werkpläne; rechtzeitige Rückzahlung der Vorkautionen (nach Abnahme), wenn möglich überhaupt Vermeidung derselben; Anberaumung längerer Ausführungsfristen, damit eine bessere Einteilung der Arbeiten und möglichste Ausnutzung auch der stillen Geschäftszeit erfolgen kann. Dies schon mit Rücksicht auf die bei kurzen Fristen notwendigerweise höheren Preise und die Gefahr geringerer Qualität; sofortigen Bescheid über den Ausfall der Submission an die Bewerber.

11. Beurteilung von Leistung und Preis nach Ueblichkeit; es sollen keine übertriebenen Anforderungen gestellt, bei nachträglichen Preisvereinbarungen keine außergewöhnlichen Verhältnisse angenommen werden.

12. Der Handwerker soll nach Abgabe seines Angebotes nicht noch besonders zu einem Nachlaß, der über den üblichen Skontosatz hinausgeht, veranlaßt werden.

13. Generalunternehmer sind, zumal diese häufig keine gelernten Handwerker sind, nach Möglichkeit auszuschließen.

14. Es sind die Unternehmer zu bevorzugen, welche die Bedingungen der Tarife einhalten und die entsprechenden Löhne zahlen.

15. Das Mittelpreisverfahren soll in größerem Maß durchgeführt werden, bzw. es soll die Höhe des Kostenanschlages maßgebend sein.

16. Veröffentlichung der Submissionsergebnisse. An Hand derselben würde den Handwerkern gegebenenfalls eine Begründung möglich sein, daß für Unterpreise anständige Arbeit nicht zu erzielen ist, und so ein gewisser Druck ausgeübt werden können.

17. Bei schlechter Arbeit ist mehr auf Verwerfung der ganzen Leistung zu sehen, nicht auf Festsetzung von Minderwert; hauptsächlich wegen erzieherischer Wirkung und entsprechend dem Sinn der Ausschreibung.

18. Bessere Anleitung in den Fachschulen zur Aufstellung von Kostenanschlägen nach mehr praktischen Gesichtspunkten.

19. Aufhebung des § 100q der Gewerbeordnung, der den Zwangsinnungen das Recht der Preisfestsetzung vorenthält.

Zur Begründung der vorstehenden Forderungen seien hier nur die Hauptgesichtspunkte mitgeteilt.

Von der grundsätzlichen Bedeutung dürfte der zuletzt genannte Punkt 19 sein. Mit der Einführung der Innungen, seien es freiwillige oder Zwangs-Innungen, ist an sich schon das Vorhandensein eines Bedürfnisses zugegeben. Die betreffenden Einrichtungen, die eine Förderung der gemeinsamen Berufsinteressen bezwecken, können im allgemeinen als bekannt angenommen werden; ebenso die Tatsache, daß ein nennenswerter Gewinn bis jetzt nicht damit erreicht worden ist. Dies wird eben nur dann der Fall sein, wenn die Innung einen greifbaren Nutzen, Verfolgung wirtschaftlicher Interessen, verspricht; erst dann wird der Handwerkerstand allgemein ihre Bedeutung fühlen und unterstützen. Diese Notwendigkeit wird sich also von selbst ergeben, sobald die Zwangs-Innung das Recht der Preisfestsetzung erhält und sodann sämtliche freiwillige Innungen zu Zwangs-Innungen umgestaltet werden.

Vor allem gilt es natürlich, einen an sich verständlichen Widerstand bei Behörden und der Regierung zu überwinden, an dem die Handwerker zum Teil selbst mit Schuld tragen. Er ist begründet in dem Bedenken vor einer Ring- oder Kartellbildung, die in einseitiger übertriebener Weise die eigenen wirtschaftlichen Interessen bevorzugt.

Dem Bedenken kann eine Berechtigung nicht abgesprochen werden; denn es sind übergenuß Fälle vorhanden, welche die Neigung zur Uebervorteilung und zu heimlicher Preisverabredung bei nicht strenger, sachkundiger Aufsicht und Prüfung bekunden. Es wäre also Voraussetzung, daß bei Festlegung der Innungspreise eine genügende Vertretung der öffentlichen und privaten Abnehmer gewährleistet wird. Im übrigen ist zu berücksichtigen, daß die großen Arbeitnehmer-Verbände fortgesetzt steigende Löhne erzwingen und durch Tarifverträge sichern konnten und somit für die Arbeitgeber eine Notwendigkeit besteht, ihrerseits die Preise entsprechend zu regeln.

Daß dabei zunächst eine unter Umständen recht wesentliche Erhöhung eintreten wird, ergibt sich schon aus der allgemein verteuerten Lebensführung, den erhöhten Abgaben und den Lasten der sozialen Gesetzgebung, die immer noch eine steigende Tendenz aufweisen. Schließlich braucht aber auch die von einer etwa allzusehr auf ihren Vorteil bedachten Kartellbildung drohende Gefahr nicht überschätzt zu werden; bleiben doch immer noch die fabrikmäßigen Betriebe, deren Wettbewerb nicht ausgeschaltet werden kann und soll, und die so ausgleichend wirken werden; auch wird die verhältnismäßige wirtschaftliche Schwäche des Handwerkers von selbst als Hemmschuh wirken und kann einen Vergleich mit den großen industriellen Syndikatbildungen nicht aufkommen lassen.

In letzter Linie bleibt, wenn sich örtliche Mißstände ergeben sollten, das Uebergreifen nach anderen Orten als ausgleichendes Mittel übrig. Es wird immer Unternehmer geben, die sich nicht auf einen örtlichen Wirkungskreis beschränken wollen.

Als weiterer besonders wichtiger Schritt ist die Zuziehung von Sachverständigen, nach Punkt 6, zu betrachten; und zwar müßte diese systematisch und allgemeinerfolgen. Schon heute wird der Handwerker-Sachverständige, allerdings von vereinzelten Fällen und Städten abgesehen, fast ausschließlich bei Austragung von Streitigkeiten zugezogen, da es Behörden und Privaten nur so möglich ist, die handwerksgerechte Ausführung und Preisangemessenheit durchaus sicher festzustellen.

Nun bestehen die Innungen und Arbeitgeber-Verbände für fast sämtliche Handwerkszweige und als gemeinsame Interessen-Vertretungen der Innungen und sonstigen Handwerker-Vereine die Handwerkskammern. Es liegt also nahe, aus diesen Körperschaften auch für den vorliegenden Zweck die geeigneten Leute zu gewinnen. Selbstverständlich unter stetiger Wahrung des allgemeinen Interesses, unter Mitwirkung der Aufsichtsbehörden und der Haupt-Gruppen der Abnehmer.

Zu den Aufgaben dieser Sachverständigen gehören folgende: Zunächst die unter 6 bereits genannte unmittelbare Mitwirkung im Submissionswesen, dann gutachtliche Tätigkeit bei Meinungsverschiedenheiten und Prozessen über Beschaffenheit von Arbeiten und Material, Preisansätze, Richtigkeit bzw. Fehler der Ausführung usw. Dabei ist es von Wichtigkeit, daß die Wirkungskdauer nicht zu kurz ist, also wenigstens zwei bis drei Jahre währt und daß die aus den Körperschaften gewählten Sachverständigen, die vorteilhaft auf ihre Amtstätigkeit hin vereidigt werden, gleichzeitig als solche vor Gericht gelten, um möglichste Einheitlichkeit und eine gewisse Ruhe in Anschauungen und Urteilen zu gewährleisten. Schließlich würden dieselben Sachverständigen bei Aufstellung der Preislisten und Bedingungen als Vertreter des Handwerkes mitzuwirken haben. Auch hierbei ist, wie bei Ein-

führung der Sachverständigen selbst, in erster Linie einheitliches Vorgehen aller Beteiligten, die Bereitwilligkeit derselben wiederum vorausgesetzt, erforderlich.

Gegenwärtig haben fast jede Behörde, ja jede Lokalstelle, jeder Privattechniker auf der einen Seite, auf der anderen jede Innung, ihr eigenes Preisverzeichnis, ihre eigenen Bedingungen. Erstere ohne festes System, vielfach unlogisch in Zusammenstellung und Aufbau, ohne rechnerische Grundlage, kurz im allgemeinen mangelhaft. Die letzteren unsachgemäß, oft viel zu weit gehend in den Anforderungen, Nebenleistungen, Fristen usw. Also würden zunächst im Hinblick auf Abstellung dieser Mängel für möglichst große Gebiete einheitliche Grundlagen (etwa durch entsprechend zusammengesetzte Kommissionen) zu bilden sein. Dabei ist von einem durch die jeweiligen Handwerkszweige anerkannten und allen gemeinsamen Veranschlagungs-Verfahren, über das vor allen Dingen Klarheit herrschen muß, sowie von ebenfalls gleichartig behandelten Ausführungs-Bedingungen auszugehen.

Die so gewonnenen Schemata geben die Unterlagen für die örtlichen Preisbestimmungen in Städten und ländlichen Bezirken. Auch hier haben die Handwerker-Sachverständigen, unter Wahrung der beiderseitigen Interessen, mit den Verbrauchern, Beamten und Privaten zusammen zu arbeiten. Es ist immer dabei der grundsätzliche Unterschied gegenüber kaufmännischer Preisbestimmungen im Auge zu behalten. Bei letzteren stehen die Unkosten, da es sich um fertige Ware handelt, fest. Beim Handwerk ist die Hauptsache die Selbstkostenberechnung, wozu vor allem Erfahrung gehört, und deshalb ist zu den Listen gemeinsames Arbeiten verschiedener Fachangehöriger erforderlich. Naturgemäß werden also die Vorarbeiten vorteilhaft in den Innungen selbst gemacht und die Verhandlungen mit den Verbrauchern erfolgen dann durch die beauftragten Vertreter der Innungen.

Mit der Zuziehung von Sachverständigen und allgemeiner Anerkennung von Preislisten würde weiterhin der Weg zu der Forderung 4 und 5, Leistungen an Körperschaften freihändig bzw. nach einem bestimmten Turnus zu vergeben, bereits beschritten, soweit es sich um normale Arbeit handelt. Denn in dem Fall hätte eine Ausschreibung keinen Sinn und Zweck mehr. Die nächste Folge wäre, dies nach vorheriger Preisvereinbarung im Einzelnen auch für besondere Leistungen einzuführen. In beiden Fällen würde natürlich den betr. Körperschaften ein wesentliches Maß von Verantwortung zufallen. Die Befürchtung, daß mit dieser Neueinrichtung für die ausübenden Organe der Verwaltungen ein empfindliches Maß von Mehrarbeit gegenüber Vergaben an einzelne Unternehmer verbunden wäre, ist nicht zutreffend. Handelt es sich doch hierbei eigentlich nur um eine Verschiebung der Sachverständigen-Tätigkeit. Diese würde sich in Zukunft mehr im Inneren des Innungsbetriebes abspielen, erzieherisch und zugleich vorbeugend wirken und so nach außen weniger notwendig sein. Also im Grunde kommt es auf eine Vereinfachung hinaus und auf eine Säuberung des Handwerkes von unbrauchbaren Elementen durch dieses selbst, was wiederum einen Vorteil gegenüber Eingriffen von außen bietet und den Abnehmern einen guten Teil, namentlich von unangenehmer Kontroll- und Streittätigkeit abnimmt.

Es wäre ein Schritt weiter zur genossenschaftlichen Betätigung, die schon auf anderen Gebieten so manchen Vorteil gebracht hat. Bei dieser Gelegenheit darf allerdings nicht unerwähnt bleiben, daß sich erst vor kurzem zwei wichtige Behörden, die Heeresverwaltung wegen nicht immer voll befriedigender Leistungen der Handwerker-Vereinigungen, die Reichspostverwaltung wegen nicht besonders reger Beteiligung, in etwas ungünstigem Sinne geäußert haben. Die Ausführungen sind näher erläutert und dürften bei der weiteren Behandlung der Frage von Interesse sein.

Im Anblick der besprochenen Maßnahmen scheint es auf den ersten Blick, als sollte nun ein großer Apparat von Verwaltung und Gesetzgebung in Bewegung gesetzt werden. In Wirklichkeit wird nur die Aenderung in der Gewerbeordnung einer gesetzlichen Einwirkung bedürfen. Die übrigen Forderungen, Sachverständige, Preislisten, Innungsarbeit usw., können verhältnismäßig einfach auf dem Verwaltungswege geregelt werden. Das ist um so eher möglich, als bereits mannigfache Ansätze in den vorgenannten Richtungen gemacht sind. Namentlich zeigen sich die einzelstaatlichen und Reichsbehörden in wachsendem Umfang bereit, den berechtigten Wünschen der Handwerker entgegen zu kommen. Auch in einer Anzahl von Städten sind mit beiderseitigem guten Willen zum Teil gelungene Versuche gemacht worden. Merkwürdigerweise ist im allgemeinen gerade bei den Gemeinde-Verwaltungen der hartnäckigste Widerstand zu finden. Es kommt wohl daher,

daß die Stimmen Privater, die gewohnt sind, den Preisdruck in der Spekulationsbauweise als etwas Natürliches zu betrachten und diesen auch bei der Verwaltung als selbstverständlich finden, zu großes Gewicht haben, während bei den oberen Staatsbehörden eine sachlichere, von sozial-politischem Empfinden getragene Auffassung vorherrscht.

An bis jetzt vorhandenem Material wäre zu nennen: Zunächst die Allgemeinen Bestimmungen über die Vergabe von Leistungen und Lieferungen des Ministers der öffentlichen Arbeiten in Preußen von 1905/06, welche in ausführlicher Weise das ganze Verfahren behandeln. Ferner haben die Heeres- und die Eisenbahn-Verwaltung bereits mit Vorteil in Einzelfällen den Weg freihändiger Vergabungen an Innungen beschritten. Ebenso verschiedene Städte, wie Paderborn und München. In letzterer Stadt wird voraussichtlich, trotz höherer Preise, das Verfahren auch weiterhin beibehalten werden. In Solingen üben die Innungen gemeinschaftlich mit dem Stadtbauamt die Beaufsichtigung aus und stellen in Verzug geratene Arbeit fertig. Man hat gefunden, daß das beiderseitige Interesse hierdurch in bester Weise gewahrt wird. Auch die kgl. preussische Regierung hat versuchsweise einige Handwerkskammern zur Aufstellung von Lohn- und Materialpreisen für Unterhaltungsarbeiten aufgefordert.

Die Stadt Frankfurt a. M. hat den städtischen Aemtern die Befugnis zur Zuziehung von Sachverständigen erteilt. Auch ist sie verschiedenen anderen Wünschen der Handwerker, wie Ausschluß der Mindestbietenden, Auswahl der Unternehmer bezüglich Stellung zu sozialer Betätigung und Lehrlingswesen (Züchtereier), möglichst weitgehende Berücksichtigung von noch nicht mit Arbeit bedachten Unternehmern usw. entgegen gekommen. In Barmen ist die Verwendung von Sachverständigen allerdings wieder aufgehoben worden, da angeblich zu hohe Preise, insbesondere auch für die Materialien gefordert würden.

In Oesterreich ist schon seit 1891 die Vergabe größerer Leistungen an Innungen mit gutem Erfolg im Gebrauch. Die nicht abnahmefähigen Arbeiten sollen dabei auf 0,2—1 % zurückgegangen sein.

In Baden sind neuerdings auf Anregung der Handwerkskammer Sachverständigen-Institute geplant und von der Regierung grundsätzlich genehmigt worden. Die Inanspruchnahme, die Ergebnisse ihrer Tätigkeit, sowie die Vergütungen sollen durch die Handwerkskammer mit den Abnehmern vermittelt werden. Weiterhin sind für Baden die älteren Verordnungen über das Verdingungswesen von 1907 in einigen Teilen geändert bzw. ist die Durchführung verschiedener im Interesse des Handwerkes liegenden Punkte angeordnet. Neben Bestimmungen mehr formellen Inhaltes bringen sie u. a. die Bevorzugung badischer Bewerber, Teilung der Leistungen in Lose und insbesondere Verdingungen an Handwerker-Vereinigungen, sowie Bevorzugung des Meistertitels in Erinnerung.

Besonderer Erwähnung verdient sodann der von den westfälischen Kammern im Februar d. J. den Kom-

munal-Verwaltungen der Provinz vorgelegte Entwurf betreffend: Allgemeine Bestimmungen über Ausschreibung und Vergabe von Leistungen und Lieferungen und die Bestimmungen über Abschluß förmlicher Verträge sowie über deren Inhalt und Ausführung. Beide Arbeiten bedeuten eine anerkennenswerte Leistung des Handwerkerstandes und legen Zeugnis ab von seiner Fähigkeit zu positiver Mitarbeit. Der Stoff ist erschöpfend behandelt und bringt das Verlangen des Handwerkes nach zeitgemäßer Reform des Submissionswesens zum Ausdruck.

Sehr eingehend hat sich schon seit einer längeren Reihe von Jahren die Stadt Mannheim mit einer Regelung des Verdingungswesens befaßt, insbesondere ist dort das sogen. Mittelpreis-Verfahren nach den verschiedensten Gesichtspunkten in ausgedehnten Verhandlungen erörtert und auch praktisch mit allerdings verschieden beurteiltem Erfolg erprobt worden.

Aus Sachsen kommen neuerdings Mitteilungen über die bevorstehende Gründung eines „Submissions-Amtes“. Die Tätigkeit desselben ist zunächst in ähnlicher Art gedacht, wie bei den erwähnten „Sachverständigen“ bzw. dem für Baden bereits beschlossenen Sachverständigen-Institut, d. h. praktische Mitwirkung beim Submissions-Verfahren und dem Verkehr der Handwerker mit den Behörden. Daneben wird seine Haupttätigkeit in Verfolgung des Arbeitsmarktes und Anregung der Innungen bzw. Meister, also in der Erleichterung von Arbeitsmöglichkeit und zugleich in der Mithilfe bei der Kapitalbeschaffung bestehen, also eine Art genossenschaftlicher Betätigung. Als wesentliches Werkzeug wird dem Submissionsamt ein Submissions-Anzeiger zur Erleichterung der Uebersicht über den Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Es zeigt sich hier namentlich das Bestreben, dem Handwerker in seinem Wettkampf mit dem besser und schneller unterrichteten Industriellen oder Geschäftsmann eine festere Stellung zu geben und das Zwischenuntermertum auszuschalten.

Schließlich käme noch die vom Hansabund in umfassender Weise ergangene Rundfrage in Betracht. Der Hansabund hält die staatlichen und kommunalen Verordnungen nicht für ausreichend und erachtet eine reichsgesetzliche Festlegung für unentbehrlich. In der Rundfrage sind bereits eine Anzahl wesentlicher Punkte angeführt und es ist anzunehmen, daß auch hier ein brauchbarer Zuwachs von Material für die Submissionsfrage gewonnen wird.

Im allgemeinen dürften die vorstehend angeführten Beispiele zeigen, daß im wesentlichen die bestehenden Einrichtungen genügen, um die Vorschläge in Wirklichkeit umzusetzen. Die Hauptsache ist, zunächst die Reichsregierung sowie die Regierungen der einzelnen Bundesstaaten, ferner die Städte- und Landesverwaltungen überhaupt für ein möglichst einheitliches Eingehen auf die Wünsche der Handwerker und sodann ein gleichfalls einheitliches Vorgehen zur Verwirklichung zu gewinnen, wenn nicht anders möglich auf gesetzlichem Wege.

Vereine.

Vereinigung Karlsruher Architekten. Seit Jahresfrist hat sich in Karlsruhe in Baden eine „Vereinigung Karlsruher Architekten“ gebildet, ein Vorgang, der ein weiteres Beispiel für die fortschreitende Spezialisierung der Fächer und die im modernen Wirtschaftsleben als Notwendigkeit erkannte gesonderte Verfolgung der Lebensinteressen ist. Die Vereinigung zählt nach dem uns vorliegenden Verzeichnis 33 Mitglieder. I. Vorsitzender ist Hr. Prof. Herm. Billing; II. Vorsitzender Hr. Hugo Slevogt. Schatzmeister ist Hr. Heinr. Sexauer, Schriftführer Hr. Hans Großmann. Beisitzer sind die Hrn. Emil Deines, Prof. Ludw. Jahn und Gottfr. Zinser jr. —

Der 6. Bundestag des „Bundes Deutscher Architekten“ wird vom 23. bis 25. September unter dem Vorsitz von Martin Dülfer in Weimar abgehalten. Der Tag ist lediglich Arbeitstag. Auf dem Programm stehen u. a.: Bundesorgan (Berichterst. Eelbo), Architekten-Kammern (Berichterst. Dülfer), Zensuren im Zeichenunterricht (Halmhuber), Gebührenordnung, Vertragsbedingungen, Wettbewerbswesen (Berichterst. Brurein). Mit dem Tag ist der Besuch der klassischen Stätten in Weimar verbunden.

Architekten- und Ingenieur-Verein zu Düsseldorf. Die Versammlung am 12. Januar 1910 war ausschließlich geschäftlichen Angelegenheiten des Vereins, der Wahl des Vorstandes (Brt. Musset wieder als Vorsitzender) und der ständigen Ausschüsse gewidmet. In einen Ausschuß zur Durchberatung der Verbandsvorlage über die Architekten-Kammern wurden die Hrn. Korn als Vorsitzender, Bachmann, Wilh. Zaiser, Herold, Görcke und Stern gewählt. Auch die Frage des Wettbewerbes Theaterbau Hagen mit seinen unerfreulichen Begleiterscheinungen bil-

dete den Gegenstand von Verhandlungen. Nach lebhafter Aussprache wurde das weitere Vorgehen in dieser Angelegenheit dem Vorstand überlassen.

Versammlung am 26. Januar 1910. Den Hauptgegenstand der Tagesordnung bildete ein Vortrag des Hrn. Reg.-Bfhr. Nellessen über „Die Verbesserung des Schifffahrtsweges von Cleve bis zum Rhein bei Keeken“ und ausführliche, einem Vortrag gleichkommende Mitteilungen des Hrn. Reg.-Bfhrs. Böckmann über „Lübecks Wasserstraßen und Hafen-Anlagen“.

Die erstgenannten Anlagen sind in den Jahren 1907 bis 1909 ausgeführt. Sie wurden erforderlich durch Senkungen der Rheinsohle, wahrscheinlich hervorgerufen durch die Rheinregulierung, die auch eine Senkung des Wasserspiegels im Rhein zur Folge hatte, sodaß die 1846 erbaute Schifffahrtsschleuse, welche die aus Altrhein und Spoykanal bestehende Schifffahrtsstraße an den Rhein anschließt, schließlich zu hoch lag und nur noch bei höheren Wasserständen benutzt werden konnte. Einschließlich des Schleusenbaues hat der Staat jetzt 950000 M. aufgewendet, die Stadt Cleve 80000 M. für die unmittelbar an die Stadt anschließende Kanalstrecke und 210000 M. für eine Werft-Anlage mit Gleisanschluß und Umschlagvorrichtungen. Der Spoykanal hat jetzt 10,5 m Sohlenbreite erhalten und 3 m Wassertiefe bei Normalwasserstand. Die Schleuse ist eine Doppel-Kammerschleuse von 67 m Nutzlänge, 8,6 m Breite, 2,5 m Gefälle, die 600 t-Schiffe aufnehmen kann. Die Gründungs-Verhältnisse waren sehr schwierige. Der Altrhein, der auf 5,5 km Länge die Schifffahrtsstraße bildet, hat ebenfalls 10,5 m Sohlenbreite erhalten (12,5 m in den Krümmungen) und 2,5 m Wassertiefe bei gew. N.-W. Der

Verkehr betrug vor dem Ausbau 55 000 t; bei einem Anwachsen auf 150 000 t würden die Einnahmen bei einer Abgabe von 0,29 M. für die Tonne die Betriebskosten und die Verzinsung des Anlagekapitals decken. —

Der zweite Vortragende gab zunächst einen geschichtlichen Ueberblick über die Entwicklung der lübeckischen Binnenschifffahrt. Er schilderte die Anlage und den Betrieb des im 14. Jahrhundert erbauten Stecknitz-Kanales, der 1500—1550 mit 30 000 t jährlich seinen größten Verkehr erreichte. Seit 1692 sind wiederholt Verbesserungs-Entwürfe aufgetaucht, die aber zu keinem Ergebnis führten. Mit dem Bau der Bahnlinie Lübeck—Büchen und Lübeck—Hamburg verlor der Kanal seine Bedeutung für den Durchgangsverkehr. Nach 1840 setzten dann die Bemühungen Lübecks ein, die Verbindung mit der Ostsee zu verbessern, die Trave auch für größere Dampfer schiffbar zu machen. 1850—54 wurde die erste Travekorrektur durchgeführt, durch welche mit $1\frac{1}{3}$ Mill. M. Aufwand eine Fahrtiefe von 4 m in der Trave und 5 m bei Travemünde hergestellt wurde. In den Jahren 1879—1883 wurde dann durch eine zweite Travekorrektur nach den Plänen Rehder's mit 3 Mill. M. Aufwand zwischen Lübeck und der Herrenfähre (7 km Länge) eine Fahrtiefe von 5,3 m, von dort bis Travemünde von 5,5 m und auf der Plate (Seegatt) von 6,3 m hergestellt.

Aber auch diese Tiefen genügten den wachsenden Ansprüchen der Schifffahrt nicht mehr und 1889 wurde nach den Plänen Rehder's die dritte Trave-Korrektur eingeleitet, mit welcher zurzeit in der Trave größtenteils eine Tiefe von 8 m, im Hafen von 9 m und in der Plate von 9,5 m erreicht ist. Die Fahrwasserbreite wurde für 8 m Tiefe auf 65, für 10 m Tiefe auf 80—120 m festgesetzt. Die Gesamtkosten für die Verbesserung des Seeweges betrugen bis jetzt 8,66 Mill. M. Gleichzeitig wurden aber auch die Hafenanlagen ausgebaut. Für etwa 10 Mill. M. sind seit 1886 nach einheitlichem Plan die Anlagen erweitert, sodaß jetzt für den Seeverkehr 7,7 km Uferlänge (davon 3,6 km Kaimauern), für den Binnenschiffsverkehr 2,06 km (davon rd. 1 km Kaimauern) zu Lösch- und Ladezwecken zur Verfügung stehen.

Als Folge des Baues des Kaiser-Wilhelm-Kanales mußte Lübeck, um sich ein entsprechendes Verkehrsgebiet zu sichern, den Elbe—Trave-Kanal erbauen, der 1896 bis 1900 ebenfalls nach Rehder's Plänen und mit einem Kostenaufwand von 23,5 Mill. M. zur Ausführung kam. Davon trug der preußische Staat 7,5 Mill. Die Verkehrsentwicklung auf dem Kanal entspricht bisher aber nicht den Erwartungen. Durch die Begünstigung industrieller Ansiedlungen an den Ufern der Trave hofft man den Verkehr im Hafen und Kanal zu heben. Es sind große Flächen für diese Zwecke zur Verfügung gestellt und es haben sich bereits einige größere Industrien angesiedelt. Der Seeverkehr Lübecks beträgt jetzt etwa 1 Mill. t, aber noch immer hat die Stadt im Wettbewerb mit Hamburg und Bremen schwer zu kämpfen. —

Vermischtes.

Eine Architektur-Ausstellung der „Vereinigung Karlsruher Architekten“ wird aus Anlaß der Feier der silbernen Hochzeit des großherzoglichen Paares von Baden in den Räumen der Orangerie veranstaltet, welche die großherz. Intendanz der Zivilliste zu diesem Zwecke in der entgegenkommendsten Weise zur Verfügung stellte. Die Ausstellung findet im Monat September statt und dürfte bei den ausgezeichneten Leistungen, welche die baukünstlerische Tätigkeit in Karlsruhe gezeitigt hat, weithin Beachtung finden. —

Städtischer Kunstbeirat in Cöln. In ihrer Sitzung vom 12. Mai 1910 faßte die Stadtverordneten-Versammlung in Cöln einen bemerkenswerten Beschluß. In einer Eingabe an den Oberbürgermeister von Cöln vom 17. Juni 1908 hatte die Ortsgruppe Cöln des „Bundes Deutscher Architekten“ den Wunsch ausgesprochen, daß es dem eben in den Beginn seines Wirkens tretenden Oberbürgermeister gelingen möge, „unter dem Leitwort „Architectura mater artium“ Cöln wieder zu einer Kunststadt zu machen und dem künftigen Groß-Cöln ein Gepräge zu geben, das der einst den Schöpfern zur Ehre gereicht“. Bei diesem Anlaß glaubte die Ortsgruppe in der vortrefflich geschriebenen Eingabe die Befürchtung aussprechen zu müssen, „daß bei dem seitherigen System der Errichtung von städtischen Bauten und bei dem geringen Interesse der städtischen Behörden für die Tätigkeit der Privatarchitekten ein einheitlicher großer Zug in der Plan-, Straßen- und Baugestaltung der Stadt nicht erzielt werden kann, wie das Städten wie Berlin, München, Dresden, Leipzig, Charlottenburg, Bremen, Stuttgart, Frankfurt a. M., Darmstadt u. a. durch das wechselseitige Interesse zwischen Verwaltung und Privatarchitekten und durch das Zusammenarbeiten dieser

beiden Faktoren eigen ist“. Diese Städte, meint die Ortsgruppe, hätten die eindringliche Lehre der Kunstgeschichte befolgt, in Städtebaufragen und Baufragen allgemeineren Interesses in breiter Öffentlichkeit alle verfügbaren Kräfte zur Lösung heranzuziehen und nach erschöpfender Behandlung der Frage nur immer die besten Kräfte mit der Ausführung zu betrauen. Verständige und schöne Stadt- und Bauanlagen und die allgemeine Anerkennung ihrer kunstfördernden Bestrebungen, sowie ein zufriedener einheimischer Künstlerstand mit seinen Anregungen und Werten seien die Früchte. Zur Vorberatung schwebender Fragen empfahl die Ortsgruppe die Einsetzung einer aus Vertretern der Stadtverwaltung und der Privatarchitekten zusammengesetzten Kommission für städtische Bau- und Kunstangelegenheiten nach dem Vorbild der Städte Leipzig, München, Düsseldorf usw. In einer besonderen Beilage war zur Behandlung dieses Gegenstandes ein mit großem Fleiß zusammengetragenes Material der Eingabe angefügt.

Die Anregung fiel auf fruchtbaren Boden. In wiederholten Sitzungen hatte die Angelegenheit die Stadtverordneten beschäftigt und in der Sitzung vom 12. Mai d. J. wurde der Kunstbeirat beschlossen, nachdem man sich hinsichtlich der Statuten auf eine mittlere Linie geeinigt hatte. Nach den Satzungen bezweckt der Beirat, die Stadt in ihren auf Förderung der Kunstinteressen abzielenden Bestrebungen, insbesondere auch in der Verwendung des zu begründenden städtischen allgemeinen Kunstfonds zu unterstützen und sie in ihren eigenen Anlagen und Einrichtungen auf dem Gebiet der öffentlichen Kunstpflege zu beraten, sofern ihnen nach Umfang oder Eigenart eine besondere Bedeutung zuzusprechen ist. Die Zahl der Mitglieder dieses Kunstbeirates soll 75 nicht übersteigen. Sie werden von der Stadtverordneten-Versammlung auf je zwei Jahre gewählt und der städtischen Verwaltung und Vertretung, den Kreisen der ausübenden Künstler sowie der Zahl der kunstverständigen Bürger entnommen. Zur Vorbereitung seiner Beschlüsse sowie zur Erledigung der laufenden Geschäfte wählt der Kunstbeirat aus seiner Mitte einen Arbeitsausschuß, der außer dem Vorsitzenden (dem Oberbürgermeister) aus höchstens zehn Mitgliedern besteht, von denen fünf der städtischen Verwaltung und Vertretung angehören müssen. In der genannten Versammlung wurden in den Kunstbeirat als ausübende Künstler u. a. gewählt Moritz, Rehorst, Encke, Heimann, Fabricius, Schellen, Schreiter, Brantzky, Paffendorf, Below, Renard, Endler, v. Pelser-Berensberg, die Bildhauer Schreiner, Grasegger und Iven, der Maler Westendorp, der Kunsthistoriker Dr. Creutz, Hagelstange, Poppelreuter, Schnütgen usw. —

Hundertjahrfeier der Maschinenfabrik Henschel & Sohn in Cassel. Am 15. d. M. konnte die zurzeit bedeutendste Lokomotiv-Fabrik auf dem Kontinent, Henschel & Sohn in Cassel, auf ein hundertjähriges Bestehen zurückblicken. Gleichzeitig verläßt die 10 000ste Lokomotive die Werkstätten der Firma, sodaß man auch von einem Jubiläum des deutschen Lokomotivbaues in gewissem Sinne sprechen darf. Als kleiner, alter Familientradition folgend vorwiegend dem Glocken- und Stück-Guß gewidmeter Betrieb von Carl Henschel 1810 begründet, hat die Fabrik, die seit 1817 hauptsächlich den Maschinenbau pflegte, durch 5 Generationen hindurch vom Vater auf den Sohn übergehend, sich eines beständigen Aufschwunges erfreuen können. Sie hat dabei an der Entwicklung des deutschen Eisenbahnwesens und vor allem des Lokomotivbaues, der allmählich zum Hauptzweig der Fabrikation geworden war, regen Anteil genommen. Der jetzige Leiter der Fabrik, Carl Henschel, ist seit 1900 Teilhaber der Firma. Unter ihm hat eine wesentliche Umgestaltung und Erweiterung des Casseler Werkes stattgefunden, das jetzt etwa 7000 Personen beschäftigen dürfte, während ein eigenes Hüttenwerk, die von der Dortmunder Union erworbene Henrichshütte in Hattingen, der Firma auch die erforderlichen Materialien zum Lokomotivbau liefert. Die erste Lokomotive lieferte die Firma im Jahre 1848. Bis 1873 wurden 500 Lokomotiven, von 1873—1895 aber 4500 fertig gestellt. Welchen Aufschwung das Werk seitdem genommen hat, geht daraus hervor, daß bis heute, also in rd. 11 Jahren, mehr als die gleiche Zahl der vorhergehenden 50 jährigen Zeitdauer geliefert werden konnte. Die jährliche Leistung beträgt jetzt 800 Lokomotiven, von denen auch ein größerer Teil ins Ausland geht. —

Die Architektur-Abteilung der Stadel'schen Kunstschule in Frankfurt a. M. Der Lehrer der Architektur-Abteilung am Stadel'schen Institut in Frankfurt a. M., Hr. Professor W. Manchot, hatte aus persönlichen Gründen seinen Rücktritt vom Lehramte erklärt. Da zugleich die Mittel

des Institutes eine Weiterführung der Architekturschule in Frage stellten, so war bereits die Aufhebung dieser Schule ins Auge gefaßt. In erfreulicher Weise wußte jedoch die Stadtverordneten-Versammlung von Frankfurt durch einen Beschluß vom 27. Juli die drohende Auflösung durch Gewährung einer städtischen Subvention zu verhindern. In der Beratung wurde jedoch betont, daß es sich nicht nur um die Architektur-Abteilung allein handele, sondern daß verhindert werden müsse, daß die ganze Kunstschule zum Teil eingehe oder zurückgehe. Freilich lasse sich mit den verfügbaren Mitteln eine Lehrerschaft nicht halten, welche der Bedeutung Frankfurts auf anderen Gebieten entspreche. Daher seien Verhandlungen zwischen der Stadt Frankfurt und der Verwaltung des Städelschen Instituts nötig, die sowohl die Rangstellung der Kunstschule wie die zu beschaffenden Mittel betreffen. Seitens der Stadt Frankfurt wurde alles Entgegenkommen zugesichert.

Das Ergebnis dieser Beratungen ist hochehrfroh. Frankfurt besitzt eine scharf ausgeprägte örtliche Kunstüberlieferung. Sie weiterhin zu pflegen, ist eine edle Pflicht der Stadt und ihrer kunstsinnigen vermögenden Bewohner. Dabei möchten wir den Nachdruck weniger darauf richten, daß eine moderne, sondern daß eine gute Kunst gemacht werde, denn jede gute Kunst ist zugleich auch modern im besten Sinne.

Die Erhaltung alter Straßennamen. Eine vor einiger Zeit ergangene Entschliebung des kgl. bayerischen Staatsministeriums des Inneren empfiehlt den Gemeindebehörden die Beachtung folgender Leitsätze, welche der sechste Tag für Denkmalpflege über die Erhaltung alter Straßennamen aufgestellt hat:

1. Jede alte und als solche geschichtlich bedeutungsvolle Bezeichnung von Straßen, aber auch von Plätzen, Brücken, Häusern und ganzen Stadtteilen, dann von Acker- und Waldstücken, Flüssen, Bächen, Teichen und Bergen ist auf alle Fälle zu schützen und zu erhalten, und zwar um so mehr, je eigenartiger und sinnvoller sie ist.

2. Insonderheit dürfen alte Namen nicht zugunsten von solchen berühmter oder verdienter Männer des Vaterlandes oder der engeren Heimat beseitigt werden.

3. Bei Benennung neuer Straßen sind in erster Linie die alten Flur- und Ortsbezeichnungen zu verwenden.

4. Da, wo erst in neuerer Zeit der alte Name durch einen modernen ersetzt ist, soll der erste, soweit es irgend angeht, wieder zu Ehren gebracht werden.

5. Es muß freilich dem Taktgefühl der betreffenden Behörde überlassen bleiben,

- a) inwieweit auch solche alte Namen, die schon im Gedächtnis des Volkes geschwunden sind, wieder in Gebrauch zu setzen sind,

- b) inwieweit auch ein neuerer Name bereits geschichtlichen Wert gewonnen und deshalb auf Schutz Anspruch zu erheben hat,

- c) inwieweit alte, aber verderbte Namen ihre ursprüngliche Form wieder erhalten können.

6. Zu allen Umnennungen alter Straßen und zur Benennung neuer sollen stets die örtlichen Geschichts- und Altertumsvereine sowie auch einzelne geschichts- und sprachkundige Personen, insbesondere die Leiter der staatlichen und städtischen Archive, Bibliotheken und Museen als Sachverständige zu Rate gezogen werden.

Aenderung der bayerischen Bauordnungen. Das Gesetz- und Verordnungsblatt veröffentlicht eine Verordnung über Aenderungen der Bauordnungen; sie beschränken sich in der Hauptsache auf das Kleinwohnungswesen und bezwecken eine Verbilligung der Baukosten, soweit dies ohne Benachteiligung öffentlicher Interessen und ohne Nachteil für die Wohnungen selbst tunlich ist.

In Orten mit sehr entwickelter Bautätigkeit ist für das Wohnungswesen eine Vorbereitung durch zweckmäßige Baulinien- und General-Baulinienpläne von besonderer Wichtigkeit. Die neuen Bestimmungen ermöglichen es den Behörden, hier mit größerer Freiheit und Anpassung an die gegebenen Verhältnisse und Bedürfnisse zu verfahren. Hierbei sollen die in der Ministerial-Entschliebung vom 18. Juli 1905 den Behörden gegebenen, den Grundsätzen des modernen Städtebaues entsprechenden Weisungen Beachtung finden. Insbesondere sollen Baulinienpläne und General-Baulinienpläne nur dann aufgestellt werden, wenn ein Bedürfnis hierzu besteht. Namentlich soll es vermieden werden, kleinere Orte und Ortsteile, in denen eine größere Bautätigkeit nicht zu erwarten ist und auch sonstige öffentliche Interessen nicht zu schützen sind, überflüssig mit derartigen Plänen zu versehen. Die neuen Bestimmungen geben daher den Baupolizeibehörden weitgehende Befugnis, von der Forderung von Baulinien abzusehen.

Der Vollzug der erwähnten Ministerial-Entschliebung lehrt ferner, daß es notwendig ist, gleichzeitig mit der

Festsetzung der Baulinien auch die Bebauungsweise (offene oder geschlossene Bauweise, Gebäude-Abstand, Gebäude-Höhe, Hofraumgröße, Ausschluß lästiger Anlagen u. dergl.) im Anschluß an die Bebauungspläne festzusetzen. Diese Festsetzung kann künftig wie bisher allgemein durch orts- oder distriktpolizeiliche Vorschriften erfolgen.

Mit der Entschliebung vom 18. Juli 1905 ist das Staats-Ministerium des Inneren der starren Auffassung des Baulinienwesens entgegengetreten und hat vollste Anpassung an die praktischen Bedürfnisse gefordert und einen freieren, beweglicheren Vollzug der Vorschriften über die Baulinien angebahnt.

Was die Bauausführungen im einzelnen anlangt, so sind für den Kleinwohnungsbau bezw. für das Einfamilien-Haus u. a. Erleichterungen vorgesehen hinsichtlich der Stärke der Mittelmauern, der Höhe der Wohnräume und der Beschaffenheit der Treppenhäuser. Eine alte Klage — namentlich auf dem Lande — war es, daß die von der Bauordnung vorgeschriebene Ueberdachführung der Brandmauern, insbesondere bei mangelhafter Bauausführung, das Eindringen von Regen- und Schneewasser in die anstoßenden Gebäudeteile erleichterte. Die Ueberdachführung der Brandmauern wurde ferner wegen der damit verbundenen Mehrkosten und wegen ästhetischer Nachteile bekämpft. Des weiteren wurde zwecks Ersparung an Raum und an Baukosten der Verzicht auf die bisher vorgeschriebene Verstärkung der Brandmauer von oben nach unten angestrebt. Als Erleichterung wird es auch empfunden, daß bei Reihenhäusern mit nicht mehr als zwei bewohnbaren Obergeschossen die Herstellung von Brandmauern innerhalb eines Abstandes von 25 m erlassen werden kann.

Die neuen Bestimmungen in § 62 werden es den Baupolizeibehörden ermöglichen, dahin Einfluß zu nehmen, daß namentlich bei Kleinwohnungsbauten die gemeindlichen Forderungen für Straßenherstellung in einem entsprechenden Verhältnis zu der baulichen Ausnützung des Baugrundes stehen und daß insbesondere gemeinnützige, der Wohnungsfürsorge dienende Unternehmungen gefördert werden, soweit dies ohne Benachteiligung der öffentlichen Interessen geschehen kann.

Tote.

Adolf Michaelis †. Des am 14. August in Straßburg im Alter von 75 Jahren gestorbenen ausgezeichneten Vertreters der klassischen Archäologie Adolf Michaelis hat auch die Baukunst Ursache, in Dankbarkeit zu gedenken, denn auf sein Betreiben mit wurde in Straßburg durch Warth das neue Kollegien-Gebäude errichtet und sein Hauptwerk ist eine zusammenfassende Darstellung über den Parthenon in Athen, die bereits 1871 in Leipzig erschien und an welche sich zahlreiche weitere Untersuchungen über die Bauten auf der Akropolis von Athen anreihen. Michaelis begründete auch das Archäologische Museum der Universität Straßburg in so musterhafter Anordnung, daß es sogar französischen Neuschöpfungen als Vorbild diente. Es reiht sich den Museen der weit größeren Universitäten Berlin, München und Leipzig würdig an.

Adolf Th. F. Michaelis wurde am 22. Juni 1835 in Kiel geboren und machte seine Studien hier, sowie in Leipzig und Berlin. In den Jahren 1857 bis 1861 bereiste er Italien und Griechenland, studierte die Sammlungen in Paris und London und habilitierte sich 1861 in Kiel, um bereits 1862 zum außerordentlichen Professor in Greifswald ernannt zu werden. Von 1865 bis 1872 war der Verstorbene Professor der klassischen Philologie und Archäologie in Tübingen, von wo er nach Straßburg zu seiner Lebensarbeit berufen wurde. Diese stand im Ausland, in Frankreich wie namentlich in England in hohem Ansehen. Insbesondere England würdigte den ausgezeichneten deutschen Gelehrten seit der Zeit, als er es unternommen hatte, die klassischen Schätze, die der Sammler-Dilettantismus des XVIII. Jahrhunderts und späterer Zeiten nach England zusammengetragen hatte, in einer zusammenfassenden Arbeit zu beschreiben, die von Fennell unter dem Titel: „Ancient Marbles in Great Britain“ übersetzt wurde und 1882 in Cambridge erschien. Damals schrieb der bekannte englische Archäologe Charles Thomas Newton, der die archäologischen Entdeckungen in Halikarnass machte und literarisch schilderte, von Deutschland her müsse ernste und tiefe Belehrung über jeden Teil des archäologischen und philologischen Studiums kommen, wie sie kein anderes Land in dieser Generation hervorgebracht habe. Es ist menschlich und daher begreiflich, daß Michaelis auch wissenschaftliche Gegner hatte; es wird ihm aber nachgerühmt, daß er im wissenschaftlichen Streit der vornehmsten Gegner war und sein umfassendes Wissen wie seine tiefe Kenntnis des klassischen Altertums niemals zu persönlichen Ausfällen gegen seine Widersacher benützt habe. Im Jahre 1907 trat Michaelis vom Lehramte zurück.



BEILAGE FÜR WETTBEWERBE

Der engere Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein neues Rathaus der Stadt Schöneberg bei Berlin. Hierzu eine Bildbeilage, sowie die Abbildungen Seite 532, 533, 534 und 535.



Die südlich und südwestlich von Berlin als Enklave liegende Stadt Schöneberg befindet sich in so schneller Entwicklung, daß sie, wie aus den Ausführungen S. 514 hervorgeht, gezwungen ist, nunmehr die noch unbebauten Teile ihres Gebietes für die Bebauung reif zu machen. Ein Wettbewerb zur Erlangung eines Bebauungsplanes für das Südgelände ist die Frucht dieser Entwicklung. Bei der starken Vermehrung der Bevölkerung reicht das alte, an der Hauptstraße gelegene Rathaus längst nicht mehr aus, weshalb die städtischen Körperschaften beschlossen, ein neues Rathaus am Zusammenfluß der Mühlen- und der Martin-Luther-Straße zu errichten. Die Lageverhältnisse des neuen Hauses zur weiteren Umgebung gehen aus dem mittleren Lageplan S. 534 deutlich hervor. Zur Erlangung eines geeigneten Entwurfes für den Neubau erließ die Stadt einen auf die Architekten Groß-Berlins beschränkten Wettbewerb, der die Einsendung der reichen Zahl von 84 Arbeiten zur Folge hatte, wobei ein sehr hoher Durchschnittswert des Wettbewerbes festgestellt werden konnte. Da sich an der gewählten Baustelle, die unmittelbar neben dem neuen Stadtpark gelegen ist, also die für Schöneberg denkbar hervorragendste Lage erhalten hat, das Straßennetz höchst ungünstig schneidet, so war den Teilnehmern des Wettbewerbes zugleich die Aufgabe gestellt, Vorschläge für die Gestaltung der unmittelbaren Umgebung des neuen Hauses zu machen. Das Preisgericht kam zu dem bereits S. 120 gemeldeten Entschluß.

Da die städtischen Körperschaften sich jedoch nicht entschließen konnten, einen der preisgekrönten Entwürfe unmittelbar zur Ausführung zu wählen, so beriefen sie die Architekten kais. Brt. Ahrens, Beyer & Niedenhoff, Jürgensen & Bachmann, Prof. O. Kuhlmann und E. Schaudt zu einem nochmaligen engeren Wettbewerb mit Namensnennung, bei wel-

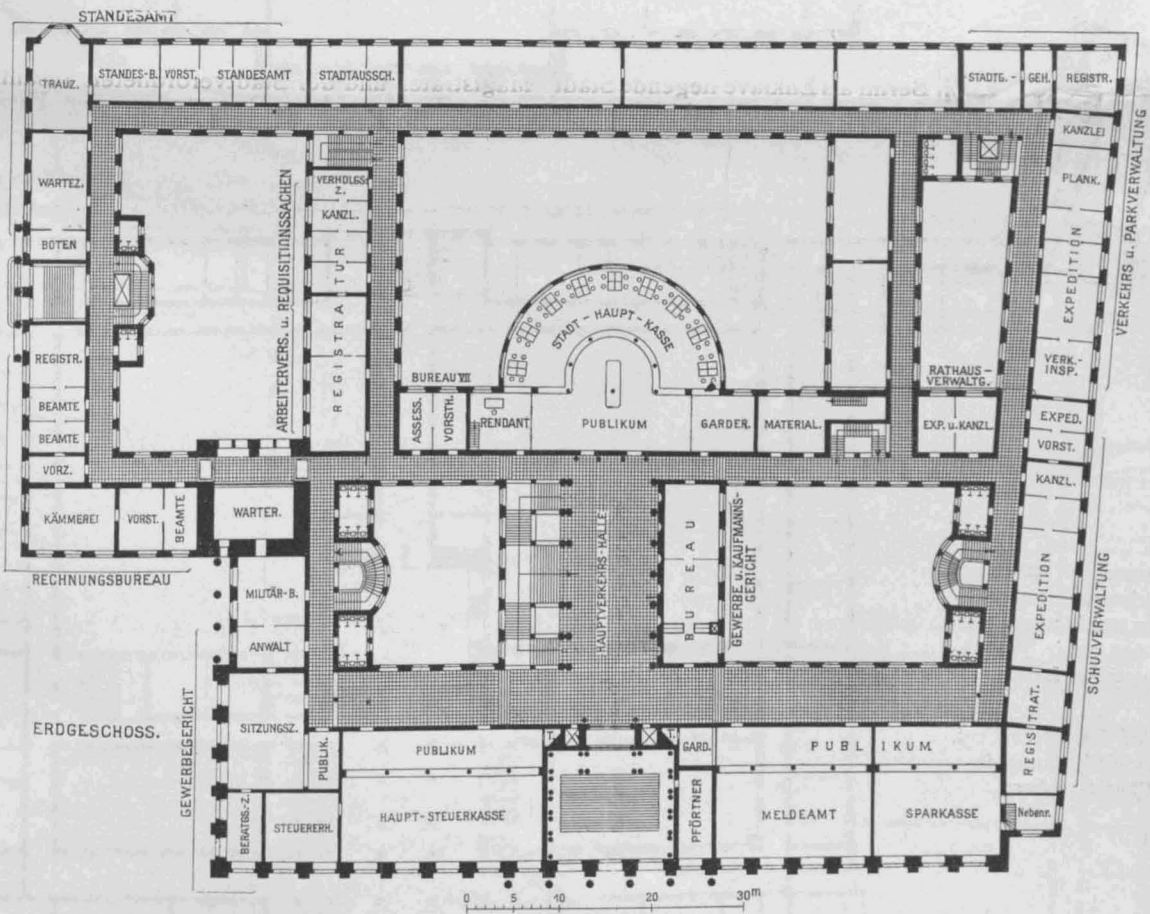
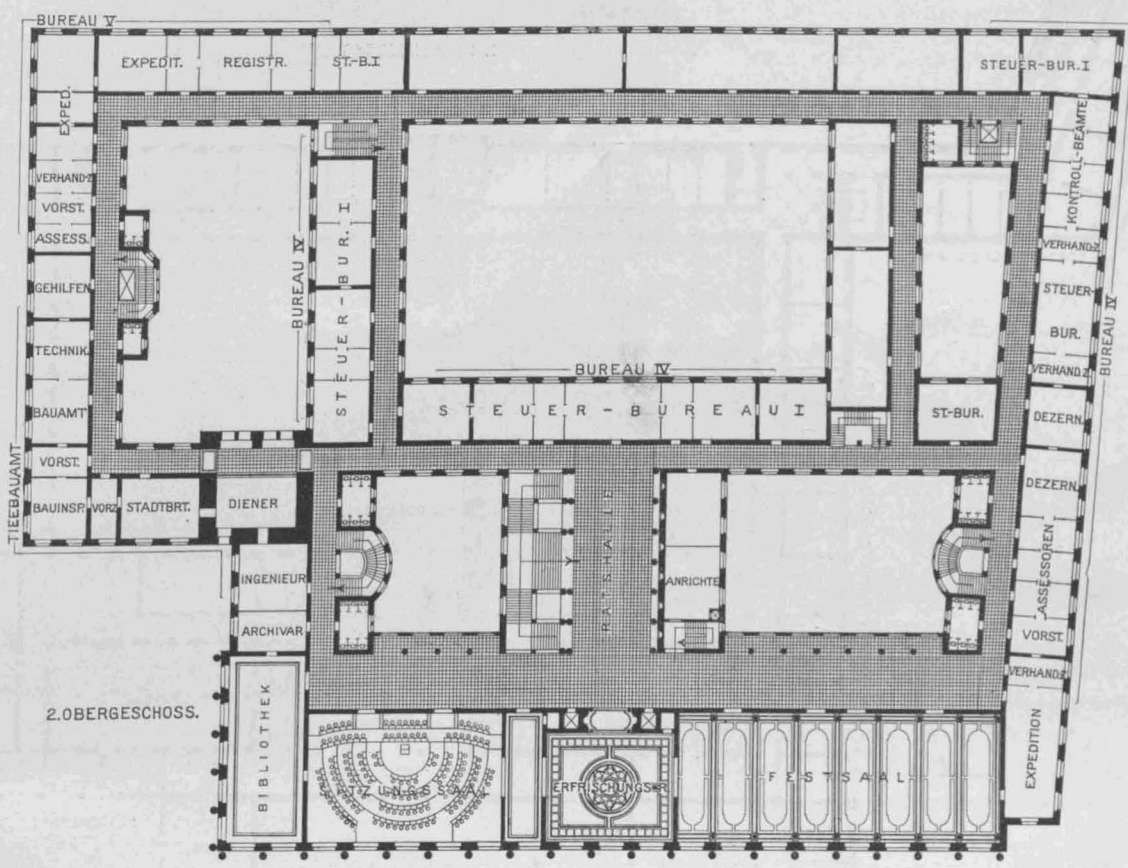
chem die Entscheidung bei der aus Mitgliedern des Magistrates und der Stadtverordneten zusammen gesetzten Rathausbau-Deputation lag. Diese stellte die Entwürfe der Hrn. Beyer & Niedenhoff und Jürgensen & Bachmann in die engste Wahl und entschied, daß beide Entwürfe im Grundriß Mängel und Vorzüge zeigten, daß dagegen der Entwurf von Beyer & Niedenhoff im Aufbau den der Architekten Jürgensen & Bachmann überrage. Dennoch beschloß die Rathaus-Deputation, den Architekten Jürgensen & Bachmann die Ausführung des Neubaus zu übertragen, und zwar in erster Linie mit Rücksicht auf die ausgezeichnet gelungenen größeren Bauausführungen, auf die diese beiden Baukünstler bereits zurückblicken können. In der Tat: wer ihre Bauten verfolgt hat, wird an ihnen ebensoviel sachlichen Ernst, monumentale Würde wie frische Erfindungsgabe bewundert haben, sodaß die Stadt Schöneberg von ihnen ein neues Rathaus erwarten darf, das in der Baugeschichte Groß-Berlins seine Stellung behaupten wird.

Wir sind nun durch das freundliche Entgegenkommen der beteiligten Bewerber in die Lage versetzt worden, unseren Lesern die Entwürfe der Hrn. Beyer & Niedenhoff, Jürgensen & Bachmann und Otto Kuhlmann im Bilde darzubieten zu können. Drei Arbeiten von hoher, künstlerischer Meisterschaft sowohl in der Grundrißanlage wie im Aufbau. Man begreift, daß die Entscheidung lange schwanken konnte und daß schließlich die baukünstlerische Vergangenheit des einen der Bewerber den Ausschlag gab.

Was zunächst die allgemeinen Lageverhältnisse anbelangt, so waren alle drei Bewerber bemüht, den ungünstigen Verschnitt der Straßen durch Platzanlagen vor dem neuen Rathause und gegen den Stadtpark zu mildern, sodaß das Haus eine nicht übertriebene Freilage erhält. Bei dieser Annahme zeigen die Entwürfe von Jürgensen & Bachmann und Beyer & Niedenhoff eine gewisse Ähnlichkeit, wobei die letzteren den Platz gegen die Freiherr von Stein-Straße und gegen den Stadtpark durch eine Kolonnade ab-

schließen, ihn ungeteilt lassen und in den Winkel gegen den Stadtpark ein Denkmal stellen; die ersteren jedoch machen eine Unterteilung und schaffen durch

ne einzugehen. In allen drei Entwürfen sind die Räume mit außerordentlicher Geschicklichkeit verteilt, die Uebersichtlichkeit für den Besucher des Gebäudes ist

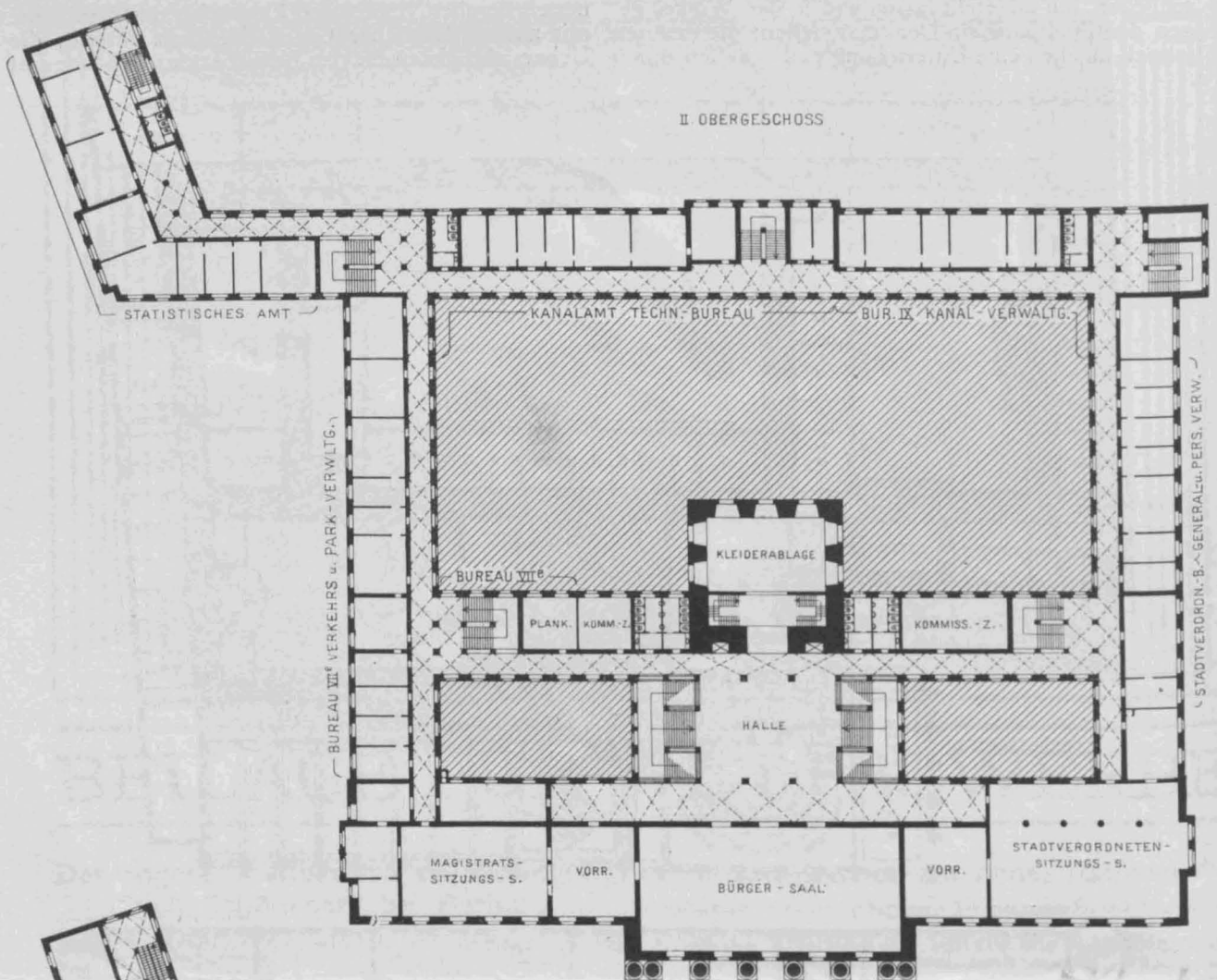


Entwurf der Architekten Beyer & Niedenhoff in Schöneberg.

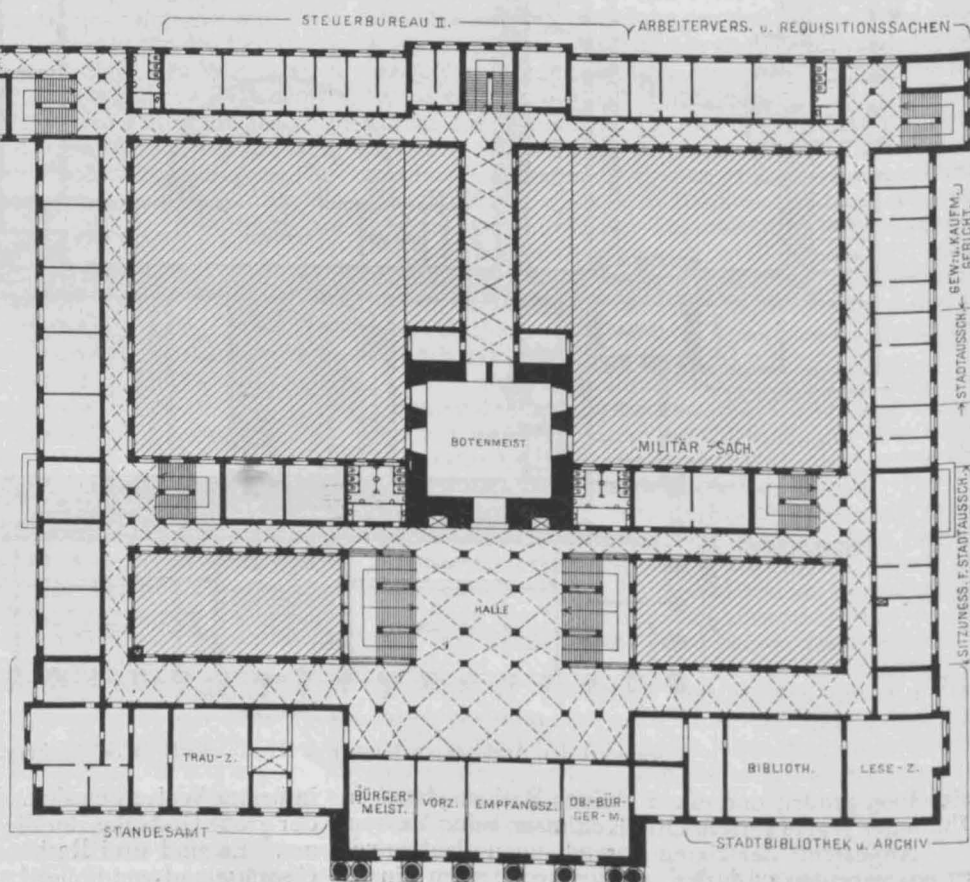
sie einen großen und einen kleinen Rathausplatz. In ähnlicher Weise verteilt Otto Kuhlmann seine Massen. Angesichts der klaren Darstellungen glauben wir es uns versagen zu dürfen, auf die Arbeiten im Einzel-

in bester Weise gewahrt. Im Aufbau geht durch sie der große Gedanke, der die Grundrißanlagen auszeichnet. Es sind drei Rathäuser mit charakteristischem Gepräge und von hoher künstlerischer Auffassung. —

20. August 1910.



I. OBERGESCHOSS.



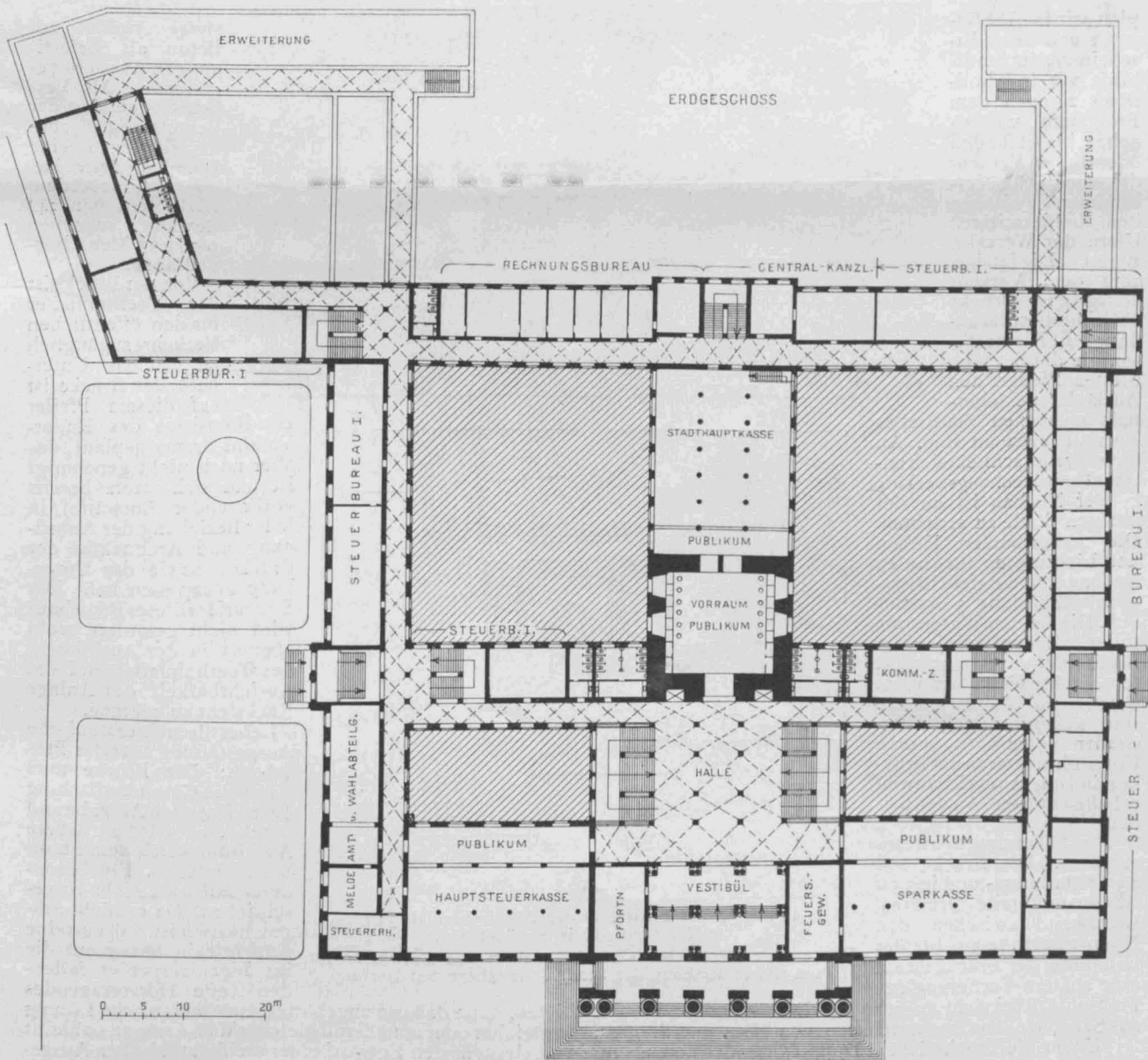
Der engere Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein neues Rathaus der Stadt Schöneberg bei Berlin.

Entwurf des Herrn Prof. Otto Kuhlmann in Charlottenburg.

0 5 10 20m

Der engere Wettbewerb zur Erlangung
 von Entwürfen für ein neues Rathaus
 der Stadt Schöneberg bei Berlin.

Entwurf des Herrn Professor
 Otto Kuhlmann in Charlottenburg.



Wettbewerbe.

Ideen-Wettbewerb Neubau der Kaiser-Brücke in Bremen.
(Vergl. Ausschreibung in No. 63.) Die Brücke, deren Lage-

rigen elektrischen Straßenbahn zu führen, unter der Fahrbahn sind eine Reihe von Rohrleitungen, Kabeln usw. überzuleiten. Für die Fahrbahn ist Steinpflaster, für die Bürger-

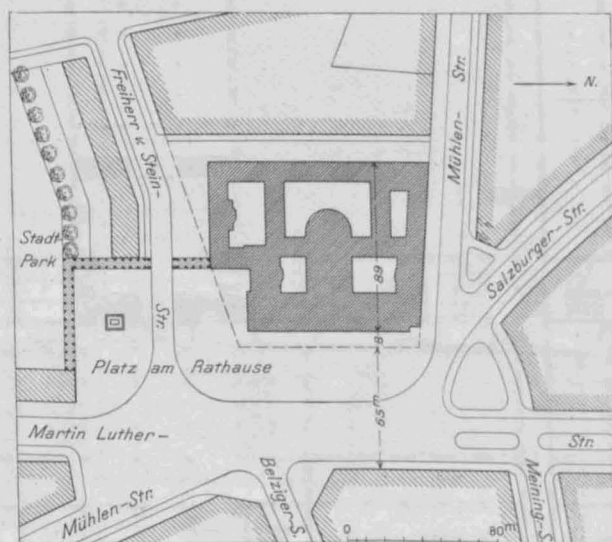
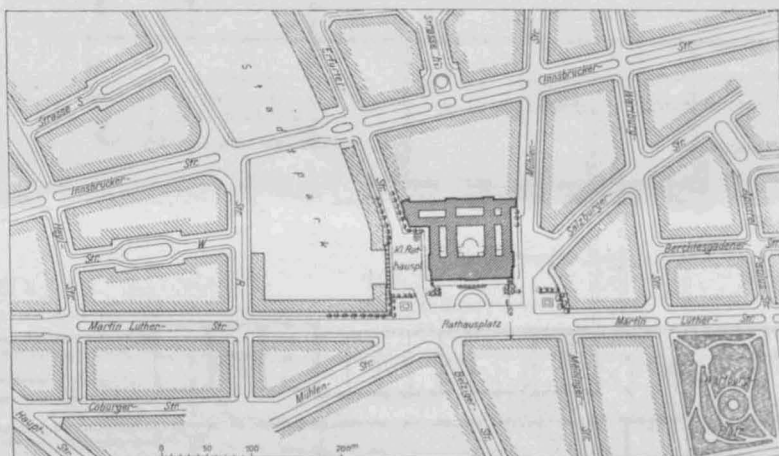


Hauptansicht und Lageplan aus dem Entwurf der Architekten Jürgensen & Bachmann in Charlottenburg.

plan wir in Abbildung 1 und deren Erscheinung im Stadtbilde wir in Abbildung 2 nach dem Programm wiedergeben, bildet für den öffentlichen Verkehr die wichtigste Verbindung zwischen den beiderseitigen Ufern der Weser in Bremen. Die jetzige, 1874 dem Verkehr übergebene Brücke überschreitet die Große und die Kleine Weser, die durch einen breiten Pfeiler, den Ausläufer des oberhalb gelegenen Stadtteiles Teerhof, getrennt sind. An diesen Pfeiler schließt sich unterhalb ein Trennungswerk an.

Der Neubau ist an der jetzigen Stelle zu errichten. Die maßgebenden Höhen und Lichtweiten für diesen Neubau sind aus dem Längsprofil Abbildung 3 ersichtlich. Die beiden Weserarme sollen in Zukunft mit je einer Brückenöffnung von 95 bzw. 60 m Lichtweite überspannt werden, im Hauptstromarm sind außerdem tiefe Uferstraßen vorzusehen, deren Unterführungen an der Brücke mindestens 10 m Lichtweite haben müssen. An den beiden Ufern sind die jetzigen Straßenhöhen möglichst einzuhalten. Die Brücke soll 9,5 m Fahrdamm- und je 3,5 m Bürgersteigbreite erhalten. Lichtweite zwischen den Hauptträgern 10,5 m. Bei der Gründung der Brücke ist auf eine spätere Vertiefung der Flußsohle Rücksicht zu nehmen. Der Baugrund besteht aus Sand, stellenweise durchsetzt von Kies und Steinen.

Ueber die Brücke ist ein Doppelgleis der normalspu-



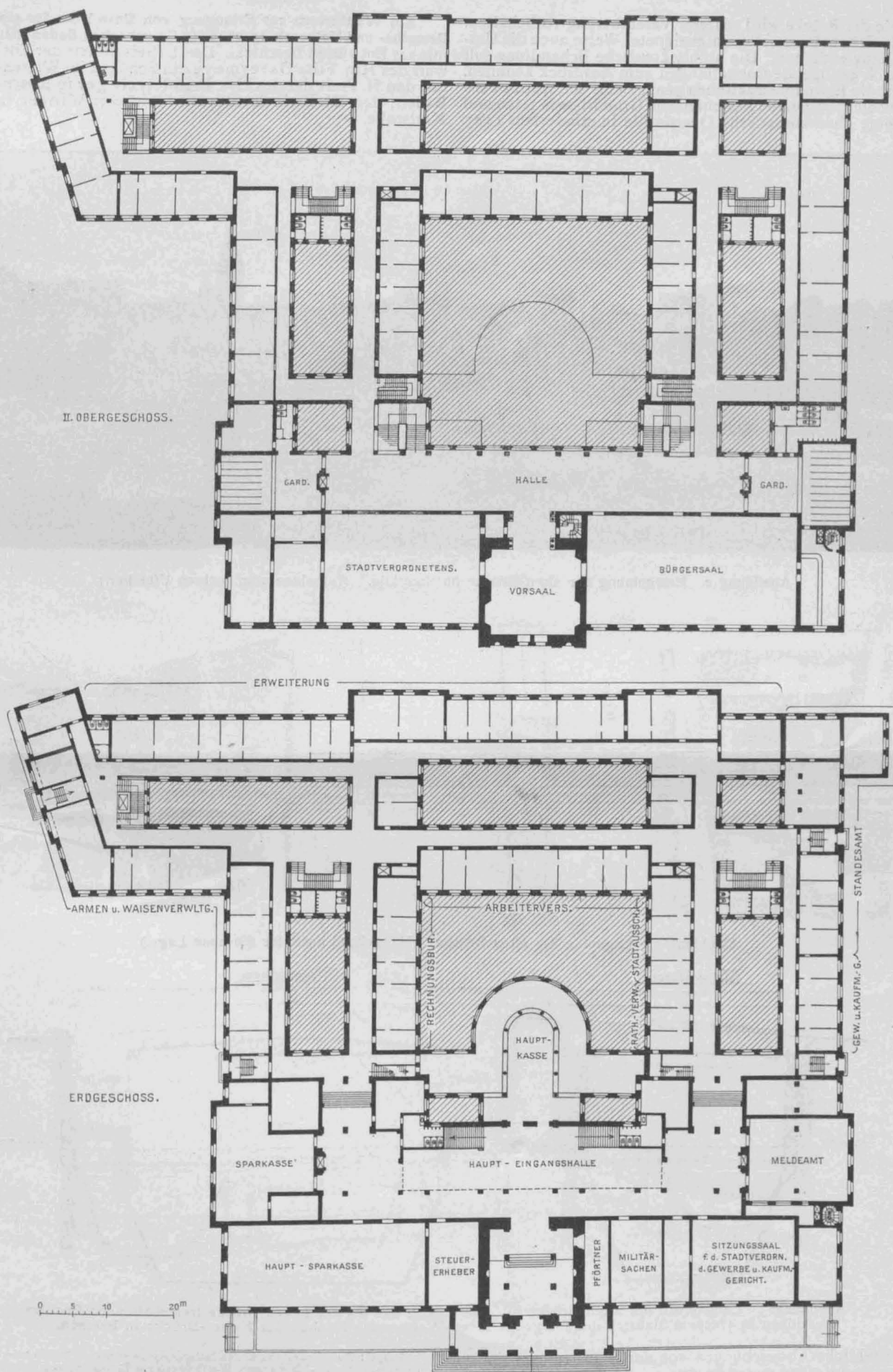
Lageplan des Entwurfes der Architekten Beyer & Niedenhoff in Schöneberg.

Der engere Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein neues Rathaus der Stadt Schöneberg bei Berlin.

steige Asphalt auf Beton als Befestigung in Aussicht genommen. Als Verkehrslasten sind der Berechnung zugrunde zu legen eine Dampfstraßenwalze von 23 t, außerdem Lastwagen von 24 t Gewicht, daneben 500 kg/qm Menschengedränge.

Von der Brücke ist der Teerhofpfeiler für den öffentlichen Verkehr zugänglich zu machen. Unterhalb der Brücke ist auf diesem Pfeiler ein Bootshaus des Ruder-Vereins Brema geplant, das aber noch nicht genehmigt ist und sich (trotz bereits vorliegender Entwürfe) in jeder Beziehung der Anordnung und Architektur der Brücke, sowie der Umgebung anzupassen hat. Der Entwurf für dieses Bootshaus wird nicht gefordert, wohl aber ist in der Ausbildung des Teerhofpfeilers auf die Ausführbarkeit der Anlage Rücksicht zu nehmen.

Ueber die architektonische Ausgestaltung sagt das Programm: Die Brücke muß durch die Gesamtaufassung der zu lösenden Aufgabe und durch eine würdige äußere Ausbildung sich dem Stadtbilde einfügen. Ein besonderer Stil wird nicht vorgeschrieben. Da es nicht ausgeschlossen ist, daß einzelne Entwürfe in bezug auf die ins Ingenieurgebiet fallenden Teile Hervorragendes bieten, ohne daß die zugehörige architektonische Lösung in gleicher oder annähernd gleicher Weise zusagt, so bleibt vorbehalten, den Entwurf einer architektonischen Ausge-



Der engere Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein neues Rathaus der Stadt Schöneberg bei Berlin.
Entwurf der Architekten Jürgensen & Bachmann in Charlottenburg.

staltung der Brücke zum Gegenstand einer beschränkten nochmaligen Ausschreibung zu machen.

Verlangt werden von den Bewerbern diejenigen Zeich-

nungen und Erläuterungen, die dem Preisgericht die auszuführende Brücke deutlich, schnell und bequem veranschaulichen. Die Berechnung der einzelnen Konstruktions-

20. August 1910.

teile der Brücke wird späterer Vereinbarung vorbehalten. Die Schaubilder sollen in geeigneter Weise auch die Umgebung enthalten. Die architektonische Behandlung soll durch genügende Darstellungen zum Ausdruck kommen. Für die Eisenkonstruktionen genügen für den Wettbewerb an Zeichnungen die Ansichten und Grundrisse in 1:100 und einige charakteristische Querprofile in mindestens 1:25.

Ein Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein Gewerbe- und Volksschulgebäude in Gernsbach in Baden war mit 127 Entwürfen besetzt. Den I. Preis erhielt der Entwurf des Hrn. Fritz Ostermeyer in Schönau im Wiesental; den II. Preis der des Hrn. Emil Ritzinger in Baden-Baden; den III. Preis der des Hrn. Professor Winter in Karlsruhe. —

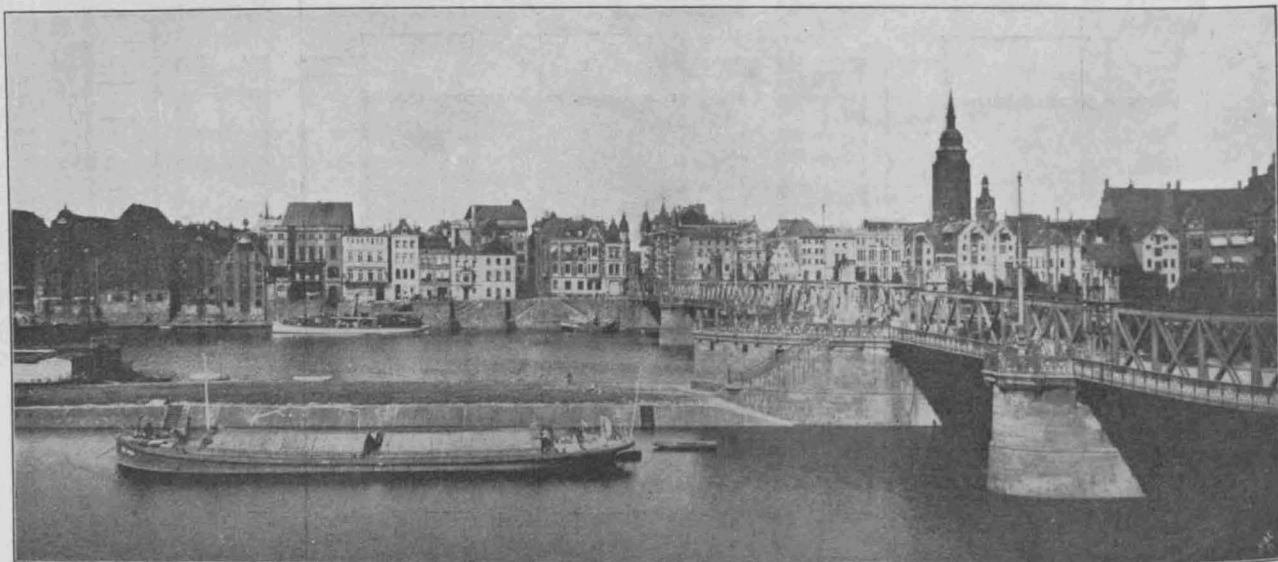


Abbildung 2. Erscheinung der alten Brücke im Stadtbild." (Aufnahme vom rechten Ufer her.)

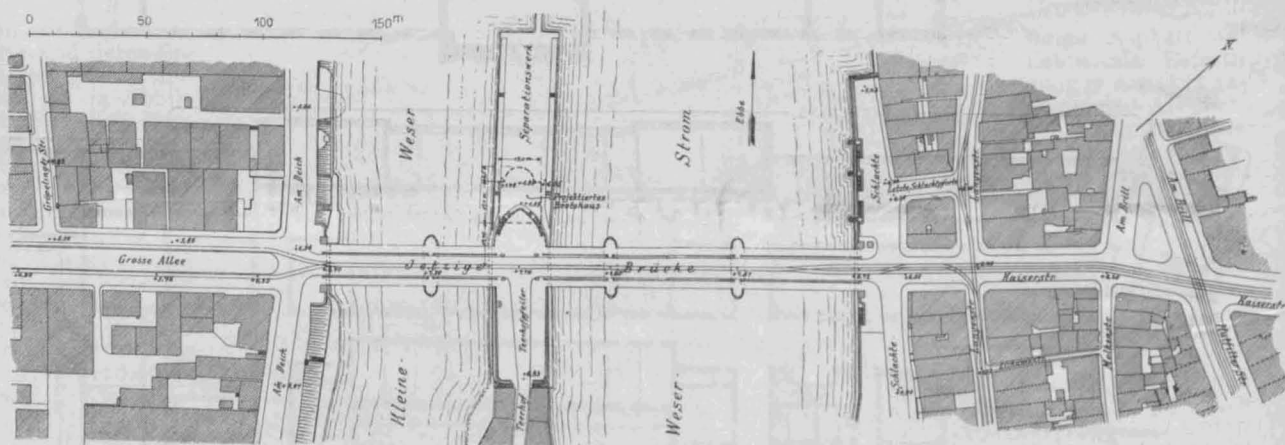


Abbildung 1. Lageplan der alten Brücke. (Maßgebend auch für die neue Lage.)

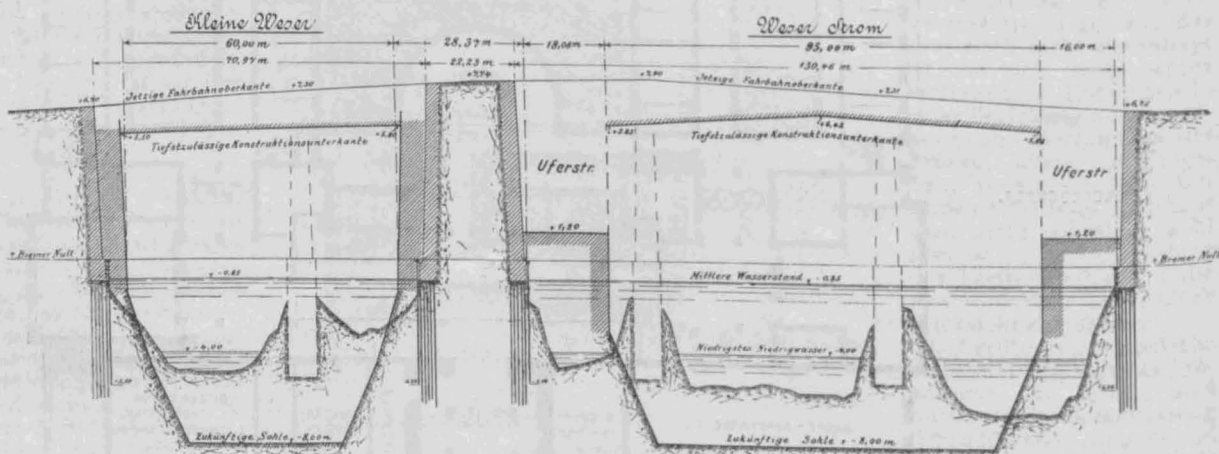


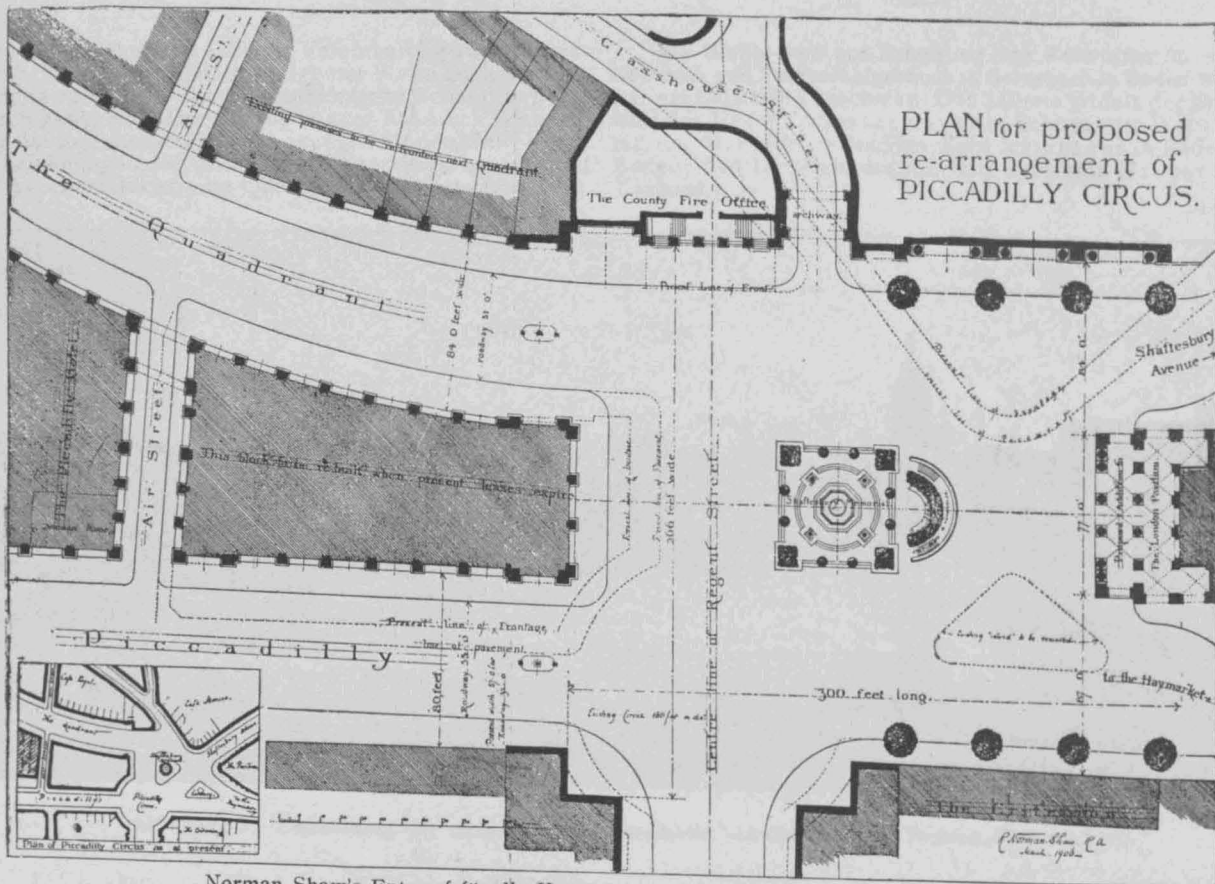
Abbildung 3. Längsprofil der alten Brücke mit Eintragung des bei der neuen Brücke freizuhaltenden Profils (Höhen in 5 fachen Maßstab der Längen). Ideen-Wettbewerb Neubau der Kaiser-Brücke in Bremen.

Sachliche Abweichungen von den Bedingungen sind nur zulässig, wenn trotzdem den an die Brücke zu stellenden Anforderungen in jeder Beziehung entsprochen wird. Die preisgekrönten Entwürfe werden Eigentum der Bauverwaltung. Die Zuerkennung der Preise verpflichtet die Bauverwaltung nicht, einen der preisgekrönten Entwürfe zur Ausführung zu bringen, vielmehr behält sich die Bauverwaltung nach dieser Richtung vollkommen freie Hand vor. —

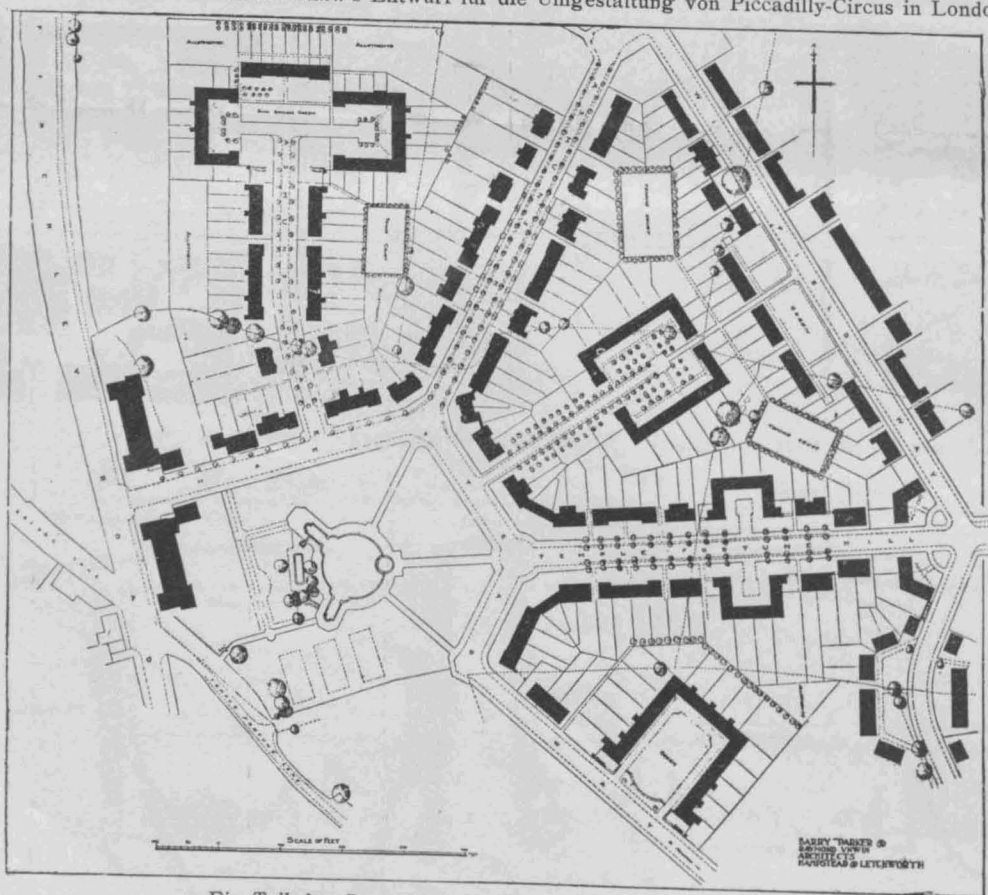
Inhalt: Zur Umgestaltung des Submissionswesens. — Vereine. — Vermischtes. — Tote. — Der engere Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein neues Rathaus der Stadt Schöneberg bei Berlin. — Wettbewerbe. —

Hierzu eine Bildbeilage: Der engere Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein neues Rathaus der Stadt Schöneberg bei Berlin.

Verlag der Deutschen Bauzeitung G. m. b. H., Berlin. Für die Redaktion verantwortlich Albert Hofmann, Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg., P. M. Weber, Berlin.

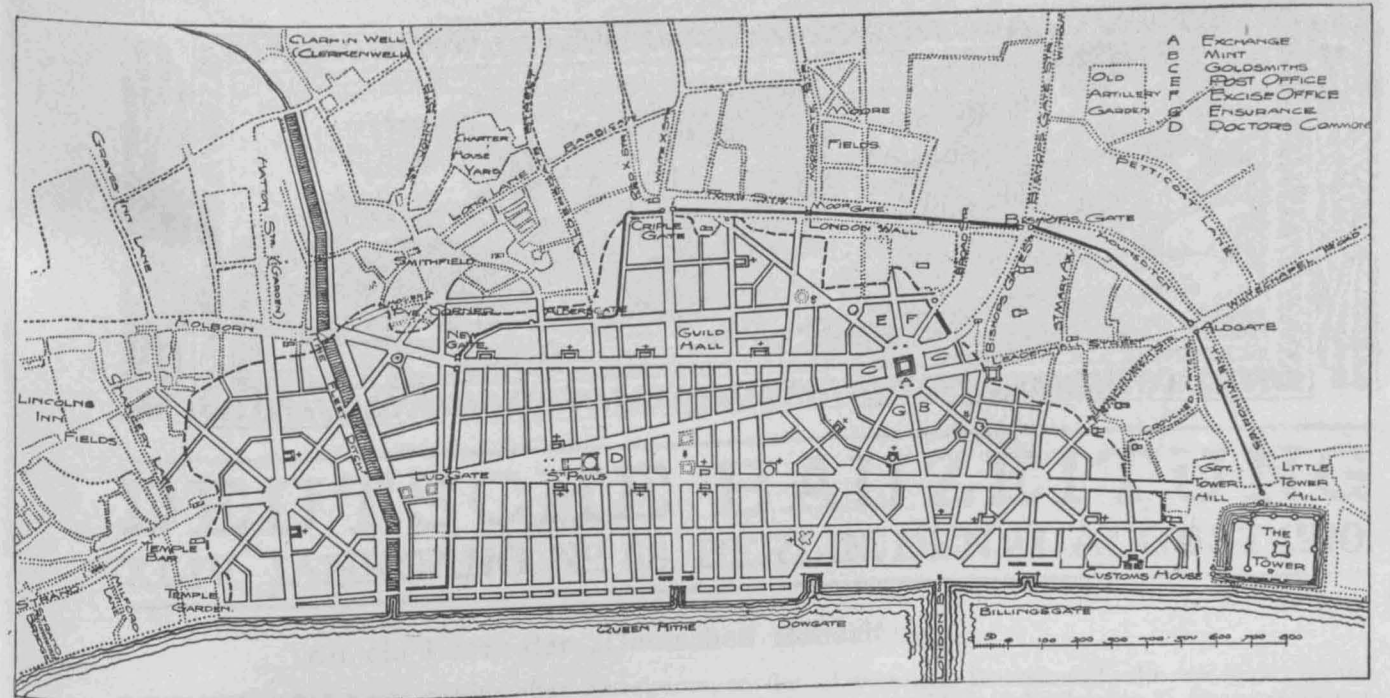
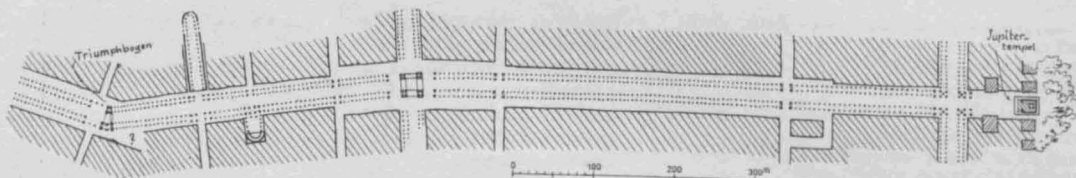


Norman Shaw's Entwurf für die Umgestaltung von Piccadilly-Circus in London.

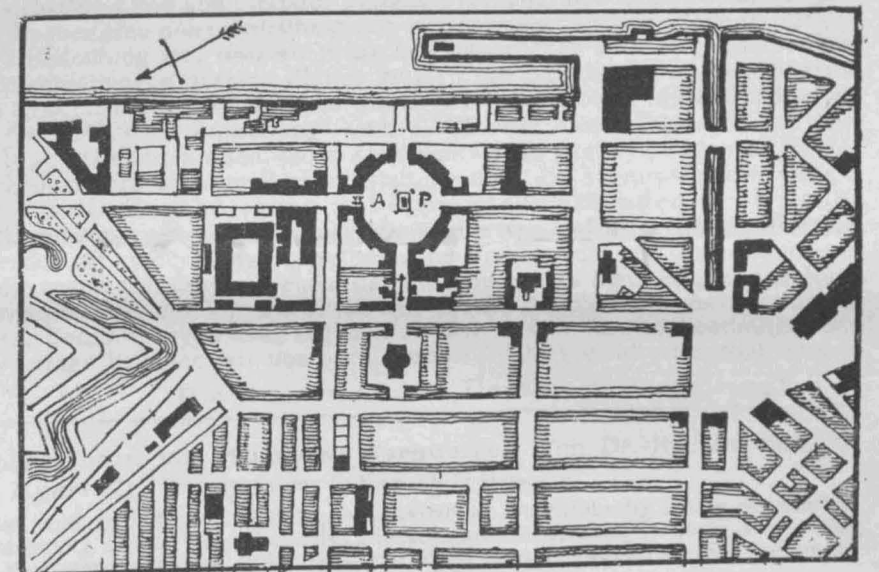


Ein Teil der Gartenvorstadt Hampstead vor London.

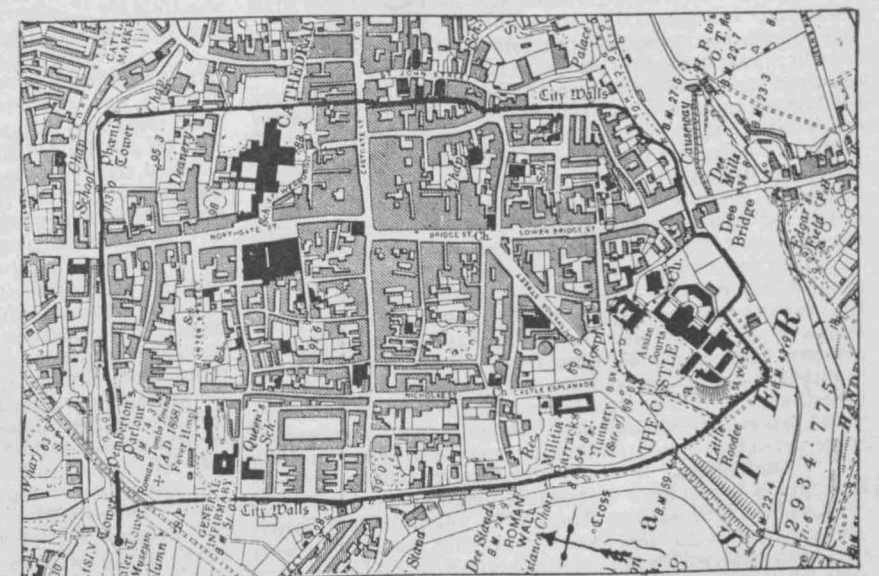
Hauptstraße in Palmyra.



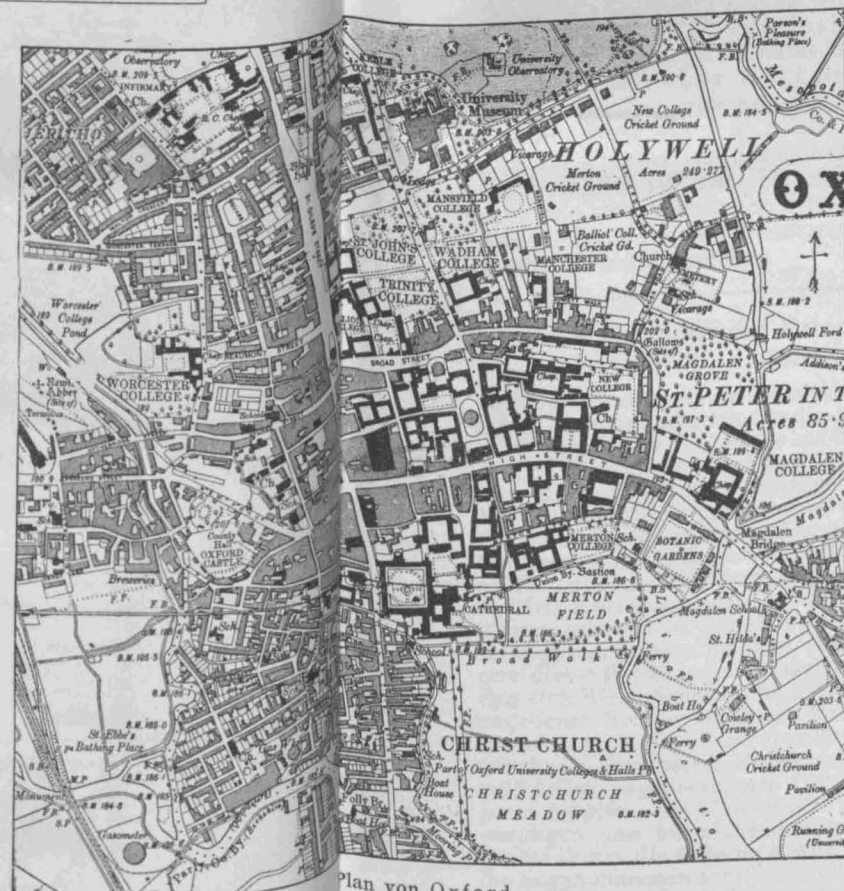
Christopher Wren's Plan für den Wiederaufbau von London nach dem großen Brande des Jahres 1666.



Plan eines Teiles von Kopenhagen.
Die ursprüngliche Anlage um den Amalienborg-Platz zeigend.



Plan von Chester.
Zeigt die auf den Linien des früheren römischen Kastells fußende Entwicklung.



Plan von Oxford.



GRUNDLAGEN DES STÄDTEBAUES. EINE ANLEITUNG
ZUM ENTWERFEN STÄDTEBAULICHER ANLAGEN
VON RAYMOND UNWIN. * AUS DEM ENGLISCHEN
ÜBESETZT VON L. MAC LEAN, REGIERUNGSBAU-
INGENIEUR A. D. * * VERLAG VON OTTO BAUM-
GARTEL, BERLIN 1910. * * * * *

DEUTSCHE BAUZEITUNG
* XLIV. JAHRGANG 1910 * * NO. 68. * * *



DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLIV. JAHRGANG. NO. 68. BERLIN, DEN 24. AUGUST 1910.

An die Leser der „Deutschen Bauzeitung“.



rotz wiederholter Erweiterungen der „Deutschen Bauzeitung“, die wir in der letzten Zeit zur Bewältigung des uns in so überreichem Maße zufließenden Stoffes vornahmen, war es uns doch nicht möglich, ein Gebiet des fachlichen Lebens, das zahlreiche Fachgenossen zu selbstloser und aufopfernder Tätigkeit vereinigt und dem wir für die Entwicklung des Faches eine hohe Bedeutung zusprechen müssen, in dem Maße zu pflegen, wie es dieser Bedeutung und unseren Wünschen entsprochen hätte. Gegenüber den anderen Veröffentlichungen unseres Blattes mußten die Berichte über das Vereinsleben gegen unseren Willen zurücktreten. Einen Mangel erkennen, heißt ihn abstellen. Daher wird die „Deutsche Bauzeitung“ vom 1. Oktober dieses Jahres ab um eine Vereinsbeilage erweitert werden, die in Zwischenräumen von je 14 Tagen am Beginn und in der Mitte des Monats erscheinen wird und der Berichterstattung über die Vereinstätigkeit des gesamten Faches ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit zu bestimmten Verbänden offen stehen soll. Soweit es sich mit den Erscheinungstagen dieser Beilage, die zum ersten Mal am 1. Oktober herauskommen wird, vereinigen läßt, werden wir an der Spitze derselben ohne Entgelt auch die Tagesordnungen der Vereine veröffentlichen, die uns so frühzeitig zugehen, daß ihr Abdruck in den betreffenden Nummern möglich ist. Die Herren Berichtersteller der Vereine bitten wir, uns die Berichte tunlichst unmittelbar nach den stattgefundenen Sitzungen, Besichtigungen usw. zugehen zu lassen. Mit Sorgfalt bearbeitete und durch Abbildungen bereicherte Vorträge behalten wir uns nach unserer Wahl vor, im Hauptteil unseres Blattes zu veröffentlichen. —

Die Redaktion der „Deutschen Bauzeitung“.

Neue Methoden der Berechnung ebener und räumlicher Fachwerke. Von Dr.-Ing. Dr. phil. Heinrich Egerer.*) Besprochen von G. Kapsch in Hamburg.

Aus den allgemeinen analytischen und graphischen Lösungsmethoden für die Berechnung ebener und räumlicher Fachwerke hat der Verfasser des vorliegenden Werkchens vier besondere Wege für die Ermittlung statischer Größen herausgehoben, welche auf eine Vereinfachung des Rechnungsverfahrens hinzielen; diese Spezialmethoden werden als Korrekturprinzip, als Methode der homogenen Deformation bzw. Zentralprojektion und als Komponenten-Methode gekennzeichnet.

Das Korrekturprinzip entspringt der Betrachtung der allgemein linearen Beziehungen zwischen den äußeren Kräften und Stabspannungen. Nimmt man eine oder mehrere dieser Beziehungen zunächst willkürlich an, so werden sich die übrigen durch die angenommenen und die gegebenen Kräfte ausdrücken lassen; die frei bleibenden Gleichungen liefern dann neue Beziehungen zwischen den erwähnten besonderen Unbekannten. Sind diese vorerst willkürlich angenommenen Unbekannten Stabkräfte, so ist es möglich, die übrigen Stabkräfte mit Hilfe der notwendigen und hinreichenden Anzahl Gleichungen zunächst durch die äußeren Kräfte auszudrücken, während die angenommenen sämtlich Null gesetzt sind; man kann ferner für die willkürliche Annahme je einer Unbekannten in demselben System die übrigen Unbekannten gesondert bestimmen. In jedem dieser Belastungsfälle werden die freibleibenden Gleichungen nicht aufgehen, sondern „Widersprüche“ liefern; die Uebereinander-Lagerung aller Belastungsfälle gibt nach dem Superpositionsprinzip das wirkliche Ausgangssystem und die freibleibenden Gleichungen deuten an, daß die Summe der „Widersprüche“ jeder Gleichung verschwinden muß. Das Verfahren deckt

sich in der praktischen Durchführung i. Allg. mit der Methode des unbestimmten Maßstabes, der Stabvertauschung oder der durch Föppl zuerst angewendeten Knotenpunkts-Bedingungen.

Projiziert man etwa bei einer Schwedlerkuppel die an einem Ringknoten angreifenden Kräfte schief in der Richtung des Gratstabes auf die Ringebene, so verschwinden in dieser Projektion die mit der Richtung des Gratstabes zusammenfallenden Kräfte und Komponenten, die übrigen bleiben in wahrer Größe erhalten, und man hat ein ebenes System vor sich, aus welchem die Stabkräfte auf einfache Weise bestimmt werden können. Der Verfasser bezeichnet dies als Methode der Zentralprojektion. Auf ähnliche Beziehungen führt die Methode der homogenen Deformation, bei welcher durch eine lineare Transformation das allgemeine Gleichungssystem in ein anderes übergeht, welches eine einfachere Lösung gestattet und bei räumlichen Fachwerken über regelmäßigen Grundrissen gleich der Zentralprojektion zu einfachen Ergebnissen führt.

Als Komponenten-Methode wird endlich ein übriges nicht durchweg neues, bei graphischen Rechnungen mit Vorteil verwendetes Verfahren bezeichnet, nach welchem die äußeren Kräfte so in Komponenten zerlegt werden, daß diese einzelnen Stäben oder Gruppen von Stäben zugewiesen werden können; es gelingt dann meist, ein ebenes Stabsystem mit den zugehörigen Komponenten der äußeren Kräfte aus dem räumlichen loszulösen und diese Stabkräfte zunächst auf einfache Weise zu bestimmen.

Die verschiedenen Methoden werden auf ebene und räumliche Probleme angewandt und an praktischen Beispielen erläutert. Im Besonderen wird die Netzkuppel, Schwedlerkuppel, Schlink's Scheibenkuppel und die Kuppel der Leipziger Markthalle unter Anwendung der ver-

*) VII und 96 Seiten; mit 65 in den Text gedruckten Abbildungen. Berlin 1909. Verlag von Jul. Springer. Geh. 2,40 M.

schiedenen Verfahren behandelt; zum Schluß wird die Berechnung eines von Schlink behandelten Beispiels (Zeltdach) und der Reichstagskuppel unter Anwendung ebener Kräftepläne gezeigt. Der Gedanke, die Stabkräfte der Zimmermann'schen Kuppel mittels ebener Kräftepläne zu ermitteln, ist an sich gewiß sehr einfach; doch sind diese ebenen Kräftepläne selbst nicht auf einfache Weise zu zeichnen; man muß schon ein kinematisches Verfahren oder den Ersatzstab zu Hilfe nehmen; außer den vier

Ersatzstab: $o = S_e^0 - \lambda S_e'$ und hieraus $\lambda = S_e^0 / S_e'$; die Kräftepläne sind in Aufriß und Grundriß ineinander gezeichnet.

Abbildung 2 zeigt die Zerlegung unter Anwendung der homogenen Deformation. Der freie Knoten ist im Grundriß mit allen Stäben und der angreifenden Kraft so verschoben, daß die Stäbe 1 und 2 in eine Gerade fallen, der Aufriß aber ungeändert bleibt. Das schraffierte Dreieck zeigt die Zerlegung nach der Richtung der Stäbe 1' 2' und 3'; ist S_3' bekannt, so ist es auch die Stabkraft in 3, womit dann die weitere Zerlegung nach den wahren Richtungen von 1 und 2 erfolgen kann. Die analytische Begründung folgt aus den allgemeinen Gleichgewichts-Bedingungen nach den drei Koordinaten-Achsen. Es ist:

$$\begin{aligned} -\frac{S_1}{s_1} x_1 + \frac{S_2}{s_2} x_2 + \frac{S_3}{s_3} x_3 - \frac{P}{p} x_p &= 0 \\ \frac{S_1}{s_1} y_1 - \frac{S_2}{s_2} y_2 + \frac{S_3}{s_3} y_3 - \frac{P}{p} y_p &= 0 \\ \frac{S_1}{s_1} + \frac{S_2}{s_2} + \frac{S_3}{s_3} + \frac{P}{p} &= 0 \end{aligned}$$

wo $s_i = \sqrt{x_i^2 + y_i^2 + z_i^2}$; $p = \sqrt{x_p^2 + y_p^2 + z_p^2}$

Multipliziert man die dritte Gleichung mit dem willkürlichen Faktor v und setzt sie in die zweite ein, so folgt eine Gleichung, welche dem im Grundriß deformierten System 1' 2' 3' P' entspricht, nämlich:

$$\frac{S_1}{s_1} (y_1 + v) - \frac{S_2}{s_2} (y_2 - v) + \frac{S_3}{s_3} (y_3 + v) - \frac{P}{p} (y_p - v) = 0.$$

Das vorliegende Werk ist keine Einführung in die Theorie räumlicher Fachwerke, setzt vielmehr allerlei voraus und ist nicht durchweg leicht lesbar; einzelne Sätze bedürften mitunter auch eine schärfere Fassung. Wer in dessen der Entwicklung der Theorie im letzten Jahrzehnt gefolgt ist, wird das Büchlein nach der Lektüre nicht unbefriedigt aus der Hand legen. —

Raymund Unwin's „Town Planning in Practice“. Unter dem Titel „Grundlagen des Städtebaues“ übersetzt von L. Mac Lean.* (Hierzu eine Doppelpflanbeilage, sowie die Abbildungen S. 539, 540, 541 und 542.)

Der Schluß des vorigen Jahres hat uns ein ausführliches englisches Werk über Städtebau beschieden, verfaßt von Arch. R. Unwin, der mit Barry Parker an der Erbauung der neueren Gartenstädte, besonders von Letchworth und Hampstead, eine rege Mitwirkung ausgeübt hat. Reg.-Bmstr. L. Mac Lean hat das Buch ins Deutsche übersetzt und bei Otto Baumgärtel in Berlin erscheinen lassen. Nach einer Einleitung folgt gleich ein Hauptabschnitt des Werkes „Ueber die Eigenart von Städten, mit einem kurzen Abriss über antike Städtebaukunst“. Es ist eine knapp gefaßte Geschichte des Städtebaues, der wir vier Abbildungen entnehmen: 1. die Hauptstraße von Palmyra, der spätrömischen Stadt in der syrischen Wüste, 2. Chester, die mittelalterliche Stadt im römischen Mauerring, 3. Oxford, die bekannte Universitätsstadt, 4. Wren's Plan für den Wiederaufbau von London nach dem Brand von 1666 (Beil.). Unwin gibt hierbei auch eine Darstellung der Entwicklung des neueren deutschen Städtebaues, die zwar in Einzelheiten nicht ganz zutreffend, aber ein sprechendes Zeugnis dafür ist, wie mächtig unsere Entwicklung auf die Engländer gewirkt hat. Dies gilt sowohl für die Befugnisse der Gemeinden, Stadtbaupläne festzustellen, Befugnisse, die von der neuesten Gesetzgebung in ähnlicher Art auch den englischen Städten übertragen worden sind, als für den künstlerischen und technischen Inhalt dieser Pläne.

Ein folgender Abschnitt handelt von „formal and informal beauty“ oder „Von der Schönheit der Regelmäßigkeit und der Unregelmäßigkeit“. Als Beispiel dient ihm u. a. Oxford und der in unserer Planbeilage dargestellte Stadtteil von Kopenhagen. Auch die Gegenüberstellung unserer Abbildg. S. 542: „An imaginary irregular town“ oder „Schulbeispiel einer unregelmäßig angelegten Stadt“, Marktplatz in Wells S. 541, Straße in Brügge S. 542 und Kärntner Ring

in Wien S. 540 gehören hierher. Der Verfasser schätzt das Regelmäßige wie das Unregelmäßige, wenn es an seinem Platz ist. Lehrreich sind auch die Abschnitte über die Umwallungen, Umgrenzungen und Umgebungen der Städte und deren Zugänge, über Platzanlagen (s. unsere Abbildg. S. 540 und 541: Marktplatz in Nürnberg, Schloßplatz in Stuttgart und Vendômeplatz in Paris), über die Anordnung von Hauptstraßen und Wohnstraßen, endlich über das Zusammenarbeiten der verschiedensten Körperschaften und Persönlichkeiten im Bau der Städte.

Von dem neueren englischen Städtebau mögen unsere Abbildungen: Teil der Landhaus-Ansiedlung Hampstead (Beilage), Stadtteil aus Letchworth, Bebauung eines Straßennickes und einer Straßenbiegung, Reihenaufbau (S. 539), Straßenschnitte aus Hampstead und Earswick (Seite 541) eine Vorstellung geben. Die Liebe zum kleinen Haus, die Anordnung der Häuser in Gruppen, die den Rand von Grünflächen umgeben, oder in gestaffelten Reihen mit reichlicher Durchlüftung, endlich die Durchsetzung der Ansiedelung mit Spiel- und Sportplätzen, das sind wohl die Kennzeichen dieser überaus anmutenden Schöpfungen. Daß aber auch von Städtebau-Aufgaben großen Maßstabes die Engländer sich nicht zurückhalten, möge Norman Shaw's Entwurf für die Umgestaltung des bekannten Londoner Verkehrsplatzes Piccadilly Circus zeigen, der in unserer Beilage wiedergegeben ist.

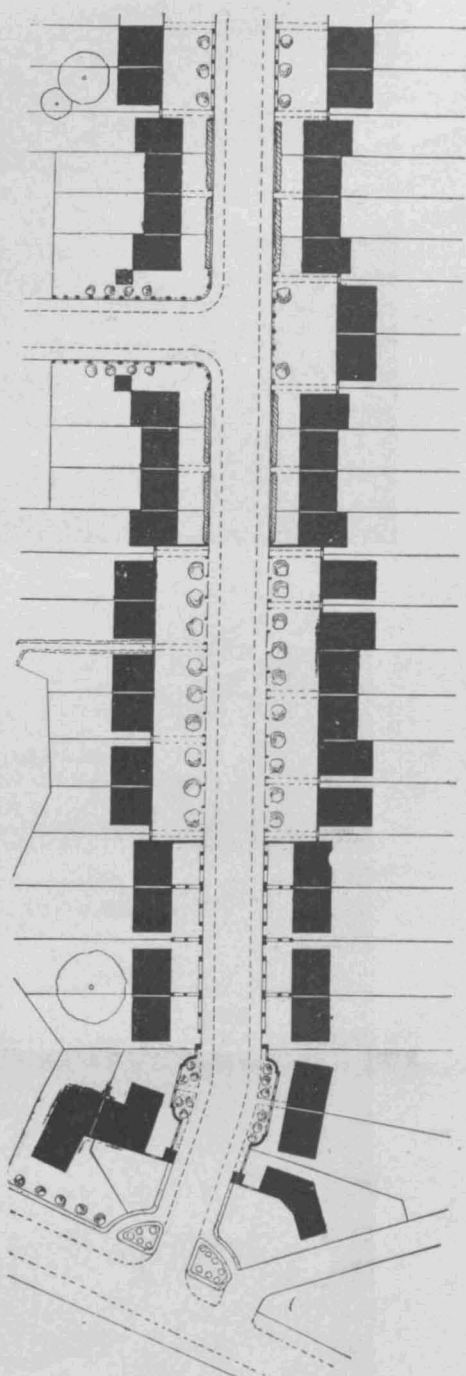
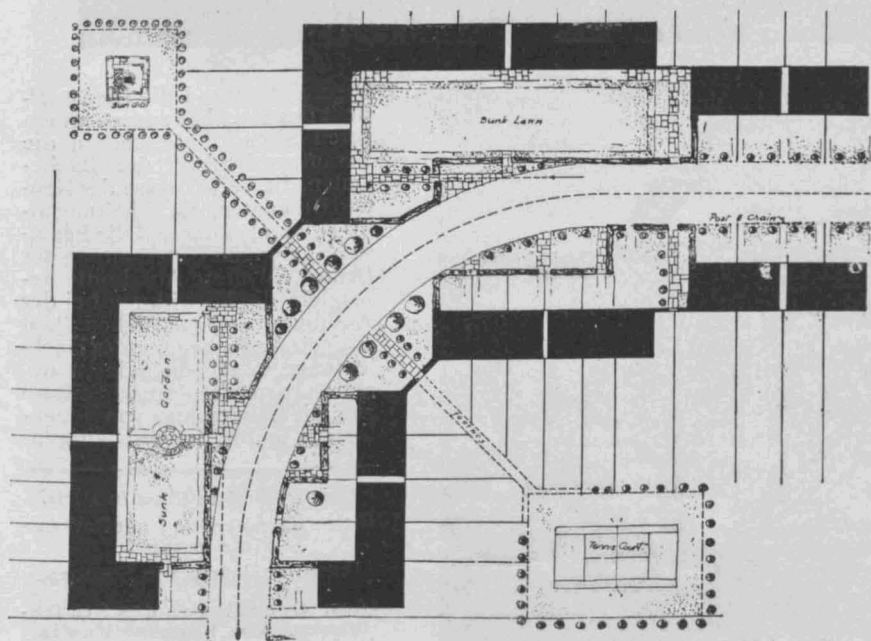
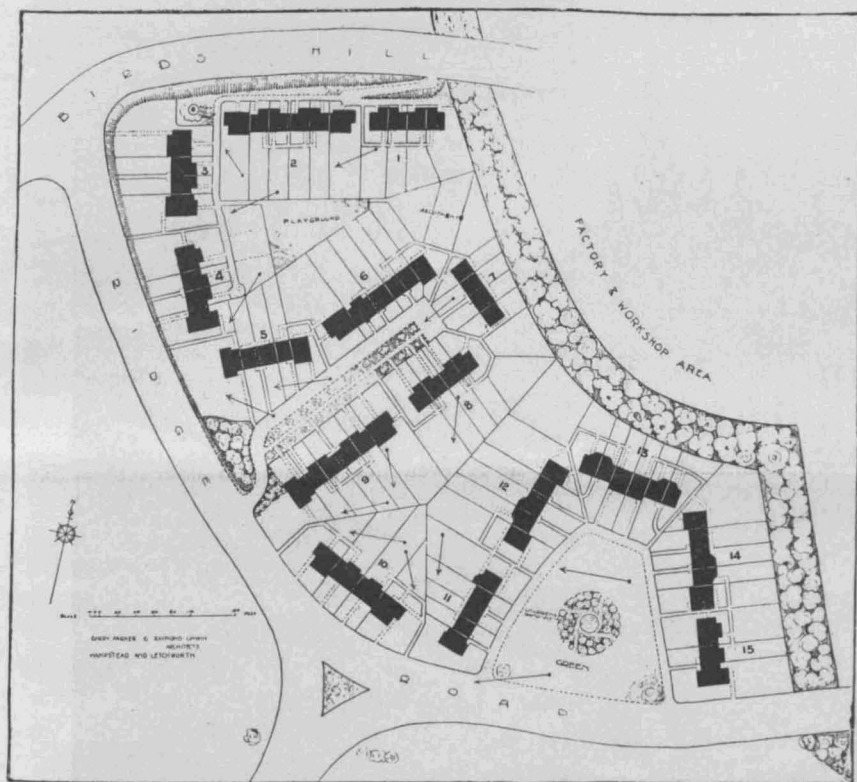
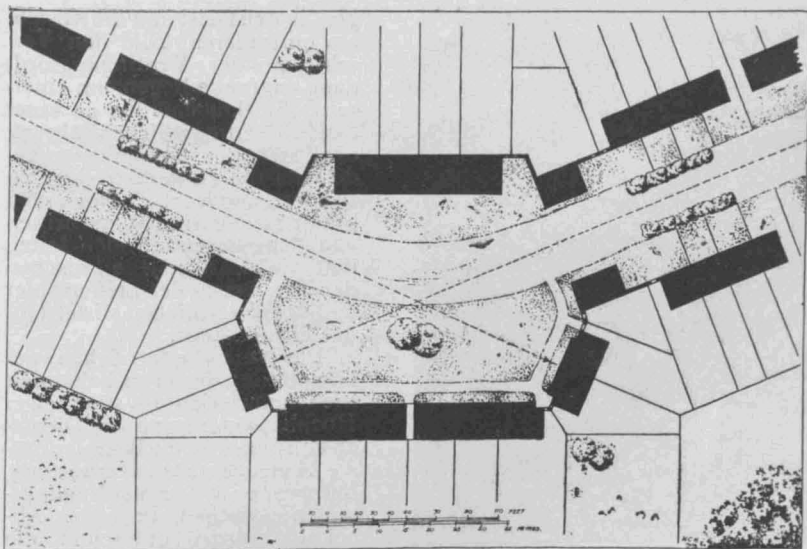
Unwin's Werk ist wohl die erschöpfendste unter den neueren Schriften über Städtebau. Als Belehrungs- und Nachschlagebuch ist das Buch von sehr großem Wert; die künstlerischen und praktischen Anregungen sind durchweg wohl durchdacht und den Erfordernissen der Wirklichkeit angepaßt. Der Untertitel „An Introduction to the Art of designing cities and suburbs (Anleitung zum Entwerfen von städtebaulichen Anlagen)“ ist deshalb in vollem Maß gerechtfertigt. —

J. Stübgen.

Literatur.

Badische Hochbauverwaltung. Ein Handbuch für Beamte, Architekten und Gewerbetreibende. Von Ministerialrat Ferd. Antoni, Referent für das Hochbauwesen im Großh. badischen Ministerium der Finanzen. Karlsruhe, 1909. Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei. Preis gebunden 9,50 M. —

Das Buch verdankt seine Entstehung einer Anregung des verstorbenen Finanzministers Dr.-Ing. Honsell und will ein Handbuch sein einerseits den badischen Hochbaubehörden und den mit Bauangelegenheiten und Verdingungen beschäftigten Zentralverwaltungsstellen, anderseits für alle, die mit dem staatlichen Bauwesen in Baden in irgend einer Beziehung stehen oder in Beziehung tre-



Gestaffelter Reihenzbau.

- Links oben:
Bebauung eines Straßenknicks.
- Links Mitte: Stadtteil Birds Hill Estate
der Gartenstadt Letchworth.
- Links unten:
Bebauung eines Straßenbogens.

(Aus: Grundlagen des Städtebaues. Von Raymond Unwin. Verlag von Otto Baumgärtel in Berlin.)

ten. Der Charakter des Handbuches ist nach Form wie nach Uebersichtlichkeit in der Behandlung und Anordnung des Stoffes vortrefflich gewahrt. Eine Bemerkung des Vorwortes erscheint uns wichtig genug, sie hier anzuführen, denn sie spricht von einer größeren Rücksichtnahme, als sie sonst von bürokratischen Stellen dem Handwerk gewährt zu werden pflegt. Die Bemerkung bezieht sich auf Erläuterungen, die in Form von Anmerkungen dem II. Teil des Buches eingefügt wurden und das Ziel verfol-



gen, "in den Geist und die Absichten einzuführen, „die den Vorschriften der Verdingungsordnung zugrunde liegen, um einerseits die Baubehörden zu einer handwerkerfreundlichen Führung des Geschäftes zu veranlassen, anderseits die Gewerbetreibenden zu überzeugen, daß die Regierung bei Erlassung dieser Vorschriften von dem Bestreben sich leiten ließ, die richtige Mitte zwischen den Interessen der Steuerzahler und des gewerblichen Mittelstandes einzuhalten“.

Das Werk gliedert sich in zwei Hauptteile; der erste behandelt die Organisation des staatlichen Hochbauwesens und die Dienst-anweisungen für die Beamten dieses Zweiges der Staatsverwaltung, der zweite ist dem Verdingungswesen gewidmet. Im ersten Abschnitt werden betrachtet die



Organisation und die Dienstaufsicht des Hochbauwesens im engeren Sinne, insbesondere die Verantwortlichkeit der Baubeamten, die Verhältnisse der Neu- und Umbauten, die Erhaltung alter Baudenkmäler und die Beaufsichtigung und Unterhaltung der Bauten. Weitere Abschnitte behandeln die Mitwirkung bei der Ausübung der staatlichen Baupolizei, die Besorgung des Hochbauwesens der Gemeinden, anderer Körperschaften und Stiftungen, die Uebernahme von Nebenämtern und Nebenbeschäftigten.

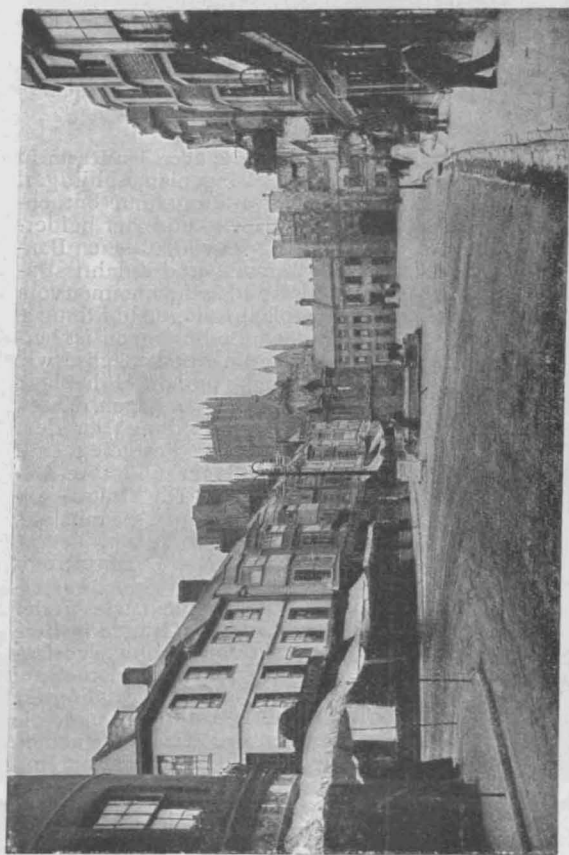
Oben: Vendôme-Platz in Paris.
Mitte: Kärntner-Ring mit Rathaus-Platz in Wien.

Unten: Schloßplatz in Stuttgart.

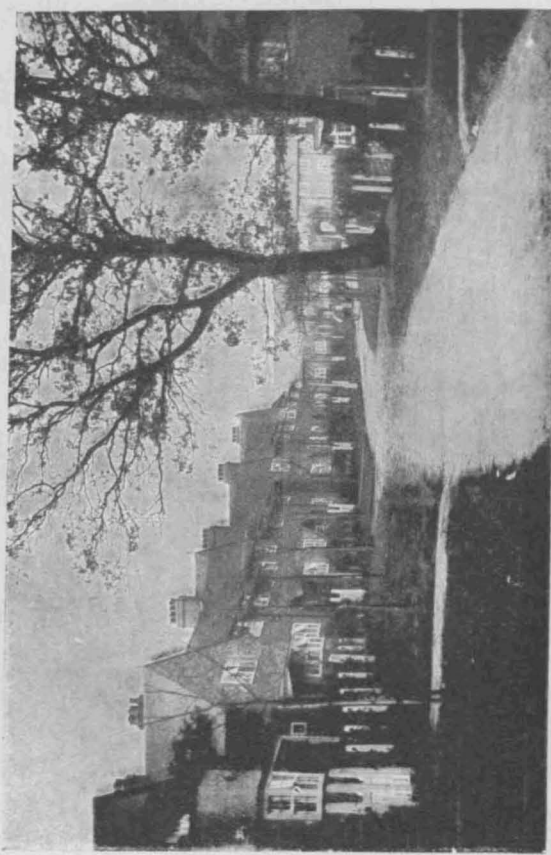
(Aus: Grundlagen des Städtebaues. Von Raymond Unwin. Verl. von Otto Baumgärtel in Berlin.)

gen durch die staatlichen Hochbaubeamten und die Dienstführung der Baubehörden im allgemeinen.
Deran Ausdehnung dem ersten Hauptteil (361 S.) nahezu

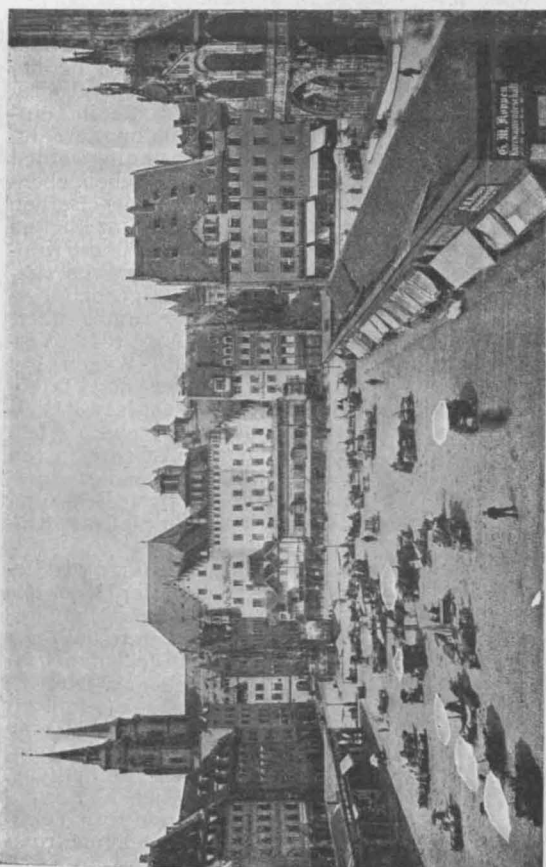
badischen Verwaltung diesem Zweig des Geschäftslebens mit Recht beigemessen wird. Dem Abschnitt ist eine 66 Druckseiten umfassende sehr bemerkenswerte geschicht-



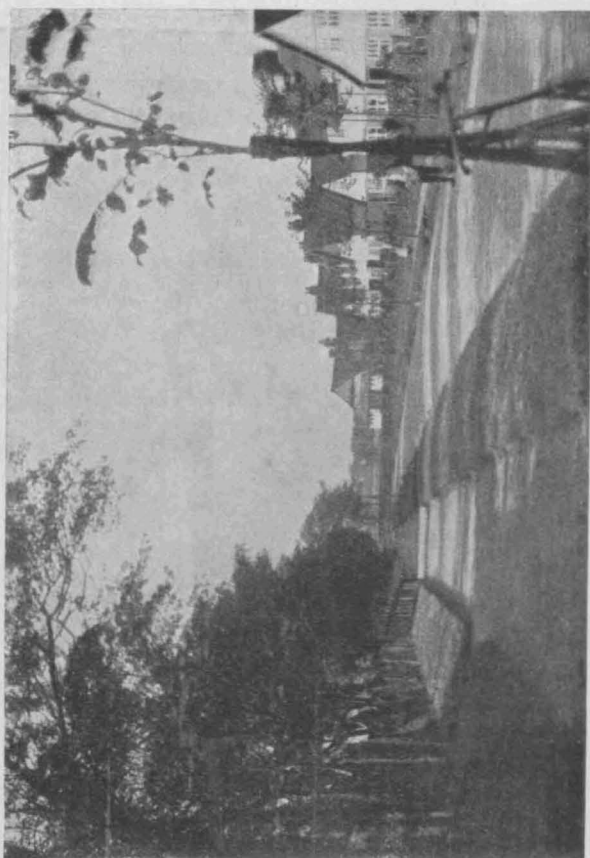
Marktplatz in Wells.



Straßenbild aus Hampstead.
(Aus: Grundlagen des Städtebaues. Von Raymond Unwin. Verlag von Otto Baumgärtel in Berlin.)



Marktplatz in Nürnberg



Straßenbild aus Earswick.
(Aus: Grundlagen des Städtebaues. Von Raymond Unwin. Verlag von Otto Baumgärtel in Berlin.)

entsprechende zweite Hauptteil (310 S.) ist in vollem Umfang dem Verdingungswesen gewidmet und zeigt schon durch diese Behandlung die Bedeutung, die in der

liche Einleitung vorangestellt, in welcher zu Eingang die Ansicht ausgesprochen wird, es müsse bei gutem Willen beider Teile gelingen, einen Weg zu finden, bei welchem



Schulbeispiel einer unregelmäßig angelegten Straße.



Straßenbild der „Rue des Pierres“ in Brügge.

(Aus: Grundlagen des Städtebaues. Von Raymond Unwin. Verlag von Otto Baumgärtel in Berlin.)

in bezug auf den in der Natur der Sache liegenden Gegensatz zwischen Staat und Unternehmer im Verdingungswesen doch beide Seiten ihre Rechnung finden.

Das Werk bietet mehr als eine trockene Zusammenstellung von Organisation, Vorschriften und Anweisungen. Vielleicht kommen wir auf Einzelnes seines hauptsächlich in den Kapitel-Einleitungen niedergelegten Materiales noch zurück.

Wettbewerbe.

Wettbewerb Straßenbrücke über den Rhein in Cöln. Aus dem Uebersichtslageplan, Abbildg. 1, den wir dem Wettbewerbs-Programm entnehmen, ist die Lage der Brücke und der beiderseits unter Durchbrechung der vorhandenen Baublöcke anzulegenden Rampen und Zufahrtsstraßen ersichtlich. Das Stadtbild, aufgenommen vom Standpunkt B des Lageplanes, zeigt Abbildung 2.

Aus den technischen Bedingungen ist hervorzuheben, daß sowohl die Brückenachse wie das Längsprofil der Fahrbahn und die Höhenlage der Konstruktions-Unterkannte festliegen. (Vergl. das Längsprofil der Brücke, Abbildung 3, aus dem alle Maße zu entnehmen sind.) Festgelegt sind ferner die Lage der Widerlager und ihre Gesamtentfernung von 427,95 m. Die Brücke soll drei Oeffnungen erhalten, von denen die mittlere, symmetrisch zu den Widerlagern anzuordnende, 170—206 m Lichtweite erhalten soll. Ein Strompfeiler darf nicht mehr als 103,68 qm Hochwasser-Durchflußprofil in Anspruch nehmen. Die Art der Gründung ist freigelassen, die Gründungstiefe auf Grund der bisherigen Bohrergebnisse vorläufig auf — 9,5 am C. P. angenommen. Der Druck auf den Baugrund soll 5 kg/qcm nicht überschreiten.

Auch die Breiten-Abmessungen und die Fluchtlinien der Rampen liegen im allgemeinen fest, nur in der Umgebung der Brückenköpfe sind beiderseits und an der Cölner Seite auch in den Rampenfluchten Abweichungen zulässig, die sich aber in wirtschaftlichen Grenzen halten müssen. Die Ueberbrückungen des Thurmmarktes in Cöln und der Freiheit-Straße in Deutz sollen in Stein oder Beton ausgeführt werden.

Für die Querschnittsanordnung der Strombrücke ist eine gewisse Freiheit gelassen, wobei jedoch bestimmte Maße festzuhalten sind. (Vergl. den Querschnitt Abb. 4. Die unterstrichenen Maße sind einzuhalten.) Ueber Ausbildung der Fahrbahntafel und die Pflasterung werden genaue Vorschriften gegeben, ebenso für die Durchbildung des eisernen Ueberbaues in den Einzelheiten und seine Berechnung. Für die Konstruktionshöhe dürfen 1,7 m vom tiefsten Punkt der Hauptträger bis Oberkante Fahrbahnmitte nicht überschritten werden. Als größte Verkehrsbelastung kommen 20 t-Wagen, 23 t schwere Dampfwalzen und Triebwagen der die Brücke mit zwei Gleisen überschreitenden elektrischen Bahn in Betracht, die Achsdrucke von 12 t ausüben. Als größte Beanspruchung für die ungünstigste Belastung werden 1350 kg/qcm für die Hauptträger zugelassen.

Bezüglich der Ausführung ist bestimmt, daß während der Dauer des Baues und bis zur Eröffnung der Straßenbrücke die dicht unterhalb der Baustelle liegende Brücke dem Verkehr erhalten bleiben muß. Die Mittelöffnung der Rüstungen (vergl. das Längsprofil Abbildung 3) erhält eine Durchfahrt für den Schiffsverkehr, für den ein besonderer Schleppdienst einzurichten ist. In den Wintermonaten dürfen, so lange Eisgang zu befürchten ist, Rüstungen im Strombett nicht stehen bleiben.

Verlangt werden ein vollständiger prüfungsfähiger Entwurf mit Gesamt- und Einzel-Lageplänen, Entwurf der Unterbauten in 1:100, der Ueberbrückungen des Thurmmarktes bzw. der Freiheit-Straße in 1:100 bzw. 1:20; der

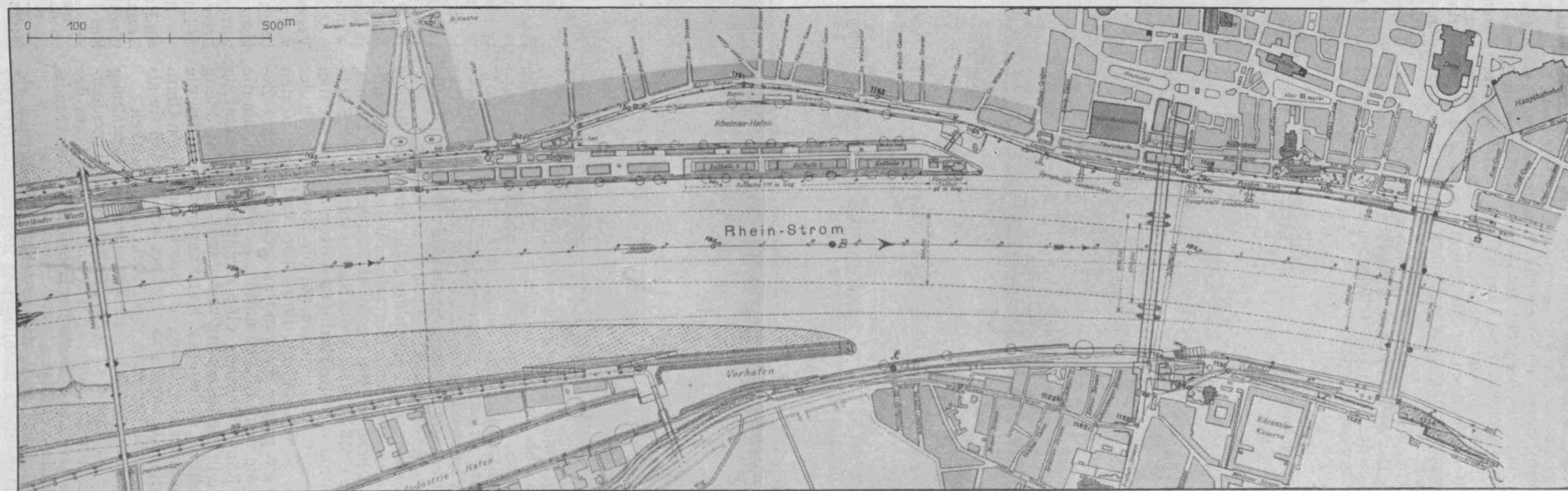


Abbildung 1. Lageplan der neuen Straßenbrücke anstelle der alten Schiffbrücke. Abbildung 2 (oben). Stadtbild vom Punkt B des Lageplanes mit Blick gegen die umgebaute Dombrücke, Wettbewerb Straßenbrücke über den Rhein in Cöln.

vollständige Entwurf des eisernen Ueberbaues 1:50 bis 1:100, der Einzelheiten 1:10 und 1:20; Entwurf der Rüstungen 1:200; zwei Perspektiven der Brücke im Stadtbild von vorgeschriebenen Standpunkten aus (A bzw. B im Lageplan), desgl. der Strompfeiler und der Brückenköpfe im Zusammenhang mit der Bebauung. Ferner sind Skizzen einzureichen für die künstlerische Gestaltung der nächsten Umgebung der Brücke. Zu liefern sind ferner statische Berechnungen für alle Bauteile, genaue Massenberechnungen; eingehende Erläuterungen, ein genauer Arbeitsplan.

Das Angebot hat sich zu beziehen auf die Uebernahme des Bauwerkes einschl. aller Nebenanlagen, soweit nicht ein Teil der Arbeiten durch die Stadtselbstausgeführt wird, worüber das Programm genaue Auskunft gibt.

Ueber die ästhetische Ausgestaltung der Brücke und

Abbildung 3.
Längsprofil der zukünftigen Brücke.

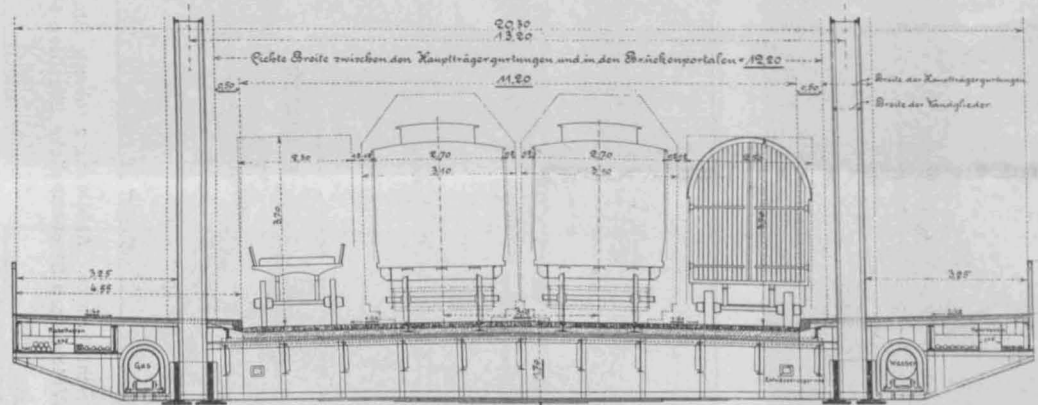
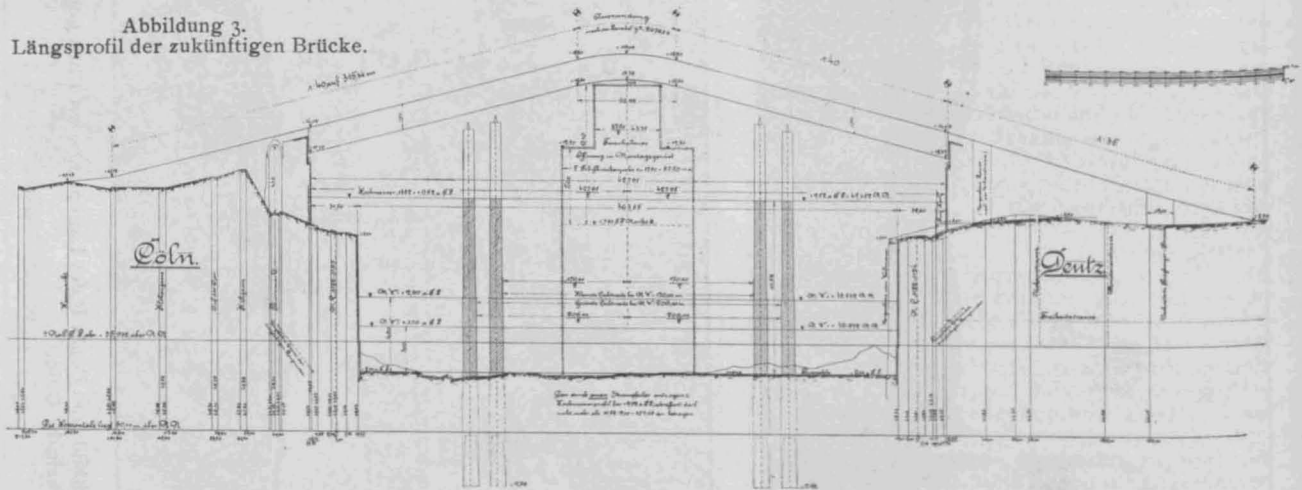


Abbildung 4.
Querschnitts-Skizze.
(Die unterstrichenen
Maße sind fest-
zuhalten.)
Wettbewerb
Straßenbrücke über
den Rhein bei
Cöln.

ihrer Umgebung sagt das Programm Folgendes:

„Es sind beiderseits vor den Brückenköpfen platzartige Erweiterungen angenommen, von denen aus Treppen zu den tiefer liegenden Ufern herab zu führen sind. Auf der Cöln Seite ist auf angemessene Schließung der durch den neuen Straßendurchbruch und die beiden unmittelbar benachbarten Straßen stark zerrissenen östlichen Platzwandungen des Heumarktes Bedacht zu nehmen.

Mit Rücksicht auf die in der Nähe der neuen Brücke auf der linken Rheinseite liegenden, für das schöne Stadtbild von Cöln so bedeutungsvollen Bauwerke des Domes, der Kirche Groß St. Martin, des Rathhausturmes, mit Rücksicht auch auf die alte Heribertuskirche auf der rechten Rheinseite und insbesondere auf die Nachbarschaft der Dom- und Südbrücke mit ihren Tor- und Turmbauten wird sich ein großer Aufwand an architektonischen Zutaten für die neue Brücke umso mehr erübrigen, als die gewählte Rampenführung eine zwanglose Einmündung der Brücke in die Bebauung und damit ihre Einordnung in das Stadtbild vorbereitet. Es ist angenommen, daß die in unmittelbarer Umgebung der Brücke auf beiden Ufern entstehenden Neubauten so gestaltet werden, daß sie als architektonische Betonung der Brückenköpfe wirken.

Das Hauptgewicht bei der künstlerischen Gestaltung der Brücke ist darauf zu legen, daß diese als Ingenieur-Bauwerk in die Erscheinung tritt und daß die Form des Ueberbausystems in ästhetischer Hinsicht sich dem Stadtbild harmonisch einfügt.

In Rücksicht darauf, daß sowohl die Südbrücke wie die neue Dombrücke hochliegende Bogenfachwerkträger aufweisen, erscheint es angezeigt, für die neue städtische Brücke eine andere Trägerform zu wählen, für welche

vielleicht in erster Linie die Kettenform in Betracht kommen dürfte. Es soll jedoch den Bewerbern unbenommen bleiben, auch eine andere Form vorzuschlagen.“

Einen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein neues Rathaus in Mülheim an der Ruhr erläßt der Oberbürgermeister zum 1. März 1911 für die im Deutschen Reich geborenen oder ansässigen Architekten. Vier Preise von 10000, 7000 und zweimal 4000 M. Ankäufe für je 1000 M. vorbehalten. Das fünfgliedrige Preisgericht besteht neben dem Oberbürgermeister Dr. Lembke in Mülheim aus den Hrn. Prof. Herm. Billing in Karlsruhe, Prof. Mart. Dülfer in Dresden, Geh. Brt. Dr. Ludw. Hoffmann in Berlin und Geh. Hofrat Prof. Dr. Friedr. von Thiersch in München. Die Hauptzeichnungen sind 1:200 verlangt, dazu zwei Schaubilder. Unterlagen gegen 5 M., die zurückerstattet werden, durch die Stadtverwaltung. —

Einen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für den Bau eines städtischen Kurhauses in Karlsbad erläßt der Stadtrat unter den Architekten deutscher Nationalität zum 14. Dezember 1910 bei fünf Preisen von 8000, 5000, zweimal 2000 und 1500 K. Nicht preisgekrönte Entwürfe „können“ für je 1000 K. angekauft werden; es sind zwei Ankäufe vorgesehen. Unter den Preisrichtern die Hrn. Hofrat Prof. Karl König und Prof. K. Mayreder in Wien, Geheimrat Prof. Dr. P. Wallot in Dresden, Prof. Dr. Gabriel von Seidl in München, Arch. Alfr. Bayer und Baudir. Franz Drobny in Karlsbad. Unterlagen gegen 6 K., die zurückerstattet werden, durch das Stadtbauamt Karlsbad. —

In dem Wettbewerb betr. Entwürfe für den Neubau eines Verwaltungs-Gebäudes der Handwerkskammer zu Harburg wurden zuerkannt: Der I. Preis Hrn. Rud. Matzen in Hamburg; der II. Preis Hrn. H. J. Mahl in Bremen; der III. Preis Hrn. E. Hanneck in Hamburg-Eilbeck. Zum Ankauf wurden empfohlen: Entwürfe der Hrn. E. Maassen in Bremerhaven, Ad. Fischer in Lehe und Hans Holthey in Lüneburg. —

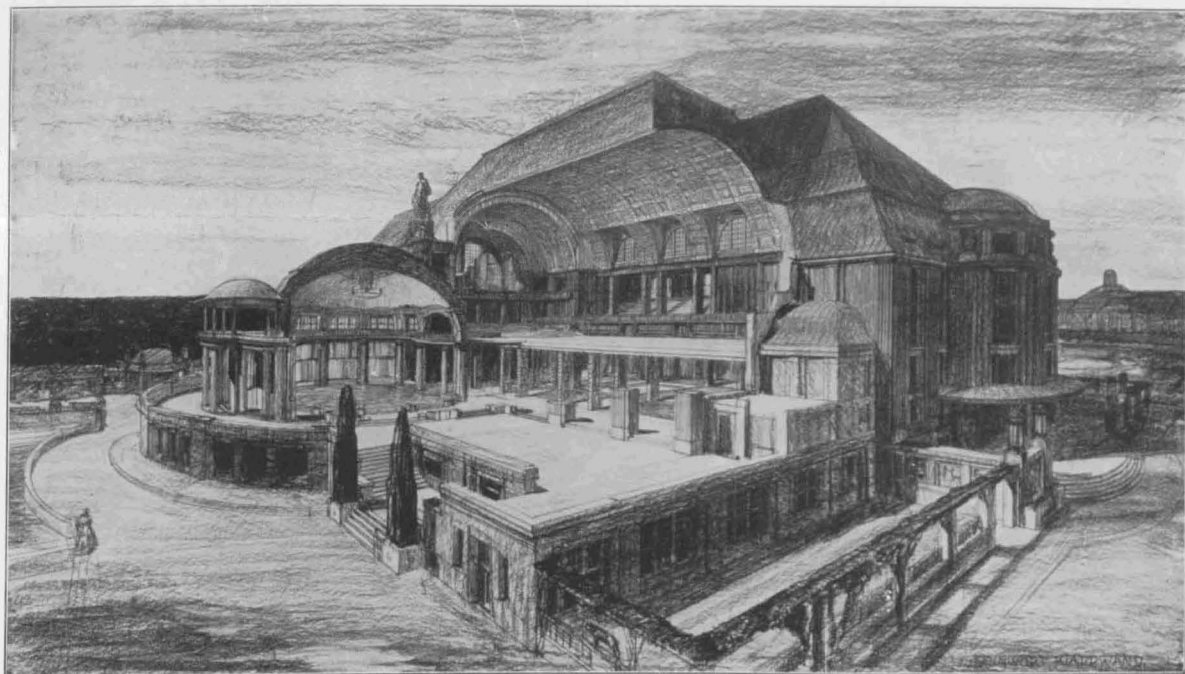
Bei dem Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein Realgymnasium mit Turnhalle und Direktorwohnhaus in Beckum erhielten den I. Preis die Architekten Lang & Grodt in Essen, den II. Preis die Architekten B. D. A. Feldberg & Stockert in Elberfeld. —

Inhalt: An die Leser der „Deutschen Bauzeitung“. — Neue Methoden der Berechnung ebener und räumlicher Fachwerke. — Raymund Unwin's „Town Planning in Practice“. — Literatur. — Wettbewerbe.

Hierzu Doppel-Planbeilage: Grundlagen des Städtebaues.

Verlag der Deutschen Bauzeitung G. m. b. H., Berlin. Für die Redaktion verantwortlich Albert Hofmann, Berlin.

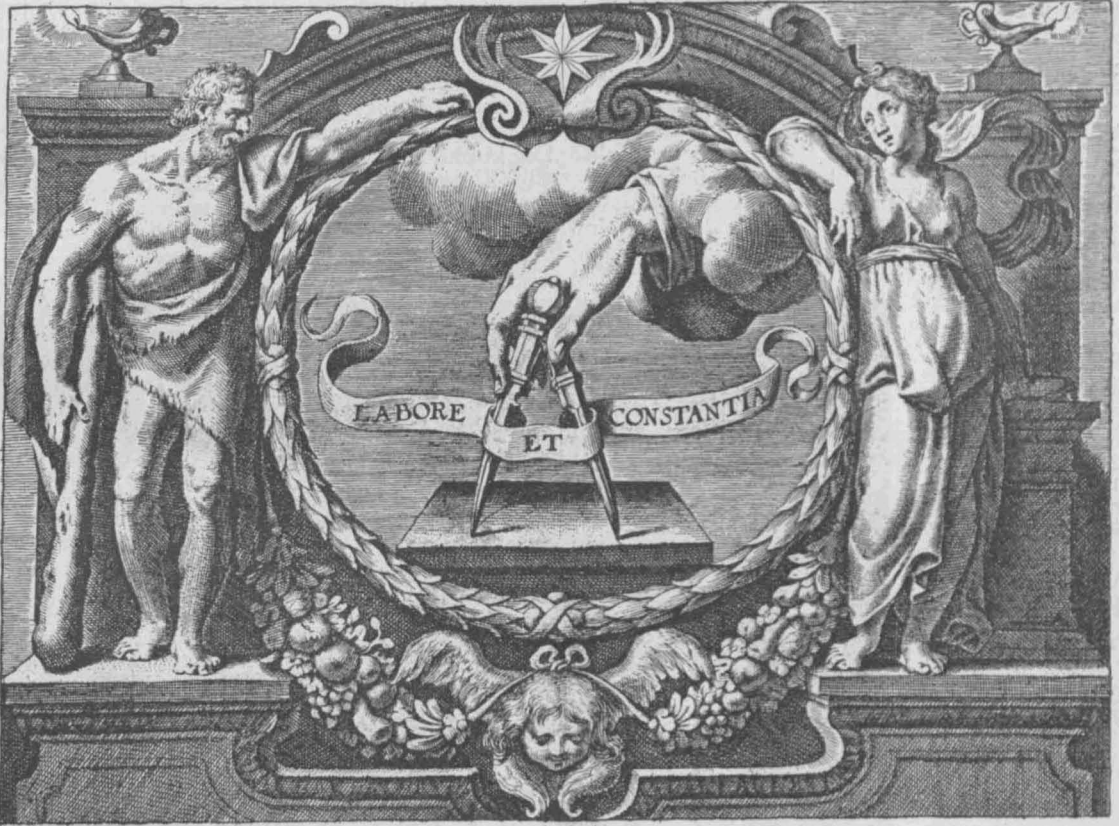
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg., P. M. Weber, Berlin.



ER WETTBEWERB ZUR ERLANGUNG VON
ENTWÜRFEN FÜR DEN BAU EINER STADT-
HALLE NEBST AUSSTELLUNGS-HALLE IN
HANNOVER. * ENTWURF MIT DEM KENN-
WORT „KLAPPWAND“ DES HERRN PROF.
DR. BRUNO SCHMITZ IN CHARLOTTENBURG.

===== DEUTSCHE BAUZEITUNG =====

* * XLIV. JAHRGANG 1910 * NO. 69. * *



DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLIV. JAHRGANG. NO. 69. BERLIN, DEN 27. AUGUST 1910.

An die Leser der „Deutschen Bauzeitung“.



rotz wiederholter Erweiterungen der „Deutschen Bauzeitung“, die wir in der letzten Zeit zur Bewältigung des uns in so überreichem Maße zufließenden Stoffes vornahmen, war es uns doch nicht möglich, ein Gebiet des fachlichen Lebens, das zahlreiche Fachgenossen zu selbstloser und aufopfernder Tätigkeit vereinigt und dem wir für die Entwicklung des Faches eine hohe Bedeutung zusprechen müssen, in dem Maße zu pflegen, wie es dieser Bedeutung und unseren Wünschen entsprochen hätte. Gegenüber den anderen Veröffentlichungen unseres Blattes mußten die Berichte über das Vereinsleben gegen unseren Willen zurücktreten. Einen Mangel erkennen, heißt ihn abstellen. Daher wird die „Deutsche Bauzeitung“ vom 1. Oktober dieses Jahres ab um eine Vereinsbeilage erweitert werden, die in Zwischenräumen von je 14 Tagen am Beginn und in der Mitte des Monats erscheinen wird und der Berichterstattung über die Vereinstätigkeit des gesamten Faches ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit zu bestimmten Verbänden offen stehen soll. Soweit es sich mit den Erscheinungstagen dieser Beilage, die zum ersten Mal am 1. Oktober herauskommen wird, vereinigen läßt, werden wir an der Spitze derselben ohne Entgelt auch die Tagesordnungen der Vereine veröffentlichen, die uns so frühzeitig zugehen, daß ihr Abdruck in den betreffenden Nummern möglich ist. Die Herren Berichtersteller der Vereine bitten wir, uns die Berichte tunlichst unmittelbar nach den stattgefundenen Sitzungen, Besichtigungen usw. zugehen zu lassen. Mit Sorgfalt bearbeitete und durch Abbildungen bereicherte Vorträge behalten wir uns nach unserer Wahl vor, im Hauptteil unseres Blattes zu veröffentlichen. —

Die Redaktion der „Deutschen Bauzeitung“.

Die Kunstdenkmäler der Provinz Brandenburg.

(Fortsetzung aus No. 64 statt Schluß.)



In der Besprechung der einzelnen Bände sehen wir von der zeitlichen Reihenfolge des Erscheinens ab und beginnen mit Bd. I, Teil I, der die Westpriegnitz behandelt, um ihm die Besprechung der Denkmäler der Ost-Priegnitz und des Kreises Lebus folgen zu lassen. Für die West-Priegnitz stammen die zeichnerischen Aufnahmen, das Verzeichnis der Denkmäler,

eine neu hinzugefügte kunstgeschichtliche Uebersicht sowie die kunstgeschichtliche Untersuchung von Hrn. Arch. Eichholz, die geschichtliche Einleitung von Hrn. Oberlehrer Dr. Spatz, die geologisch-geographische Darstellung von Hrn. Privatdozenten Dr. Solger. Der engere Ausschuß für die Neubearbeitung des Verzeichnisses hatte sich bei Erscheinen des Bandes West-Priegnitz verändert; er besteht nunmehr aus den Hrn. Geh. Reg.-Rat Prof. Borrmann in Berlin, Geh. Reg.-Rat und Stadtrat Friedel, Prof. Dr.-Ing. K. E. O. Fritsch in Grunewald, Prov.-Kons. Landesbdt. Prof. Theodor

Goecke in Berlin, Reg.- und Brt. Hesse in Frankfurt a. O., sowie kgl. Brt. Körner in Steglitz. Ihm war zugefallen, die bei Herausgabe des Bandes Ostpriegnitz gemachten Erfahrungen nach der Richtung zu verwerten, daß, um eine zu weite Ausdehnung des Werkes zu verhindern, die Abbildungen kunstgewerblicher Gegenstände auf besonders charakteristische Beispiele beschränkt werden sollten; daß, um die photographischen Aufnahmen einzuschränken, in größerem Umfang die zeichnerischen Aufnahmen des Verzeichnisses von Bergau zu verwenden sein werden, daß aber im übrigen das früher festgestellte Programm beizubehalten sei, nach welchem das Denkmälerverzeichnis mehr als ein nur für den Kunstgelehrten brauchbares Werk, vielmehr ein Haus- und Familienbuch für vaterländische Kunstgeschichte sein sollte. In dem letzteren Ziel, dem man nur rückhaltlos zustimmen kann, soll es im Vergleich zu dem in der Kultur älteren und an Denkmälern reicheren Westen dem Volk zeigen, „daß der Osten nicht so arm an Kunstwerken sei, wie vielfach geglaubt werde“. Vor allem aber soll es der einheimischen Bevölkerung einen Schatz von Denkmälern vorführen, die zwar der Vergangenheit angehören, „aber“, wie der Schriftleiter sehr treffend sagt, „meist doch noch Lebenskraft genug besitzen, um zu Neuschöpfungen anzuregen und damit eine neue Heimatkunst schaffen zu helfen“.

Dem Bande ist, was manchen Inventaren ermangelt, eine sorgfältig bearbeitete Karte des Gebietes beigegeben, das der Band behandelt. Es ist das Gebiet, das ungefähr begrenzt wird durch die Städte Havelberg, Wittenberge, Lenz, Putlitz und Pritzwalk mit Perleberg als Mittelpunkt. Geologisch und wirtschaftlich unterscheidet sich das Gebiet in das Höhenland, das Urstromtal und in die heutige Elbniederung. Es umfaßt 6 Städte, 145 Landgemeinden und 70 Gutsbezirke. Mit Ausnahme des Hauptindustriortes Wittenberge dient das Gebiet vorwiegend der Landwirtschaft und dem Bergbau. Die Quellen gehen nicht über das 8. Jahrhundert zurück; sie flossen vom 8.—11. Jahrhundert spärlich, seit dem Vordringen der Askanier im 12. Jahrhundert reichlicher. Die Kirchenbücher reichen nur bis zum Anfang des 18. Jahrhunderts zurück, für die früheren Zeiten kamen die Chroniken und Archivalien in Betracht. Bemerkenswert sind die Familiengeschichten und die Volkssagen.

Der Schwerpunkt der Kunst der gesamten Priegnitz liegt im Mittelalter. „Die tiefbegründete Scheidung der mittelalterlichen Gesellschaft in die Stände der Geistlichen, der Ritter, der Bürger und Bauern

tritt hier auch in den bedeutendsten Denkmälern, den Werken der Baukunst, als Grundzug der allgemeinen Gestaltung mächtig hervor. Kirche und Bauernhaus — um nur diese anzuführen — stehen in so gewaltigem Gegensatz der Erscheinung einander gegenüber, daß die Veränderungen, die der Wandel der Zeit an ihnen bewirken konnte, stark dagegen zurücktreten“. Die kirchlichen Bauten treten auch hier an die Spitze aller Kunsttätigkeit. Der Backstein beherrscht das gesamte Bauwesen. Der Priegnitz gehört die Stätte an, wo die Kirche in grauer Vorzeit ihren Fuß zum erstenmal auf heidnischen Boden diesseits der Elbe setzte.



Tür in der Halle der Plattenburg in der West-Priegnitz.
(Aus: Die Kunstdenkmäler der Provinz Brandenburg.)

Ein Zeuge dieser Zeit ist der Havelberger Dom. Die künstlerische Entwicklung geht schnell voran und zeigt sich am schönsten in den Landkirchen. „Das sichere künstlerische Geschick, mit welchem die schlichten und doch nicht poesielosen Dorfkirchen des 13. und 14. Jahrhunderts der ruhigen Weite der Landschaft und der von jedem Ueberschwang freien aber kernigen Natur des Bauern angepaßt sind, gibt uns ein ebenso überzeugendes Bild von dem wahrhaft künstlerischen Empfinden der Zeit, wie manches reich gegliederte und geschmückte Bauwerk, das den Ansprüchen der weitgereisten vermögenden Handelsherren und kunstfertigen Handwerksmeister der Städte zu genügen hatte“. Freilich konnten sie gegen die bischöflichen Kathedral- und Klosterkirchen nicht aufkommen, wenn gleich auch den ansehnlicheren unter ihnen die voll-

endete Höhe des heimischen Backsteinbaues zugute kam. „So erhielt die einst aus sich selbst so schlichte, dem Boden scheinbar unbewußt entquollene Bauweise des Dorfes bei diesen spätmittelalterlichen Leistungen bereits Richtung und Glanz durch den Einfluß der Städte“.

Die weltliche Baukunst wird in der Frühzeit durch die Burgen und Festen bestimmt, denn die Priegnitz

burg auf S. 546 und auf der Bildbeilage zu Nr. 64 wiedergegeben.

Die kunstgeschichtliche Uebersicht bespricht nun die Dorfanlagen und Bauernhäuser, um dann zur Entstehung der Städte überzugehen und hier die städtische Bebauung, die Befestigung der Städte, die Rathäuser und den städtischen Wohnhausbau darzustellen. Darauf wendet sich die Uebersicht den Werken bil-

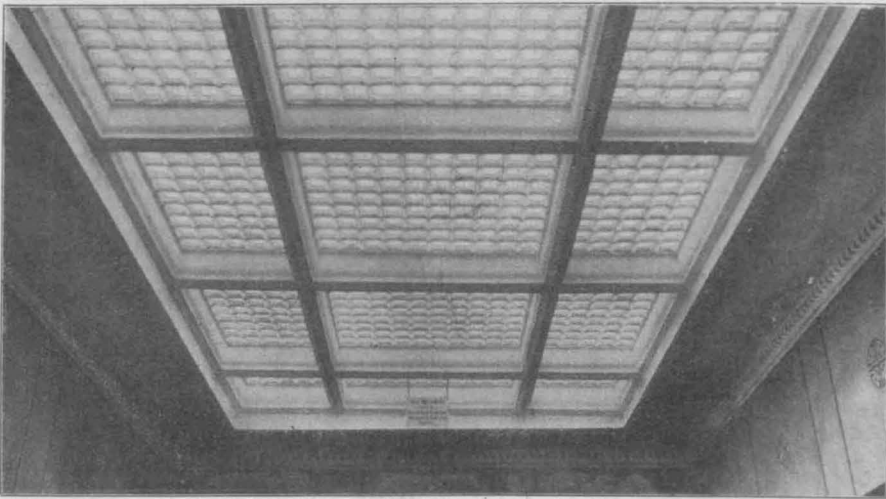


Abbildung 1. Glas-Beton-Oberlicht im Ausstellungsraum des „Vereins deutscher Kalkwerke“ auf der II. Ton-, Zement- und Kalk-Industrie-Ausstellung in Berlin 1910.

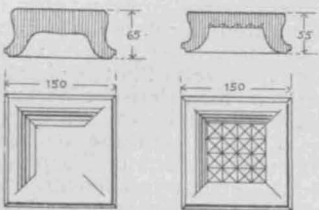


Abbildung 4a. Facettierte Glasplatten.

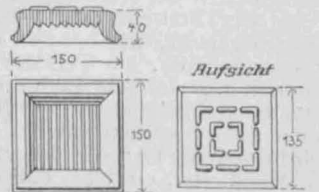
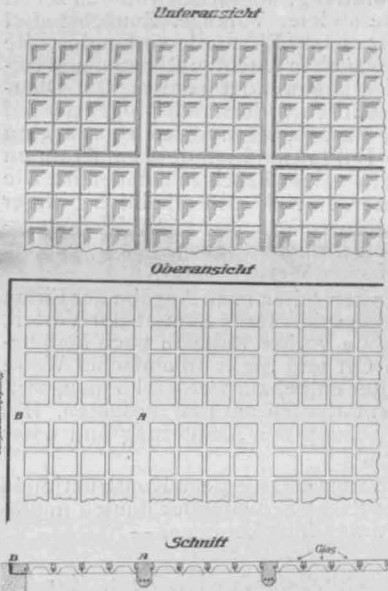


Abbildung 4b. Platten mit prismatisch gerippter Unterfläche und Rippen auf der Oberfläche für Keller-Oberlichte.



Abbildg. 2a—c (links). Allgemeine Anordnung eines Oberlichtes.

Abbildg. 3a—d (rechts). Einzelheiten der Oberlicht-Ausbildung. (Fester und beweglicher Anschluß an die Tragbalken.)

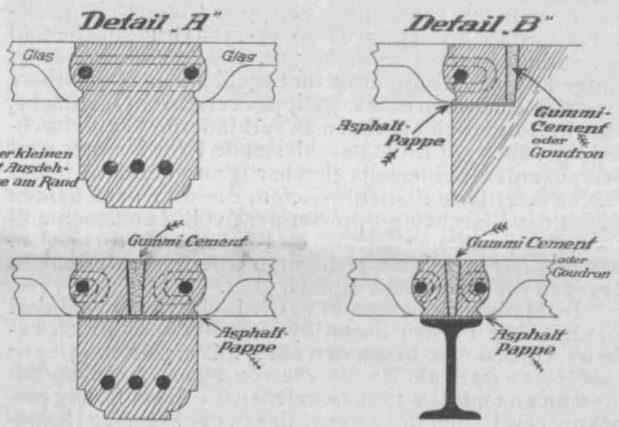


Abbildung 5. Schnitt durch ein Keller-Oberlicht.

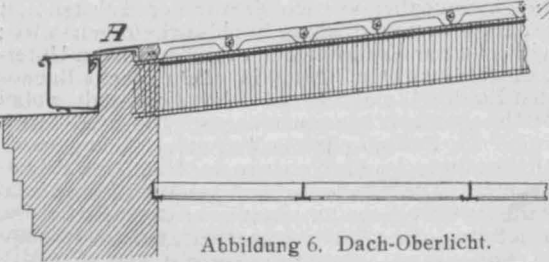


Abbildung 6. Dach-Oberlicht.

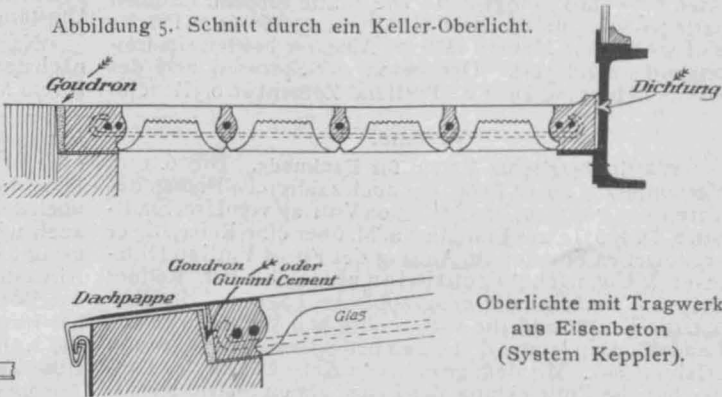


Abbildung 7. Einzelheit zu Abbildung 6.

Oberlichte mit Tragwerk aus Eisenbeton (System Keppler).

„war von alters her ein rechter Zankapfel der Nachbarn.“ Die Burg geht mit Beginn des 15. Jahrhunderts in das befestigte Schloß über. „Runde Ecktürme und halbkreisförmige aus der Front vorspringende Erkertürme verlieren allmählich für die Verteidigung an Bedeutung und werden mehr zu architektonischen Motiven der Fassadengliederung. Der frühere Ernst der altersgrauen Mauern weicht seit dem Einzuge der Renaissance einem heiter gestimmten architektonischen Festkleide“ ... Ein Beispiel aus dem Inneren einer Burganlage dieser Zeit sei in der Halle der Platten-

dender Kunst und den Ausstattungsgegenständen zu. Nunmehr folgt, an der Hand einer Ortskizze, das alphabetische Verzeichnis der Orte der Westpriegnitz mit knapper Würdigung der Denkmäler der großen und der Kleinkunst, alles in reichster und schönster Weise illustriert, ein wahrer Schatz künstlerischen Anschauungsmaterialies. Es ist unmöglich, auf Einzelnes einzugehen; der Leser hat überall die Empfindung größter Umsicht in der Verzeichnung der Denkmäler und größter Zuverlässigkeit in ihrer kunstwissenschaftlichen und graphischen Behandlung. — (Schluß folgt.)

Auf der in diesem Sommer in Berlin abgehaltenen II. Ton-, Zement- und Kalkindustrie-Ausstellung fiel in dem Ausstellungsbau des „Vereins Deutscher Kalkwerke“ eine von dem Luxfer-Prismen-Syndikat in Weißensee-Berlin hergestellte, als Glas-Betondecke (System Keppler) bezeichnete Oberlicht-Konstruktion auf, bei der an der Unterseite nur die in größeren Abständen angeordneten, in Eisenbeton erstellten Tragbalken sichtbar waren, vergl. die Abbildung 1, während die dazwischen liegenden großen Glasflächen zwar eine Unterteilung in einzelne Platten, aber kein sichtbares Sprossenwerk zeigten. Künstlerische Wirkung und Lichtdurchlässigkeit dieses Oberlichtes waren gute.

Erreicht ist diese Wirkung durch eine Verbindung eigenartig geformter Glasplatten mit Eisenbetonsprossen, welche letztere von den mit kräftigen, zargenartig geformten Rändern ausgesteiften Platten völlig umfaßt werden, sodaß sie nach unten überhaupt nicht in die Erscheinung treten. (Vergl. den Querschnitt Abbildung 2, sowie die Einzelheiten der Konstruktion Abbildung 3.) Durch die Form der Plattenränder wird erreicht, daß durch die Sprossen nicht, wie bei den bisher üblichen Oberlicht-Konstruktionen, ein Teil der Lichtstrahlen abgefangen, sondern daß vielmehr auch dieser Teil größtenteils durch Brechung abgelenkt und für die Beleuchtung des Raumes unter dem Oberlicht nutzbar gemacht wird. Andererseits wird durch die kleine Hohlkehle, die den unteren Plattenrand begleitet, erreicht, daß durch die hier eintretende Reflexion die Zementfuge zwischen den Platten fast ganz verdeckt wird, sodaß das Ganze als eine einheitliche, mit Kassetten versehene Glasdecke erscheint.

Die einzelnen Glasplatten werden in einer Reihe von Größen, teils quadratisch, teils rechteckig, teils mit facetierter, teils mit prismatisch gerippter Unterfläche geliefert in Größen von 15·15, 20·20, 15·25 cm Grundfläche und in Randhöhen von 4, 5,5 und 6,5 cm. Die Abbildung 4 zeigt einige Formen. Glasplatten für begehbare und befahrbare Oberlichte erhalten eine mit Rippen versehene Oberfläche, um ein Ausgleiten auf ihnen zu verhindern. Für undurchsichtige, aber gut Licht durchlassende Fabrikfenster werden außerdem beiderseits gleichartig ausgebildete, in der Fläche facettierte Platten geliefert, die also nach beiden Seiten das Eisenbeton-Sprossenwerk völlig umfassen und verdecken, um einen gefälligen Eindruck hervorzurufen. Bei den nur von unten sichtbaren Oberlichtern erscheint dagegen die Oberfläche einfach glatt.

Im Materialprüfungsamt in Gr.-Lichterfelde sind drei quadratische Platten dieses Systems bis zum Bruch belastet worden. Sie bestanden aus 4·4 Glasplatten 15·15 cm groß, 6,5 cm stark am Rande, die von einem kräftigen Betonrahmen umfaßt waren, in welchen die hakenförmig eingebogenen Enden der Eiseneinlagen der Sprossen (Rund-eisen 8 mm stark) eingriffen. Die Platte einschl. Rahmen hatte 80·80 cm, in der Glasfläche gemessen 60·60 cm Fläche und wurde auf Mauern in 60 cm Abstand beiderseits freitragend aufgelagert. Der Beton der Sprossen und des Rahmens bestand aus 1 Rt. Portland-Zement zu 0,5 Rt. fein-

gesiebttem Kiessand zu 0,5 Rt. feinem Mauersand. Bei zwei Platten wurde er erdfeucht eingestampft, bei der dritten breig eingegossen. Die Platten wurden nach 28 Tagen durch hydraulischen Druck bis zum Bruch belastet. Die ersten feinen Risse im Betonrahmen in der Richtung der Mittelsprosse wurden im ersten Fall bei einer Belastung von 3400 bzw. 6800 kg/qm sichtbar, der Bruch der Platten erfolgte im Mittelsteg bei 21000 bzw. 25000 kg/qm Belastung, bei der dritten Platte erst bei 40000 kg/qm. Der Bruch erfolgte in der Plattenmitte auf der einen Sprossen-seite. Der Beton der Sprosse haftete an der rau hergestellten Oberfläche des zargenartigen Glasplattenrandes noch durchaus fest, ebenso hatten die beiden Plattenhälften im ganzen noch einen durchaus festen Zusammenhang. Natürlich zeigten sich an der Oberfläche der Glasplatten an den Rändern infolge des hohen Druckes Abblätterungen.

Die aus Glas und Beton zusammengesetzten Platten können hiernach als einheitlich wirkend betrachtet und als aus Plattenbalken zusammengesetzt berechnet werden. Den Zuggurt bildet dabei das Eisen, die Druckzone die Fläche der Glasplatte. Die hohe Widerstandsfähigkeit sichert nicht nur ohne weiteres die Begehrbarkeit der Oberlichte bei Reinigung usw., sondern auch die Anwendung für stärker belastete Kelleroberlichte und Oberlichte in Durchfahrten (Vergl. Abbildung 5). Die Konstruktion eignet sich auch zu größeren Oberlichtern in Dachflächen (Abbildgn. 6 und 7), die noch den Vorzug besitzen, daß sie mit der Dachfläche bündig gelegt werden können und so keinen Anlaß zur Ansammlung von Schnee, Schmutz, Wasser geben, die nachher zu Undichtigkeiten führen.

Gegenüber Oberlichtern in eisernen Rahmen hat die Glas-Eisenbeton-Verbindung, abgesehen von den schon erwähnten, eine Reihe anderer Vorzüge. Zunächst sind keine dem Rosten ausgesetzte Eisenteile vorhanden, die Oberlichte können also auch in feuchten Räumen und solchen mit Säuredämpfen angewendet werden. Die Oberlichte sind ferner wesentlich widerstandsfähiger als auf Eisensprossen verlegte Platten, sie sind auch geringeren Bewegungen unter dem Einfluß wechselnder Temperaturen unterworfen, sodaß mit weniger Bruch zu rechnen ist. Die Unterhaltungskosten werden sich also erheblich billiger stellen als bei älteren Konstruktionen. (Für Ausdehnungsmöglichkeit ist übrigens, wie Abbildgn. 3, 5 und 7 zeigen, außerdem noch in einfacher Weise gesorgt).

Die Herstellungskosten sollen nach Angabe der Firma verhältnismäßig niedrige sein. Dazu kommt der Vorteil, daß die Oberlichte, ohne vorher Rahmen nach Maß bestellen zu müssen, an Ort und Stelle in einfacher Weise durch dieselben Arbeiter eingebaut werden können, welche die übrigen Zementarbeiten am Bau ausführen. Das bedeutet eine Vereinfachung der Ausführung und unter Umständen Zeitgewinn.

Nach Angabe der Firma soll die neue Konstruktion in nächster Zeit bei einer Reihe bedeutender Bauten in größerem Maßstabe zur Anwendung kommen. —

Vereine.

Württembergischer Verein für Baukunde. Die 6. ord. Versammlung am 10. Febr., der auch zahlreiche Damen des Vereins anwohnten, brachte einen Vortrag von Hrn. Stadtb.-r. a. D. Kölle aus Frankfurt a. M. über eine Reise, die er verflorenen Sommer im Auftrag der Firma Philipp Holzmann & Cie. nach Argentinien ausgeführt hat. Redner besprach zunächst die geographische Lage und das Klima, die Kultur und die wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes, das in letzter Zeit einen bedeutenden Aufschwung erfahren hat. Mit dem gewaltigen Aufschwung des Landes hat die Entwicklung der Eisenbahnen Schritt gehalten; im Jahr 1854 wurde die erste Konzession erteilt, jetzt befinden sich 25000 km im Betrieb, 6500 km im Bau und 10000 km im Studium. Die Bahnen sind ausschließlich im Besitz von Gesellschaften, dagegen besteht eine einheitliche staatliche Leitung, die sich insbesondere auch das Ankaufsrecht sowie die Möglichkeit einer gewissen Tarifbeschränkung gesichert hat.

Die Hauptstadt Buenos Aires erstreckt sich auf eine Fläche von 19000 ha und hat eine Länge von 18 und eine Breite von 15 km bei einer Einwohnerzahl von 1,5 Millionen. Der Grundplan ist schachbrettartig und enthält durchweg gleiche Quadrate von 125 m Länge. Die Straßen sind nach spanischer Art nur 10—12 m breit, woraus sich bei den vielen rechtwinkligen Kreuzungen sehr schlechte Verkehrszustände entwickelt haben; diese werden dadurch noch erheblich verschlimmert, das sehr rasch gefahren wird und

fast in jeder Straße ein Straßenbahngleis liegt. Zur Abhilfe ist in den letzten Jahren ein großer, 30—40 m breiter Durchbruch geschaffen worden, dem in der nächsten Zeit noch weitere Quer- sowie Schrägdurchbrüche folgen sollen; auch will man zur Entlastung der Straßenbahnen Untergrundbahnen einrichten. Alles in allem macht Buenos Aires den Eindruck einer europäischen Großstadt, wobei das Vorbild von Paris unverkennbar ist. Die Stadt selbst hat in eigenem Betrieb nur die Wasserversorgung sowie die Kanalisation, alles übrige ist in der Hand von Privat-Unternehmern. Die Straßenbahnen gehörten früher acht verschiedenen Gesellschaften; jetzt ist an deren Stelle eine einzige getreten, die „Anglo Argentina“, mit 500 km Linielänge und einem jährlichen Verkehr von 180 Millionen Fahrgästen. Die Elektrizitätswerke befinden sich seit 1898 in der Hand der „Deutschen überseeischen Elektrizitätsgesellschaft“ in Berlin. Diese läßt zurzeit eine neue Kraftanlage mit 120000 PS. in der Nähe des La Plata erstellen. Bei den Gründungsarbeiten ergaben sich ungeahnte Schwierigkeiten insofern, als an der Baustelle 13 m tiefer Flußschlamm sich vorfand. Die Hochbauten mußten deshalb auf 2000 Eisenbetonpfählen hochgeführt werden. Diese Pfähle sind für eine Tragfähigkeit von 40 t berechnet und mit einem 4 t schweren Rammbar von einem 18—20 m hohen Gerüst aus eingeschlagen worden. Sie mußten, da kein Kies vorhanden war, überall aus geschlagenem Granitschotter hergestellt werden und verblieben sechs Wochen lang in der Schalung. Oben auf die Pfähle

kam eine starke durchgehende Eisenbetonplatte. Das Speisewasser der Turbinen konnte man in einfacher Weise dem benachbarten Hafenbecken entnehmen; dagegen mußte das Abwasser, weil seine Einleitung in den Hafen behördlicherseits untersagt wurde, mittels eines 22 m tiefen Dückers unter dem letzteren durchgeleitet werden, um nach dem La Plata zu gelangen. Diese wie die vorgenannten Arbeiten wurden von der Firma Philipp Holzmann ausgeführt. Der Gesamtaufwand für die neuen Werke, die zehn große Turbodynamos enthalten, wird 100 Mill. M. betragen. Gleichzeitig eine Erweiterung des Hafens geplant, die 110 Mill. M. kostet, außerdem soll, um die zunehmende Versandung des Flusses unschädlich zu machen, ein Schifffahrtskanal für 50 Mill. M. erstellt werden.

Im Anschluß an diese Ausführungen, die durch Pläne und Photographien verdeutlicht wurden, führte der Redner noch verschiedene Lichtbilder nach eigenen Aufnahmen vor. Er schloß mit dem Wunsch, die deutsche Ingenieurkunst möge auch in Argentinien mehr und mehr zum Sieg gelangen. Für den überaus reichhaltigen Vortrag, der lebhaften Beifall fand, wurde dem Redner vom Vorsitzenden der Dank der Versammlung ausgesprochen. — W.

Literatur.

Taschenbuch mit Zeichnungen und Angaben über die Verwendung von Eisen im Hochbau. Herausgegeben vom Stahlwerks-Verband A.-G. Düsseldorf 1910.

Das mit zahlreichen Tabellen ausgestattete Werk ist von dem Herausgeber zum Gebrauch für die Abnehmer von Formeisen bestimmt und soll den Händlern, vor allem aber den Architekten und Ingenieuren, die für ihre Bauten Eisen verwenden wollen, in möglichst vollständiger und handlicher Form eine Zusammenstellung aller derjenigen Angaben geben, die für sie von Interesse sind und deren sie beim Entwurf von Hochbauausführungen bedürfen. Dementsprechend enthält es kurze Angaben über Herstellung und Eigenschaften des im Hochbau verwendeten Eisens, über offizielle Lieferungsvorschriften und Verkaufsbedingungen für Bauwerkisen, sowie ausführliche Tabellen über Formeisen aller Art. Hierbei sind im allgemeinen die Angaben des deutschen Normalprofilbuches zugrunde gelegt, jedoch unter Beigabe sehr ausführlicher Gewichtstabellen. Besonders wertvoll sind eingehende Tragfähigkeitstabellen für I-Träger (auch in graphischer Form gegeben), sowie von zusammengesetzten und genieteten Profilen für Stützen und Blechträger. Es sind dabei bereits die neuen preußischen Bestimmungen für die Berechnung von Hochbaukonstruktionen vom 31. Januar 1910 zugrunde gelegt (1200 kg/qcm). Angaben aus der Festigkeitslehre und über die Berechnung von Trägern vervollständigen diesen Abschnitt. Ausführlich werden dann vor allem die massiven Decken zwischen eisernen Trägern behandelt in ihrer Konstruktion und Berechnung unter Beigabe ausgerechneter Beispiele und vergleichender Kostenanschläge für Holz-, Eisenbeton- und Trägerdecken. Den Ausführungen dieses Abschnittes, namentlich der etwas einseitigen Kritik der Eisenbetondecken ohne eiserne Träger, wird man zwar nicht durchweg zustimmen können und aus den vergleichenden Kostenangaben wird man nicht ohne Weiteres allgemein gültige Schlußfolgerungen ziehen dürfen; das Werk ist aber doch mehr als eine Propagandaschrift für die Verwendung des Eisens im Hochbau und wird in seiner handlichen, sehr übersichtlichen Anordnung, mit seinen klaren, leicht lesbaren Tabellen Allen willkommen sein, die mit diesem Arbeitsgebiet zu tun haben. Es ist durchaus zu begrüßen, daß der Hochflut von Veröffentlichungen und Tabellenwerken aus dem Gebiet des Eisenbetons die Vertreter der älteren Bauweise praktisch brauchbare Werke der vorliegenden Art entgegenstellen. Sie werden, zusammen mit den neuen, dem Eisenbau günstigen Vorschriften dazu beitragen, diesen im Wettkampf mit anderen Bauweisen zu stärken und ihm die Gebiete zu erhalten, in denen ihm tatsächliche Vorzüge eigen sind. —

Vermischtes.

Die Beseitigung der Amtsbezeichnung „Bauinspektor“ in Preußen. Im Reichsanzeiger wurde der nachstehende Königl. Erlaß vom 25. Juli 1910 veröffentlicht: „Auf den Bericht des Staatsministeriums vom 17. Juli 1910 erkläre ich mich damit einverstanden, daß die Amtsbezeichnung: Bauinspektor (Land-, Kreis-, Wasser-, Maschinen-, Hafen-, Meliorations-, Militär-, Eisenbahn-Bauinspektor und Eisenbahn-Bau- und Betriebsinspektor) künftig wegfällt und die Regierungsbaumeister auch nach ihrer etatmäßigen Anstellung diese Amtsbezeichnung weiterführen, sowie daß den bisher bereits zu Bauinspektoren ernannten Beamten die Wahl gelassen wird, ihre bisherige Amtsbezeichnung beizubehalten oder fortan die Amtsbezeichnung „Regierungsbaumeister“ zu führen.“ Damit wird ein langjähriger

Wunsch der preußischen Staatsbaubeamten auf Beseitigung einer Amtsbezeichnung erfüllt, die durch den Zusatz „Inspektor“ einen gewissen subalternen Beigeschmack besaß und den Unkundigen wohl auch zu einer entsprechenden Einschätzung ihres Trägers verleitete. —

Ehrendoktoren. Auf einstimmigen Antrag der Abteilung für Maschinenbau wurde durch Beschluß von Rektor und Großem Senat der Technischen Hochschule zu Darmstadt dem Mitinhaber der Firma Henschel und Sohn, Hrn. kgl. Geh. Kommerzienrat Karl Henschel in Cassel, in Anerkennung seiner Verdienste um die Lokomotivbau, die Würde eines „Doktor-Ingenieurs Ehrenhalber“ verliehen. —

Schutz der Bezeichnung „Architekt“. In letzterer Zeit ist wiederholt der Fall vorgekommen, daß seitens der Handwerkskammer eines Ortes ansässige Architekten aufgefordert wurden, den Nachweis zu führen, daß sie tatsächlich berechtigt seien, sich als Architekt zu bezeichnen. Die Kammern nahmen dabei bezug auf eine Kammergerichts-Entscheidung vom 19. Mai 1906. Wir haben die Frage unserem rechtskundigen Mitarbeiter vorgelegt und dieser teilt uns mit, daß sowohl das Reichsgericht, wie das Urteil des Kammergerichtes vom 19. Mai 1906 dahin entschieden haben, daß die Voraussetzung zur Führung der Bezeichnung „Architekt“ entweder die Vollausbildung an einer technischen Hochschule und Ablegung der Abgangsprüfung an einer solchen sei, oder aber der durch ausgeführte Bauten zu erbringende Nachweis einer über das Handwerk hinausgehenden künstlerischen Begabung. Wir wollen dahingestellt sein lassen, ob die Handwerkskammern die geeignete Instanz sind, über letztere Frage zu entscheiden, es scheint uns aber hiernach, als ob es schon auf Grund der bestehenden Gesetze möglich sei, die Bezeichnung „Architekt“ zu schützen, sodaß es des Erlasses besonderer Gesetze und der Schaffung von Architekten-Kammern hierzu garnicht bedürfe. —

Zur Bebauung des Tempelhofer Feldes bei Berlin enthalten Berliner Tagesblätter eine Nachricht, nach welcher die Stadt Berlin davon absehe, für das von ihr für 6300000 M. erworbene Aufmarschgelände gesondert einen Bebauungsplan aufzustellen. Es solle vielmehr abgewartet werden, ob es der Stadt Berlin gelingt, das Tempelhofer Feld an sich zu erwerben. In diesem Falle solle ein Bebauungsplan für das ganze Gebiet aufgestellt und auch die Erweiterung des Viktoriaparkes und die Art derselben von dem erwähnten Umstand abhängig gemacht werden.

Falls diese Nachricht zutrifft, wäre sie nur zu begrüßen und es würde die Absicht der städtischen Körperschaften von Berlin dem entsprechen, was auch wir an dieser Stelle stets vertreten haben. Was auch mit ihm geschehen möge, das Tempelhofer Feld ist organisch und baukünstlerisch mit der Stadt Berlin und seiner näheren Umgebung zu verbinden. Nur dann wäre in seiner Erwerbung ein städtebaulicher Gewinn zu erblicken. —

Der Tempel-Neubau über dem Goethe-Familiengrab in Frankfurt a. M. Es gilt, die Ruhestätte von Goethe's Vater und Mutter durch einen ihrer würdigen Schmuck, durch eine architektonisch wie landschaftlich bedeutsame Umgebung zu heben. Die Pflege des vielbesuchten Grabes war dadurch für die der Stadtbehörde am Herzen liegende Fürsorge nicht wenig erschwert, daß es Jahre lang nicht gelingen wollte, die alten Häuser an der Grenze des Peters-Friedhofes, welche mit dem Grabmal zusammenhängen, käuflich zu erwerben. Endlich bot sich beim Neubau der Liebfrauen-Schule, für deren Baustelle eine größere Gruppe erworben werden mußte, die ersehnte Gelegenheit zur Abhilfe. Der umfangreiche Schulbau, zwischen dessen Flügeln das Grab liegt, geht seiner Fertigstellung entgegen und, nachdem während dieser Ausführung dem Familiendenkmal der nötige Schutz hatte zugewendet werden können, ist die Zeit der Wiederherstellung gekommen.

Der Plan für dieselbe stammt von Gabriel von Seidl und ist unter Mitwirkung des die Ausführung leitenden Frankfurter Architekten Mack ausgearbeitet. Er schützt und vervollkommenet den vorhandenen Bestand durch einen halbrunden, von 8 Sandsteinsäulen getragenen Tempelbau, dessen Fries ein kegelförmiges, mit Kupfer gedecktes Dach überragt; es ist an der Spitze durch eine Urne mit lodender Flamme gekrönt. Um den Tempel läuft ein für die Grabbesucher bestimmter Umgang, den wieder ein halbrunder, mit Gartenanlagen geschmückter Schulhof umgibt, zugänglich von der etwa in der Mitte der Zeil nach Norden abzweigenden Schäfer-Gasse.

Das schöne Baudenkmal in der Nachbarschaft der Grisebach'schen, von Treppen- und Parkanlagen mit dem Kriegerdenkmal umgebenen Renaissance-Kirche wird den Goethe-Verehrern nicht minder als den Architekten den Weg zu der geweihten Stätte reichlich lohnen. — G.



Entwurf mit dem Kennwort: „Klappwand“. Verfasser: Professor Dr.-Ing. Bruno Schmitz in Charlottenburg.
Gesamtansicht aus der Vogelschau.

BEILAGE FÜR WETTBEWERBE

Der Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für den Bau einer Stadthalle nebst Ausstellungshalle in Hannover. (Fortsetzung aus No. 65.) Hierzu eine Bildbeilage, sowie die Abbildungen S. 554 und 555.



on den zum Ankauf empfohlenen Entwürfen interessiert in erster Linie der Entwurf mit dem Kennwort „An die Freude“ des Hrn. Prof. Wilhelm Kreis in Düsseldorf, dessen Lageplan und Grundriß wir S. 512 wiedergaben, während eine Ansicht des Äußeren S. 485 und eine Ansicht des großen Saales auf der Bildbeilage zu

No. 65 dargestellt sind. Von dem Entwurf sagt das Urteil des Preisgerichtes: „Die enge Zusammenfassung der Säle ist mit Rücksicht auf die Erweiterung derselben zu loben. Die Architektur zeigt im Äußeren liebenswürdige Formen. Der Saal mit den breiten Öffnungen und ihrer verschiedenen Gestaltung an den langen Wänden wird einen unbefriedigenden Eindruck machen“. Wie der Lageplan zeigt, ist auch dieser Verfasser von dem in den Unterlagen angedeuteten Gedanken ausgegangen, Stadthalle und Ausstellungshalle weit auseinander zu ziehen und zwischen ihnen einen architektonisch geordneten Schmuckplatz anzulegen. Er umrahmt diesen Platz, ihn zugleich gegen die Umgebung abschließend, mit dichten Baumreihen. Vor der Stadthalle, am Ausgang der Straße „Am Zoologischen Garten“ sowie der Zeppelin-Straße, nimmt ein runder Platz die Achse der festlichen Anlage auf. Von ihm aus leiten breite Allee-Straßen symmetrisch um die Stadthalle herum in die umgebenden Straßen über. Der Verfasser dachte sich, in dem runden Platz einen Mittelpunkt des neuen Stadtviertels, das hier entstehen soll, zu schaffen, ein Mittelpunkt, der durch die hintere festliche Halle

seinen besonderen Charakter erhält. Eine links- und eine rechtsseitige Pergola leiten von dem Rundplatz zu der Stadthalle über.

Der übrige Teil des Geländes ist ohne besonderen architektonischen Aufwand aufgeteilt. Der Verfasser schlägt vor, nur am Eisenbahndamm Miethäuser und Läden zu erbauen, den übrigen Teil des Geländes aber für hochherrschaftliche Wohnhäuser aufzuteilen. Dabei soll offene und höchstens zweistöckige Bebauung unter allen Umständen angenommen werden, denn nach der Ansicht des Verfassers, der man wohl beitreten kann, müsse das neue Viertel ein großer Garten werden.



Entwurf mit dem Kennwort: „Klappwand“.
Verfasser: Professor Dr.-Ing. Bruno Schmitz in Charlottenburg.

Während die Ausstellungshalle im Grundriß als einfaches Rechteck aufgefaßt ist, zeigt der Grundriß der Stadthalle eine interessante konzentrische Zusammenlegung der Säle, die sowohl für die gemeinsame Benutzung wie für die Bewirtschaftung große Vorteile bietet. Die Küchenanlagen dieses Entwurfes verdienen besondere Beachtung.

Die Architektur des Äußeren und des Inneren trägt höchst liebenswürdige Züge; sie erinnert in vielen Einzelheiten an die römischen Villen der Hochrenaissance und der Barockzeit. Hinsichtlich der Saalgestaltung wird man dem Urteil des Preisgerichtes

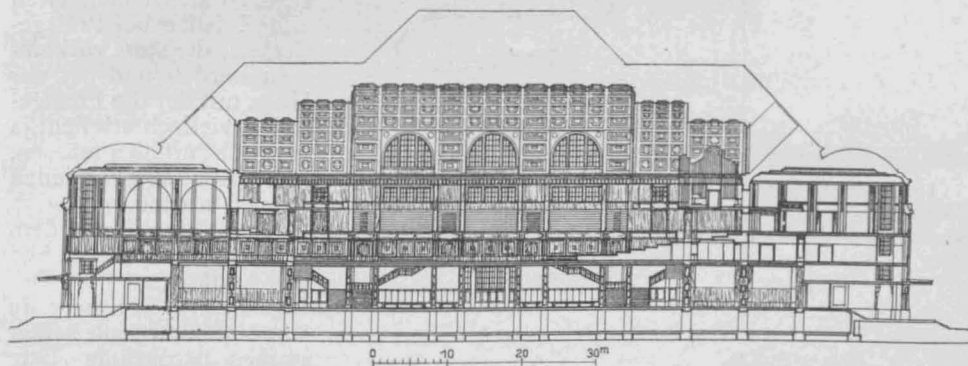
lerisch hochstehende und feine Durchbildung des Äußeren der Gebäude. Zu tadeln ist, daß die Zugänge zu der Stadthalle auf der Gartenseite angebracht sind und dadurch die aus der Stadt Kommenden genötigt werden, um das Gebäude herum zu gehen bzw. zu fahren, wodurch auch der Sommerverkehr auf der Terrasse erheblich beeinträchtigt wird. Von dem weiterhin zum Ankauf empfohlenen Entwurf mit dem Kennwort „Hannibal“ des Hrn. Eberhard Weitbrecht in Stuttgart bemerkt das Protokoll, daß er städtebaulich ohne Interesse sei. Die Gesamtanlage der Stadthalle sei sehr einfach, wenn auch nicht besonders reizvoll.

Die Wandelhalle sei zu schmal und die Verbindung des Saales mit den Restaurationsräumen mangelhaft. Bei dieser Sachlage wird die Auszeichnung durch Ankauf lediglich darin erblickt werden müssen, daß die Fassaden, „die sich in ihrer Breite und Entwicklung dem Terrain gut anschließen“, sehr ansprechend empfunden wurden.

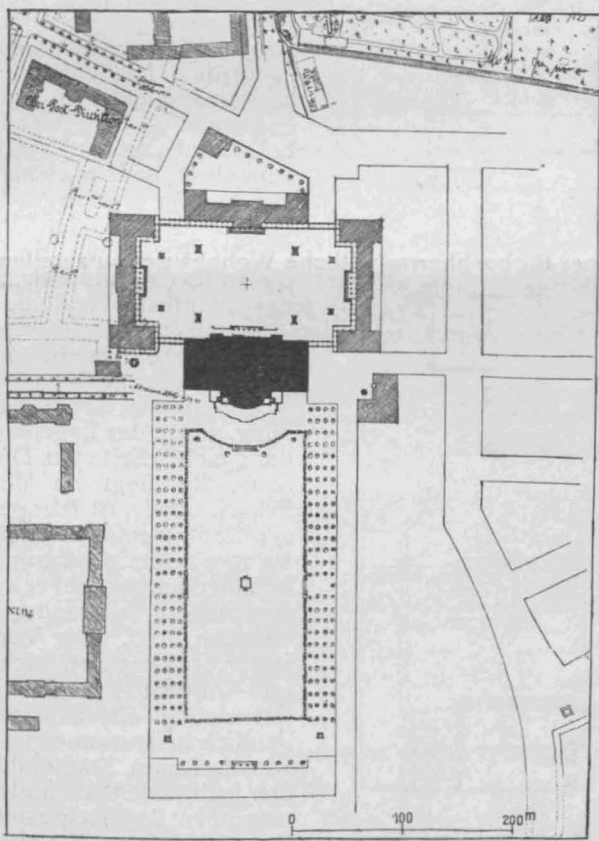
Erheblich größeres Interesse darf der Entwurf „Residenz“ der Arch. Hummel & Rothe

in Cassel als die vierte der zum Ankauf empfohlenen Arbeiten beanspruchen. Bei ihm geht das Urteil des Preisgerichtes in der Verurteilung vielleicht etwas zu weit. Es meint, die Gesamtanlage dieses Entwurfes entspreche in keiner Weise den örtlichen Verhältnissen, im übrigen aber enthalte die Arbeit in Ausbildung und Ausgestaltung Annehmbares. Die gleichwertige Ausbildung des Äußeren und Inneren sei anerkennend zu erwähnen, die Ausstellungshalle dagegen über die Maßen ausgedehnt. Wir geben den Entwurf S. 553 u. 554 wieder; man wird aus ihm erkennen, daß erkünstlerische Momente enthält, die den Nachteilen der Gesamtanlage die Wage halten und den Entwurf mehr zum Ankauf berechtigen, als die beiden erstgenannten Arbeiten. Neben den preisgekrönten und den zum Ankauf empfohlenen Arbeiten ist noch ein Entwurf ausgezeichnet worden und zwar mit Recht ausgezeichnet worden, der seinen Schwerpunkt in einer schönen Platzanlage in Verbindung mit der Stadthalle, aber außerhalb des in den Wettbewerbs-Unterlagen gedachten Stadtplatzes findet. Der Entwurf mit dem Kennwort „Im neuen Viertel“ des Hrn. Arch. Adolf Haro in Hannover, den wir nebenstehend im Lageplan und S. 555 in verschiedenen Ansichten der Platzanlage darstellen, wurde durch lobende Erwähnung ausgezeichnet. Dem Verfasser war es bekannt, daß die Stadt Hannover außer der Stadthalle auch noch die Errichtung verschiedener anderer öffentlicher Gebäude wie Sammlungen, Museen usw. ins Auge gefaßt hat. Diese zu einem geschlossenen Platz zusammenzufassen, war das Ziel dieses Entwurfes. Sein Verfasser bemerkt: „Wenn man an die Schönheit alter italienischer Plätze denkt, dann muß der Mangel an solchen Schönheiten in unserem Vaterland jeden Mitführenden schmerzlich berühren. Von dem Gedanken beseelt, daß es aber Möglichkeiten genug gibt, selbst den Anschauungen unserer allertüchtigsten modernen Verkehrstechniker gegenüber, verlorene Ideale wieder zu gewinnen,“ ist der Verfasser zu dem vorliegenden Entwurf gekommen. Er hat ein Forum gestaltet, dessen Größe und Gestalt von der die Anlage beherrschenden Hauptfassade der Stadthalle abhängig waren, während die Stirnseiten und die gegenüberliegende zweite Seite von den künstlerischen Verhältnissen der Platzanlage an sich gegeben wurden. Man wird den hohen künstlerischen Reiz dieser Anlage, die zum nicht geringsten Teil in der glücklichen Abwägung der Massen und in der Wahl des dekorativen Schmuckes besteht, nicht verkennen.

Und nun müssen wir noch eine Art Ehrenrettung



Längsschnitt durch die Stadthalle aus dem Entwurf „Klappwand“ des Hrn. Prof. Dr.-Ing. Bruno Schmitz in Charlottenburg

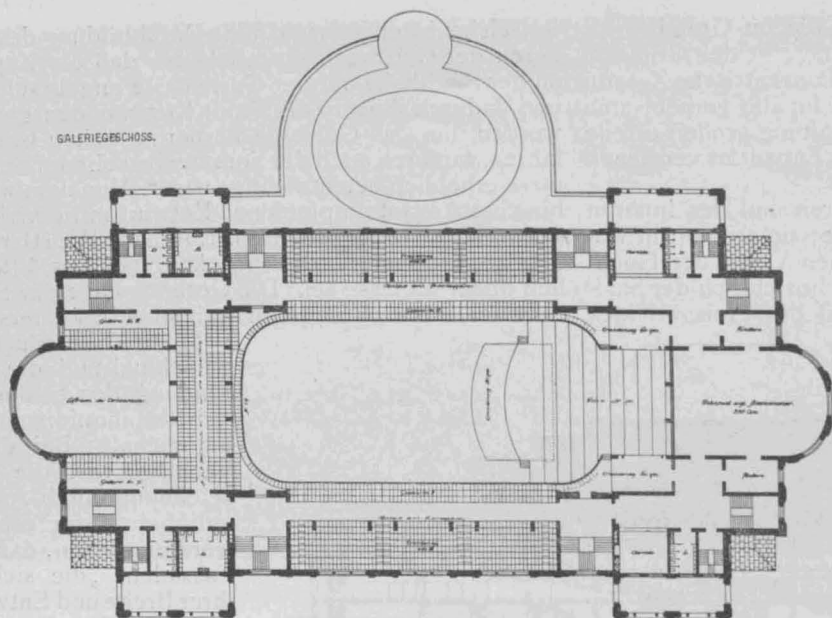


Lageplan des Entwurfes: „Im neuen Viertel“ des Hrn. Arch. Adolf Haro in Hannover. Lobende Erwähnung

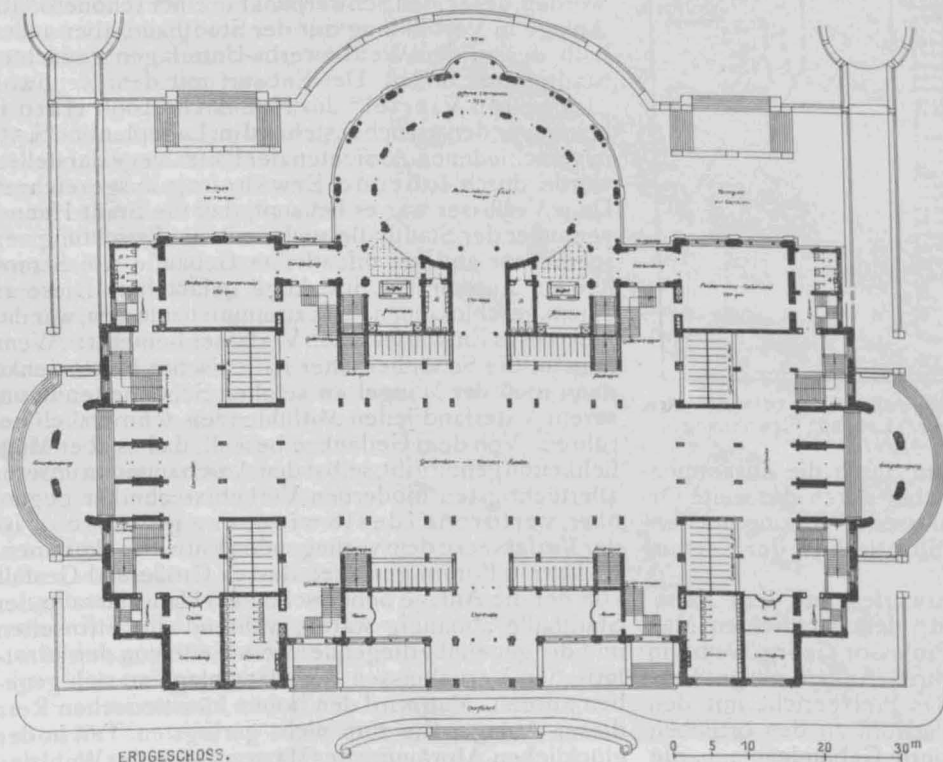
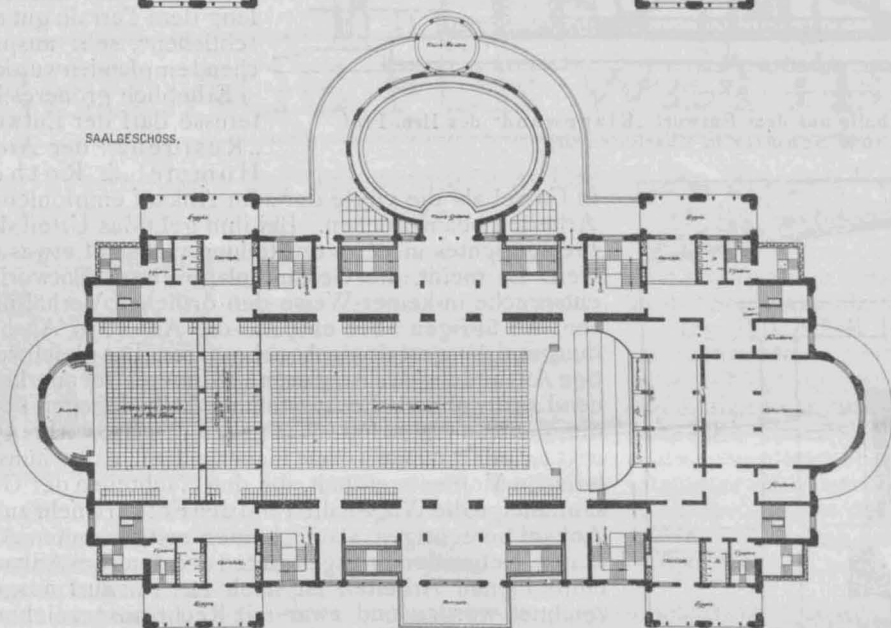
wohl zustimmen müssen, denn durch die Zusammenlegung der Säle, besonders aber durch die weite Orchesterräume muß die geschlossene Wirkung notwendig beeinträchtigt werden. Stilistisch ist der Entwurf von hohem Reiz.

Die Aufnahme des Entwurfes mit dem Kennwort „Springendes Pferd“ des Architekten Max Wrba und des Bildhauers Professor Georg Wrba in Dresden in den Kreis der durch Ankauf ausgezeichneten Arbeiten begründet das Preisgericht mit den Worten seines Urteiles: „Wiewohl zu den örtlichen Verhältnissen eine breitgelagerte Gebäudeanlage, die sich dem Terrain gut anschmiegt, besser stimmend erachtet wird, so ist doch besonders zu loben die künst-

GALERIEGESCHOSS.



SAALGESCHOSS.



ERDGESCHOSS.

Entwurf mit dem Kennwort „Klappwand“.
Verfasser: Professor Dr.-Ing. Bruno Schmitz in Charlottenburg.

vornehmen. Daß Arbeiten wie die mit dem Kennwort „Klappwand“ oder die mit dem Kennzeichen eines aufgeklebten roten Sternes und einzelne andere hinter Arbeiten zurückgestellt wurden, die zum Ankauf empfohlen wurden, aber im Urteil des Preisgerichtes recht ungünstig aufgenommen sind, gehört zu jenen Menschlichkeiten und Zufällen bei Preisgerichten, die stets vorkommen werden und bei der Hast, mit der die Preisgerichte vielfach urteilen, ja vielleicht urteilen müssen, nie ganz ausgeschlossen werden können.

Der Entwurf mit dem Kennwort „Klappwand“ des Architekten Prof. Dr.-Ing. Bruno Schmitz in Charlottenburg mit seiner großen Auffassung hätte unzweifelhaft ein besseres Schicksal verdient, als in die Reihe der nicht zur Auszeichnung gelangten Arbeiten zurückgedrängt zu werden. Der Verfasser hat seine Aufgabe im Wesentlichen als eine Aufgabe städtebaulicher Natur betrachtet, denn nach seiner Ansicht ergeben sich erst aus der gesunden Lösung des Bebauungsplanes die Auffassung und Anlage der Stadthalle und des Ausstellungsgebäudes. Wie richtig diese Ansicht ist, ergeben die groß sinnige Vogelschau der Kopfabbildung, sowie der Lageplan der gleichen Seite 550. Die Stadthalle liegt an der Schack-Straße, ist aber gegen die Straßenflucht um etwa 10 m zurückgesetzt und befindet sich gegenüber einem nahezu halbrund gestalteten Platz. Der Verfasser erwartet wohl nicht mit Unrecht von dieser Anordnung ein außerordentlich bedeutsames und künstlerisches Stadtbild. Der halbrunde Platz findet monumental gedachte seitliche platzartige Erweiterungen, die Gelegenheit zur Aufstellung von Denkmälern bieten, die jeweils in die Achse eines Straßenzuges gestellt sind. Am östlichen und westlichen Kopfe dieser Quergestaltung ist Gelegenheit für hochragende Bauten, vielleicht Kirchen, gegeben, während der Verfasser die Baublöcke der geschlossenen Bauweise sowohl für öffentliche Bauten wie für Miet Häuser für geeignet hält. Der Park zwischen Stadt-

halle und Ausstellungshalle ist zur Beseitigung der mit den Ställen verbundenen unangenehmen Nebenwirkungen zunächst durch eine 4fache Baumreihe abgeschlossen und erhält ein größeres Wasserbecken. Von der Zusammenlegung der Stadthalle mit der Ausstellungshalle hat der Verfasser sowohl aus künstlerischen wie aus wirtschaftlichen

Gründen abgesehen. Die Stadthalle hat nach seiner Meinung mit der Ausstellungshalle nichts zu tun; beide werden für ganz verschiedene Zwecke benutzt und die Ausführungsweise beider Bauwerke sei auch eine durchaus verschiedene. Denn bei dem für das Ausstellungs-Gebäude zur Verfügung stehenden geringen Betrag von nur 450000 Mark könne nur die übliche Eisenhallen-Konstruktion mit geringer Verwendung dünner Umfassungswände in Frage kommen, während für die Stadthalle eine in jeder Hinsicht monumentale Bauart angewendet werden müsse. Man kann jedoch dieser Auffassung mit nicht geringerer Berechtigung auch die andere der Zusammenlegung beider Bauwerke entgegenstellen.

Sehr klar und geräumig ist der Grundriß der Stadthalle angelegt. Auch hier liegt der Saal nach dem Leipziger Vorbild über einem Garderoben-Geschoß. Vielleicht könnte man sich den äußeren Aufbau einfacher, weniger reich an verschiedenen und verschiedenartig gebildeten Bauteilen wünschen. Alles in allem aber liegt hier ein Entwurf von einer Größe der Auffassung vor, die ihn hätte an eine höhere Stelle bringen müssen, als das Preisgericht sie ihm gegeben hat. —

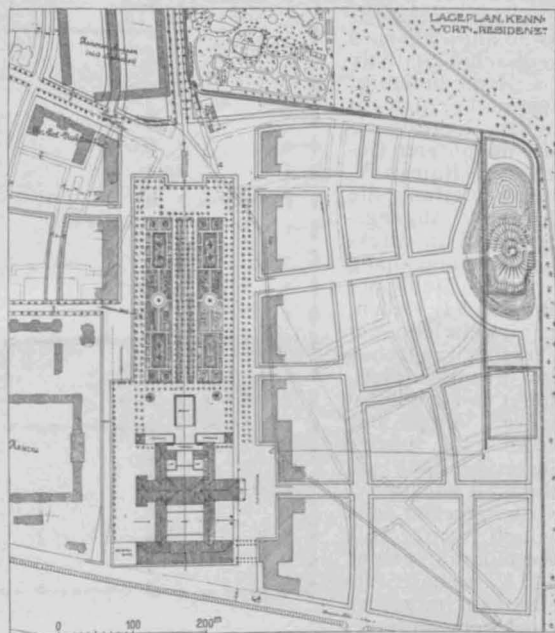
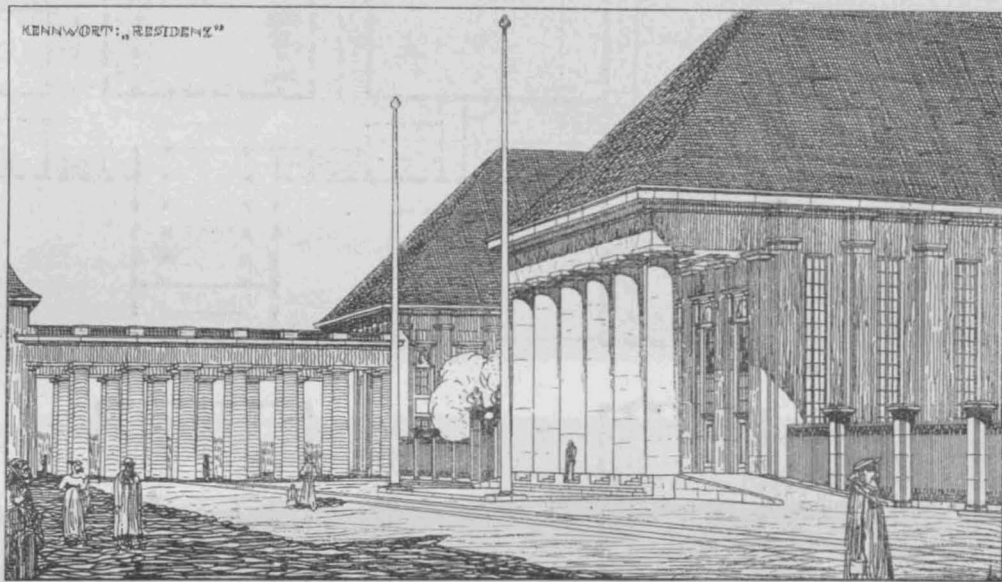
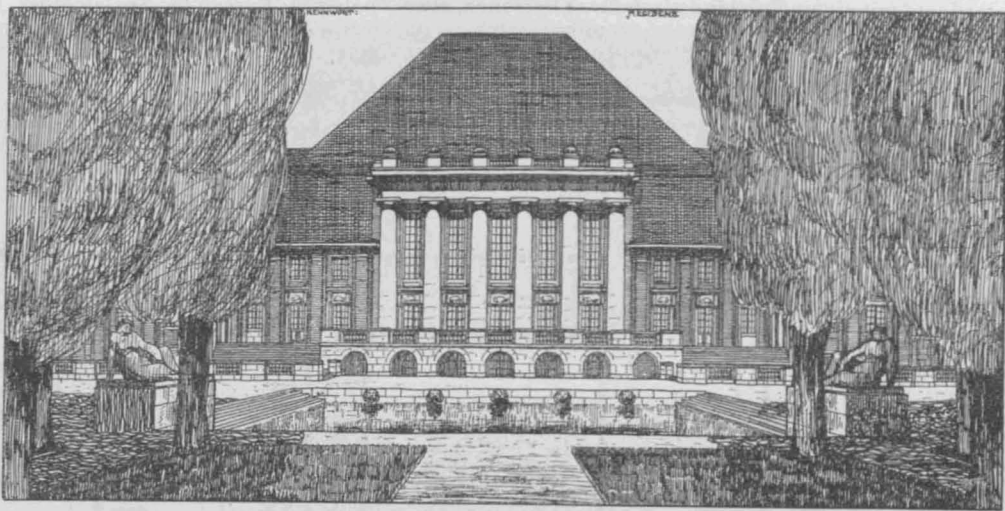
(Schluß folgt.)

Wettbewerbe.

Wettbewerb Rathaus Mülheim a. d. Ruhr. Für die Bearbeitung der Aufgabe stehen die beiden mit a, b, c, d, e, f und g, h, i, k, l, m, n, o, p, q, r, s, t, u, v bezeichneten Grundstücke zur Verfügung, welche durch eine Ueberbrückung des Notweges zu verbinden sind. Die eingezeichneten Fluchtlinien geben die für den Verkehr nötigen Straßenbreiten an. Wenn die Licht- und Luftverhältnisse es erheischen sollten, müssen diese Fluchtlinien noch weiter nach innen gerückt werden. Eine Ueberschreitung der Fluchtlinien ist nur am Rathausmarkt (Linie b, c) gestattet, wenn für die überschrittene bebaute Fläche eine mindestens gleich große hinter der Fluchtlinie am Rathausmarkt unbebaut bleibt.

Zur Klarstellung der um das Rathaus herum erfolgten oder noch erfolgenden Bebauung sind eine Anzahl Schnitte durch das Gelände beigelegt worden. Die Gebäude sind meist abgängig und werden in absehbarer Zeit neu erbaut werden. Die zulässige Bebauung, welche bei dem Neubau dieser Privathäuser nicht überschritten werden darf, ist in den Schnitten angegeben.

Das Gebäude soll folgende Räume enthalten: A) Größere Räume: einen Stadtverordneten - Sitzungssaal für 66 Stadt-



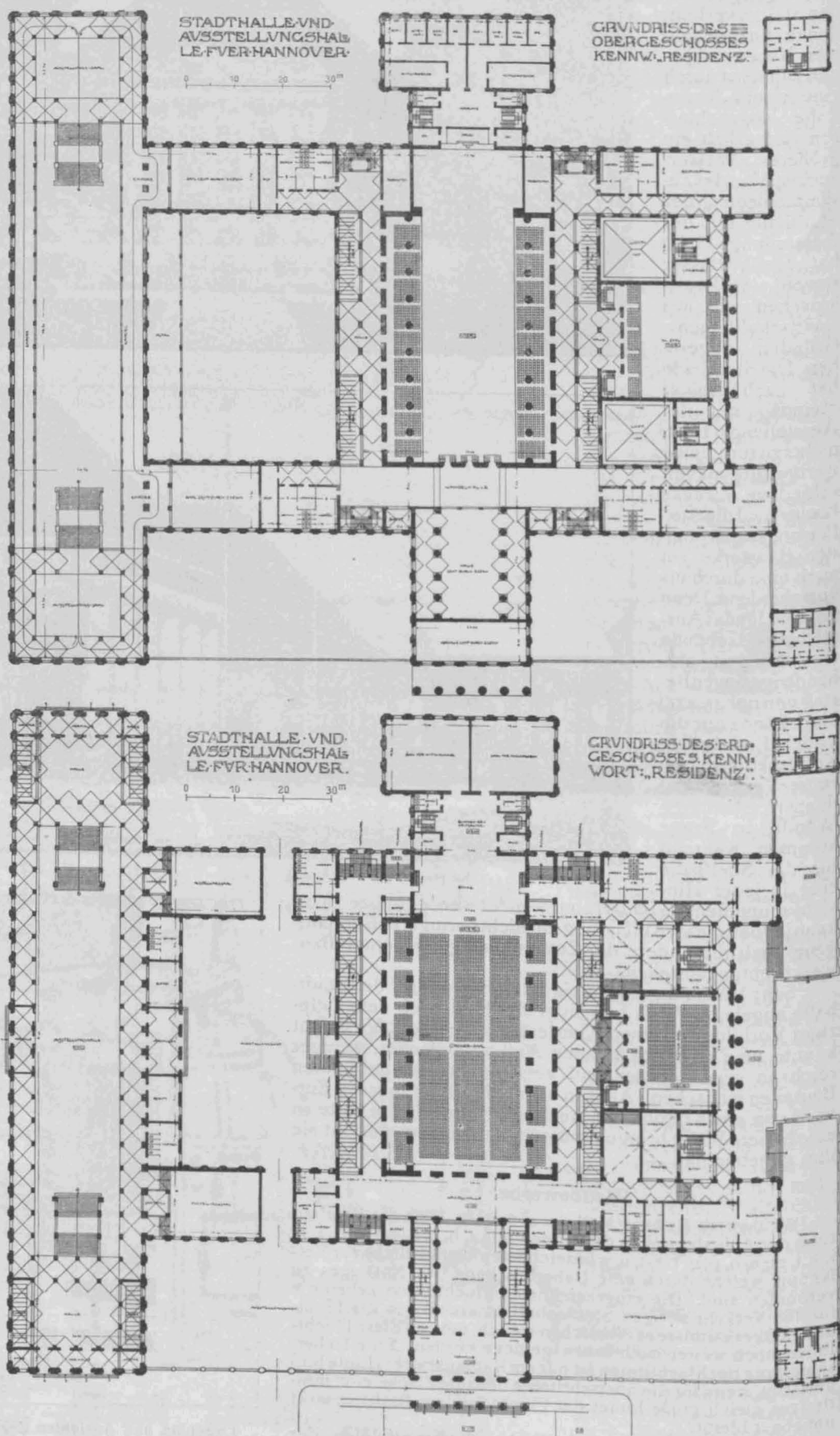
Lageplan und Ansichten der Stadthalle aus dem Entwurf „Residenz“ der Architekten Hummel & Rothe in Cassel. Zum Ankauf empfohlen.

Der Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für den Bau einer Stadthalle nebst Ausstellungshalle in Hannover.

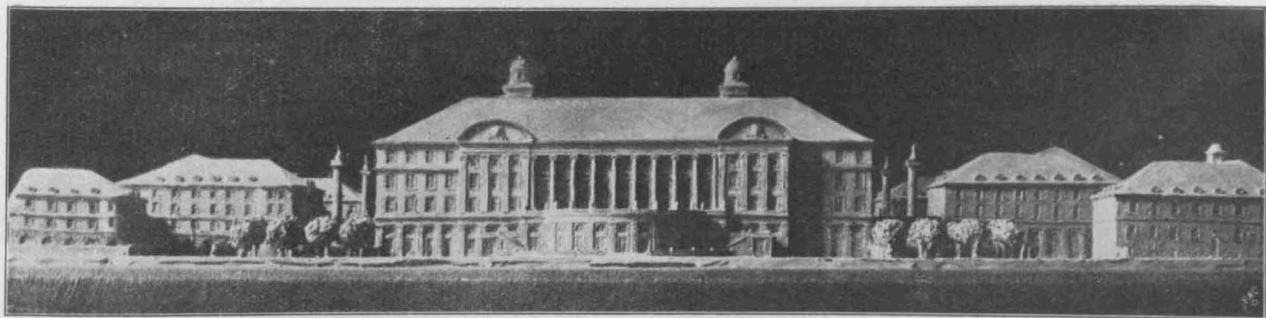
verordnete mit einem Vorstandstisch für 11 Personen, etwa 200 qm; einen Erfrischungsraum (40–50 qm), etwa 45 qm; ein Kommissionszimmer für 25 Personen (80–100 qm), etwa 90 qm; ein Kommissionszimmer für 15 Personen, etwa 50 qm; einen Bibliothekraum (25 qm) und Lesezimmer (50 qm) = etwa 75 qm; einen Sitzungssaal für den Stadtausschuß, das Gewerbe- und Kaufmanns-Gericht (50 qm) mit einem Beratungs-Zimmer und einem Warteraum für das Publikum (je 20 qm) = zusammen etwa 90 qm. Zusammen rd. 550 qm.

Die vorstehenden Räume sollen im Haupt-Geschoß des Bauteiles am Rathausmarkt liegen. Im Stadtverordneten-sitzungs-saal sind die Sitze für die Stadtverordneten radial und nach hinten ansteigend vorzusehen, ferner sind Plätze für die Zuhörer und für die Presse anzuordnen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß das Publikum möglichst einen besonderen Ausgang erhält. In der Nähe der Sitzungs-Zimmer muß ausreichende Gelegenheit zur Ablage von Garderobe geschaffen werden. B) Zimmer für den Oberbürgermeister und für Beigeordnete. C) Bureaus und zwar Bureau I, Zentralbureau; Bureau II, Finanzbureau und Kassen; Bureau III, Militär-, Wahl-, Zähl- und Impfsachen, Statistik u. a.; Lage beliebig; Bureau IV, Armensachen, Lage in einem der unteren Geschosse; Bureau V, Steuerabteilung; die Zu- und Abgangsstelle soll in direktem Zusammenhang mit dem Meldeamt (Bureau VI) stehen, da hier ein lebhafter Verkehr zwischen den Beamten stattfindet, und möglichst in der Nähe der Kasse liegen. Die übrige Steuerabteilung soll ebenfalls günstig zur Kasse gelegen sein, jedoch wird kein Wert darauf gelegt, daß Kasse und Steuerbureau im selben Stockwerk untergebracht werden (mit Ausnahme des Meldeamtes, wo dies erwünscht ist); Bureau VII, Meldeamt; Lage in unmittelbarer Nähe der Kasse, sodaß das Publikum leicht von der Kasse zum Meldeamt und umgekehrt den Weg findet; Bureau VIII, Polizeiabteilung; Bureau IX, Schul-, Kirchen- und Stadtausschußsachen; Lage

beliebig; Bureau IX, Sozialpolitik, Amtsanwaltschaft, Gewerbe- und Kaufmannsgericht; Bureau X^H, Hochbau-Angelegenheiten; Lage beliebig; Bureau X^T, Tiefbau-Abtei-

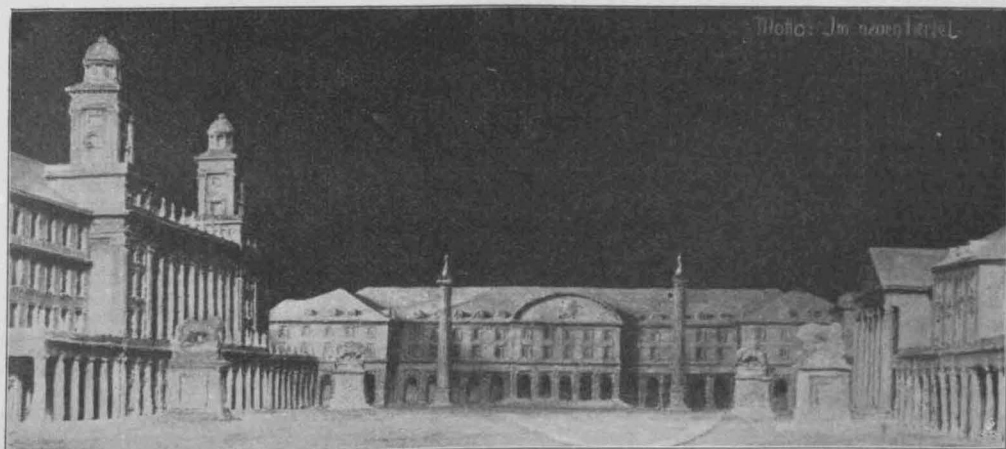
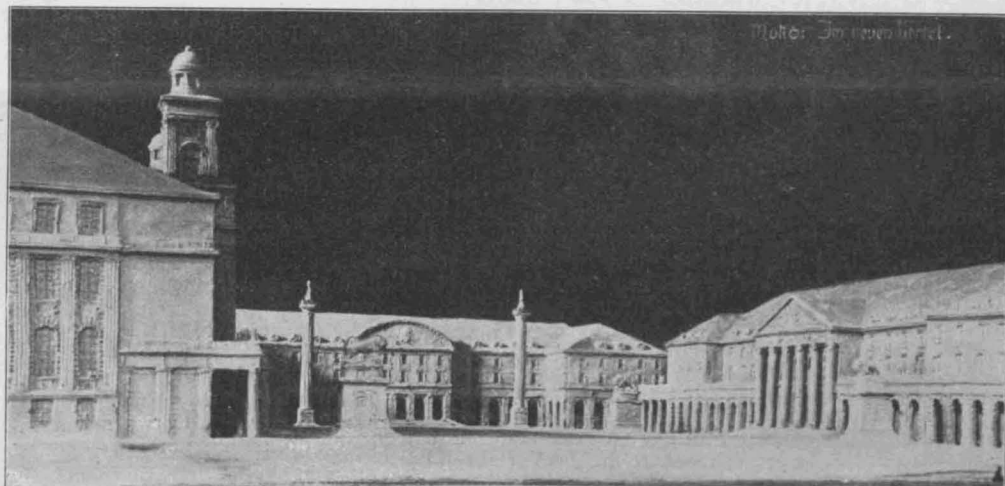
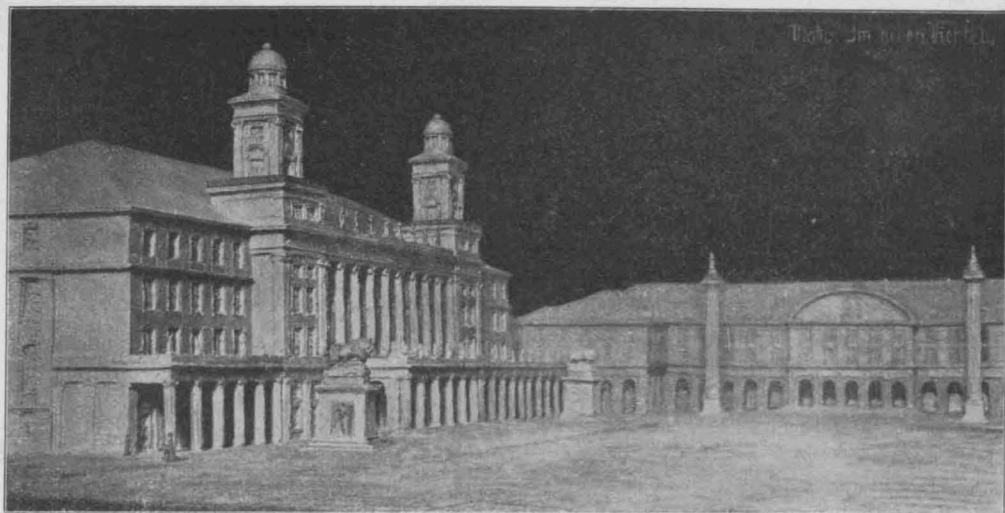


Der Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für den Bau einer Stadthalle nebst Ausstellungshalle in Hannover. Entwurf der Architekten: Hummel & Rothe in Cassel. Zum Ankauf empfohlen.



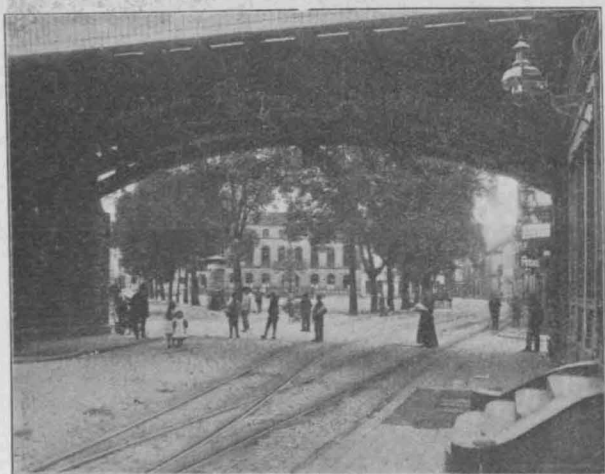
gelegene Geschöß nach der Straße zu in seiner ganzen Längsausdehnung zu Läden ausgebaut werden, soweit es nicht für andere Zwecke in Anspruch genommen werden muß. Vordiesen Läden soll der Fußsteg überbaut werden, sodaß zwischen Markt und Schollen- Straße an der Westseite des Notweges ein Laubengang entsteht. Es schweben Erwägungen darüber, ob bei der späteren Durchführung der westlichen Fluchtlinie des Notweges auf der Strecke zwischen der Schollen- und Kettenbrück- Straße der Laubengang über diese Strecke fortgesetzt werden soll. G) Hausmeisterwohnung. H) Räume für Zentralheizung und Kohlen.

Die gültige Polizeiordnung schreibt nichts Außergewöhnliches vor, auch kann von den Bestimmungen Dispens erteilt werden, wenn nur die Forderungen der Hygiene und der Zweckmäßigkeit gewahrt sind. Formgebung und Material-Bestimmung werden ebenfalls freigestellt. Es wird bemerkt, daß als Dachbedeckung Ziegel und Schiefer gleiche Heimatsberechtigung in Mülheim a. d. Ruhr haben, daß jedoch in alter und neuer Zeit für Monumental-Gebäude Schiefer bevorzugt wurde. Besonderer Wert wird auf eine klare und übersichtliche Grundriß-Anordnung und auf die Anlage heller und luftiger Räume gelegt. Es muß möglich sein, durch Entfernen oder Einschalten leichter Zwischenwände jederzeit eine andere Einteilung der Geschäftsräume vorzunehmen.



Entwurf mit dem Kennwort „Im neuen Viertel“ des Hrn. Architekten Adolf Haro in Hannover. Lobende Erwähnung. Der Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für den Bau einer Stadthalle nebst Ausstellungshalle in Hannover.

Da der Notweg und in geringem Maß die Schollen-Straße geräuschvolle Straßen sind, so ist die Mehrzahl der Bureaufenster möglichst nicht nach diesen Straßen, sondern nach den Höfen hin zu legen. Wo dies nicht angängig ist, werden Doppelfenster zu verwenden sein. Das Gebäude



Ansicht des Rathausmarktes vom Froschenteich.



Wettbewerb Rathaus Mülheim a. d. Ruhr.

soll in seinen Massenverhältnissen sich der Umgebung gut einfügen und diese zu einem monumentalen, charaktervollen Städtebild steigern. Die Gesamtkosten des Gebäudes einschließlich aller Nebenkosten, mit einziger Ausnahme des Inventars, sollen 2 000 000 M. nicht überschreiten. —

Zur Handhabung des Wettbewerbswesens. Verfolgt man die Entwicklung des Wettbewerbswesens auf dem Gebiete der Baukunst in dem letzten Jahrzehnt, so darf man wohl sagen, daß, abgesehen von mitunter allerdings recht krassen Einzelfällen, eine gewisse Stetigkeit in der Handhabung eingetreten ist, daß die „Grundsätze für das Verfahren bei Wettbewerben“, die dem Interesse des Ausschreibers und des Bewerbers gerecht zu werden suchen, mehr und mehr an Boden gewinnen. Hierzu mag die Arbeit des Verbands-Ausschusses für die Wahrung dieser Grundsätze immerhin Einiges beigetragen haben, wenn seinen Vorstellungen, die bei größeren Verstößen gegen die Grundsätze stets sowohl bei den Veranstaltern des Wettbewerbes wie den Preisrichtern angebracht worden sind, auch in vielen Fällen ein unmittelbarer Erfolg nicht beschieden gewesen ist, da sie erst nach Veröffentlichung der Ausschreibung erhoben werden konnten, bei den meist kurz bemessenen Fristen also oft zu spät.

Rechtzeitig eingreifen können im allgemeinen nur die Preisrichter, die vor Annahme ihres Amtes stets das Programm sorgfältig prüfen und ihre Mitwirkung von angemessenen Bedingungen für ihre Fachgenossen abhängig machen sollten. Das geschieht leider nicht immer. Vor allem sollten sie auf eine angemessene Einschränkung der verlangten Arbeitsleistung hinwirken, die noch oft recht weit über das Erforderliche hinausgeht und zu den gewährten Preisen dann im Mißverhältnis steht. Nach dieser Richtung hin kann noch Manches gebessert werden. Vor allem aber sollten im gegebenen Falle die Preisrichter ihren Einfluß dahin ausüben, daß häufiger, als es jetzt geschieht, einem der Preisträger die weitere Ausarbeitung des Entwurfes bzw. die künstlerische Leitung der Ausführung in Aussicht gestellt wird. —

Wettbewerb evangelische Kirche Pankow. Die evangelische Kirchengemeinde zu Berlin-Pankow beabsichtigt, auf dem aus dem Lageplan ersichtlichen Bauplatz an der Linden-Promenade eine Kirche zu erbauen, zu welcher Skizzen durch einen Wettbewerb unter den Architekten von Berlin und Vororten beschafft werden sollen. Die Kirche soll Raum für 900 Sitzplätze enthalten, von welchen ein Teil auf Emporen untergebracht werden kann. Auf der Orgelbühne müssen außerdem 60 Sitzplätze für Sänger vorhanden sein. Auf jeden Sitzplatz sind 50 cm Breite und 85 cm Tiefe zu rechnen. Einseitig zugängliches Gestühl soll höchstens 8, zweiseitig zugängliches höchstens 14 Sitzplätze enthalten. Die Stelle von Kanzel, Altar und Orgel mit Sänger-



bühne ist freigegeben; die Beurteilung der Entwürfe soll lediglich nach praktischen und künstlerischen Rücksichten erfolgen. Für Vornahme der Trauungen und Konfirmationen usw. wird ein Raum von etwa 50 qm vor dem Altar gewünscht.

Beim Haupteingang ist ein zugfreier Warteraum von 50 qm für Tauf- und Traugesellschaften vorzusehen; von ihm aus soll der Kirchenraum in einem Mittelgange durchschritten werden. Der Warteraum soll so gelegt sein, daß ihn die Kirchenbesucher beim Verlassen der Kirche nicht zu durchschreiten brauchen. In der Nähe der 25 qm großen Sakristei ist ein Klosett anzulegen. Für die Unterbringung von mindestens 3 Glocken und einer Turmuhr ist Sorge zu tragen. Im Keller ist ein Raum für die Zentralheizung nebst Geräteraum und Kohlenkeller vorzusehen. Die Wahl der Materialien ist freigestellt.

Die Baukosten dürfen den Betrag von 300 000 M. auf keinen Fall überschreiten. Darin sollen die Kosten für die Zentralheizung und die elektrische Beleuchtung der Kirche, für die Bauleitung, die Kirchenausstattung (Altar, Kanzel, Taufstein, Orgel, Gestühl usw.) und die Glocken enthalten sein. Zeichnungen 1:200.

Es besteht die Absicht, den mit dem I. Preis bedachten Architekten mit der weiteren Plan-Bearbeitung zu beauftragen. — Im übrigen wurde bei uns Klage geführt, daß für die sehr bescheidenen Unterlagen ein Preis von 5 M. bezahlt werden muß. Wenn diese auch bei Einsendung eines Entwurfes zurückbezahlt werden, so ist doch immerhin der Fall denkbar, daß eine Reihe von Bearbeitern aus zufälligen Gründen nicht zur Vollendung der Entwürfe kommt. Diese erleiden dann einen doppelten Verlust. —

Ein Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein König Albert-Denkmal in Bautzen wird vom Stadtrat daselbst für sächsische und in Sachsen lebende Künstler zum 8. Febr. 1911 ausgeschrieben. Dem eigenartigen Charakter der Stadt entsprechend ist das Denkmal als ein Wand-Denkmal in organischer Verbindung mit dem Laurenturm gedacht. Das Material ist freigestellt. Kosten des Denkmals 30 000 M. Drei Preise von zusammen 6 000 M. Im Preisgericht u. a. die Hrn. Stadtr. Göhre in Bautzen sowie Prof. K. Gross, Geh. Hofrat Prof. Rob. Diez und Geh. Hofrat Prof. C. Gurlitt in Dresden. „Die Ausführung des Denkmals wird, wenn möglich, einem der Preisträger übertragen.“ Unterlagen (Zeichnung gegen 1,25 M., Modell gegen 2,75 M., die zurückerstattet werden) durch die Stadthauptkanzlei bzw. die Gipsgießerei Gebr. Weschke in Dresden-A. —

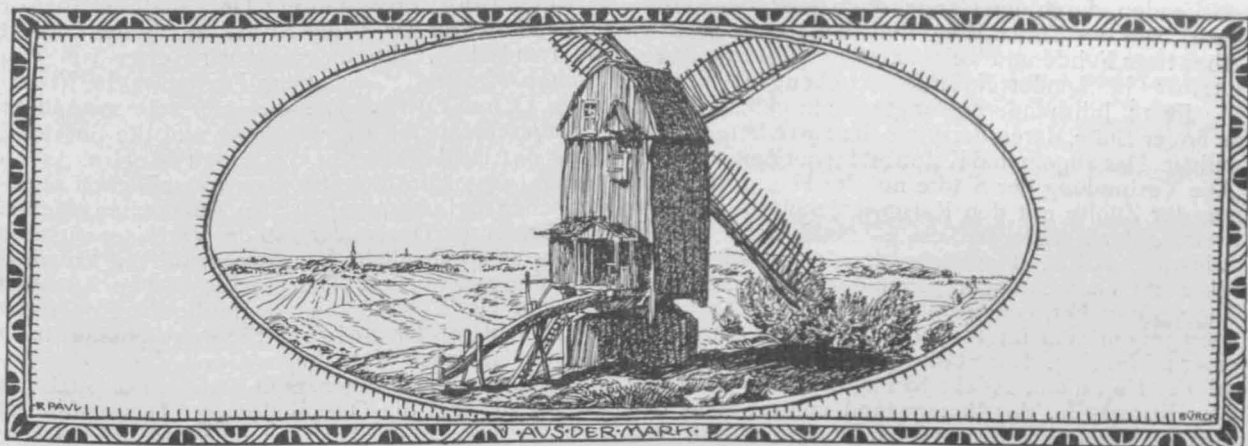
Inhalt: An die Leser der „Deutschen Bauzeitung“. — Die Kunstdenkmäler der Provinz Brandenburg. (Forts.) — Oberlichte mit Tragwerk aus Eisenbeton (System Keppler). — Vereine. — Literatur. — Vermissenes. — Der Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für den Bau einer Stadthalle nebst Ausstellungshalle in Hannover. — Wettbewerbe. —

Hierzu eine Bildbeilage: Der Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für den Bau einer Stadthalle nebst Ausstellungshalle in Hannover.

Verlag der Deutschen Bauzeitung G. m. b. H., Berlin. Für die Redaktion verantwortlich Albert Hofmann, Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg., P. M. Weber, Berlin.



HEIMISCHE BAUWEISE IN SACHSEN UND NORD-
BÖHMEN. VON PROFESSOR DR. THEOD. FISCHER
IN MÜNCHEN. * OBEN: SCHLOSS IN STREHLA. *
UNTEN: SCHLOSS STEIN. * AUS: OSKAR ZECH,
HEIMISCHE BAUWEISE IN SACHSEN UND NORD-
BÖHMEN. 507 ABBILDUNGEN NACH PHOTOGR.
ORIGINALAUFNAHMEN DES VERLEGERS KONRAD
KLEMM (MAX FISCHER) IN DRESDEN. * * * *



DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLIV. JAHRGANG. NO. 70. BERLIN, DEN 31. AUGUST 1910.

Die Kunstdenkmäler der Provinz Brandenburg.

(Schluß). Hierzu die Abbildung S. 559.



uch dem Bande „Ostpriegnitz“ ist eine sorgfältig und bis ins Einzelne bearbeitete Karte vorangestellt. Das Gebiet, etwa von ähnlicher Begrenzung wie das der Westpriegnitz, wird festgelegt durch die Orte Meyenburg, Pritzwalk, Kyritz und Zechlin, mit Wittstock als Mittelpunkt. Die Grenze zwischen Ost- und West-

Priegnitz läßt sich nicht aus natürlichen Voraussetzungen ableiten, sie entsprang lediglich dem Bedürfnis einer Vereinfachung der Verwaltung. Nur die Gesamtrichtung der Grenzlinie hat eine natürliche Ursache: „Während die Gemeinden am Nordufer der Elbe und der unteren Havel durch den guten Boden, den die Anschlickungen infolge der Elbüberschwemmungen geschaffen haben, ein günstiges Siedelungsgebiet und durch ihre gemeinsame Beziehung zum Flusse eine natürliche Einheit bilden, sind sie von dem Hinterlande getrennt durch einen breiten Gürtel unfruchtbaren Sandbodens, untermischt mit sumpligen Wiesen“. In bezug auf die Kultur des Landes ist auch hier die Land- und Forstwirtschaft die weitaus überwiegende. Von 1000 Erwerbstätigen kamen 1895 557 auf die Landwirtschaft und nur 222 auf die Industrie. Die vier Städte umfaßten 1905 21885 Bewohner mit (1900) 17 150^{ha} Fläche, die 139 Landgemeinden 38093 Bewohner mit nahezu 112000^{ha} Fläche. Auf die 75 Gutsbezirke kamen 7329 Bewohner mit 59488^{ha} Fläche. Es begreift sich daher, daß, wie in der Mark überhaupt, so auch in diesem Teil derselben die größte Zahl der Kunstdenkmäler solche dörflicher Kunst sind, daß Beispiele der sogenannten hohen Kunst verhältnismäßig selten, noch seltener Kunstwerke in Privatbesitz sind. Daher nehmen Dorfkirche und Bauernhaus den größten Teil des Werkes für sich in Anspruch.

Hinsichtlich der Urkunden, Quellen und anderer geschichtlicher Nachrichten gilt das, was für den Kreis Westpriegnitz erwähnt wurde. Die gedruckte Literatur ist reich. Geschichte und Kultur des Gebietes beginnen, nachdem die Bistümer Havelberg und Brandenburg für die Zwecke der Mission im Jahre 948 ins Leben traten. Nach wiederholten Wechselfällen trat in der Bekämpfung des Slaventumes mit dem Schwert und mit den Waffen des Geistes unter Albrecht dem Bären ein Höhepunkt ein, den die Weihe des Domes von Havelberg im Jahre 1170 bezeichnet. Diesen Höhepunkt führte der zum Bischof von Havelberg erhobene Prämonstratenser-Mönch Anselm herbei, „ein Mann, der Konstantinopel und Italien gesehen, mit Griechen

disputiert und vor Päpsten gepredigt hatte“. In dem genannten Gotteshaus fanden das geistige Streben und Sehnen der Zeit, ihre Kunstauffassung eine wirkungsvolle Verkörperung, obwohl der Bau nicht vollendet wurde. Eine Zeit lebhafter Kolonisation war das Jahrhundert von 1150—1250, in welchem Bischöfe und Markgrafen wetteiferten, Kolonisten aus Altdeutschland in die von den Heiden verwüsteten Lande zu ziehen. In dieser Zeit entsteht auch die älteste Ortschaft mit städtischem Marktverkehr: Havelberg. Die anderen Städte entstehen erst im Verlauf des 13. Jahrhunderts. „Sie sind als bewußte Gründungen zu bezeichnen, die nach dem im Osten Deutschlands üblichen Schema angelegt wurden und sich von manchen allmählich emporgewachsenen, krumme Straßenzüge aufweisenden Städten Westdeutschlands scheiden.“ Die Städte entwickelten sich unter dem Schutz geistlicher Fürsten oder adliger Geschlechter. Ihr Umriss zeigt die Formen eines Ovals oder Kreises; den Mittelpunkt bildet ein rechteckiger Marktplatz mit Rathaus und Pfarrkirche; die Straßen schneiden sich meist rechtwinklig. Das Baumaterial ist für die öffentlichen Gebäude Stein, für die übrigen Holz. Eine Kette von Burgen, wie Lenzen, Stavenow, Neuhausen, Meyenburg, Fredenstein, Wittstock, zog sich durch die bergische Nordgrenze der Vorkam und schützte die Landschaft gegen die Herzöge von Schwerin und die Fürsten von Wrede, mit denen die Askanier in steter Grenzfehde lagen.

Jede Neusiedelung erhielt eine aus Granitfindlingen oder auch aus Holz erbaute Kirche; der Backstein wird von der Mitte des 12. Jahrhunderts ab verwendet. Die Kirchen erhielten ein rechteckiges Schiff mit Balkendecke, Chor und Apsis gewölbt und einen Turm. Die Türme wurden so stark ausgeführt, daß sie den Charakter von Wehrtürmen annahmen. Charakteristisch für das Gebiet sind die abgewalmten Turmdächer. Die Kirchen waren mehr Messekirchen, denn Predigtkirchen. „Die Kunst des Predigens war der Mehrzahl der Landgeistlichen fremd“. Den Gilden und Zünften galt es als Ehrenpflicht, in den städtischen Pfarrkirchen prächtige Altäre zu errichten. „In ländlicher Abgeschlossenheit entstanden zwei Nonnenklöster, zu Heiligengrabe (1289) und Marienfließ (1231), deren kirchliche Bauwerke auf die Umgebung großen Einfluß ausübten: so diente der schöne Backsteingiebel der Blutkapelle zu Heiligengrabe als Vorbild in Altkrüssow, Falkenhagen und Wulfersdorf“.

Der Gegensatz zwischen dem Adel und den Städten, „den stets fehdelustigen, unruhigen Rittern und den selbstbewußten, auf ihre Verbindung mit der Hansa

pochenden, durch den Handel reich gewordenen Bürgern“, war der Entwicklung der Städte nicht günstig. Aber trotz Fehde und Verwüstungen zeigte die Priegnitz im 14. Jahrhundert ein kräftiges Leben großen Zuges.

Im 14. Jahrhundert gelangte die kirchliche Kunst zu hoher Blüte, deren Beispiele der Havelberger Dom enthält. Das allgemeine Kulturbild jener Zeit ist reich: „Die Verbindung der Städte mit der Hansa, das Ringen der Zünfte mit den Ratsgeschlechtern, die Verbreitung der Bettelorden, das kühne Hochstreben des Adels und die hieraus entstehenden dramatischen Konflikte und Verwicklungen gaben der Geschichte jener Tage ein reiches, vielgestaltiges Gepräge“. Trotzdem aber zeigen sich im 15. Jahrhundert die Anzeichen einer neuen Zeit. Die Städte geben ihre Verbindung mit der Hansa auf, Adel und Städte unterwerfen sich dem Kurfürsten, der Bauernstand kommt mehr und mehr in Abhängigkeit vom Adel. Doch geht die Kunsttätigkeit der Kirche einstweilen noch ungeschwächt weiter. Der Kunst im allgemeinen kam ein langer Friede der Priegnitz zustatten, wenn auch durch die großen Entdeckungen jener Zeit die Häfen der Ostsee und damit naturgemäß auch ihr Hinterland leiden mußten. Dennoch tragen die Kunstschöpfungen des 16. Jahrhunderts den Charakter einer behäbigen und reichen Zeit. Ein Beispiel dafür ist wieder der innere reiche Ausbau der Plattenburg durch die von Saldern. Die neuen Verhältnisse schildert der II. Band mit den Worten: „Der niedere Adel wandte sich im 16. Jahrhundert im steigenden Maße der Landwirtschaft zu; die vom Wasser umgebenen Raubburgen verfielen, nachdem man mitten im Dorfe neue Gutshäuser errichtet hatte. Die Adligen betrachteten die ihrem Patronat unterstehenden Dorfkirchen als eine Art von Familienbesitz und begannen, sie mit Wappen, Bildern und Grabmonumenten zu schmücken, die oft den alten Kirchenschmuck, die Heiligenbilder, verdrängten. Ein Quitzow erbaute dem Pfarrer zu Seedorf ein Pfarrhaus. . . . In Kirchensachen hatte die Gemeinde kaum mitzuwirken, und so erklärt sich wohl auch, daß Denkmäler volkstümlicher Kunst aus jenen Tagen seltener sind“.

Im 17. Jahrhundert zog Krieg in die Priegnitz ein. Die Bevölkerung schmolz schnell zusammen, der Adel verarmte; die Städte waren zum Steinhaufen verfallen. Doch in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts erholten sich die Städte wieder; in Havelberg, Kyritz und Wittstock wurden stattliche Fachwerkhäuser mit hohen Giebeln neu errichtet. Neues Blut zog mit der Einwanderung in die Landschaft; die bäuerliche Bevölkerung nahm wieder zu, doch traten nur noch vereinzelt selbständige Kunstleistungen auf.

Das 18. Jahrhundert sieht den beharrlichen und weitreichenden Einfluß des großen Königs und seines Nachfolgers; doch war dieser hauptsächlich wirtschaftlicher Natur. Auch nach der Franzosenzeit lagen Kunst und Kunstübung wie bisher brach. In den vom Verkehr verschonten Gegenden blieben die Kunstreste früherer Zeiten bis auf den heutigen Tag erhalten.

In der hier kurz skizzierten Weise ist die kulturgeschichtliche Darstellung dieses Bandes lebendig und anschaulich gehalten. Sie bildet die Basis für die dann folgende Verzeichnung der Denkmäler in den alphabetisch aneinander gereihten Orten. Der bildliche Schmuck ist überaus reich und schön. Er ist es nicht minder auch in der kurzen Arbeit, die Dir. Ass. Dr. Götze über die vor- und frühgeschichtlichen Denkmäler des Kreises Ostpriegnitz lieferte. —

Als Teil I des Bandes VI sind die Kunstdenkmäler des Kreises Lebus von Architekt Dr. phil.

Wilhelm Jung, Privat-Dozent Dr. Friedrich Solger und Oberlehrer Dr. Willy Spatz bearbeitet. Es ist die Landschaft, die umgrenzt wird etwa von den Städten Wriezen, Müncheberg, Fürstenwalde, Frankfurt a. O. und Cüstrin. Die auch hier sehr sorgfältige kunstgeschichtliche Untersuchung und die Beschreibung der Denkmäler war die Arbeit des Hrn. Architekten Jung, der auch die ganz vortrefflichen zeichnerischen und photographischen Aufnahmen machte. Auf Grund der Denkmäler gab der Verfasser zugleich eine sehr anschauliche kunstgeschichtliche Entwicklung dieses Gebietes. Die geschichtlichen Angaben verfaßte Dr. Spatz, die geographisch-geologische Uebersicht gab Dr. Solger. Sie unterscheidet nach den geologischen Verhältnissen drei Zonen des Lebus-Landes: Das sogenannte Berliner Haupttal, das Höhenland und die Oderniederung. Das erstere ist arm an Ackerland, aber reich an Wald und Wiesen; das Höhenland wird überwiegend zum Ackerbau benutzt, die Oderniederung ist von großer Fruchtbarkeit. Das Gebiet enthält 6 Städte, 127 Landgemeinden und 79 Gutsbezirke; Land- und Forstwirtschaft überwiegen auch hier weitaus. Es ergeben sich ähnliche Verhältnisse, wie in der Priegnitz.

Die ersten christlichen Kirchen werden unter schlesisch-deutschem Einfluß etwa um die Mitte des 13. Jahrhunderts erbaut. Alle Städte und die überwiegende Mehrzahl der Dörfer wurden bei ihrer Gründung mit Kirchen ausgestattet, die ihren Platz meist in der Mitte der Siedlung erhielten und von einem durch Findlingsmauern eingefriedigten Kirchhof umgeben waren. Reste von Profanbauten aus der Zeit der deutschen Kolonisation sind nicht mehr vorhanden. Es finden sich Hinweise für Befestigungswerke. Von der Mitte des 14. Jahrhunderts an trat bei den kirchlichen Bauten eine Wandlung sowohl in der Wahl des Materiales als auch in der Durchbildung des Grundrisses und Aufbaues ein. An Stelle des Granites wird vielfach der Backstein aufgenommen.

In dem Jahrhundert vor der Reformation erreicht der Backsteinbau großen Reichtum. Reger kirchlicher Sinn äußerte sich in vielen Stiftungen; auch Hospitäler und Kapellen errichtete man. Die lebhafteste Tätigkeit der kirchlichen Baukunst erstreckte sich auch auf den Profanbau, vor allem sind hier zu nennen die Befestigungen und Tortürme. Mit besonderer Pracht bauten die Bischöfe. Die Reformation brachte eine Unterbrechung, Stillstand und Verlust brachte der dreißigjährige Krieg. Erneuten baulichen Aufschwung führte der Große Kurfürst herbei. Mit dem Landesherrn wetteiferte der Landadel. In dieser Zeit entstand z. B. das Herrenhaus in Buckow mit der S. 559 abgebildeten schönen Decke. Auch Friedrich der Große wußte die Bautätigkeit auf dem platten Lande wie in den Städten künstlerisch zu heben und zu beleben. Geringer an Zahl sind die Werke der klassizistischen und der romantischen Periode. „Mit dem Versuch, die Stile des Mittelalters neu zu beleben, ging auch das Bestreben Hand in Hand, jeden alten Bau von allen späteren Zutaten zu befreien und in seinem ursprünglichen Stil wieder herzustellen“. Das brachte große Verluste. Dennoch aber fand Jung einen unerwartet reichen Stoff zu gewissenhafter Verzeichnung.

Das sind drei Bände einer Bändereihe über die Kunstdenkmäler der Provinz Brandenburg, die nach ihrer einstigen Vollendung ein Monumentalwerk deutschen Sammelfleißes, deutscher Gründlichkeit, deutschen Feinsinnes und deutschen Heimatgefühles sein wird, ein Werk, dem nur wenige andere deutsche Werke und nur vereinzelt ausländische an die Seite gestellt werden können. — H. —

Heimische Bauweise in Sachsen und Nordböhmen.*) Hierzu eine Bildbeilage.

Bodenständig — Heimatkunst sind zu übel-schmeckenden Schlagwörtern geworden. Die deutsche Sentimentalität, soweit sie der Amerikanismus unverschlungen gelassen hat, verkroch sich in diese Wörter; die gute Sache läuft Gefahr, uns durch ihren Namen wider-

*) Zech: Heimische Bauweise. Dresden 1908. Gerhardt Kührtmann. Preis 30 M.

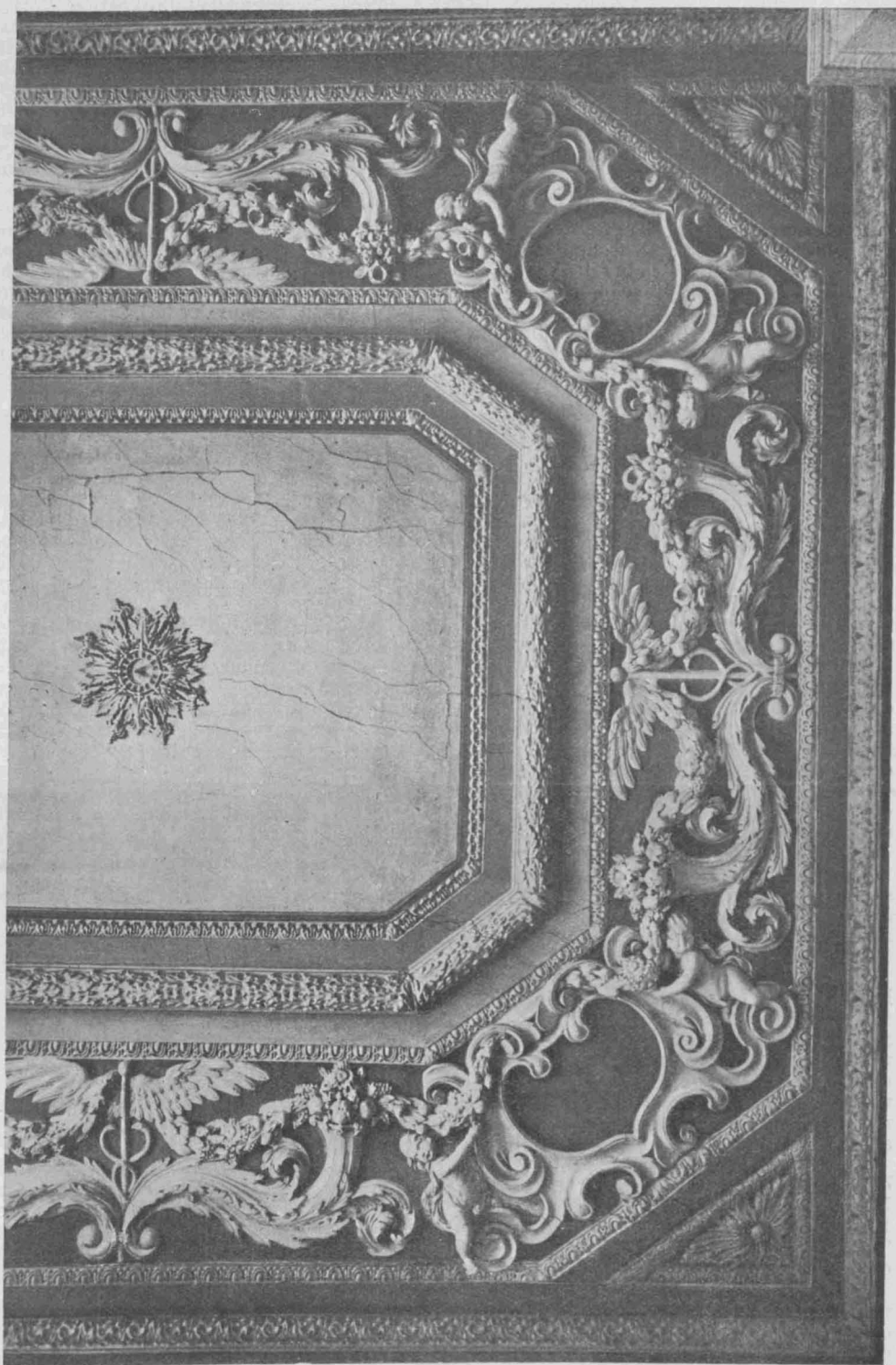
ragenden Städten mißverständlich geschehen ist, bedarf keiner Erörterung. Wohl aber bieten Lebensart, klimatische und geologische Verhältnisse, Baustoffe und die freilich schwer zu fassende örtliche Stimmung soviel Anknüpfungspunkte, daß für den fein Fühlenden gar kein Zweifel sein kann, wo er beginnen soll. Uebrigens könnte doch auch darüber die Diskussion geschlossen werden, daß die normale mittlere Bautätigkeit die unabwiesbare Pflicht und Schuldigkeit hat, sich in der Harmonie des Bestehenden zu halten. Ich lasse der gesunden Beeinflussung von außen ebenso reichlich Spielraum, wie den persönlich gerichteten Kraftäußerungen gelegentlicher Genies. Für alle anderen aber kann es keine bessere Belehrung geben, wie das hier angezeigte und empfohlene Werk sie liefern mag, — eine Belehrung und ein reines unvergleichliches Vergnügen zur selben Zeit.

Sachsen steht in Sachen des Heimatschutzes in der Front; viele ausgezeichnete Veröffentlichungen sind und werden von privater, amtlicher und halbamtlicher Seite herausgegeben, deren Tendenz ebenso zu loben, wie ihre — an gewissen Stellen wenigstens wohl bemerkbaren — Folgen zu begrüßen sind. Neben diesen aber kann ein Werkchen, wie das von Reg.-Bmstr. Oskar Zech während eines mehrjährigen Aufenthaltes in Sachsen mit so großer Begeisterung gesammelte, sehr wohl bestehen; denn es wendet sich mehr als viele verwandte Publikationen an die weitesten Kreise. Nicht nur der Fachmann findet hier unerschöpfliche Anregungen, jeder Sachse, der sein Land liebt, jeder Freund einer Kultur, die frei und ohne Pose auf ihrer natürlichen Grundlage steht, mag das Heft mit innigem Behagen durchblättern.

In zu großem Teil ganz vorzüglichen, oft bildmächtig wirkenden Aufnahmen des Photographen Konr. Klemm (Fa. Max Fischer), Dresden, ist da zu sehen, was Sachsen an schönen alten Stadtbildern und Architekturen noch zeigt.

In erster Linie ist natürlich die Kunsthauptstadt Dresden bedacht, wobei die weltbekannten Architekturen des Zwingers, der großen Kirchen garnicht oder nur nebenbei, gewissermaßen als Mittel zum Zweck erscheinen, d. h. als Elemente im Stadtbild. Um so ausführlicher ist das Wohnhaus behandelt, dessen ruhiger wohlständiger Typus den modernen Dresdnern etwas fremd geworden zu sein scheint. Daran schließt sich die stattliche Reihe vornehmer Schlösser, der behaglichen Landsitze bis zu den einfachsten aber doch so witzigen Weinberghäuschen der Lösnitz herunter. Die Nachbarstädte Pirna und Meißen, und die entfernteren

der Lausitz liefern eine Fülle des schönsten Stoffes. Dann folgt Leipzig mit seiner Umgebung und zum Schluß nimmt uns Zech noch mit auf einen kleinen Ausflug in das schloß- und klosterreiche Nordböhmen. Die Aufnahmen von den stimmungsschweren Parkanlagen, welche im Buche zerstreut sind, werden den Gärtner und Gartenliebhaber besonders erfreuen und für den Kunstgewerbler finden sich vorbildliche Gartenmöbel und einige sehr eigenartige



Decke im Schlafzimmer des Schlosses in Buckow.
(Aus: Die Kunstdenkmäler der Provinz Brandenburg, Kreis Lebus.)

Innenräume. Wie ein Friedhof sich mit der Natur zu einem Kunstwerk vereinigen läßt, lernen wir aus einer Reihe von Bildern, unter denen vielleicht am meisten die von Herrnhut interessieren mögen.

Das Frische und Anregende des Werkchens beruht zum Teil darauf, daß es — recht unmethodisch, darum aber um so amüsanter — Aufnahmen nach der Natur mischt mit solchen nach alten Bildern (Canaletto), nach Stadtplänen und endlich nach alten Entwurfszeichnungen.

gen, deren Darstellungsart für den Fachmann besonderes Interesse hat.

Dieser wie der Laie werden sich an dem Gebotenen freuen können; der tiefere Sinn aber des so heiter Zusammen-

gestellten wird sich dem erschließen, der, ohne der üblen Einwirkung von Modewörtern zu verfallen, die Wurzeln der besten Kraft im Heimatboden sucht und findet. —

Th. Fischer.

Von den Aufgaben der 39. Abgeordneten-Versammlung des „Verbandes Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“ zu Frankfurt a. M.

Am 3. und 4. September d. J. tagt die 39. Abgeordneten-Versammlung des „Verbandes Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“ zu Frankfurt a. M. Ihm gehören jetzt 41 Vereine mit zusammen 8938 Einzelmitgliedern an. Vom 1. Januar 1909 bis 1. Januar 1910 ist die Zahl der Mitglieder um 302 gestiegen. Von den Aufgaben, welche die Abgeordneten-Versammlung beschäftigen werden, sind eine Reihe von Fragen von Interesse für alle Angehörigen des Bauwesens. Sie seien unter Benutzung des Geschäftsberichtes des Verbandes und der für einzelne Fragen ausgearbeiteten besonderen Denkschriften nachstehend kurz besprochen. Diese Besprechung wird unseren Lesern das Verständnis der unmittelbar nach der Versammlung in der „Deutschen Bauzeitung“ zu veröfentlichenden Protokolle über die Verhandlungen erleichtern, die nur die Beschlüsse ohne nähere Erläuterung und Begründung zu enthalten pflegen. Die Aufgaben, die zur Verhandlung stehen, lassen sich, abgesehen von den inneren Angelegenheiten des Verbandes, die wir übergehen, in drei große Gruppen teilen:

1. Stellungnahme zu das Bauwesen betreffenden Gesetzen und Gesetzentwürfen;

2. Stellung der Vertreter des Bauwesens im öffentlichen Leben und in den verschiedenen Verwaltungskörpern. Mittel zur Hebung dieser Stellung;

3. Wissenschaftliche, technische Fragen des Bauwesens.

Aus dem ersten Gebiete liegen zurzeit nur zwei Fragen vor, das in seinem ersten Teil bereits in Kraft getretene Gesetz betr. die Sicherung der Bauordnungen und das bereits in der vorigen Reichstags-Session vorgelegte, aber nicht mehr zur Beratung gekommene Gesetz über eine Reichs-Wertzuwachssteuer. Gegen die Schädigung, welche durch das erstere Gesetz, insbesondere durch seinen II. Teil, nicht nur dem realen Baugewerbe, sondern auch dem selbständigen Architekten erwachsen würden, ist seiner Zeit bei Beratung des Gesetzes¹⁾ sowohl von Seiten einiger Einzelvereine wie von Seiten des Verbandes nachdrücklich Protest erhoben worden. Bisher ist der II. Teil, der nur mit landesherrlicher Genehmigung in den einzelnen Landesteilen nach Bedürfnis eingeführt werden soll, erfreulicher Weise noch nirgends in Kraft getreten. Es lag für den Verband bzw. den mit der Frage betrauten Ausschuß der Privat-Architekten daher auch noch keine besondere Veranlassung vor, sich erneut mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen, da ihnen nur als Aufgabe gestellt war, sofort über Mißstände zu berichten, die sich aus der Handhabung des II. Teiles des Gesetzes ergeben würden.

Auch zur Frage der Reichs-Wertzuwachssteuer haben bereits einige Vereine („Vereinigung Berliner Architekten“, „Düsseldorfer Arch.- und Ing.-Verein“) öffentliche Stellung genommen und zwar in dem Sinne, daß der Zuwachs, den der Wert durch die eigene Arbeit des Besitzers, durch bauliche Maßnahmen usw. erfährt, der also als ein wohlverdienter angesehen werden darf, von der Besteuerung ausgeschlossen sein müsse. Die Frage ist namentlich auch für den Unternehmer und Architekten, der Grundstück selbst bebaut, von großer Tragweite. Die Abgeordneten-Versammlung wird, da durch die Vertagung des Reichstages die Frage nicht mehr von augenblicklicher Dringlichkeit war, darüber zu beschließen haben, welche Stellung der Verband zu dieser Angelegenheit nach außen einnehmen soll.

Aus dem zweiten Arbeitsgebiet des Verbandes sei eine rein wirtschaftliche Frage, welche die etwaige Abänderung der Gebührenordnung für Architekten und Ingenieure betrifft, vorangestellt. Sie ist aufgetaucht, seit im Jahre 1900 die neue Gebührenordnung in Kraft getreten ist, die als ein Kompromiß zwischen zum Teil recht weit auseinander gehenden Anschauungen nach langem

Bemühen zustande gekommen ist. Es muß anerkannt werden, daß der knappe Wortlaut der Gebührenordnung hier und da zu Zweifeln Veranlassung gibt, vor allem aber, daß die Gebührenordnung der Ingenieure, soweit sie nicht nach der Bausumme verrechnet, einer weiter gehenden Spezialisierung bedarf. Nicht nur im Verbands, sondern auch im „Verein Deutscher Ingenieure“, der neben anderen technischen Vereinigungen bei der Aufstellung der Gebührenordnung mitgewirkt hat, sind Anregungen zu Abänderungen gegeben worden. Der Verband hat daher im Vorjahr erneut einen Ausschuß ernannt, der sich zunächst mit der grundsätzlichen Frage zu befassen hatte, ob Abänderungen überhaupt nötig oder erwünscht seien, und dann gegebenenfalls Einzelvorschläge machen sollte. Der Ausschuß war grundsätzlich der Meinung, daß es nicht erforderlich und wünschenswert sei, an dem allgemeinen Wortlaut der Gebührenordnung schon wieder zu ändern, daß vielmehr Erläuterungen genügen würden, um einige zweifelhafte Punkte klar zu stellen. Eine Aenderung an den Gebührensätzen für Architekten wurde abgelehnt, bezüglich der Ingenieure im Sinne einer weiter gehenden Teilung als wünschenswert anerkannt. Ueber eine angemessene Gebührenskaala wurde eine Einigung jedoch nicht erzielt. Material ist dem Ausschuß zu der Frage aus dem Kreise der Vereine, die auf der vorjährigen Abgeordneten-Versammlung darum ersucht wurden, nicht mehr zugegangen. Auch das spricht nicht dafür, daß ein tiefergehendes Bedürfnis für eine Neugestaltung oder für weitergehende Abänderungen vorhanden ist. Die Versammlung wird sich erneut damit zu beschäftigen haben, was nun geschehen soll.

Eine weitere Frage, die den Verband seit etwa 1½ Jahren lebhaft beschäftigt, ist die der Schaffung von Architekten-Kammern. Wir haben den Vortrag des Hrn. Kammergerichtsrates Boethke in der „Vereinigung Berliner Architekten“, der den Anstoß zu den Anträgen der Vereinigung und zur Aufstellung des ersten Entwurfes für ein zu erlassendes Reichsgesetz gab, seinerzeit in vollem Umfang veröffentlicht.²⁾ Der erste Gesetzentwurf wurde der Abgeordneten-Versammlung im Vorjahr in Darmstadt vorgelegt und wurde dort einem Ausschuß überwiesen, der zum größten Teil aus Mitgliedern des „Architekten-Vereins“ zu Berlin und der „Vereinigung Berliner Architekten“ bestand. Der in wesentlichen Punkten abgeänderte und in einer Reihe von Forderungen stark abgeschwächte Entwurf ist den Vereinen zur nochmaligen Beratung zugesandt worden. In einigen Vereinen ist, soweit uns bekannt, der Entwurf sehr eingehend beraten worden, die Aufnahme desselben war dabei eine recht geteilte. Selbst die grundsätzliche Frage, ob eine solche Körperschaft überhaupt wünschenswert und für die Architektenschaft von Nutzen sei, wurde verschieden beantwortet. Wünschenswert erschien es jedenfalls, in dieser wichtigen Frage nach Möglichkeit mit dem „Bunde Deutscher Architekten“ zusammenzugehen. Es ist uns nicht bekannt, ob der Abgeordneten-Versammlung schon Vorschläge eines gemeinsamen Ausschusses der beiden Verbände vorgelegt werden können.

Von besonderem Interesse sind die Fragen, welche die Stellung der Vertreter des Bauwesens in den öffentlichen und privaten Körperschaften betreffen. Hier sind zunächst auf Beschluß der Abgeordneten-Versammlung in Darmstadt, bzw. auf Anregung einzelner Vereine vom Verbandsvorstand eine Reihe von Eingaben an die in Betracht kommenden Behörden im Laufe des verflossenen Geschäftsjahres gesandt worden. — (Schluß folgt.)

¹⁾ Vergl. auch die Besprechungen in der „Deutschen Bauzeitung“ Jahrg. 1909 S. 35 u. 78 und S. 414 u. 419.

²⁾ Vergl. den Wortlaut der Eingabe an den Reichstag S. 271 u. ff. Jahrg. 1910.

³⁾ Vergl. Jahrg. 1909 S. 58 und ff.

Vereine.

Der Bayerische Regierungsbaumeister-Verein in München hat es im Hinblick auf die zurzeit bestehende große Ueberfüllung, die in Bayern an Regierungsbaumeistern besteht, unternommen, den Kollegen zu einem entsprechenden Unterkommen an die Hand zu gehen. Er vermittelt daher Privatfirmen und Behörden, die Stellungen für Regierungs-Baumeister des Hoch-, Tief- und Kultur-Baufaches zu vergeben haben, die Personalbogen Stellung suchender Kollegen mit Angabe ihrer Praxis, der Gehaltsansprüche und

anderer interessanter Verhältnisse. Die Geschäftsstelle ist Rheinberger-Straße 1 in München. —

Inhalt: Die Kunstdenkmäler der Provinz Brandenburg. (Schluß) — Heimische Bauweise in Sachsen und Nordböhmen. — Von den Aufgaben der 39. Abgeordneten-Versammlung des „Verbandes Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“ zu Frankfurt a. M. — Vereine. —

Hierzu eine Bildbeilage: Heimische Bauweise in Sachsen und Nordböhmen.

Verlag der Deutschen Bauzeitung G. m. b. H., Berlin. Für die Redaktion verantwortlich Albert Hofmann, Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg., P. M. Weber, Berlin.